Globaler Pakt für Migration: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten

Durch die Legalisierung jeglicher Migration wird die Auflösung unserer Gesellschaft vorangetrieben.

Seite 70

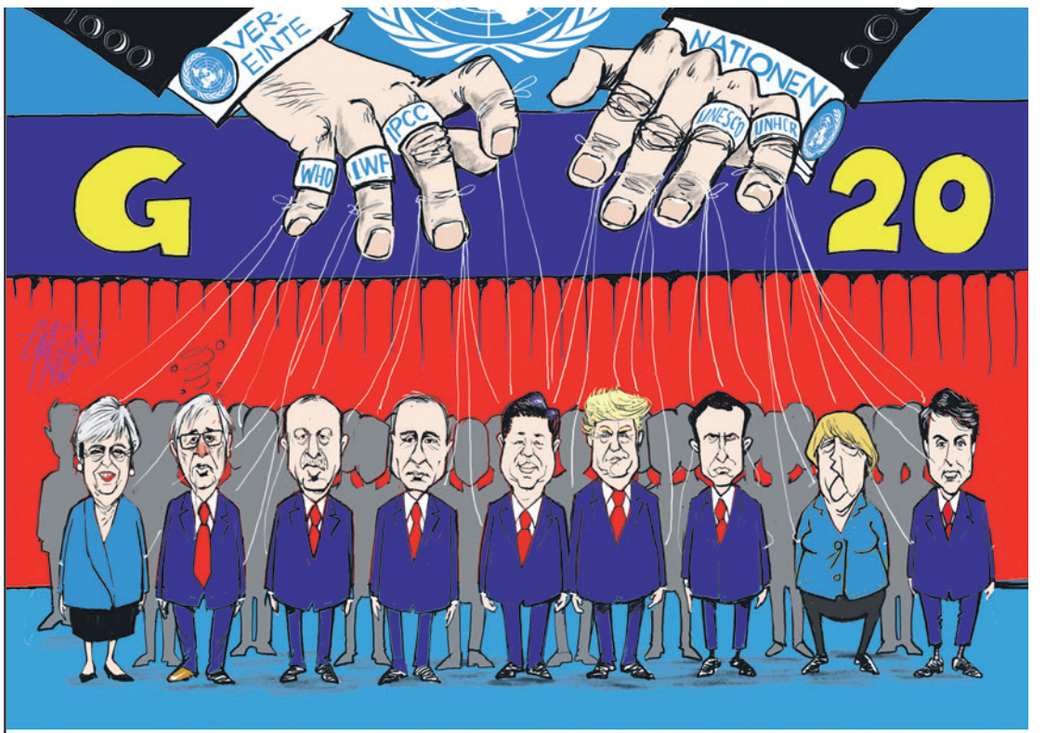
UNO-Geschichte: Ein Projekt von Imperialisten und Kriegsherren

Britische Imperial-Strategen erdachten ein effektiveres Modell als Krieg und Eroberung, um ihre Macht auszudehnen.

Seite 4

EXPRESSZEITUNG

Ausgabe 22, Dezember 2018 CHF 9.50 / Euro 8.00



UNsichtbar und UNbemerkt hin zur neuen Weltordnung

Sich gegen einen unsichtbaren Gegner zu wehren, gestaltet sich als schwierig. Doch wie wehrt man sich gegen einen unsichtbaren Gegner, von dem man gar nicht erst weiss, dass es ihn gibt? Gibt sich dieser dann auch noch als Freund, Beschützer und als einzige Hoffnung für die eigene Zukunft in Frieden und Sicherheit aus, spätestens dann hat man ein richtiges Problem. Ein solcher Freund, Beschützer und einzige Hoffnung für eine Zukunft in Frieden, Sicherheit und Freiheit gibt die UNO der Menschheit seit jeher vor zu sein und arbeitet in Wirklichkeit konsequent am Gegenteil: der Schwächung souveräner Nationalstaaten, derer Grenzen, Wirtschaft, Rechtssysteme und gesellschaftlichen Strukturen wie Familien, Geschlechter, Traditionen und Identität hin zu deren Auflösung in einer sozialistischen Weltregierung unter ihrer Führung, einer neuen Weltordnung!

Fortsetzung auf Seite 2

Die UNO als globale sozialistische Räteregierung

Sind die Vereinten Nationen eine Institution zur Errichtung des Sozialismus im Weltmassstab?

Seite 34

Gender Mainstreaming: Geschlechter-Gleichschaltung durch die UNO

Die internationale Agenda des Gender Mainstreamings wurde auf der UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in die Wege geleitet.

Seite 46

UNESCO: Inklusion und Frühsexualisierung weltweit

Wie die UNO nationale Bildungssysteme sabotiert.

Seite 56

«Manche glauben gar, wir seien Teil einer geheimen Kabale, die entgegen der besten Interessen der USA arbeitet, charakterisieren mich und meine Familie als ‚Internationalisten' und Verschwörer, die gemeinsam mit anderen weltweit eine integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur schaffen – eine einheitliche Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf.»

David Rockefeller, dessen Familie das Grundstück des UN-Hauptsitzes in New York gestiftet hat, in seinen Memoiren «Erinnerungen eines Weltbankiers»

Gegründet als vermeintlicher Garant für Frieden und Sicherheit auf den Trümmern der Urkatastrophe der Menschheitsgeschichte, den beiden Weltkriegen, hat sich der Wirkungs- und Einflusskreis der UNO während der letzten 70 Jahre dramatisch ausgeweitet. In nahezu allen Bereichen des Lebens erhebt sie nun Führungsanspruch und entzieht den einzelnen Nationen Souveränität und Selbstbestimmung. Das jüngste Beispiel und gleichzeitig neuer Höhepunkt dieser Entwicklung ist der eben in Marrakesch von über 160 Ländern verabschiedete UN-Migrationspakt, worin sich die Regierungen der Teilnehmerstaaten ohne demokratische Legitimation zur Gestaltung von Gesetzen und Massnahmen verpflichten, die jeglichem Souveränitäts- und Demokratieverständnis Hohn spotten und einem Verrat an der eigenen Bevölkerung gleichkommen. Nach erfolgter Umsetzung werden solche Zeilen der Kritik künftig unter Strafe stehen und mit Gefängnis und/oder Umerziehung geahndet! Auch wenn eine ansehnliche Anzahl Staaten der Ratifizierung vorerst fernblieben und ihm damit einen «schweren Geburtsmangel» verpassten, «mahlen die Mühlen der UNO langsam und der Pakt würde über Jahre und Jahrzehnte trotzdem seine Wirkung entfalten», so sinngemäss der unkritische, wenn auch richtige Kommentar vom Korrespondenten Fredy Gsteiger in der Schweizer Tagesschau vom 10. Dezember 2018. Die Strategie hinter dieser undemokratischen Vorgehensweise hat der Präsident der Europäischen Kommission und somit höchster europäischer Politiker bereits 1999 offen im Spiegel dargelegt: «Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.» Zwölf Jahre später ergänzte derselbe: «Wenn es ernst wird, muss man lügen.» Treffender als mit diesen zwei entlarvenden Aussagen des höchsten Europäers könnte man die öffentliche Diskussion bis hin zur Ratifizierung und langfristigen Umsetzung des Migrationspaktes wie auch jedes anderen Regelwerks der UNO oder EU nicht beschreiben!

Während Jahrzehnten von den weltweiten Massenmedien als zahnlose, fast bemitleidenswerte Friedensorganisation ohne jegliche Macht dargestellt, hat sich die UNO unbemerkt von der öffentlichen Wahrnehmung und fernab jeglicher Kritik zu einem ungeheuren Machtzentrum entwickelt. In ihrer Agenda 2030 wird als übergeordnetes Ziel die «Transformation unserer Welt» (!) festgelegt, auf deren Umsetzung alle Mitgliedsstaaten seit Jahrzehnten unter dem Deckmantel von Klimaschutz, Menschenrechten, Armutsbekämpfung, Friedenssicherung und dergleichen fleissig hinarbeiten und Stück für Stück nationale Souveränität abtreten – alles vorbei am Volkswillen der einzelnen Staaten, versteht sich! Am Beispiel Klimaschutz lässt sich deutlich erkennen, nach welchem Prinzip den Menschen gespielt wird: Die Aufgabe des Weltklimarates IPCC besteht nicht etwa in ergebnisoffener Klimaforschung, wie man vermuten dürfte, sondern einzig darin, die Ursache und damit verbundene Schuld am Klimawandel dem Menschen zuzuschreiben! Das heisst, all die 97% der in unseren Medien gängig zitierten Wissenschaftler, die den menschgemachten Klimawandel «bestätigen», stehen in Wirklichkeit im Sold des IPCC und somit in direkter finanzieller Abhängigkeit zu dieser Organisation. Weichen indes deren Forschungsergebnisse von der offiziellen Vorgabe ab und schreiben etwa der Sonne den entscheidenden Einfluss auf unser Klima zu, werden die Forschungsgelder gestrichen – so einfach läuft das! Wes Brot ich ess, des Lied ich sing! Dass nebenher tausende unabhängige Klimaforscher, Physiker sowie zahlreiche Nobelpreisträger in gemeinsamen Verlautbarungen dieser Klimapropaganda widersprechen und sie als unwissenschaftlich oder schlicht als «Blödsinn» abtun, wird von denselben Medien verschwiegen. Nur so, in einer unheiligen Allianz aus Politik, «Wissenschaft» und Systemmedien lassen sich die gewünschten «Fortschritte auf internationaler Ebene im Kampf gegen den Klimawandel, die Armut, Ungleichheit etc.» erzielen und den Mitgliedsstaaten gleichzeitig Souveränität entziehen auf dem Weg in den sozialistischen Superstaat, der Neuen Weltordnung! ***(ab)***

Jetzt abonnieren!

Jahresabo - 10 Ausgaben: CH: SFr 69.- / EU: EUR 59.-
Archivausgaben: CH: SFr 9.50 / EU: EUR 8.00
Online-Bestellung: www.ExpressZeitung.com

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08, info@expresszeitung.com
Erscheinung	10 x jährlich im Abonnement
Preis	Jahresabo: SFr 69.- / EUR 59.-
Bestellung	www.ExpressZeitung.com / abo@expresszeitung.com
Redaktion	Tilman Knechtel *(tk)* / André Barmettler *(ab)*
Gastautoren	Gerhard Wisnewski *(gw)* / Torsten Mann *(tm)*
Satz/Layout	Elementi Studio
Druck	DZZ Druckzentrum Zürich AG, CH-8021 Zürich
Logistik	Zehnder Druckerei, CH-9500 Wil
Fotos	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de
Nächste Ausgabe	Februar 2019

Thema der Ausgabe:

Die Vereinten Nationen: Weltherrschaft inkognito

1945 als angebliches Friedensprojekt gestartet, zeigen die Vereinten Nationen immer mehr ihr wahres Gesicht: Zwar pflegt die UNO den Mythos der mangelnden Macht, da sie nicht genug ausrichten könne, um den Planeten zu retten, doch inzwischen ist es nicht mehr von der Hand zu weisen, dass sie in fast jeden Bereich unseres Lebens hineinregiert. Die Vereinten Nationen haben es in einem jahrzehntelangen, allmählichen Prozess zur Auflösung familiärer, gesellschaftlicher, moralischer, geistiger und nationaler Strukturen geschafft, die Welt zu vereinheitlichen und zu dominieren. Wer hinter die mildtätige Fassade der Weltorganisation schaut, erkennt die hässliche Fratze eines totalitären Einheitsstaates, auf den sich die Welt mit Siebenmeilenstiefeln zubewegt.

4

Geschichte

Die Geschichte der UNO

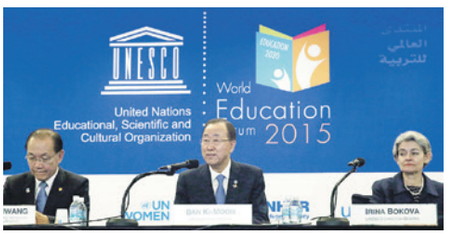
Britische Imperialisten erdachten ein neues, effektiveres Modell, um ihre Macht auf den gesamten Globus auszudehnen: Die Gründung einer globalen, auf vermeintlichem Konsens beruhenden Organisation, die dafür sorgen sollte, «dass Kriege unmöglich werden». Nachweislich trugen diese britischen Machtstrategen und ihre Nachfolger massgeblich dazu bei, die Nationen in zwei Weltkriege hineinzusteuern. 4

Geopolitik

Die UNO als globale sozialistische Räteregierung

Die UNO erfüllte schon für die sowjetische Führungsriege die Rolle einer Institution zur Errichtung des Sozialismus im Weltmassstab. Michail Gorbatschow arbeitete mit seiner «Perestroika» daran, die Welt mit voller Kooperation der UNO globalsozialistisch umzugestalten. 34

Politik



Die Gleichschaltung der Geschlechter durch Gender Mainstreaming

In der «Pekinger Aktionsplattform», der offiziellen Abschluss-Resolution der UN-Weltfrauenkonferenz 1995, hatte die heute weltweit umgesetzte Agenda des Gender Mainstreamings ihren Anfang. 46

Die UN-Erziehungsoffensive: Inklusion, Sexualisierung, Gleichschaltung

Wie die UNO weltweit nationale Bildungssysteme sabotiert. 56

Gesundheit

Die Weltgesundheitsorganisation WHO: Im Griff der Pharmalobby

Von der WHO verhängte Seuchennotstände stürzten bereits ganze Staaten ins Unglück und bescherten der Pharma-Industrie Milliardenumsätze. 64

Wirtschaft

Internationaler Währungsfonds IWF: Die UNO als Wirtschafts- und Finanzmacht

Durch den IWF verschafft sich die UNO Einfluss auf die Staatsfinanzen ihrer Mitglieder. 66

Geopolitik

Globaler Pakt für Migration: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten

Durch die Legalisierung von einst illegaler Migration wird die Zerstörung und Auflösung der westlichen Gesellschaft weiter vorangetrieben. 70

Was hat die UNO in Zukunft für uns geplant?

Die Abschaffung von Grenzen in jedem Bereich der Gesellschaft wird die Welt ins Chaos stürzen. 85

Vereinte Nationen

Die Geschichte

Foto: shutterstock/osugi

Das UNO-Hauptgebäude in New York City

Teil 1: Der Hunger nach Macht

- Das Wesen der Macht, die leider für viele Menschen immer noch den Hauptantrieb ihres Handelns darstellt, liegt u.a. darin, suchtbildend zu sein und sich deshalb immer weiter ausdehnen zu wollen, bis sie an ihre natürlichen Grenzen gelangt – also die Grenzen unseres Planeten. Macht (bzw. ihre Träger) strebt daher in letzter Konsequenz immer auch nach Weltherrschaft.
- Die Geschichte der Imperien hat gezeigt, dass die Durchsetzung von Macht durch offene Gewalt und Unterwerfung als feindlich wahrgenommen wird, Widerstand hervorruft und somit ihr eigenes Ende bereits in sich trägt. D.h. (absolute) Macht funktioniert am besten, wenn sie von den Beherrschten als freundlich und vorteilhaft wahrgenommen wird. So erscheint es auch für eine mögliche Weltherrschaft, die von Dauer sein soll, notwendig, wenn sie der Weltbevölkerung als nützlich und vernünftig erscheint.
- Diese Mechanismen der Macht machten sich Strategen des «British Empire», das 1922 ein Viertel des Globus umspannte, Ende des 19. Jahrhunderts zunutze. Offener Kolonialismus wurde von ihnen als strategische Sackgasse erkannt. Ein offizielles Kolonialreich liess sich schwerlich über den gesamten Erdball spannen, ohne dabei das britische Empire militärisch und administrativ zu überdehnen.
- So planten die britischen Imperialisten ein neues, ausgeklügelteres Modell, um ihre Macht auf den gesamten Globus auszudehnen: Die Gründung einer globalen, auf vermeintlichem Konsens beruhenden Organisation, die dafür sorgen sollte, «dass Kriege unmöglich werden» – im Wesentlichen also die zentrale Idee der UNO.
- Nachweislich trugen diese britischen Machtstrategen und ihre Nachfolger dazu bei, die Nationen in zwei Weltkriege hineinzusteuern. Dabei ging es einerseits um die militärische und wirtschaftliche Vernichtung der bestehenden Machtstrukturen, insbesondere der europäischen Herrscherhäuser, andererseits um die anschliessende Einbindung möglichst vieler Nationen in eine von ihnen dominierte Weltorganisation, die man zuerst «Völkerbund» und dann UNO nannte.

von Gerhard Wisnewski

Macht beherrscht das Denken mancher Menschen ähnlich wie Essen, Trinken oder Atmen. Ja, das Machtstreben scheint neben Nahrungserwerb und Fortpflanzung geradezu zu den wichtigsten Antrieben der Menschheit zu zählen. Und das ist auch logisch. Das Streben nach Macht ist ein Anhängsel des Fortpflanzungs- und Revierverhaltens, also des Antriebes, die eigenen Gene zu verbreiten und zu schützen. Im Tierreich und in den Anfängen der Menschheit hatte Macht viel mit Fortpflanzungsmöglichkeiten zu tun: Je mächtiger ein Männchen war, umso häufiger konnte es sich paaren. Die meisten Kriege tobten daher zwischen genetischen Subjekten wie Stämmen, Völkern und Familien. Schon von Anfang an ging es um die totale Macht in einem bestimmten Gebiet oder in der jeweils bekannten Welt. Die Macht strebt danach, sich solange auszuweiten, bis sie an ihre einzige wirkliche Grenze stösst, und das sind die Grenzen unseres Planeten. Seit Menschen denken und Macht ausüben können, träumen sie von der Unterwerfung und Beherrschung ihrer gesamten bekannten Umgebung. Jedenfalls bestimmte Menschen. Während manche nicht an Macht interessiert zu sein scheinen, scheinen andere nicht mehr davon loskommen zu können. Und damit sind wir bei den beiden wichtigsten Gruppen der Menschheit: Den Herrschern und den Beherrschten, den Schäfern und den Schafen, den Diktatoren und den Untertanen.

Die Natur der Macht

Fast jeder grosse Denker hat sich über das Wesen und die Natur der Macht Gedanken gemacht. «Macht ist eine Mahlzeit, die wachsenden Appetit verursacht», sagte zum Beispiel der französische Bischof und Staatsmann Talleyrand. «Der Mensch strebt von Macht zu Macht», fand der englische Philosoph Tho-

der UNO

mas Hobbes. Da Macht also von Natur aus expansiv ist, ist es nur logisch, dass sie oder ihre entscheidenden Träger am Ende nach der absoluten Weltherrschaft strebten. «Wo ich Lebendiges fand, da fand ich Willen zur Macht; und noch im Willen des Dienenden fand ich den Willen, Herr zu sein», schrieb schon Friedrich Wilhelm Nietzsche in seinem Werk «Also sprach Zarathustra». Nietzsche war überhaupt ein intimer Kenner der Mechanismen der Macht. So prägte er auch den Satz: «Alles Geschehen aus Absichten ist reduzierbar auf die Absicht der Mehrung von Macht.» Oder auch: «So viel auch der Nutzen und die Eitelkeit, von Einzelnen wie von Völkern, in der grossen Politik mitwirken mögen: das gewaltigste Wasser, das sie vorwärts treibt, ist das Bedürfnis des Machtgefühls.»

Die Macht trägt den eigenen Untergang in sich

Es liegt in der Natur der Macht, dass sie immer von ihrer eigenen Vermehrung träumt. Grenzen sind daher ihre grössten Feinde, denn sie sind natürliche Schotten gegen ihre ungezügelte Ausbreitung. Und fest steht: Macht muss nicht zwingend mit Gewalt durchgesetzt werden, sondern kann auch unter dem Deckmantel des Guten daherkommen – und so ist sie sogar weitaus langlebiger. **Da Gewalt Gegenwehr und Rückstösse produziert, wird mitunter auch eine andere Methode angewandt. Denn schon der römische Redner und Staatsmann Marcus Tullius Cicero (106-43 v. Chr.) kam zu der erstaunlichen Erkenntnis: «Keine Macht ist stark genug, um von Dauer zu sein, wenn sie unter Furcht wirkt.» Die Tarnung der Macht als etwas Sanftes und Gutes ist also unerlässlich, wenn die Herrschaft von Dauer sein soll. Das ist der Grund für die scheinbar sanfte und «gute» Herrschaft der UNO. Die absolute Macht und Herrschaft kann nur funktionieren, wenn sie nicht die erwähnten «Rückstösse» und Gegenreaktionen erzeugt, wie es herkömmliche Diktaturen getan haben. Denn wie es die Gesetze der Dialektik nun einmal wollen, trägt jede offene Unterdrückung ihren eigenen Widerstand und schliesslich ihr eigenes Ende bereits in sich. Sowie etwas als feindlich und bösartig wahrgenommen wird, entstehen auch Pläne zu seiner Überwindung. Jede Gewalt züchtet den eigenen Widerstand. Fragen Sie einmal die alten Römer.**

Diese zwingende Dialektik kann nur unterlaufen werden, wenn den Menschen die Weltherrschaft nicht offen aufgezwungen wird, sondern als das Vernünftigste, Sinnvollste und Beste erscheint, so dass sie bereitwillig akzeptiert wird, als wäre sie des Untertanen ureigenste Idee. Oder anders gesagt: Die Macht darf also nicht als Problem (zum Beispiel der Unterdrückung, der Knechtschaft und der Sklaverei) erscheinen, sondern als Lösung – zum Beispiel der ständigen Kriege. Das ist sehr wichtig. Man denke beispielsweise auch an die amerikanische Zentralbank Federal Reserve, die als Lösung für die ständigen Bankenpaniken Anfang des 20. Jahrhunderts verkauft wurde. Und so arbeitet auch die UNO ständig an ihrem Image als Moderator, gütiger Helfer und Problemlöser, ohne nur eines der von ihr bemängelten Probleme wirklich zu lösen, sei es der Welthunger, Kriege oder Umweltprobleme – angeblich, weil es immer noch an Macht mangelt, um diese Probleme endgültig lösen zu können. So spricht die UNO immer wieder indirekte Forderungen an die Nationalstaaten aus, noch mehr Entscheidungsgewalt an die Weltorganisation abzutreten.

Die verschleierte Macht

Es liegt in der Natur einer wirklich klugen Macht, dass sie ihr wahres Wesen und ihre Strategien verschleiert. Denn wenn man den Feind nicht einmal sehen kann, kann man ihn auch nicht wahrnehmen und bekämpfen. Deswegen hält sich auch die globale Enzyklopädie Wikipedia, die bereits globale Macht über unser Wissen und Denken ausübt, beim Thema Weltherrschaft äusserst bedeckt. Obwohl die Herrschaft über die Welt ein uraltes menschliches Thema ist, bringt es der entsprechende Lexikon-Artikel über die «Weltherrschaft» gerade mal auf zwei Seiten Fliesstext. Dabei gibt es eine nicht enden wollende politische und philosophische Literatur zu dem Thema. Aber Wikipedia widmet der Angelegenheit bezeichnenderweise nur wenige verharmlosende Zeilen – denn die monopolisierte amerikanische Enzyklopädie ist natürlich selbst ein Teil der (geistigen) Hegemonie. Dem Lexikon zufolge ist die Weltherrschaft denn auch «ein unerreichter Zustand». Das Streben danach werde immer wieder «verschiedenen Gruppen und politischen Systemen unterstellt» und sei bis heute «ein beliebtes Thema in Unterhaltungsmedien»: «In Unterhaltungsmedien findet sich recht häufig die Figur eines Superschurken oder verrückten Wissenschaftlers, der die Weltherrschaft anstrebt, so etwa bei Dr. Mabuse, in den James-Bond-Filmen, im DC-Universum oder – als Parodie – in der Zeichentrickserie Pinky und der Brain.»

Doch wird er dann nicht auch sagen?

Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: «Ich bin der Faschismus.» Nein, er wird sagen: «Ich bin der Antifaschismus».»

Ignazio Silone, italienischer Schriftsteller

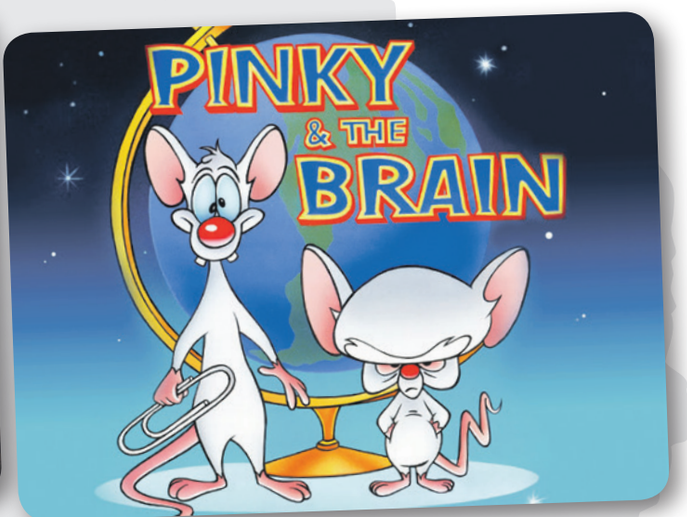
Foto: ActuaLitté (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Emmanuel_Macron_and_Angela_Merkel_(Frankfurter_Buchmesse_2017).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Seite 5

Die Kernschmelze der Macht

Die Rede ist also von blossen Zerrbildern der Macht. Die Idee der Weltherrschaft ist demnach also höchstens etwas für Spinner, Phantasten und für Hollywood. In der Trivial- und Massenliteratur ist der Herrscher über die Welt meistens ein dem Untergang geweihter Irrer, dessen Versuch der Machtergreifung jeweils unausweichlich scheitern muss. Einer «realen Weltherrschaft» am nächsten kam demnach gerade mal das Britische Weltreich zur Zeit seiner grössten Ausdehnung 1922. Über die UNO und ihr entstehendes und bereits in grossen Teilen verwirklichtes Weltreich findet man bei Wikipedia dagegen kein Wort. Fassen wir zusammen:

- Macht ist expansiv.
- Macht macht süchtig.
- Macht macht letztlich nur vor ihrer letzten natürlichen Grenze Halt.
- Zu ihrer globalen Entwicklung benötigt die Macht eine globale Struktur und Organisation.
- Sobald die militärischen, technischen und organisatorischen Möglichkeiten gegeben sind, wird sie den gesamten Globus unterwerfen oder das zumindest versuchen.
- Sobald das gelungen ist, kommt es zu einer «Kernschmelze der Macht». Dabei wird die Macht totalitär werden, und zwar, weil sie keiner Tarnung mehr bedarf und keine Grenze mehr kennt.
- Umgekehrt wird die Menschheit, wenn die Macht total wird, versklavt.
- Diesen Versuch abzuwehren, wird extrem schwierig sein.
- Es kann nur gelingen, wenn die Macht und ihre Instrumente rechtzeitig entlarvt werden. ***(gw)***



Wikipedia verweist die Idee der Weltherrschaft in die Welt von Hollywood und der Unterhaltungsindustrie. So wird bereits die Möglichkeit, die Welt könne von einer einzigen Macht beherrscht werden, ins Lächerliche gezogen.

Teil 2: Die Welt wird eins –

Foto: Syda Productions/shutterstock

Eine romantische Utopie

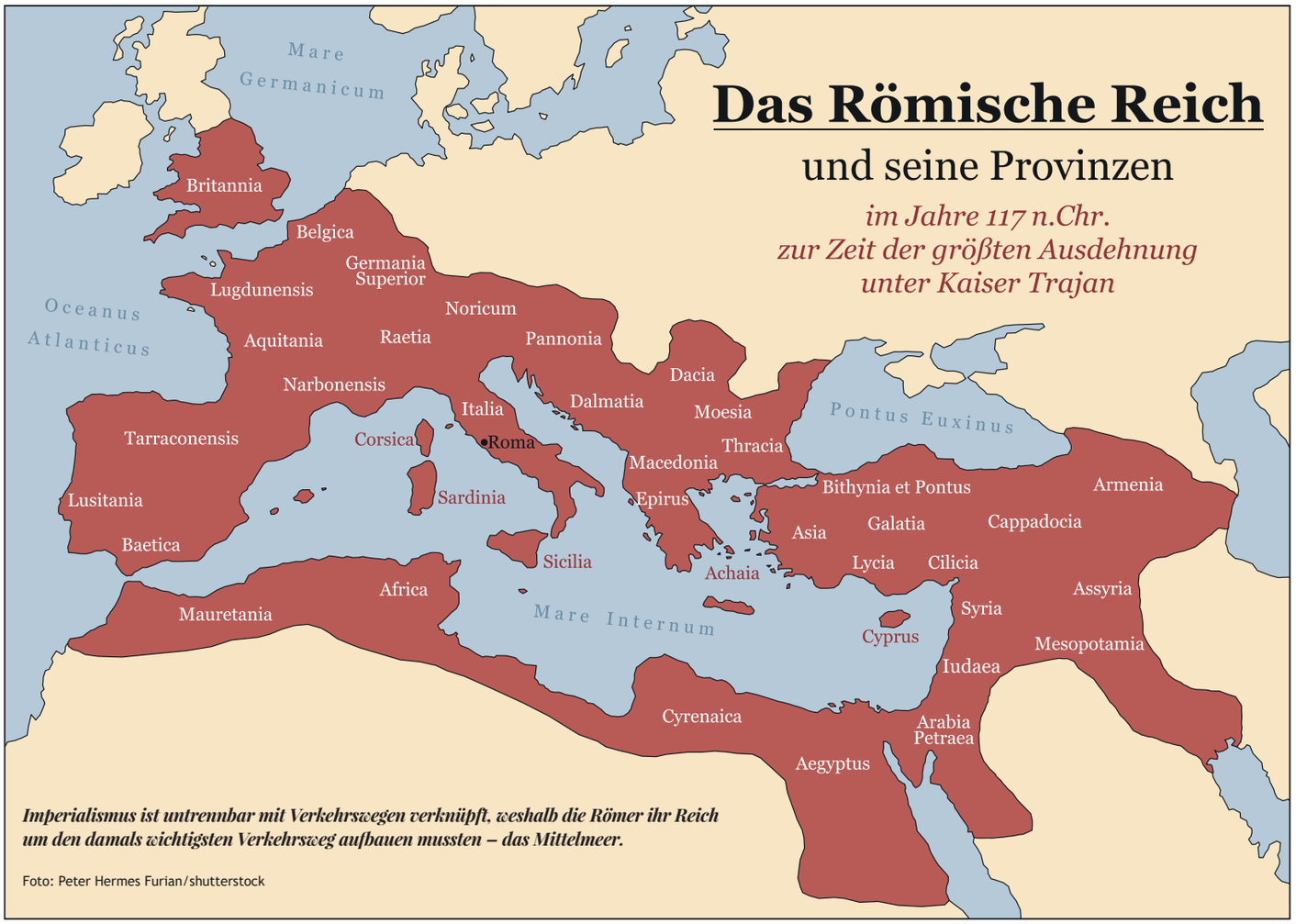
Kommen wir zum Hauptthema: Es wird Zeit, dass wir Fragen stellen wie: Wer ist überhaupt die UNO? Wer hat sie erfunden? Wer hat sie gegründet? Was will sie eigentlich?

Die Geschichte der UNO beginnt lange vor ihrem formalen Gründungsjahr 1945. Entscheidend waren dabei drei Dinge: 1. Der Wille zur globalen Macht, 2. die Bedingungen zur globalen Machtergreifung und 3. der Weg zur globalen Macht, also die Methode. Der Wille zur globalen Macht war, wie bereits beschrieben, schon lange vor den beiden schrecklichsten Kriegen vorhanden, die auf dem Erdboden je geführt wurden. Im Laufe der Menschheitsgeschichte gab es verschiedene Träger dieses Willens, die ihn formulierten und teilweise auch umzusetzen versuchten (zumindest in der ihnen bekannten Welt). Jahrtausendelang fehlten ihnen jedoch die technischen Möglichkeiten zur globalen Machtergreifung. Nicht zufällig konnten beispielsweise die Römer ihr Reich nur rund um den damals wichtigsten Verkehrsweg aufbauen – das Mittelmeer. Über effektive Land- oder Luftfahrzeuge, wie man sie zur Eroberung von grossen Landmassen benötigt, verfügten sie noch nicht. Von Satelliten ganz zu schweigen. Da der Erdball sehr gross ist, müssen Kommunikation und Verkehrsmittel noch grössere Entfernungen in noch kürzerer Zeit überwinden können als die Römer das konnten, und zwar zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Sprich: Imperialismus ist von Verkehrswegen und Kommunikationsmöglichkeiten nicht zu trennen. Diese technischen Möglichkeiten wurden der Menschheit erst Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts gegeben, nämlich mit der Entwicklung der Telekommunikation und von Eisenbahnen, Autos, und Flugzeugen. Später kamen noch Satelliten und die elektronische Datenverarbeitung hinzu, mit deren Hilfe die Verwaltung von globalen Superstaaten erst möglich wird.

Das Recht des Krieges und des Friedens

Ursprünglich war der Zusammenschluss aller Völker ja mal eine schöne Idee. Der amerikanische Wissenschaftler Scott Nearing (Buchtitel: United World) zählte «eine lange Reihe von Autoren auf, die zwischen 1300 und 1800 den Gedanken einer Vereinigung der Nationen propagierten, zur Sicherung des Friedens und der Förderung ihrer Interessen». Demnach beschäftigten sich die grössten Denker, Philosophen und Theologen ihrer Zeit mit der Idee einer vereinigten Welt: «Thomas v. Aquin, Erasmus, Dante, Grotius, Bentham, Kant u.a. Zu den Vorläufern jener, die eine Föderation der europäischen Staaten als wünschenswert betrachteten, rechnet er Saint Simon, Viktor Hugo, Bouvet, Emily Crawford, Coudenhove Kalergi u.a.» [1].

Ob Immanuel Kant, der zu seiner Zeit vom ewigen Weltfrieden träumte, mit der heutigen «Weltgemeinschaft» UNO einverstanden wäre?



Imperialismus ist untrennbar mit Verkehrswegen verknüpft, weshalb die Römer ihr Reich um den damals wichtigsten Verkehrsweg aufbauen mussten – das Mittelmeer.

Foto: Peter Hermes Furian/shutterstock

Seite 7

Nehmen wir zum Beispiel Grotius und Immanuel Kant. Der niederländische Rechtsgelehrte Hugo Grotius hatte 1625 das Buch De iure belli ac pacis herausgebracht: «Über das Recht des Krieges und des Friedens». Ein Werk, das heute – neben anderen Quellen – als Grundlage des Völkerrechts gesehen wird. Also als Quelle der Idee, dass nicht nur zwischen Menschen, sondern auch zwischen Völkern gewisse Gesetze und Regeln gelten sollten, an die man sich zu halten habe. Heute existiert das Völkerrecht nicht als einzelne Gesetzessammlung (wie etwa das Strafgesetzbuch), sondern besteht aus einer Vielzahl von Rechtsquellen wie etwa Abhandlungen, beispielhaften Friedensverträgen und bewährten Abkommen. Gleichzeitig mit der Entwicklung der Aufklärung sowie von Mobilität und Kommunikation begann so etwas zu wachsen wie ein Bewusstsein einer «Völkergemeinschaft» oder später «Weltgemeinschaft» – kurz gesagt: Dass die Menschheit quasi in einem Boot sitzt und sich ihre Mitglieder zu betragen hätten, um ein friedliches Miteinander zu ermöglichen. Tatsächlich waren der Gedanke eines Völkerrechts und einer Völkergemeinschaft von Anfang an mit dem Traum vom «ewigen Frieden» verbunden. Die grosse Utopie bestand also in einem Planeten, auf dem alle Menschen in Frieden miteinander leben, Streitfälle gerecht geregelt werden können und Kriege überflüssig werden. Nicht zufällig war ein weiterer Befürworter dieser Vorstellung der Philosoph Immanuel Kant, der grosse Vordenker der Aufklärung. Kant gab sich jede Mühe, eine Grundlage für ein solches friedliches und geregeltes Zusammenleben der Völker zu liefern. In seinem 1795 erschienenen Werk «Zum ewigen Frieden» lieferte er gar eine Art Mustervertrag für die Gestaltung von zwischenstaatlichen Beziehungen, der später sogar zu einer Blaupause für die Charta der Vereinten Nationen wurde.

Kriegsherren statt Feingeister

Doch Immanuel Kant war bei Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen seit über 140 Jahren tot. Er hätte sich die Organisation, die den ewigen Frieden sichern sollte, höchstwahrscheinlich etwas anders vorgestellt: **Die Bauherren der UNO waren keine romantischen Traumtänzer, Philosophen oder Utopisten, sondern Krieger und Machtstrategen. Die altruistische Vernunft kann also nicht Motiv und Grundlage für Konstruktionen wie Völkerbund und UNO gewesen sein, sondern nur die egoistische Vernunft, die (wie schon seit Urzeiten) als Waffe eingesetzt wird. Der Völkerbund und die UNO wurden eben nicht von Feingeistern wie Hugo Grotius oder Immanuel Kant ins Leben gerufen, sondern von Kriegsherren wie Winston Churchill und Franklin Delano Roosevelt. Sie und ihre Mitstreiter erkannten ganz klar den utopistischen Charakter und die verführerische Anziehungskraft dieser Ideen und wussten sie für ihre Zwecke zu nutzen. Als friedliche Weltgemeinschaft würden solche Organisationen niemals funktionieren, sehr wohl aber als pseudofriedliche Werkzeuge zur Unterwerfung der Menschheit.**

Imagine there's no country

Dafür hatten sie einen grossen Vorteil, nämlich ihre unwiderstehliche Anziehungskraft. Diese Utopien waren ab einem bestimmten Punkt nicht mehr totzukriegen, und zwar weil sie Erlösung versprachen – Erlösung vom Krieg. Der kriegsgeplagte Mensch

träumte davon wie ein Christ vom Paradies oder ein Hindu vom Nirwana. Und genau das sind diese Zukunftsbilder einer friedlichen Weltgemeinschaft ja auch: Himmels- und Heilsvorstellungen und Sanatorien der Seele, in denen angeblich ewiger Friede herrscht. Die Menschen wünschten sich einen Ausweg aus dieser Hölle, in der Hunger, Durst und blanke Not herrschten, Söhne und Väter dahingerafft und mitunter ganze Familien ausgelöscht wurden. Kaum etwas bringt diesen Wunsch so zum Ausdruck wie Imagine, John Lennons Hymne an den Frieden, die zum Welthit wurde. Hier der übersetzte Text:

«Stell dir vor, es gibt keinen Himmel,
es ist leicht, wenn du's versuchst,
unten keine Hölle und oben nur die Luft.
Stell dir all die Menschen vor,
die nur für Hier und Heute leben.
Stell dir vor, es gibt keine Staaten mehr,
das ist gar nicht so schwer.
Nichts zum Töten oder Sterben,
und auch keine Religionen mehr.
Denk an all die Menschen,
die in Frieden leben.
Du wirst sagen, ich bin ein Träumer,
aber ich bin gar nicht allein,
ich hoffe, eines Tages kommst Du mit,
und die Welt wird eins sein.
Stell dir vor, es gibt keinen Besitz,
ich frag mich, ob du das kannst.
Keine Notwendigkeit für Gier oder Hunger,
sondern eine Bruderschaft des Menschen.
Stell dir all die Menschen vor,
die sich die Welt teilen!
Du wirst sagen, ich bin ein Träumer,
Aber ich bin gar nicht allein,
Ich hoffe, eines Tages schliesst du dich an,
und die Welt wird eins sein.»

Anlässlich des 25. Jahrestages der Kinderrechtskonvention wurde John Lennons Hyme «Imagine» in einer grossen «Welt-Version» neu vertont und verfilmt. Mit dabei «normale Menschen» aus der ganzen Welt, die mit internationalen Stars und UN-Bürokraten sangen.

Der grösste Singkreis aller Zeiten

Geschrieben und veröffentlicht wurde dieser musikalische Seufzer 1971, also unter dem Eindruck des Vietnam-Krieges (1955 bis 1975), diesem grauenhaften Schlachten und Mordbrennen, das die USA in Indochina veranstalteten. Auf der anderen Seite war dieser Krieg der perfekte Hintergrund für jede Menge Friedensträume, eine Friedensbewegung und natürlich auch für eine Eine-Welt-Hymne wie diese. Denn nichts anderes haben wir hier ja vor uns: Die Idee der UNO in möglichst einfachen Worten mit möglichst einfacher Musik. Beim ersten Anhören gerät man zwar ins Schwärmen, aber dann stellt sich doch sehr schnell die Frage: ist das denn wirklich so schön? Eine Welt

- ohne Glauben
- ohne Nationalitäten
- ohne Grenzen
- ohne Besitz

Für mich klingt das wie eine Welt von Menschen, denen alles genommen wurde:

Eine Welt des Nihilismus, in der

- niemand an etwas glaubt,
- niemand zu etwas gehört,
- niemand mehr eine Identität besitzt,
- niemandem etwas gehört, und in der
- alle Menschen gleich sind.

So gesehen ist diese Vorstellung zwar mit sanfter Stimme und einschmeichelnden Klängen vorgetragen, aber doch grauenhaft, oder etwa nicht? Kein Privatbesitz, kein Glauben und die totale Gleichheit. Die untrügliche Nähe zur kommunistischen Ideologie, die im Lauf der Geschichte hunderte Millionen Todesopfer gefordert hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Und dennoch ist das in einfachen Worten und wie in Stein gemeisselt die Idee der UNO. Genau deshalb nutzen die «Vereinten Nationen» die Popularität des Liedes intensiv für ihre eigenen Zwecke. So beging die UNO den Internationalen Tag des Friedens am 21. September 2014 mit Lennons Song als Untermalung. Anlässlich des 25. Jahrestages der Kinderrechtskonvention am 20. November 2014 startete die UNO das #imagine-Projekt, bei dem «ganz normale» Menschen in einer Art elektronischem Karaoke-Happening das Lied zusammen mit Weltstars aufnehmen konnten: «Im Rahmen

➔

Papst Franziskus und Ex-UN-Generalsekretär Ban Ki Moon beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2015. Der Papst schien sich nicht daran zu stören, als die Sängerin Shakira die Hymne «Imagine» – einen Abgesang auf alle Religionen – zum Besten gab.

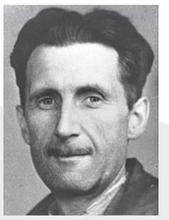
Seite 9

einer neuen digitalen Erfahrung können ganz normale Menschen John Lennons ikonische Hymne der Hoffnung und des Friedens zusammen mit ihren Lieblingsstars aufnehmen, was nach Hoffnung von UNICEF zum grössten Singkreis aller Zeiten werden wird. Die einzelnen Aufnahmen werden zusammen mit den Aufnahmen der UNICEF-Botschafter und anderer Künstler zu einer mehrsprachigen ‚Welt'-Version von Imagine verarbeitet, produziert von David Guetta.»

Mit anderen Worten sollten hier Abertausende von Karaoke-Darbietungen zu einer einzigen «Weltausgabe» von Imagine verschmolzen werden, zu veröffentlichen am Silvesterabend 2014. Anders gesagt, ist Imagine auf dem besten Weg zur inoffiziellen UNO-Hymne zu werden, wofür es sich in seiner verbalen und musikalischen Einfachheit und Eingängigkeit auch wunderbar eignet. Den einfachen (um nicht zu sagen: einfältigen) Text von Imagine kann nun wirklich jeder verstehen, und die gefälligen Klänge kann nun wirklich jeder geniessen. Am 25. September 2015 kam es zu einem besonders symbolischen Ereignis. An diesem Tag sang die Sängerin Shakira diese Hymne anlässlich der Eröffnung des UN-Entwicklungsgipfels vor der Generalversammlung der UNO in New York – und zwar in Anwesenheit des Papstes, der sich an diesem Aufruf zur Abschaffung der Religionen keineswegs zu stören schien.

Reine Vernunft oder reine Unterdrückung

Eine dauerhaft komplett friedliche Welt ohne Gewalt ist nicht möglich, es sei denn in einer totalen Weltdiktatur, in der die menschliche Freiheit und Natur total erstickt würden und die damit per definitionem natürlich auch nicht frei und friedlich sein könnte. Denn zur menschlichen Freiheit gehört nun mal die Entfaltung seines ganzen widersprüchlichen Wesens dazu. Dem Menschen die aggressive und rebellische Option zu nehmen, würde bedeuten, entweder einen anderen Menschen zu schaffen (zum Beispiel mit Hilfe von Drogen, siehe Huxleys «Schöne neue Welt») oder die Freiheit komplett abzuschaffen (siehe Orwells «1984»). Eine Mischung dieser beiden Utopien ist wohl die «Weltgemeinschaft», mit der sich die wahren Strategen des Globus anfreunden können und auf die sie hinarbeiten. Hat man dieses glasklar vor Augen, liegt auf der Hand, dass die Motive der Völkerbund- und UNO-Strategen nicht friedlich, sondern nur machtstrategisch gewesen sein können. Aber damit man mich hier nicht falsch versteht: Der Wunsch nach ewigem Frieden ist dasselbe wie der Wunsch nach absoluter Wahrheit: Beides wird man nie erreichen, aber trotzdem darf man nicht aufhören, darum zu kämpfen. ***(gw)***



«Politische Sprache ist dazu geschaffen, Lügen wahrhaft und Mord respektabel klingen zu lassen.»

George Orwell, englischer Schriftsteller

Quelle: 1. Nigsch, Otto: Regierung und Gouvernance – Zur Geschichte der bestehenden Ordnung, Berlin 2012

Die «Gewaltlosigkeits»-Skulptur vor dem UN-Hauptgebäude symbolisiert eine Welt ohne Gewalt und Kriege. Eine hehre Idee, nur leider standen am Geburtsbett der Vereinten Nationen kaltblütige britische Kolonialstrategen, die die Gründung einer grossen angloamerikanischen Weltmacht im Auge hatten. Sie kidnappten den lang gehegten Menschheitstraum des Weltfriedens zu ihren Gunsten.

Foto: Didier Moïse

Teil 3:
Die UNO – Ein Projekt von Imperialisten

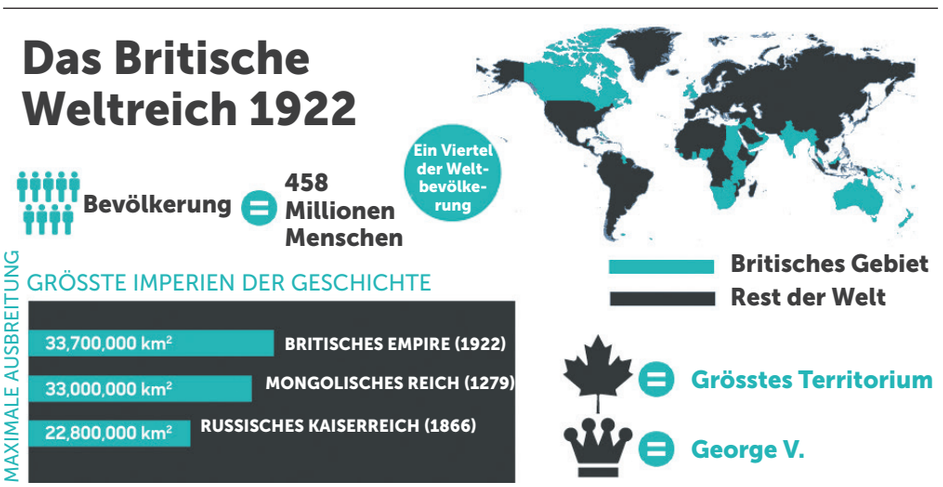
Die Frage ist also, wer die Macht hatte, ein Szenario zu schaffen, innerhalb dessen eine «Völkergemeinschaft» oder «Völkerorganisation» verwirklicht werden könnte. Und wer statt der utopistischen Vernunft und «Zivilisation» die eigene Macht zum Hauptmotiv und zur Grundlage dieser Organisationen erkor. Sprich: Wer die schöne Friedensidee gekidnappt und für die eigene Machtstrategie instrumentalisiert hat. Tatsache ist, wie gesagt, dass die oben erwähnten Theoretiker und Philosophen nur die eine Gruppe waren, die sich der Idee annahm – die andere Gruppe waren die «Praktiker» oder Machtpolitiker. Die Idee eines Völkerbundes oder einer Völkergemeinschaft wurde ausgerechnet von knallharten Imperialisten, Kolonialisten und Kriegsherren adoptiert und hochgepäppelt. Wenn solche Individuen plötzlich mit Engelszungen reden, sollte man misstrauisch werden. Die Idee eines Völkerbundes oder einer Weltgemeinschaft stammt mitten aus dem Schoss von Kolonialismus und Imperialismus. Und der natürliche Gegensatz ist das Bestreben der Völker in eigenen Nationen zu leben, also Souveränität/Selbstbestimmung.

Um die UNO als neue und moderne Erscheinungsform von Imperialismus und Kolonialismus zu verstehen, kommt man um diese beiden Begriffe nicht herum: Während Kolonialismus die formale Inbesitznahme, Annexion und Ausbeutung anderer Länder und Regionen bezeichnet, steht Imperialismus für das gesamte (Welt-)Machtstreben mit allen seinen Mitteln. Während Imperialismus das Streben eines Staates nach einem (Welt-)Reich bezeichnet, ist Kolonialismus lediglich eine Unterform davon oder ein Werkzeug. Kolonialismus ist also Imperialismus im engeren oder praktischen Sinne. Logischerweise steht der Imperialismus, also das (Welt-)«Reichsstreben» in der Regel vor dem Kolonialismus. Die Kolonien sind normalerweise erst die Folge des Imperialismus als seine speziellen Auswüchse oder Erscheinungsformen.

500 Jahre alte Weltmachtträume

Im Prinzip sind Imperialismus und Kolonialismus schon Tausende von Jahren alt. Sie begannen, als einzelne Reiche oder auch Stämme anfingen, andere zu unterwerfen und auszubeuten. Berühmteste Beispiele sind Alexander der Grosse (356 bis 323 v. Chr.) und das Imperium Romanum, das etwa 1000 Jahre überdauerte (von 753 v. Chr. bis ins 5. Jahrhundert nach Christus). Es folgten die Islamische Expansion und das Islamisch-arabische Weltreich (etwa 7. bis 13. Jahrhundert), das Mongolische Weltreich Dschingis Khans in Zentralasien, das Osmanische oder Türkische Reich (von ca. 1300 bis zur Abdankung Mehmets VI. 1922) und schliesslich der Kolonialismus Portugals und Spaniens im 15. Jahrhundert.

Am weitesten gebracht hatte es allerdings der Imperialismus in Grossbritannien mit seinem zweiten «Britischen Weltreich», «in dem die Sonne nie unterging». 1922 umfasste das British Empire ein Viertel der irdischen Landfläche und ein Viertel der Erdbevölkerung (ca. 458 Millionen Menschen). Zufällig lag dieser Zeitpunkt der grössten Ausdehnung des Empire also zwischen den beiden Weltkriegen. Das heisst, die Phase der Weltkriege fiel mit dem Ende dieses Wachstums zusammen und darf daher als Versuch betrachtet werden, dieses Wachstum auf andere Weise als durch konventionellen Krieg zu



Zeichnung britischer Soldaten bei der Schlacht von Amoy in China 1841. Ende des 19. Jahrhunderts gaben britische Machtstrategen die Taktik der offenen, militärischen Eroberung auf und entschieden sich für einen neuen, administrativen Weg der Machterweiterung.

Seite 11

erreichen. Denn alles andere widerspräche den oben geschilderten Mechanismen der Macht, wonach Macht nicht nur expansiv und suchtbildend ist, sondern auch nach immer mehr Macht strebt. Das heisst, wenn es um die Frage geht, wer wohl hinter der geheimen Gründung eines heimlichen globalen Weltreiches stehen könnte, ist das bis dahin schon sehr erfolgreiche Grossbritannien der erste Verdächtige.

Zwar wurde das britische Empire nach 1945 im Zuge der Entkolonialisierung formal aufgelöst. Aber 500 Jahre alte Weltmachtträume, die die gesamte Tradition und Kultur durchdringen, werden nun mal nicht einfach fallen gelassen, sondern weiterverfolgt. Tatsächlich reden wir hier also vom angloamerikanischen Imperialismus. Denn was als «Zivilisation» zu betrachten sei, wie sie etwa der dreifache britische Premier Gascoyne-Cecil im Munde führte (siehe S.14), daran gab es in Grossbritannien keinen Zweifel: Grossbritannien selbst natürlich. Diese «Zivilisation» und keine andere sei auf den ganzen Erdball auszuweiten, träumten die damaligen Strategen – und zwar schon lange vor dem Ersten Weltkrieg. England beziehungsweise Grossbritannien phantasierte spätestens seit dem 16. Jahrhundert von der Beherrschung der gesamten Welt und war dabei am erfolgreichsten. Andere Kolonialmächte wie Frankreich, Portugal oder Deutschland firmierten eher unter «ferner liefen».

Foto: Michael Lucan (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2011-11-09_Horst_Seehofer_02.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

In der ARD-Sendung «Pelzig unterhält sich» am 20. Mai 2010 sagte der bayerische Ministerpräsident zum Moderator:

«Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden!»

Nackte Plünderung und Piraterie

Und zu Anfang war Kolonialismus ja nichts weiter als nackte Plünderung und Piraterie. Während der globalen Verteilungskämpfe zwischen Spanien, Portugal und Grossbritannien «verordnete die englische Krone staatlich autorisierte Piraterie» (ab 1562). Es war die Zeit der englischen Freibeuter wie Francis Drake, dessen Geschäft schlicht in der Plünderung fremder Schiffe und Städte bestand. «Als die Spannungen mit Spanien sich intensivierten, gab Königin Elisabeth ihre formelle Zustimmung, spanische Städte auf dem amerikanischen Kontinent zu plündern und die aus der Neuen Welt zurückkehrenden, mit Schätzen beladenen spanischen Galeonen zu überfallen. Einflussreiche Gelehrte wie Richard Hakluyt und John Dee (der als Erster den Begriff ‚British Empire' gebrauchte) begannen die Errichtung eines englischen Weltreiches zu fordern, das mit dem spanischen sowie dem portugiesischen Weltreich rivalisieren sollte.» (Wikipedia)

Sackgasse Kolonialismus

Die direkte und offene Kolonialisierung mittels militärischer Macht und direkter Verwaltung wurde jedoch als Sackgasse «mit begrenzter Reichweite» erkannt. Die militärische Macht, die Mobilität und die Verwaltungskapazitäten würden nicht ausreichen, den gesamten Globus zu dominieren und zu kontrollieren. 1945 wurde das Kolonialreich also aufgegeben, weil es sich dabei um eine strategische Sackgasse handelte. Ein offizielles Kolonialreich liess sich nun einmal schwerlich über den gesamten Erdball spannen, ohne dabei das britische Empire militärisch und administrativ zu überdehnen – mit allen daraus entstehenden Gefahren. Ein offizielles Kolonialreich war ausserdem sichtbar und angreifbar und daher als Feind und Unterdrücker erkennbar. Das bessere Modell, die Gründung einer globalen, auf Konsens und Akzeptanz (und nicht zuletzt auf Täuschung und Intrige) beruhenden Organisation, würde aufgrund des schleichenden Prozesses zwar viel mehr Zeit benötigen – nämlich Jahrzehnte –, aber umso stabiler sein. Schliesslich wäre sie nicht durch einseitige militärische Macht legitimiert, sondern durch den Konsens aller. So würde es auch keine übermässigen Rückstösse oder Revolutionen dagegen geben, da die Massen und die Nationen glauben würden, sich aus freiem Willen zusammengeschlossen zu haben.

Die Rechtfertigung der Macht ist immer Ideologie

Daher entschied man sich, das Kolonialreich aufzugeben und die globale Macht im Zuge einer ebenso schleichenden wie scheinbar «freundlichen» und friedlichen Machtergreifung auf mehr administrativem Wege zu ergreifen, nämlich durch die Gründung einer zunächst britisch, später angloamerikanisch dominierten Weltorganisation. Es wäre doch seltsam gewesen, wenn die westlichen Alliierten mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Hegemonie über Europa und Japan schon zufrieden gewesen wären. Vielmehr macht ein totaler Sieg wie dieser Hunger

Staatsoberhäupter bei einer UNO-Konferenz für «Friedenssicherung». Heute umgibt die Weltmacht UNO eine Aura der Freundlichkeit und Nächstenliebe.

auf mehr. Oder auch Durst. Oder haben Sie schon mal einen Geschäftsmann gesehen, der nach überaus erfolgreichen Geschäften dasselbe Geschäft an den Nagel hängt? «Eine Eroberung weckt den Durst nach einer weiteren Eroberung», sagte schon Machiavelli. Nach dem Motto «links blinken und rechts abbiegen» wurden die Kolonien nur aufgegeben, um etwas viel Grösseres zu erreichen: Zum einen durch die militärische Gewalt des angloamerikanischen Bündnisses, das im Ersten und Zweiten Weltkrieg ganz Europa und Japan unter seine Hegemonie zwang, darüber hinaus aber durch einen viel langsameren Prozess, nämlich die «einvernehmliche Übereinkunft» aller Völker, sich zusammenzuschliessen und Konflikte künftig friedlich zu lösen. Oder – um es nochmals mit Machiavelli zu sagen: «Alle Macht ist Raub und all ihre Rechtfertigung pure Ideologie.» Sprich: Das angloamerikanische Imperium tauschte die gewalttätige Machtergreifung partiell gegen die Ausübung von «Soft Power» ein. Die angloamerikanischen Weltmachtträume wurden dabei teilweise transformiert und auf eine andere Ebene gehoben. Eine solche «administrative Herrschaft» durch eine globale, auf Konsens und Glauben beruhende Organisation wäre viel effektiver und eleganter als ein auf militärische Macht gegründetes Weltreich. Handelte es sich bei den Vordenkern eines Völkerbundes oder einer Völkerorganisation also um Kriegsgegner, Friedensapostel und Pazifisten? Mitnichten. Sondern die Idee einer globalen Völkerorganisation reifte im Kreise von eingefleischten Imperialisten, Kolonialisten und Kriegstreibern, und zwar als erbarmungsloser Krieg mit anderen Mitteln. Genau das ist der Humus, auf dem die Idee eines Völkerbundes gedieh. Also nicht als pazifistische Strategie, wie uns immer wieder eingebläut wird, sondern als imperialistische und kolonialistische Strategie.

Der dreifache Premier

Mit dem Wachstum des britischen Imperiums begann der Appetit auf die Welt ja nicht zu schwinden, sondern zu wachsen. Da

➔

Die Cecil-Dynastie

William Cecil (links) und Robert Cecil (rechts) – Berater von Elisabeth I. und Jakob I.

Robert Gascoyne-Cecil (Lord Salisbury) – Indienminister, Aussenminister und Premierminister

Foto: Bundesarchiv, Bild 102-12282/ CC-BY-SA 3.0

Lord Robert Cecil – Blockademinister im Ersten Weltkrieg und Präsident des Völkerbunds (Vorläufer der UNO)

Arthur James Balfour – Premierminister und Aussenminister

Seite 13

Macht erstens süchtig und zweitens Appetit auf immer mehr macht, blickten die britischen Imperialisten mit dem Wachstum des Empire bereits weit darüber hinaus. Einer der «strategischen Imperialisten» und Kolonialisten war ein gewisser Robert Gascoyne-Cecil oder auch Lord Salisbury, geboren 1830, gestorben 1903. Gascoyne-Cecil alias Salisbury gehörte einer mächtigen und alten politischen Dynastie an und hatte Monarchie und Imperialismus mit der Muttermilch eingesogen. 300 Jahre zuvor hatten seine Vorfahren Königin Elisabeth I. (1533 bis 1603) als Chef-Berater und leitende Minister gedient. Damals wurde die erste britische Kolonie in Amerika zu Ehren dieser «jungfräulichen Königin» «Virginia» getauft.

Die Familie hatte das Wachstum des Empire über Jahrhunderte hinweg begleitet und eine massgebliche Rolle dabei gespielt. Und auch im 19. Jahrhundert ging der Aufstieg weiter. Wie es sich für die Cecils gehörte, legte Lord Salisbury eine steile politische Karriere hin und stieg vom Parlamentsabgeordneten (ab 1854) zum britischen Kolonialminister für den Riesenkontinent Indien auf (ab 1874). Er wusste also, was es hiess, derartige Dimensionen zu erobern und zu verwalten. Aber damit war seine Karriere noch nicht beendet. Zwischen 1885 und 1902 war er nicht weniger als dreimal britischer Premierminister. Kein Wunder, dass der amerikanische Historiker Carroll Quigley schrieb, der Einfluss der Familie Cecil habe das britische Leben «seit 1886 vollständig» dominiert. Die beiden Historiker Gerry Docherty und Jim Macgregor schildern in ihrem Buch «Verborgene Geschichte – Wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte»[1] darüber hinaus eindrucksvoll, wie diese britische Nebenregierung die Regierung manipulierte und gegen jeden Widerstand den Ersten Weltkrieg organisierte – eine Orgie aus Gewalt und gewaltigen Profiten, die der Humus für einen Völkerbund werden sollte. Die britischen Rüstungskonzerne, an denen diese Kabale ausserdem beteiligt war, versorgten praktisch alle Kriegsparteien mit Waffen. «Diese Männer waren entschlossen, die ganze bewohnte Welt unter ihre Kontrolle zu bringen.» [2]

Die Zersplitterung der Menschheit

Und dieser Einfluss betraf keineswegs nur die Aussen- oder Kolonialpolitik. Schon viele Jahre zuvor hatte sich Gascoyne-Cecil/Salisbury seine ganz eigenen Gedanken über die Weiterentwicklung der Welt gemacht. Lord Salisbury fing schon früh an sich zu überlegen, wie man nicht nur einige, sondern alle Völker unter die Fuchtel des britischen Imperiums bringen könnte. Militärisch und administrativ war das unmöglich, ohne das britische Weltreich zu überdehnen. **Schon 1859, also fünf Jahre nach seiner Aufnahme in das britische Parlament, wandte sich der spätere dreifache Premierminister gegen die «Zersplitterung der Menschheit [...] in eine Vielzahl unendlich kleiner Regierungen.» Damit würde die Menschheit all das verlieren, was «der langsame und schmerzhafte Prozess der Konsolidierung für die Menschheit hervorgebracht hat.» Es sei «die Agglomeration und nicht die Zersplitterung von Staaten, zu der die Zivilisation tendiert; es ist die Fusion und nicht die Isolation von Rassen, durch die sich die physische und moralische Vortrefflichkeit der Art entwickelt.»** [3]

Einigung oder Krieg

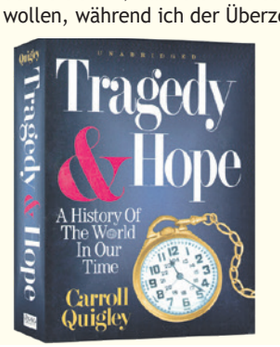
Also ein Antinationalist und Globalist. Womit wir bereits drei essentielle Motive des Zweiten Weltkrieges versammelt haben:

- Antinationalismus (was bestimmte Nationen betrifft)
- Antiimperialismus (was alle anderen Imperien betrifft)
- Globalismus

Ideen, die Lord Salisbury nicht mehr los liessen. So setzte er sich auch für eine Einigung Europas ein. Zunächst, muss man sagen: Europa sollte ein erster Baustein für das geplante Weltreich werden: «Denken Sie daran, woraus das Konzert Europas eigentlich besteht», sagte er fast 40 Jahre später, am 9. November 1897: «Das Konzert – oder, wie ich es zu nennen pflege: die beginnende Föderation Europas – ist eine Körperschaft die nur einvernehmlich handelt. Denken Sie daran, dass diese Föderation Europas den Embryo der einzig möglichen Struktur Europas darstellt, die die Zivilisation vor den zerstören-

Mentor von Bill Clinton über die Weltregierungspläne des Round Table

«Es existiert, und das bereits seit Generationen, ein internationales [...] Netzwerk, welches auf eine Weise arbeitet, wie es die konservative Rechte bei den Kommunisten vermutet. Tatsächlich hat dieses Netzwerk, welches wir als die ‚Round-Table'-Gruppen bezeichnen können, keinerlei Hemmungen, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, und tut dieses auch regelmässig. Mir sind die Tätigkeiten dieses Netzwerkes bekannt, da ich es mehr als zwanzig Jahre lang studiert habe und zu Beginn der sechziger Jahre sogar für zwei Jahre exklusive Einsicht in dessen Akten und der Öffentlichkeit normalerweise nicht zugänglichen Aufzeichnungen erhielt. Ich habe keine Aversionen, weder gegen das Netzwerk selbst noch gegen seine Ziele und habe tatsächlich sogar für den überwiegenden Teil meines Lebens eng mit ihnen zusammengearbeitet. Sowohl früher als auch kürzlich hegte ich Einwände gegen einige ihrer politischen Ziele [...], im Allgemeinen aber besteht meine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit darin, dass die Vertreter dieses Netzwerkes es vor der Öffentlichkeit geheim halten wollen, während ich der Überzeugung bin, dass seine historische Rolle wichtig genug ist, um für die Öffentlichkeit bekannt zu werden.»



Das schrieb der Historiker Carroll Quigley in seinem Buch «Tragödie und Hoffnung» 1966. Der inzwischen verstorbene Geschichtsprofessor an der Georgetown Universität war Mentor von Bill Clinton und Mitglied des Council on Foreign Relations (CFR). Seine Schriften sind hochinteressant, weil er sich darin offen zu den Zielen der Weltelite bekennt. Da er glaubt, dass es sich um positive Ziele handle, zeigt er die Machtstrukturen offen und detailliert auf. Wer von seinem Gegenüber als Verschwörungstheoretiker bezeichnet wird, weil er vor einer Weltregierung warnt, sollte ihm dieses Buch von Professor Quigley in die Hand drücken. ***(tk)***

BRISANTE ENTHÜLLUNGEN

Die beiden britischen Historiker Gerry Docherty und Jim Macgregor richten den Fokus auf einen einflussreichen Zirkel in Grossbritannien, der lange vor Beginn des Ersten Weltkriegs die militärische Niederwerfung Deutschlands anstrebte: Die Autoren belegen, dass die Berichterstattung über die Kriegsgründe vorsätzlich verfälscht wurde, um eine geheime Elite sehr wohlhabender und einflussreicher Männer in London zu schützen. «Verborgene Geschichte» enthüllt, wer in Wahrheit für den Ersten Weltkrieg verantwortlich ist.

Gebunden
494 Seiten,
zahlreiche Abbildungen
Verlag: Kopp Verlag
Artikelnummer: 958800
ISBN-13: 9783864454967

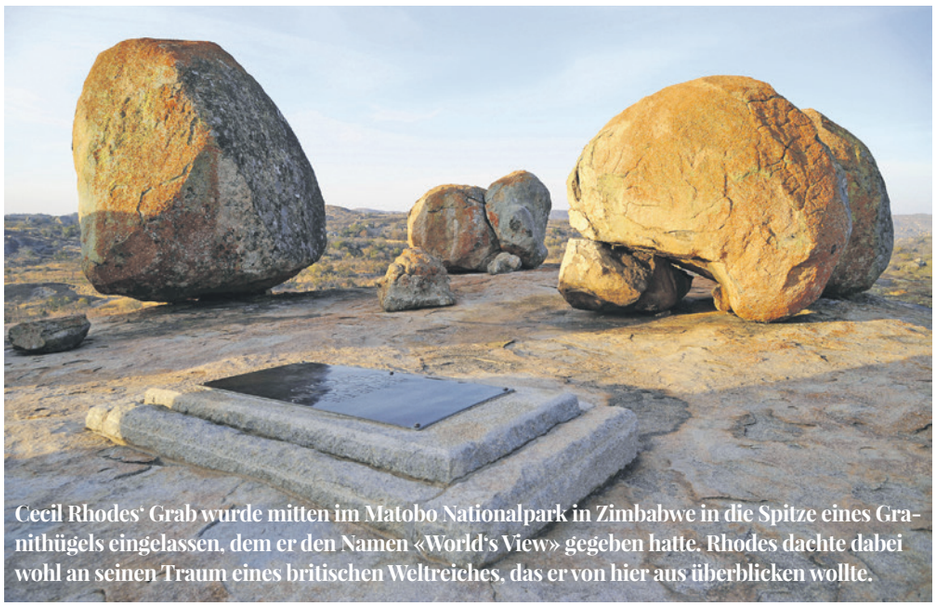
den Wirkungen eines desaströsen Krieges bewahren kann.» Die einzige Hoffnung, dass das galoppierende Wettrüsten nicht in einem Krieg enden würde, bestehe darin, **«dass die Mächte schrittweise zusammengeführt werden können, um in allen kontroversen Fragen, die sich stellen könnten, gemeinsam in einem freundschaftlichen Geist zu handeln, bis sie am Ende in eine internationale Verfassung geschmiedet werden können, die der Welt gegeben werden wird.»**

So sollten sich die Nationen also unter einem drohenden Krieg zusammenraufen, bis ihnen «eine internationale Verfassung [...] gegeben werden wird.» Eine interessante Formulierung: Die Staaten sollten sich also nicht selbst eine internationale Verfassung geben, sondern einvernehmlich handeln, bis sie ihnen «gegeben» werde! Vom wem, liess Salisbury in diesem Zitat freilich offen.

Ist der Krieg also wirklich «Vater aller Dinge», sogar einer friedlichen internationalen Ordnung und eines Weltstaates? Oder wollte man ihn zum Vater dieser Dinge machen? Nach dem Motto: Erst einen verheerenden Brand legen und danach die Feuerwehr gründen? Dienten die Weltkriege als Horrorszenario einer national organisierten Welt, und sollten sie diese ein für allemal diskreditieren (von persönlicher Geldgier und Machtgelüsten einmal abgesehen, die es natürlich auch gab)? Denn gleichzeitig hatten die Weltkriege ja einen häufig vergessenen Vorteil für Globalisten wie Salisbury. Während meistens die Opfer und das unendliche Leid beklagt werden, wird oft vergessen zu erwähnen, dass insbesondere durch den Ersten Weltkrieg die alte Ordnung beseitigt wurde, nämlich die europäischen Monarchien. Eine unabdingbare Voraussetzung für die Gründung von manipulierbaren Demokratien und schliesslich einer einzigen Weltregierung. Die Weltkriege dienten nicht nur dazu, den Völkern supranationale Organisationen quasi «zu verkaufen», sondern auch der Auslöschung der herkömmlichen Herrschaftsstrukturen. Mit dem Ersten Weltkrieg wurden gewaltige Umwälzungen bewirkt, nämlich die Herrscherhäuser der Habsburger, Hohenzollern, Romanows und der Ottomanen «endgültig zerstört» - eine wichtige Voraussetzung für die Errichtung eines «Einheitsstaates».

Der Club der Imperialisten

Das Testament eines gewissen Dr. Rhodes Ende des 19. Jahrhunderts sollte die Cecils noch mit einem weiteren Machtzentrum vereinigen. Wie gesagt, wurde das Streben nach Weltherrschaft von den Medien bisher auf mehr oder weniger lächerliche oder präpotente Figuren projiziert, wie beispielsweise einen Dr. No (bei James Bond) oder einen Dr. Mabuse – jenen von dem Schriftsteller Norbert Jacques (1880–1954) erfundenen Superverbrecher. In der Realität wurden solche Megaverschwörer dagegen immer wieder ins Reich der Fabel verwiesen: Nein, eine Verschwörung zur Erringung der Weltmacht oder zum Aufbau einer Weltregierung gebe es nicht, so die Auskunft des herrschenden Mainstreams. Doch wie so oft, wenn es um Inhalte des Mainstreams geht, ist das nichts weiter als Propaganda. Wie bereits in den Abschnitten über das Wesen der Macht dargestellt, kennt der Hunger nach Macht nun mal keine Grenzen. Machthunger liegt in der Natur mancher Menschen. In Wirklichkeit gab und gibt es deshalb sehr wohl Figuren und Kreise, die genau das planten und immer noch planen. So gab es noch einen weiteren Cecil, der diesen Namen jedoch als Vornamen trug. Diese bei Insidern wohlbekannte Person war erstens Brite, zweitens sagenhaft reich, und gründete drittens einen eigenen Staat. Die Rede ist von Rhodesien und seinem Gründer und Namensgeber, dem britischen Diamantenkönig Cecil Rhodes.



Cecil Rhodes' Grab wurde mitten im Matobo Nationalpark in Zimbabwe in die Spitze eines Granithügels eingelassen, dem er den Namen «World's View» gegeben hatte. Rhodes dachte dabei wohl an seinen Traum eines britischen Weltreiches, das er von hier aus überblicken wollte.

Anders als Gascoyne-Cecil/Salisbury konnte Rhodes nicht auf eine jahrhundertelange Familientradition zurückblicken. Nach allem, was wir wissen, stammte er auch nicht aus der oben geschilderten Linie, die den Namen Cecil im Nachnamen trug. Er war vielmehr das, was man heute einen Senkrechtstarter nennen würde. Als fünfter Sohn eines Vikars stammte er aus der bescheidenen Mittelschicht und litt von frühester Kindheit an unter einer angeschlagenen Gesundheit. Mit 17 schickte man ihn deshalb mit geliehenem Geld ins wärmere Südafrika zu seinem älteren Bruder Herbert, der dort eine Baumwollfarm betrieb. Als diese jedoch scheiterte, kam es zu einer entscheidenden Wende in Rhodes' Leben: Er stieg ins Diamantengeschäft ein, und Mitte der Achtziger-Jahre des 19. Jahrhunderts gelang es ihm, den Bankier Rothschild in London zu überzeugen, seine Aufkäufe in Südafrika zu finanzieren. Im Lauf der nächsten Jahre finanzierte ihn der britische Bankier dabei, sich praktisch alle Diamantenminen Südafrikas unter den Nagel zu reissen, um ein ganzes Diamantenimperium aufzubauen (De Beers), sagenhaft reich zu werden und einen eigenen Staat zu gründen, nämlich Rhodesien (heute Sambia und Simbabwe). «In der Hochphase des Imperialismus war er einer der führenden Akteure des Wettlaufs um Afrika», schrieb Kurt Messmer. «Wenn es einen Gott gibt, denke ich, dass er von mir erwarten würde, möglichst viel von der afrikanischen Landkarte in britisches Rot zu tauchen», sagte Rhodes. [4] Rhodes stieg aber nicht nur in Afrika, sondern auch in seiner Heimat Grossbritannien zu einem mächtigen politischen Akteur auf.

«Ich würde die Planeten annektieren...»

Und der Erfolg beflügelte ihn: Warum sollte das, was in Südafrika gelungen war, nicht auch anderswo gelingen, zum Beispiel in der ganzen Welt? Schliesslich war eins sicher: Am britischen Wesen sollte die Welt genesen (eine Haltung, die man später Deutschland unterstellte): **«Ich behaupte, dass wir die führende Rasse der Welt sind, und dass es für die Welt umso besser ist, je mehr wir davon bewohnen», meinte Rhodes.** «Wenn ich an diese Sterne denke, die man nachts am Himmel

➔

Cecil Rhodes

Cecil John Rhodes war ein britischer, schwerreicher Unternehmer und Politiker, der in der Hochphase des britischen Imperialismus Afrika eroberte und erschloss. Rhodes sah die Briten als «erste Rasse der Welt» an und träumte von einer Wiedervereinigung der anglo-amerikanischen Welt unter einer gemeinsamen, imperialen Regierung. Da die Briten es auf dem militärischen Weg nicht geschafft hatten, sich die USA wieder einzuverleiben, sah Rhodes nur den diplomatischen Weg, um die USA wieder an die britische Grossmacht anzugliedern. Die von ihm geplante anglo-amerikanische Union sollte «die Regierung der ganzen Welt antreten» und «den Frieden in alle Ewigkeit sichern». [1] ***(tk)***

Quelle: 1. Zitiert nach Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 860

Die Round Table Gruppe

In der Round Table Gruppe pflegte man Rhodes' Gedanken von einer Weltregierung weiter. Aus diesem elitären Zirkel gingen die britischen Bemühungen zur Schaffung des «Völkerbundes» hervor, dessen Präsident Round-Table-Mitglied Robert Cecil wurde und bis zu seiner Auflösung 1946 blieb. Mitglied Lionel Curtis forderte in seinem Buch «The Commonwealth of Nations» (London 1916), das britische Commonwealth (Nachfolger des Empire) dürfe nicht auf eine Nation oder ein Reich beschränkt bleiben, da es immer wieder durch Kriege bedroht würde, sondern müsse auf die ganze Menschheit ausgedehnt werden, um so den Weltfrieden herbeizuführen. Es sollte ein anglo-amerikanisch geprägtes Welt-Commonwealth geschaffen werden. Sein Round-Table-Mitstreiter Philip Kerr förderte diese Idee ebenfalls mit aller Kraft. Um die Welt vor einem Krieg aller gegen alle zu bewahren, sei «die einzige Endlösung der Weltstaat» [1]. Gemeinsam mit Curtis unterstützte er die Paneuropa-Bewegung von Graf Coudenhove Kalergi. ***(tk)***

Quelle: 1. Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 1575

Bis heute hat die Round Table Gruppe ihre eigene Zeitung namens «The Round Table: The Commonwealth Journal of International Affairs». Zum ersten Mal wurde sie 1910 von Round-Table-Mitglied Lord Milner herausgegeben.

Seite 15

sieht: Ich würde diese Planeten annektieren, wenn ich könnte.» [5] Mit anderen Worten war Rhodes' Macht- und Landhunger schier grenzenlos. Seine Träume erstreckten sich nicht nur auf den Erdball, sondern sogar auf die Himmelskörper.

Der geheime Plan zur Eroberung des Globus

Wie gesagt war Rhodes seit seiner Jugend jedoch schwer krank. Er hatte Tuberkulose, erlitt schon früh Herzinfarkte und setzte sich daher sehr oft mit seinem Tode auseinander. Das Ergebnis war eine Folge von mehreren Testamenten, insgesamt sieben, in denen Rhodes sein Vermächtnis und seine Strategien für seinen Nachlass, aber auch für den Erdball niederlegte. Bescheidenheit war nicht sein Ding. Diese Pläne wären durchaus eines Dr. No oder eines Dr. Mabuse würdig gewesen, denn dazu gehörte die Gründung einer Geheimgesellschaft ebenso wie der Griff nach dem gesamten Globus. Verschwörungstheorie? Nicht doch. Schliesslich haben wir das schriftlich.

Schon sein erstes Testament von 1877 widmete Rhodes der «Einrichtung, Förderung und Entwicklung einer geheimen Gesellschaft, deren wahrer Sinn und Zweck die Ausweitung der britischen Herrschaft über die ganze Welt sein soll».

Dazu gehörte:

- «die Vervollkommnung eines Systems der Auswanderung aus dem Vereinigten Königreich und der
- Kolonisierung all derjenigen Länder durch britische Subjekte, wo die Lebenshaltungskosten für Energie, Arbeit und Unternehmertum erschwinglich sind, und insbesondere
- die Besetzung des gesamten afrikanischen Kontinents durch britische Siedler».

Darüber hinaus sollten auch «das Heilige Land, das Tal des Euphrat, die Inseln Zypern und Candia, das gesamte Südamerika, die Inseln des Pazifiks, die bisher nicht zu Grossbritannien gehören, die Gesamtheit des malaiischen Archipel» sowie «die Küsten von China und Japan» zu diesem neuen und gewaltigen britischen Imperium gehören. Und die Vereinigten Staaten sollten wieder ein «integraler Bestandteil des britischen Empire» werden. Aber damit nicht genug. **Schon in seinem ersten Testament von 1877 hatte Rhodes auch «die Gründung einer so grossen Macht» im Auge, «dass Kriege unmöglich werden und die besten Interessen der Menschheit gefördert werden.» Was erstens an die Ideen von Lord Salisbury erinnerte und zweitens an die UNO.**

Die Präambel zum ersten Testament von Cecil Rhodes besteht im Wesentlichen also aus drei Teilen:

1. dem Aufruf zur Gründung einer Geheimgesellschaft zur «Ausweitung der britischen Herrschaft über die ganze Welt»
2. der geografischen Beschreibung dieses Herrschaftsanspruchs
3. dem Aufruf zur Gründung einer grossen (natürlich britischen) Macht, die Kriege unmöglich machen und die Interessen der Menschheit fördern soll

Die Ritter der Imperialistenrunde

Und das war nicht etwa eine flüchtige Idee: «Cecil Rhodes' Geheimbund wird in den ersten fünf seiner sieben Testamente erwähnt», rechnete der berühmte amerika-

Das Royal Institute of International Affairs

CHATHAM HOUSE
The Royal Institute of International Affairs

1919 wurde aus den sehr geheimen Round Table Gruppen das ein bisschen weniger geheime «Royal Institute of International Affairs» (RIIA) in London. Die Gründung des RIIA wurde in Paris bei einer Konferenz im Hotel Majestic im Mai 1919 beschlossen. Verschiedene führende Delegations-Mitglieder der Pariser Friedenskonferenz waren für diese Konferenz extra erneut angereist. Das Treffen wurde von Wilsons Berater Colonel Edward Mandell House geleitet, der die entscheidende organisatorische Kraft hinter dem RIIA und bald schon darauf dem Council on Foreign Relations (CFR) in Amerika darstellte. Wilson sagte selbst über House: «Sein Denken und meines sind eins.» ***(tk)***

Council on Foreign Relations – Die Round-Table-Agenda in den USA

Der bekannteste Ableger des RIIA ist der Council on Foreign Relations (CFR) in New York. Dieser wurde am 29. Juli 1921 von Colonel Mandell House gegründet. Heute hat der CFR über 5.000 Mitglieder. Praktisch alle wichtigen Konzernchefs der USA, Abgesandte der Grossbanken, Politiker beider Parteien und ihre Berater, Wissenschaftler, Militärs, Journalisten und Medienpersönlichkeiten sitzen in der geheimen Schaltstelle der USA. Der CFR hatte bereits 1939 (zwei Jahre bevor die USA in den Krieg eintraten) ein «Komitee für Nachkriegsprobleme» eingerichtet, um eine internationale Ordnung nach dem Krieg zu planen. 47 Mitglieder des CFR waren unter den amerikanischen Delegierten bei der Gründung der Vereinten Nationen. Das Grundstück der UNO wurde von der Familie Rockefeller zur Verfügung gestellt, die den CFR seit seiner Gründung finanzierten. Franklin D. Roosevelt, der später den Krieg gegen Deutschland und die Gründung der UNO vorantrieb, stand der Organisation ebenfalls nahe. Der Historiker Carroll Quigley schrieb über die Organisation: «Der Council on Foreign Relations ist der amerikanische Zweig einer in England gegründeten Gesellschaft […] und glaubt […], nationale Grenzen müssten abgeschafft und eine Eine-Welt-Herrschaft (Anm.: One World Rule) etabliert werden.» ***(tk)***

Die verschwiegene Round Table Gruppe benannte sich nach der mittelalterlichen Erzählung «Ritter der Tafelrunde».

nische Historiker Caroll Quigley vor.[6] Nur im sechsten und siebten Testament wurde der Geheimbund nicht mehr erwähnt, was wohl daran liegt, dass er noch zu Rhodes' Lebzeiten gegründet worden war, nämlich 1891, elf Jahre vor seinem Tod. Nach den «Rittern der Tafelrunde» gab sich der exklusive Club den Namen «Round Table Group». Das globale Lexikon Wikipedia weiss bezeichnenderweise nichts darüber. Dort gibt es nur einen Artikel über die «Round Tables», Rotary-ähnliche Wohltätigkeitsclubs, die sich über die ganze Welt verbreitet haben. Aber «an einem Winternachmittag im Februar 1891 waren drei Männer in London in ernste Gespräche vertieft. Aus diesen Gesprächen ergaben sich Folgen von grösster Bedeutung für das Britische Empire und die Welt insgesamt. Denn diese Männer waren dabei, eine Geheimgesellschaft zu gründen, die mehr als 50 Jahre lang eine der wichtigsten Kräfte in der Formulierung und Durchführung der britischen imperialen Politik und Aussenpolitik werden sollte», beschrieb Quigley eines der Gründungstreffen. «1891 wurde in London ein Geheimbund gegründet, eine Organisation reicher und mächtiger Männer, die das Ziel anstrebte, langfristig die Weltherrschaft zu übernehmen», schrieben auch die beiden britischen Historiker Gerry Docherty und Jim Mcgregor[7]. «Letztlich wollten sie alle bewohnbaren Bereiche der Welt unter ihre Kontrolle und ihren Einfluss bringen. […] Der weisse angelsächsische Mann stand ihrer Sicht zufolge absolut zu Recht ganz oben in der Rassenhierarchie – einer Hierarchie, die auf der Oberhoheit in Handel und Industrie sowie auf der Ausbeutung anderer Rassen beruhte. Sie sahen sich vor eine drastische Wahl ge-

Lord Milner: Britischer Imperialist und Kommunist?

Lord Alfred Milner aus Cecil Rhodes' Round Table Gruppe, der sich selbst als «britischen Nationalist» und «Imperialist» bezeichnete, hegte ebenso Sympathien für die Ideen von Karl Marx, was sich bei einer genaueren Betrachtung der Oktoberrevolution in Russland 1917 auch nachvollziehen lässt (siehe S.32). Der General Arsene de Goulevitch berichtete in seinem Buch «Czarism and the Revolution»: «In Privatgesprächen wurde mir mitgeteilt, dass Lord Alfred Milner mehr als 21 Millionen Rubel zur Finanzierung der Russischen Revolution ausgab.» Weitere Unterstützung kam von amerikanischen Banken, die gute Kontakte zur imperialistischen Round Table Gruppe pflegten, wie der Historiker Anthony C. Sutton in seinem Buch «Wall Street and the Bolshevik Revolution» nachweist. Sutton zitiert Milner mit diesen Worten: «Marx' grossartiges Buch ‚Das Kapital' ist zur gleichen Zeit ein Monument des logischen Denkens und ein Lagerhaus an Fakten.» ***(tk)***

Seite 17

stellt: entweder mit entschlossenem Schritt das britische Empire zu stärken und weiter auszubauen oder zu akzeptieren, dass Länder wie Deutschland Grossbritannien auf der Weltbühne den Rang abliefen.» Unter dem «hehren Banner der Zivilisation» sei eine Geheimgesellschaft entstanden, «wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte. [...] Sie würde die Weltherrschaft übernehmen, ja, aber doch nur zum Wohle der Menschheit. Sie würde die Welt vor sich selbst retten.» [8]

Ein «Patriot britischer Rasse»

Vordergründig sollte alles zum Besten der Menschen geschehen – in Wirklichkeit aber zum Besten des britischen und später angloamerikanischen Imperiums. Oder andersherum: Was gut für Grossbritannien und die «führende Rasse der Welt» war, war auch gut für alle anderen. Mit anderen Worten wurden das Herrenmenschentum und die Idee einer «Herrenrasse» nicht oder nicht nur in Deutschland erfunden, sondern vor allem in Grossbritannien, der erfolgreichsten Kolonialmacht aller Zeiten. Auch Konzentrationslager waren ursprünglich von den Briten erdacht und erstmals im Zweiten Burenkrieg (1899–1902) angelegt worden. Als bedeutendster wirtschaftlicher und machtpolitischer Rivale des britischen Kolonialreichs wurde das sich rasch entwickelnde Deutschland angesehen. Bei den späteren kriegerischen Auseinandersetzungen wurde das eigene Weltmachtstreben dem Feind unterstellt – samt Herrenmenschentum, Rassenüberlegenheit und anderem mehr – während man sich selbst als denjenigen präsentierte, der die Welt vor dem Machthunger des anderen retten wollte.

Neben Rhodes nahmen noch zwei weitere Männer an dem Treffen zur Gründung des Geheimbunds teil: Sein Freund, der damals bekannte Enthüllungsjournalist William T. Stead (der bezeichnenderweise die Verbreitung der «Weltsprache» Esperanto vorantrieb) oder auch Lord Esher, kein Geringerer als «ein Freund und Vertrauter von Königin Victoria». Besonders dieser Lord Esher war ein Volltreffer für Rhodes, denn später sollte er der einflussreichste Berater von König Edward VII. und König George V. werden. Also jener beiden britischen Könige, die Grossbritannien in den nächsten Jahrzehnten regierten, also im Zeitalter des Ersten Weltkrieges und im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges (1901 bis 1936). Ja, über Jahrzehnte hinweg war der Round-Table-Mann Lord Esher so etwas wie der Spiritus Rector des englischen Königshauses: «Esher genoss enormen Einfluss in den höchsten Gesellschaftsschichten», schrieben Docherty und Macgregor. Als enger Berater von drei britischen Königen (Victoria, Edward II. und George V.) habe er «mit der einen Hand England gesteuert, während die andere Hand jungen Knaben nachstellte.» [9]

Des Weiteren kamen noch der legendäre britische Bankier Lord Nathaniel Mayer Rothschild (seinerzeit angeblich «der reichste Mann der Welt» [10]) und ein gewisser Alfred Milner dazu, ein britischer Staatsmann und Kolonialverwalter, der als «Agent Rothschilds» angesehen wurde und sich selbst einen «Patrioten britischer Rasse» nannte. Milner war ein Senkrechtstarter und Selfmademann, der in der britischen Politik einen kometenhaften Aufstieg erlebte. 1897 wurde er zum Gouverneur der britischen Kapkolonie und Hochkommissar für das Südliche Afrika ernannt. Später – im Ersten Weltkrieg – wurde er Mitglied im Kriegskabinett von Premierminister David Lloyd George. In einer Selbstcharakterisierung schrieb Milner: «Ich bin ein britischer (tatsächlich englischer) Nationalist. Sofern ich auch Imperialist bin, dann deshalb, weil das Schicksal der englischen Rasse aufgrund ihres Inseldaseins und ihrer langen Herrschaft über die See darin besteht, in verschiedenen Gebieten der Welt Wurzeln zu schlagen. Ich bin ein Imperialist und kein kleiner [d.h. «engstirniger»] Engländer, weil ich ein Patriot britischer Rasse bin.»

Das Zentrum der «Weltverschwörung»

Südafrika war der reinste Talentschuppen für globale Verschwörer und Imperialisten und das Zentrum dieser – im wahrsten Sinne des Wortes – «Weltverschwörung». Zum Beispiel trieb sich dort auch ein gewisser Winston Churchill herum, Kriegsberichterstatter für die britische Morning Post. Er lancierte einen Bericht über seine angeblich heldenhafte Flucht aus burischer Gefangenschaft 1899 und wurde damit auf einen Schlag berühmt. In Wirklichkeit wurde Churchill auf Intervention von Alfred Milner aus der Gefangenschaft entlassen. Schon Churchills Vater pflegte engste Beziehungen zur Familie Rothschild und häufte enorme Schulden bei ihr an. Später wurde Churchill berüchtigter britischer Premierminister im Zweiten Weltkrieg und Deutschenhasser.

Als ob dies noch nicht genug wäre, kam auch noch die mächtige Dynastie der Cecils hinzu, die schon Königin Elisabeth I. als Berater und Minister gedient hatten. Tatsächlich waren die Cecils (nicht verwandt mit Cecil Rhodes) auch massgebende Mitglieder in der Round Table Group. Der amerikanische Historiker Carroll Quigley nannte sie den «Cecil-Block». Die steinreichen Cecils mit ihren weit verzweigten Verwandtschaftsbeziehungen waren so etwas wie die Kennedys der britischen Politik, nur mit einer wesentlich längeren Geschichte. Der Cecil-Block sei von einem uns inzwischen gut Bekannten geschaffen worden, nämlich «von Robert

«Geschichte ist die Lüge, auf die man sich geeinigt hat», sagte einst Napoleon Bonaparte. Der Sieger schreibt die Geschichte und kontrolliert die Wahrnehmung der Vergangenheit. George Orwell schrieb dazu: «Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft: wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.»

Arthur Talbot Gascoyne-Cecil, dem Viscount Cranborne und Dritten Marquis von Salisbury (1830–1903)» – also von jenem dreifachen britischen Premier, der sich schon 1859 Gedanken über einen Zusammenschluss der Völker gemacht hatte. Dieser Lord Salisbury «hatte vier Geschwister, fünf Söhne und drei Töchter, und alle waren durch Hochzeiten mit anderen Personen aus der obersten Gesellschaft verbunden», schrieben Doherty und Macgregor: «Wichtige Regierungsposten wurden entsprechend an Verwandte, Freunde und wohlhabende Anhänger verteilt, die ihre Dankbarkeit dadurch beweisen konnten, dass sie Salisburys Ansichten in der Regierung, im öffentlichen Dienst und in diplomatischen Kreisen verbreiteten.» [11]. Salisbury war auch derjenige, der sein Amt als Premierminister im Jahre 1902 an seinen Neffen Arthur Balfour übergab – jenen Arthur Balfour, der 1917 (dann als Aussenminister) einem gewissen Lord Lionel Walter Rothschild das Land Palästina als jüdische Heimstätte versprach (Balfour-Erklärung).

Dass britische Premierminister zu jener Zeit grundsätzlich Imperialisten und Kolonialisten waren, versteht sich von selbst. Ja, ein anderes Weltbild war für einen britischen Politiker des 19. Jahrhunderts gar nicht denkbar. Darüber hinaus hatte Lord Salisbury wie gesagt als Staatssekretär im Kabinett von Premierminister Benjamin Disraeli auch den Riesenkontinent Indien verwaltet. Das heisst: Mit der Round Table Gruppe begann in Grossbritannien der Schwanz mit dem Hund zu wedeln. Der berühmte amerikanische Historiker Carroll Quigley nannte die Gruppe «einen der wichtigsten historischen Faktoren des 20. Jahrhunderts» [12]. 50 Jahre lang sollte dieser Geheimbund die Politik des Empire dominieren, wie Quigley festgestellt hatte. Aus diesem Milieu kam die Idee des Zusammenschlusses aller Völker unter britischer Führung und schliesslich eines Völkerbundes, einer UNO und künftigen «Weltregierung». Völkerbund, UNO und natürlich auch die «Globalisierung» sind nirgendwo anders als auf dem Mist der kolonialistischen und imperialistischen Round Table Gruppe gewachsen. Oder anders gesagt: Das britische Kolonialreich war nur die Vorstufe von Völkerbund und UNO.

Drahtzieher der Macht

Folgt man Quigley, ist die Bilanz der Round Table Gruppe atemberaubend:

- Sie plante den Jameson-Überfall von 1895 [der im Nachgang zu einem ernsten Zerwürfnis mit Deutschland führte],
- löste den Burenkrieg von 1899 bis 1902 aus,
- verwaltete das Erbe von Cecil Rhodes.
- Sie brachte zwischen 1906 und 1910 die Südafrikanische Union zuwege,
- übte von 1917 bis 1919 den Haupteinfluss auf Premierminister Lloyd Georges Kriegsverwaltung aus und
- dominierte die britische Delegation bei der Versailler Friedenskonferenz von 1919.
- Sie hatte sehr viel mit der Gründung und Verwaltung des Völkerbundes und mit dem System der Mandate zu tun.
- Sie hatte zwischen 1917 und 1945 einen der wichtigsten Einflüsse auf die britische Politik gegenüber Irland, Palästina und Indien, ebenso auf die Appeasement-Politik gegenüber Deutschland in den Jahren 1920 bis 1940, und kontrollierte zu einem sehr erheblichen Teil die Quellen und Veröffentlichungen über die Geschichte der britisch-imperialen Aussenpolitik seit dem Burenkrieg — und tut dies noch immer.» Eine ihrer wichtigsten Tätigkeiten sei Propaganda gewesen.

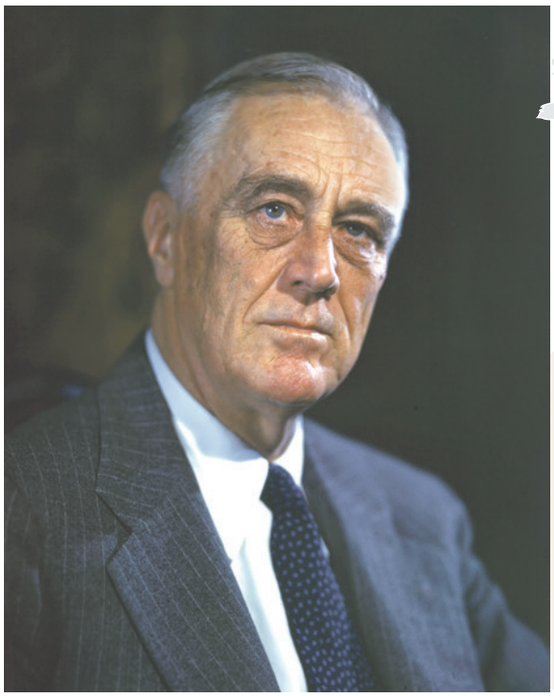
Eine Kleinigkeit fehlt jedoch in dieser Liste: Spätestens nach Rhodes' Ableben begannen die Gruppe und ihre peripheren Verbündeten, den Krieg gegen Deutschland zu planen und voran zu treiben. «Für die Geheime Elite war Deutschland die grösste Hürde auf dem Weg zur Weltherrschaft, also machten sie das Deutsche Reich zum Schreckgespenst, dem sie all die Verfehlungen zuschrieben, die sie selbst begingen. Kübelweise schütteten Zeitungen, Magazine und Romane ihre Propaganda aus, Woche um Woche und Monat um Monat. Und leider saugte der ‚Mann von der Strasse' diese Propaganda begierig auf.» [13]

(gw)

Die «Grossen Vier» Staatschefs (v.l.n.r.) David Lloyd George (GB), Vittorio Emanuele Orlando (Italien), Georges Clemenceau (Frankreich) und Woodrow Wilson (USA) bei der Pariser Friedenskonferenz 1919, wo durch den Versailler Vertrag der Völkerbund (Vorgänger der UNO) ins Leben gerufen wurde. Lloyd Georges Privatsekretär, der mit ihm zur Konferenz reiste, war Philip Kerr aus der Round Table Gruppe.

Quellen:

1. Verborgene Geschichte; Gerry Docherty, Jim MacGregor, Kopp Verlag, Rottenburg, 2014.
2. Ebenda, S.30
3. Bentley›s Quarterly Review, 1, (1859), S. 22.
4. The Story of Africa. BBC World Service. Retrieved on 2009-06-13.
5. William T. Stead: The Last Will and Testament of Cecil John Rhodes, 1902
6. Carroll Quigley, Tragödie und Hoffnung, Kopp Verlag, Rottenburg, 2016, S.47
7. Verborgene Geschichte, S.10
8. Ebenda, S. 12f.
9. Ebenda, S. 22
10. Ebenda, S. 24
11. Ebenda, S. 29
12. Carroll Quigley: Das Anglo-Amerikanische Establishment, Kopp Verlag, Rottenburg, 2016, S. 8
13. Ebenda, S. 69



Franklin D. Roosevelt: und Kriegstreiber

Die Geschichte wird immer von den Siegern geschrieben: Bis heute gilt sowohl in ihren Heimatländern als auch bei den Besiegten des Zweiten Weltkriegs der von Staat und Medien erzeugte Konsens, Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt – die Gründer der UNO – seien vielleicht keine Helden, aber zumindest pragmatische und friedensorientierte Politiker gewesen, die es schafften, Deutschland und Europa von dem Faschismus zu erretten. Doch in Sachen Erbarmungslosigkeit, Heimtücke und Angriffslust waren die beiden ähnlich gelagert wie ihr grösster Rivale Hitler. Hier einige Beispiele, beginnend mit Franklin D. Roosevelt:

Wie Roosevelt Pearl Harbor geschehen liess

Inzwischen gilt es als gesichert, dass die US-Regierung unter Franklin D. Roosevelt den Angriff Japans auf Pearl Harbor, den zentralen US-Flottenstützpunkt auf Hawaii, am 7. Dezember 1941, mit vollstem Kalkül geschehen liess und damit über 2.400 amerikanische Soldaten in den Tod schickte. Die eigenen Männer wurden kalt geopfert, um in der kriegsunwilligen Bevölkerung einen Schock auszulösen, der die Stimmung für den Eintritt in den Krieg gegen Nazi-Deutschland umdrehen sollte.

Eine umfassende Beweissammlung aus einer Fülle von Quellen hat Dr. Bernd A. Weil zusammengestellt. Nur einige wesentliche Punkte seien aufgeführt:

• Bereits am 27. Januar 1941 – also mehr als zehn Monate vor dem japanischen Angriff – schickte der damalige amerikanische Botschafter in Tokio, Joseph Grew, ein Telegramm an den US-Aussenminister Cordell Hull zur Übermittlung an Roosevelt. Darin hiess es wörtlich: «Die japanischen Militärstreitkräfte planen einen überraschenden Grossangriff auf Pearl Harbor im Falle von ‚Streitigkeiten' zwischen Japan und den Vereinigten Staaten.» Diese Information wurde auch an das Kriegs- und Marineministerium weitergegeben, womit schon zu diesem frühen Zeitpunkt klar war, dass Pearl Harbor die am stärksten bedrohte Marinebasis der Amerikaner war.

• In der Zeit vom 25. September 1940 bis zum Dezember 1941 war es den amerikanischen Armee- und Marine-Nachrichtendiensten gelungen, die geheimsten diplomatischen und militärischen Codes der Japaner fehlerfrei zu entschlüsseln. Ein Marinebericht aus dem Jahr 1946 enthält den Hinweis, dass 188 von den US-Geheimdiensten dechiffrierte Nachrichten in den erwähnten Codes eindeutig auf einen bevorstehenden Angriff der Japaner auf Pearl Harbor hinwiesen. Ausserdem wurden entsprechende Warnungen vor den japanischen Kriegsplänen auch von britischen, niederländischen und russischen Nachrichtendiensten an die Roosevelt-Regierung übermittelt.

• Am 29. November 1941 – neun Tage vor dem Ereignis - zeigte der amerikanische Aussenminister Cordell Hull einem Reporter der New York Times eine Botschaft, die besagte, dass Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 (!) angegriffen werde! So geschah es auch.

• Der Leiter der Abteilung «Fernost» des amerikanischen Marinegeheimdienstes schrieb am 1. Dezember 1941 in seinem Bericht an den Kommandeur der Pazifikflotte: «Der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan wird in nahester Zukunft beginnen.» Der Kommandeur erhielt diesen Report nie, da er angeblich versehentlich zurückgehalten wurde!

• Zahlreiche Funksprüche der japanischen Flotte unmittelbar vor dem Angriff wurden von diversen US-Stellen, so zum Beispiel von dem Passagierschiff «SS Lurline» mitgehört und sofort entschlüsselt. Der amerikanische Historiker und hoch dekorierte Weltkriegsveteran Robert B. Stinnett entdeckte und veröffentlichte nach 17-jähriger Forschungsarbeit insgesamt 129 (!) japanische Funksprüche, von denen alleine am 6. Dezember 1941 vier Radiotelegramme vom militärischen US-Geheimdienst mitgehört, entschlüsselt und drei Stunden (!) vor dem Angriff auf Roosevelts Schreibtisch lagen. Per Telefon hätte er die Hawaii-Inseln sofort warnen können, aber er tat es nicht!

• Insgesamt neun (!) verschiedene Untersuchungsausschüsse während des Krieges und danach versuchten, die Hintergründe aufzuklären, wobei

Sozialist

bereits im Jahr 1944 gelogen, Zeugen eingeschüchtert und Aussagen korrigiert wurden. Dennoch kam ein streng geheimer Bericht des «Army Pearl Harbor Board» vom 20. Oktober 1944 zu dem Schluss, dass man spätestens nach dem 4. Dezember 1941 mit einem Angriff der Japaner auf Pearl Harbor für den 6. oder 7. Dezember 1941 rechnete. Abschliessend heisst es in diesem Armeebericht: «Bis zum Morgen des 7. Dezember 1941 war alles, was die Japaner planten, den Vereinigten Staaten bekannt.»

Später hat ein Mitarbeiter Roosevelts die Schachzüge der amerikanischen Politik, die den Krieg einkalkulierten, wie folgt beschrieben: «Roosevelts Politik, Japan durch politisch wirtschaftlichen Druck zum Kriege zu zwingen und gleichzeitig die Schlachtflotte in Hawaii als Einladung zum Überraschungsangriff bereitzuhalten, war ein vollkommener Erfolg.»[1] **Diese Notiz des Mitarbeiters Roosevelts wird durch eine weitere Tagebuchnotiz von Kriegsminister Henry L. Stimson gestützt und ergänzt. Auf Wikipedia ist zu lesen: «Zehn Tage vor dem Angriff auf Pearl Harbor trug er (Anm.: Stimson) im November 1941 in sein Tagebuch [...] ein, dass er angesichts drohender feindlicher Auseinandersetzungen mit Japan mit Präsident Roosevelt diskutiert habe, wie die Japaner dazu zu bringen wären, den ersten Schuss abzugeben, ohne die USA zu grossen Gefahren auszusetzen.»** [2]

Es ging also darum, die Japaner zum Beginn eines Krieges zu provozieren, den die USA selbst aus geostrategischen Gründen wollten, und mit einem «Überraschungsangriff» auf die angeblich ahnungslosen USA einen gewünschten Schock in der Bevölkerung auszulösen.

Quellen:
Gegenfrage.com
1. Otto Zierer: Neue Weltgeschichte, Bd. Von der Franz. Revol. bis ..., Stuttg. 1966, S. 540, 557
2. Wikipedia, Henry L. Stimson

Ex-Präsident Herbert Hoover: Roosevelt und Churchill haben die Menschheit verraten

Für den früheren US-Präsidenten Herbert Hoover war offensichtlich, dass sein Nachfolger Roosevelt keine amerikanischen Interessen verfolgte, sondern Verrat an den in der Verfassung verankerten Prinzipien der Freiheit beging. Hoover schrieb in seinem erst viele Jahrzehnte später (2011) erschienenen Buch «Freedom Betrayed»:

«Ich habe in diesem Buch den Weg gezeigt, auf dem Roosevelt und Churchill die Menschheit hinabgeführt haben. Ich brauche ihre Zugeständnisse und ihr Appeasement oder ihre Vereinbarungen mit dem grössten Feind der Menschheit (Anm.: d.h. mit den Kommunisten) nicht noch einmal zu wiederholen. Ihre Erklärungen und Geheimabkommen in Moskau im November 1943, in Teheran im Dezember desselben Jahres, in Jalta im Februar 1945. Truman im August [1945] in Potsdam, und seine Politik in China von 1945 bis 1951 sind die Inschriften auf den Grabsteinen, die den Verrat an der Menschheit kennzeichnen.»

Beste Freunde? Roosevelt und Stalin auf der Konferenz von Teheran.

Wäre der Kalte Krieg ohne Roosevelt überhaupt möglich gewesen?

Roosevelt, der während seiner Amtszeit Dutzende von Sozialisten und sogar sowjetische Agenten wie Alger Hiss in hohe Regierungsämter befördert hatte, erkannte die Sowjetunion im November 1933 diplomatisch an und schloss 1935 ein Handelsabkommen mit Stalin, womit der Westen die Sowjetunion (wie schon mehrere Male zuvor) vor dem finanziellen Zusammenbruch rettete. In den 1930er-Jahren bauten amerikanische Firmen weiter an riesigen Industriekomplexen zum Aufbau des sowjetischen Militärapparats und lieferten das nötige Material und Know-how zur Kriegsproduktion. Das lief direkt über ein neues Einkaufsbüro, das die Sowjets 1936 ohne einen Aufschrei des amerikanischen Kongresses in New York installiert hatten. [1] Roosevelt hielt regen Kontakt zu Stalin und schloss 1939 ein militärisches Geheimabkommen mit ihm, um militärische Informationen mit ihm auszutauschen.

Nach Hitlers Polen-Feldzug im Jahr 1941 hatte Roosevelt einen offiziellen Grund, die Sowjetunion materiell zu unterstützen, da sie nun an der Seite der Alliierten gegen Deutschland kämpfte. Durch den Pacht-Leih-Hilfe-Vertrag von 1941 bekamen die russischen Streitkräfte von den USA militärisches Material im Wert von elf Milliarden Dollar - eine kaum vorstellbare Summe für heutige Verhältnisse. Die USA lieferten den Sowjets in dieser Mission u.a. 77.900 Jeeps, 151.000 leichte Transportfahrzeuge, 14.795 Flugzeuge und 131.633 Maschinengewehre. [2] Erst mit dieser Ausrüstung konnten die Sowjets weit in den Westen vorstossen und grosse Teile Europas erobern. Die «Verteidiger der freien Welt» schauten passiv zu, wie ihr russischer Verbündeter erbarmungslos - und kein Stück besser als die Wehrmacht - über die Zivilbevölkerung in Polen, Ungarn und Österreich hinwegfegte. Nachdem Russland mit amerikanischer Hilfe die Gebiete östlich von Deutschland eingenommen hatte, wurde es plötzlich vom Verbündeten zum neuen Erzfeind gemacht. Dass selbst erschaffene Feinde zum A&O jeder wirkungsvollen Machtpolitik gehören, wurde bereits in mehreren Ausgaben der ExpressZeitung erläutert. (Ausgaben 8/10/20) ***(tk)***

Quellen:
1. Anthony C. Sutton: Der leise Selbstmord – Amerikas Militärhilfe an Moskau, Bonn, Verlag SOI, 1976, S.95.
2. Leih- und Pachtgesetz. In: Wikipedia-Deutsch.

Winston Churchill:

Imperialist, Rassist und Massenmörder?

Unter Churchill wurden auch in Malaysia (1948-1960) zahlreiche Kriegsverbrechen begangen, darunter mehrere Massaker an der Zivilbevölkerung.

Churchill verantwortlich für Millionen Tote im britischen Bengalen?

Winston Churchill gilt vielen als schillernde Figur der Geschichte. Er wird bis heute für die Befreiung Europas vor dem Faschismus gefeiert und verehrt. Dabei wird ausser Acht gelassen, dass zahlreiche Historiker inzwischen aufgezeigt haben, dass Churchill ein glühender Imperialist, Rassist und Kriegsverbrecher war. Churchill setzte vieles daran, das britische Empire zu vergrössern und zu stärken – und das oft koste es, was es wolle. Hier ein Beispiel aus der Online-Enyklopädie Wikipedia:

«Die Hungersnot in Bengalen 1943 betraf die Präsidentschaft Bengalen im damaligen Britisch-Indien während des Zweiten Weltkrieges. Die Zahl der Hungertoten wird auf 1,5 bis 4 Millionen geschätzt. Die Hungersnot gilt als die grösste humanitäre Katastrophe in Britisch-Indien und im gesamten britischen Kolonialreich im 20. Jahrhundert.

Viele moderne indische und bengalische Journalisten und Historiker haben insbesondere dem damaligen britischen Premierminister Winston Churchill vorgeworfen, sich gegenüber dem Elend in Bengalen gleichgültig gezeigt zu haben oder es sogar wissentlich in Kauf genommen zu haben. Während der Hungersnot sei es Churchills einziges Interesse gewesen, die gute Versorgung der britisch-indischen Armee und des britischen Mutterlandes sicherzustellen. Seine einzige Antwort auf ein Telegramm des Vizekönigs Archibald Wavell, in dem dieser die Freigabe von Nahrungsmittelspeichern erbat, war die Frage gewesen, warum Gandhi denn nicht auch verhungert sei. [...] **Seiner Geringschätzung für die Inder gab Churchill gegenüber Leopold Stennett Amery, dem Secretary of State for India, Ausdruck: ‚Ich hasse Inder, [...] sie sind ein tierisches Volk mit einer abscheulichen Religion.' [...] Die Hungersnot sei ihre eigene Schuld und eine Folge davon, dass sie sich ‚wie die Karnickel vermehren'.**

Vorräte in anderen Provinzen Britisch-Indiens wurden zum Teil aus eigennützigen Beweggründen nicht, oder nur zögerlich nach Bengalen geliefert. Auch behinderte die Kriegslage den freien Nahrungsmitteltransport nach Bengalen.

In Kenia wurden während dem Mau-Mau-Krieg unter Churchill Hunderttausende in Konzentrationslager gesperrt. Um an Informationen zu gelangen, folterten die Besatzer unzählige Menschen, vergewaltigten und verstümmelten sie teilweise. Die britische Regierung vernichtete kurz vor der kenianischen Unabhängigkeit unzählige Dokumente über die Konzentrationslager, sodass viele weitere Verbrechen bis heute unaufgedeckt bleiben.

Die Bombardierung Dresdens: Massenmord an deutscher Zivilbevölkerung

Am 13.02.1945 kam es zum Luftangriff der Alliierten auf Dresden. Über 700.000 Brandbomben wurden auf 1,2 Millionen Bewohner und 600.000 Flüchtlinge auf Befehl von Grossbritanniens damaligem Premierminister Winston Churchill und US-Präsident Franklin D. Roosevelt abgeworfen. Das Bombardement war derart grausam, dass einige Historiker dieses Ereignis heute als den «Höhepunkt des Wahnsinns Churchills» bezeichnen.

Die Bombardierung war eindeutig darauf ausgelegt, möglichst viele Zivilisten zu töten. Dresdens militärische Infrastruktur hatte wenig Relevanz und wurde zudem weniger durch die Bomben beschädigt als die mit Zivilisten bevölkerten Stadtviertel. Die vorherrschende Geschichtsschreibung ignoriert meist die Tatsache, dass die grössten deutschen Luft-Bombardements, z.B. der englischen Industriestadt Coventry, gezielt militärisch relevante Fabriken ins Visier nahmen und nicht die Zivilbevölkerung. Es scheint, als wären die heute als offiziell geltenden Opferzahlen des Luftangriffs auf Dresden von 18.000 bis 25.000 Menschen das Ergebnis einer politisch verordneten Herabsenkung. Viele ältere Quellen sprechen gar von über 400.000 zivilen Opfern. Natürlich kann man Deutschland seine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg nicht absprechen, doch ähnlich der künstlich geschaffenen Flüchtlingskrise, war auch die Bombardierung Dresdens ein gezielter Schlag der Globalstrategen gegen die deutsche Bevölkerung. Der ganze Artikel über die kaltblütige Bombardierung Dresdens ist in der ExpressZeitung Ausgabe 5/März 2017 zu lesen. ***(tk)***

Tote durch Luftangriffe auf britischer Seite im Zweiten Weltkrieg	Tote durch Luftangriffe auf deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg
Ca. 43.000	**Ca. 635.000**

Bekanntlich schreibt der Sieger die Geschichte, doch selbst die offiziellen Zahlen der zivilen Opfer durch Luftangriffe sprechen eine eindeutige Sprache. Die Masslosigkeit der alliierten Luftangriffe wird von den etablierten Medien dennoch kaum thematisiert.

[...] Hilfsangebote für Nahrungsmittellieferungen der Vereinigten Staaten wurden abgelehnt. Während der Hungersnot seien voll mit Getreide beladene Frachter aus Australien an der indischen Küste in Richtung Europa vorbeigefahren, um die mit Millionen Tonnen gefüllten Nahrungsmittelspeicher im britischen Mutterland weiter aufzufüllen. Kontinuierlich wurden Nahrungsmittel aus Indien exportiert, unter anderem mit dem Argument, dadurch die Versorgung auf dem neu eröffneten Kriegsschauplatz in Griechenland und in Italien zu gewährleisten.

Staatssekretär Amery notierte in seinem Tagebuch: ‚Winston mag recht haben, dass das Verhungern von ohnehin unterernährten Bengalen weniger wichtig ist als das von robusten Griechen, aber er schenkt dem Gedanken, dass das Empire eine Verantwortung für dieses Land hat, zu wenig Beachtung.' » (1)

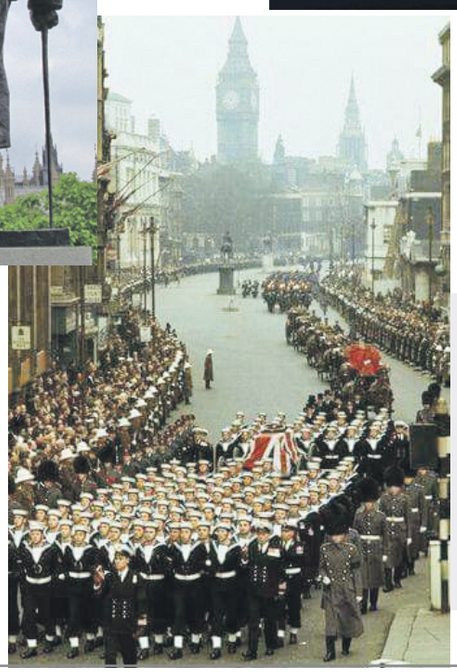
Der indische Politiker und Autor Dr. Shashi Tharoor, der in seinem Buch «Inglorious Empire» Verbrechen des britischen Kolonialreichs dokumentiert, sagte 2017 laut dem Independent, Churchill falle für ihn in die gleiche Kategorie wie die «schlimmsten genozidalen Diktatoren» des 20. Jahrhunderts. Es steht fest, dass die Hungersnot von Churchill – der etwa zur gleichen Zeit einen rücksichtslosen Bombenkrieg gegen Deutschland führte – erst nicht ernstgenommen und später teils wissentlich ignoriert wurde. Und auch wenn die Ressourcen des britischen Empires strapaziert waren: Die Hungersnot wäre verhinderbar gewesen. ***(tk)***

Quellen:
youtube.com, War Winston Churchill ein rassistischer Kriegsverbrecher?, 23.09.2018
1. de.wikipedia.org, Hungersnot in Bengalen 1943
2. independent.co.uk, Winston Churchill has as much blood on his hands as the worst genocidal dictators, claims Indian politician, 08.09.2017

Churchills Heimatland ist übersät mit Statuen von ihm, wie hier vor dem Westminster Palace.

Foto: DAVID HOLT from London, England (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:London_068_Parliament_and_Churchill_(9185420889).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Auch in Film und Fernsehen wird Churchill immer wieder als Held porträtiert - sei es als junger Löwe oder als grosser Redner.



Churchills Beerdigung war zum damaligen Zeitpunkt eine der grössten und pompösesten der Geschichte.

Teil 4:

Der Erste Weltkrieg und die Gründung des Völkerbunds

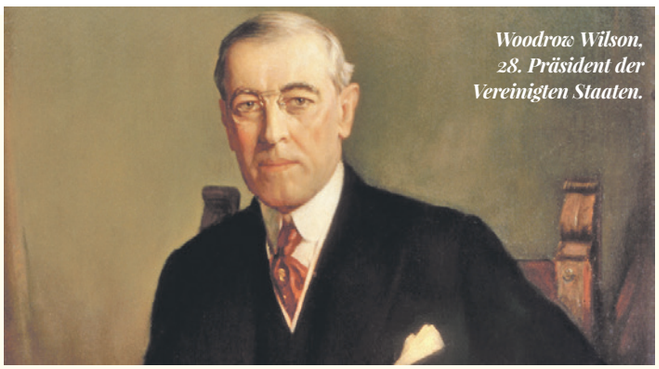
Die Idee einer «Weltgemeinschaft» wurde also nicht zuerst von Pazifisten gedacht, sondern von Imperialisten und Kolonialisten, die das britische Wesen für das Allheilmittel der Welt hielten. Schon im ersten Testament von Cecil Rhodes war von einer «grossen Macht» die Rede, die Kriege unmöglich machen sollte – im wesentlichen also die zentrale Idee des Völkerbundes und der UNO. Dafür mussten die wirklich schlimmen Kriege aber erst einmal stattfinden. Bevor man den Leuten eine Flutversicherung verkaufen kann, muss es schliesslich erst einmal eine Flut geben. Mit dem Ersten Weltkrieg und erst recht mit dem Zweiten schien die Zeit reif, den Regierungen und Bürgern den Plan nahezubringen. Dabei glichen die Strategen einem Versicherungsvertreter, der erst ein Feuer legt, um den Leuten anschliessend eine Brandversicherung zu verkaufen. Bald nach Rhodes' Ableben gewannen in seiner Gruppe daher die Kriegsverherrlicher und Kriegstreiber die Oberhand. Die Deutschen wurden zum Erzfeind und Rivalen erklärt, der erst aus dem Weg geräumt werden musste. In ihrem Werk «Verborgene Geschichte» belegen die beiden britischen Autoren Docherty und Mcgregor haarklein, wie die Gruppe Grossbritannien in einen Krieg mit Deutschland hineinsteuerte. Dabei ging es einerseits um die militärische und wirtschaftliche Vernichtung der bestehenden Machtstrukturen, insbesondere der europäischen Herrscherhäuser, andererseits um die anschliessende Einbindung möglichst vieler Nationen in etwas, was man später einen «Völkerbund» oder die UNO nannte.

Die Vernichtung der starken Herrscherhäuser war die Voraussetzung für die Gründung einer Weltorganisation oder -regierung. Auch Revolutionen spielten dabei selbstverständlich schon eine Rolle. Man stelle sich die gewaltigen Umwälzungen einmal vor, die der Erste Weltkrieg bewirkte:

- 1917/18: Zerfall des Zarenreiches nach der Februarrevolution 1917 und der Abdankung von Zar Nikolaus II. am 15. März 1917. Ermordung der gesamten gefangen genommenen Zarenfamilie am 17. Juli 1918.
- 1918: Novemberrevolution und Zerstörung des Deutschen Kaiserreiches. Abdankung von Kaiser Wilhelm II. am 9. November 1918, anschliessend Exil in den Niederlanden.
- 1918: Zerfall der Habsburger Monarchie in Österreich-Ungarn im Oktober und November 1918, Regierungsverzicht Kaiser Karl I./IV.

Brachte Woodrow Wilson Leo Trotzki nach Russland?

Kein geringerer als Präsident Woodrow Wilson, der 1918 den Völkerbund ins Leben rief, sorgte dafür, dass Leo Trotzki, der vor der Oktoberrevolution im weit entfernten New York verweilte, einen amerikanischen Pass bekam, mit dem er 1917 in Russland einreisen durfte. [1] Am 26.03.2017 verliess Trotzki an Bord der SS Kristianiafjord, zusammen mit anderen Revolutionären und einer grossen Menge Bargeld, New York. Mit auf dem Schiff: der amerikanische Kommunist Lincoln Steffens, der ausweislich in seiner eigenen Biografie als Verbindungsmann zwischen Präsident Wilson und Charles Richard Crane agierte, auf dessen Einladung er auf dem Schiff war. [2] Crane war ein finanzieller Unterstützer der Demokratischen Partei Wilsons und selbst Präsident des Finanzierungskomitees der Demokraten. Der US-Botschafter in Deutschland, William Dodd, schrieb: «Crane tat viel, um die Kerensky-Revolution (Februar-Revolution 1917) voranzubringen, die den Weg für den Kommunismus bereitete.» [3] ***(tk)***



Woodrow Wilson, 28. Präsident der Vereinigten Staaten.

Quellen:
Oliver Janich, Die Vereinigten Staaten von Europa, 2014, FinanzBuch Verlag
1. Jennings Wise, Woodrow Wilson – Disciple of Revolution
2. Lincoln Steffens, Autobiography, Harcourt, Brace, 1931, S.764.
3. William Edward Dodd, Ambassador Dodd's Diary, 1933-1938, Harcourt, Brace, 1941, S.42 f.

14 Punkte für die Weltherrschaft

Es lief also wie geschmiert. Schon 1916, mitten im Krieg, war rein zufällig auch schon der dritte Sohn Lord Salisburys auf den Plan getreten, der zu dieser Zeit britischer Blockademinister war. Also ein Spross jenes Cecil-Blocks, der sowohl in der Round Table-Gruppe als auch in der britischen Politik eine massgebliche Rolle spielte. Nun war es an der Zeit, die Weltherrschaftspläne des Round Table und der Cecil-Gruppe voranzutreiben. Die Völker kriegsmüde und die grossen europäischen Monarchien in absehbarer Zeit verschwunden: Das waren die idealen Bedingungen für die Gründung einer Weltorganisation. Die Ideen Cecil Rhodes' und der Round Table Gruppe sollten jetzt in eine formale Organisation gegossen werden. Etwa gleichzeitig mit dem britischen Blockademinister Robert Cecil präsentierte der amerikanische Oberbefehlshaber und Präsident Woodrow Wilson den Vorschlag eines «Völkerbundes». Allerdings hatten sich der britische Blockademinister und der US-Oberbefehlshaber nicht etwa über Nacht in Friedensengel verwandelt. Beide waren schliesslich zentrale Figuren der alliierten Kriegsführung gegen Deutschland - Wilson als Oberbefehlshaber, Cecil als derjenige, der Deutschland möglichst von allen Versorgungswegen abschneiden sollte. Von Wilson wird das Zitat überliefert, er sei zwar noch nie in Deutschland gewesen, aber habe «Deutschland immer verabscheut». Bemerkenswert.

Wilson verpackte seinen Plan in eine 14 Punkte umfassende Friedensordnung für das Nachkriegseuropa. Eines der wichtigsten programmatischen Papiere für den Völkerbund, dieses berühmte «14-Punkte-Programm», verfasste also ausgerechnet der amerikanische Präsident und Kriegsherr Woodrow Wilson, der soeben zusammen mit Grossbritannien den Krieg gegen Deutschland gewonnen hatte. In seinem Papier redete derselbe Wilson plötzlich davon, dass «ein allgemeiner Verband der Nationen» gegründet werden müsse - «mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der grossen Staaten». Dieser Plan bedeutete nicht weniger als eine Neuordnung Europas und der Welt. Alles klang zunächst sehr liberal und verlockend. So beinhalteten die 14 Punkte beispielsweise «Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge» und die Ablehnung «geheimer internationaler Abmachungen», die im Ersten Weltkrieg eine negative Rolle gespielt hatten. Die Diplomatie sollte «immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden». Enthalten waren auch die Rüstungskontrolle und die Festlegung von Grenzen und Staatsgebieten und der Ausgleich kolonialer Ansprüche.

Besonders wichtig war Wilson das «Selbstbestimmungsrecht der Völker», vor allem die freie Entwicklung der Völker des zerschlagenen Österreich-Ungarn, die Selbstständigkeit für die türkischen Teile des Osmanischen Reiches und anderes mehr. Doch das war nicht etwa Ausdruck amerikanischer Liberalität. Diese Autonomieversprechen für die einzelnen Teile der alten Reiche erfüllten vielmehr den Zweck, diese endgültig zu zerschlagen. Eine Wiederauferstehung Österreich-Ungarns oder des Osmanischen Reiches sollte so unmöglich gemacht werden. Und natürlich auch eine Wiederauferstehung des Zarenreiches: Denn gleichzeitig versprachen die 14 Punkte dem nunmehr bolschewistischen Russland «eine ungehemmte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner eigenen politischen Entwicklung und nationalen Politik herbeizuführen und ihm eine herzliche Aufnahme in der Gesellschaft der freien Nationen unter selbst gewählten Staatseinrichtungen, ja noch mehr, Hilfe jeder Art, derer es bedürftig sein und von sich aus wünschen mag» zu gewährleisten. Mit anderen Worten lautete die Botschaft an die Bolschewisten: «Macht, was ihr wollt! Wir helfen euch dabei.» Der Umsturz und die Beseitigung der Zarenherrschaft wurden so gebilligt und den Bolschewisten der rote Teppich ausgerollt. Kein Wunder: Denn

> «Die Revolution von 1917 spaltete die Welt in zwei antagonistische Systeme. Das Aufkommen dieser beiden alternativen Modelle eröffnete in der Tat den Weg, zu versuchen, ein drittes Modell zu erschaffen [...] Heute ist die Essenz der Revolution, die auf der ganzen Welt voranschreitet, die Bewegung zu einer Vereinigten Weltgemeinschaft.»
>
> ***Spaniens ehemaliger Regierungschef Felipe González Márquez am 26.10.1990 in Madrid***
>
> Quelle: Vladimir Bukovsky, Pavel Stroilov, EUSSR, The Soviet Roots of European Integration, Sovereignity Publications, 2004.

Foto: Blaues Sofa from Berlin, Deutschland (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Felipe_Gonz%C3%A1lez_001.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Voraussetzung für den Einheitsstaat: Das Ende der Monarchien

Durch den ersten Weltkrieg wurden die einflussreichsten Monarchien der Welt gestürzt – mit Ausnahme der britischen. Hier die drei wichtigsten Königshäuser, deren Ende eine Neuordnung Europas erst möglich machte:

Die Romanows in Russland

Die Hohenzollern in Deutschland

Die Habsburger in Österreich

Seite 25

der Westen hatte die bolschewistische Revolution ja finanziert und gesteuert. Die «bunten Revolutionen» begannen nicht etwa erst nach dem Ende der Sowjetunion, wie manche glauben. Sondern sie standen schon am Anfang. Schliesslich machte Lenin nicht als Redner auf einer Apfelsinenkiste oder auf einem LKW Karriere, sondern in der vornehmen Schweiz, von wo aus er mit einem verplombten Sonderzug und Millionen Dollar im Gepäck nach Moskau reiste. Verschiedenen Theorien zufolge stammte das Geld entweder von den Deutschen oder von der Wallstreet. Wie auch immer hat man «Lenin wie einen Pestbazillus in einem plombierten Waggon von der Schweiz nach Russland befördert», wie Winston Churchill später sagte. Von «Selbstbestimmung» irgendwelcher Völker konnte also überhaupt keine Rede sein. Die «Bestimmer» sollten – getarnt durch wohlklingende Floskeln – vielmehr nach wie vor die Vereinigten Staaten und Grossbritannien sein.

Entgrenzung und Globalisierung

Natürlich war dieser 14-Punkte-Plan auch sorgfältig gegliedert. Den ersten 13 Abschnitten mit seinen Forderungen nach offener Diplomatie, Rüstungskontrolle und Autonomie für die einzelnen europäischen Völker würde wohl jeder zustimmen können. In Punkt 14 wurde die Katze dann aus dem Sack gelassen. Demnach sollte «Ein allgemeiner Verband der Nationen» gegründet werden «mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der grossen Staaten.» Nach dem Zerfall der oben genannten Reiche sollten die neuen Staaten so in ein neues Korsett eingebunden werden. Eine neuerliche Einverleibung durch europäische Imperien sollte so verhindert werden. Gleichzeitig sollten die schönen Freiheits- und Autonomieversprechen natürlich nur gegenüber den Konkurrenzimperien gelten. Denn mit dem Völkerbund sollte ja ein neues und viel grösseres angloamerikanisch bestimmtes Imperium begründet werden, möglichst ohne dass es jemand merkte.

Besonders interessant ist die schon mehrfach erwähnte Beziehung zwischen einer solchen Weltorganisation und der Abwesenheit von Krieg. «Einigung oder Krieg» lautete das mehr oder weniger offen ausgesprochene Ultimatum an die Völker und Nationen. Und das ist nicht etwa eine Interpretation, sondern die neue Weltorganisation war in Wirklichkeit auch formal mit dem Ende des Krieges verbunden – und zwar, indem sie in die Pariser Friedensverträge aufgenommen wurde. Was heute kaum noch erwähnt wird: Der Völkerbund war Teil der Pariser Vorortverträge und damit auch Teil des Versailler Vertrages. Am 28. April 1919 wurde die Satzung des Völkerbundes vom Plenum der Friedenskonferenz von Versailles verabschiedet, am 28. Juni wurde sie unterzeichnet. Im selben Jahr erhielt Präsident Woodrow Wilson den Friedensnobelpreis. Am 10. Januar 1920 wurde der Völkerbund offiziell gegründet; die erste Sitzung fand am 15. November 1920 statt. Der erste Sitz der Organisation befand sich in dem Genfer Palais Wilson, benannt nach dem amerikanischen Kriegsherrn und Präsidenten Woodrow Wilson. Heute beherbergt das Gebäude den europäischen Sitz der Ver-

Foto: Moumou82 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wilson_Palace.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Der Palais Wilson in Genf, Sitz des Völkerbunds bis 1936.

einten Nationen und das UN-Kommissariat für Menschenrechte. 1923 wurde niemand anderer als der britische Imperialist Lord Robert Cecil (siehe S.25) selbst Präsident des Völkerbundes und bekleidete dieses Amt bis zur Auflösung der Organisation 1946 (dem Gründungsjahr der UNO). 1937 erhielt der Spross des Round Table und der mächtigen britischen Cecil-Dynastie gar den Friedensnobelpreis. Später wurde er auf Lebenszeit Ehrenpräsident der Vereinten Nationen.

Trotzdem war der Völkerbund aus Sicht der angloamerikanischen Imperialisten und des Round Table ein Fehlschlag – oder positiver formuliert: Nur eine Vorstufe. Denn ausgerechnet das wichtigste und bedeutendste Mitglied, die USA, machte letztlich nicht mit. Der Senat der Vereinigten Staaten erwies sich als «imperiale Bremse» und sah in der Satzung des Völkerbundes eine zu weitgehende Einschränkung der Souveränität und Unabhängigkeit und lehnte die Ratifizierung am 19. November 1919 ab. Besonders militärische Beistandsmechanismen erwiesen sich als Stein des Anstosses für die Senatoren. Entweder hatten sie die Idee also nicht verstanden, oder der Preis war ihnen zu hoch, nämlich auch Teile der eigenen Souveränität abzugeben. Damit war der Völkerbund noch vor seiner formalen Gründung im Prinzip eine Totgeburt. Was man unter anderem auch an seiner geringen Lebensdauer von 26 Jahren erkennen kann. Es war klar, dass mit dem Völkerbund das Endziel einer verdeckten angloamerikanischen Weltherrschaft der Round Table-Kreise nicht zu erreichen sein würde. Der Mechanismus aus Krieg und anschliessendem Zusammenschluss der Nationen hatte also nicht oder noch nicht funktioniert. Dafür bedurfte es also noch weiterer Massnahmen. Vielleicht war das sogar der eigentliche Grund für den Zweiten Weltkrieg, nach dessen Ende endlich die Vereinten Nationen gegründet wurden.

THE GAP IN THE BRIDGE.

Eigentlich war das Prinzip der Nichteinmischung der Vereinigten Staaten in europäische Konflikte (Monroe-Doktrin) ein fest verankerter Grundsatz in der US-Regierungspolitik. Während der Eintritt in den Ersten Weltkrieg unter Präsident Wilson schon einen klaren Bruch mit dem Prinzip der Nicht-Intervention darstellte, wurde nach dem Ende des Krieges offensichtlich, dass die breite Mehrheit des US-amerikanischen Kongresses und auch der Bevölkerung der Vereinigten Staaten die Politik der Nicht-Einmischung fortsetzen wollte - eben Selbstbestimmung statt Globalismus. Dies wurde auch in der Ablehnung des Beitritts zum Völkerbund deutlich. Diese eigentlich nachvollziehbare Haltung zog vor allem in der europäischen Presse Spott und Häme gegen die USA nach sich. So kritisiert dieser Cartoon aus dem Londoner «Punch»-Magazin von 1919, dass die USA zu faul seien, die «Brücke» des Völkerbundes fertigzustellen, die ihr eigener Präsident entworfen hatte.

Ein Ziel ist gleichzeitig eine Ursache

Denn schliesslich sollte man Aktion und Reaktion nicht verwechseln. In der öffentlichen Wahrnehmung und offiziellen Geschichtsschreibung erscheinen Völkerbund und UNO immer noch als Ideen, die aus dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg entstanden. In Wirklichkeit aber entstanden die Kriege aus der Idee einer Weltorganisation heraus. Nur mit schrecklichen Kriegen im Hintergrund würde man die Menschheit in eine solche Organisation treiben können, so die Strategie. Auch wenn immer wieder behauptet wird, der Vorläufer der UNO, der Völkerbund, sei «durch» den Ersten Weltkrieg entstanden, ist das ein Schwindel. Sondern der Erste Weltkrieg ist aus der Idee des (angestrebten) Völkerbundes heraus entstanden. Die Vernichtung der wichtigsten Herrscherhäuser (bis auf das britische, versteht sich) und die Gründung einer Weltorganisation wurden als wichtige Kriegsziele angesehen und waren demnach eine der Kriegsursachen überhaupt. Denn ein Ziel ist nun mal definitionsgemäss gleichzeitig eine Ursache: Man unternimmt etwas, um dieses oder jenes zu erreichen. «Die geheime Elite träumte den grossen Traum der Weltherrschaft. Um das zu erreichen, musste im ersten Schritt die teutonische Bedrohung ausgeschaltet werden, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zunichte gemacht und die Oberhoheit des Empire wieder hergestellt werden» (1) – um nur einige Vor- oder Unterziele der Weltkriege zu nennen.

Bezeichnenderweise warnten EU-Politiker 2015 im Zuge der «Flüchtlingskrise» vor einem Zerfall der Europäischen Union und einem darauffolgenden Krieg, wie etwa der luxemburgische Aussenminister Jean Asselborn. (2) Die Europäische Union, die einen wichtigen Baustein des angestrebten Weltstaates darstellt, scheint also untrennbar mit dem Friedenszustand verbunden zu sein. Tatsächlich ist auch davon auszugehen, dass die globalen Strategen bei einem Zerfall der EU oder gar der UNO der Menschheit eine weitere «Lektion» in Form eines grossen Krieges erteilen würden. 2016, nach dem britischen Referendum über die EU-Mitgliedschaft, konnte man unterschwellig bedrohliche Texte in den Medien lesen: «70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Katerstimmung in Europa vorbei, und es sieht stark danach aus, als hätten die Europäer Lust aufs nächste Besäufnis», schrieb zum Beispiel ein gewisser Timor Vermes auf Spiegel Online (29.6.2016). So, als würde ein Volk wie die Briten, das sich für mehr Unabhängigkeit entscheidet, implizit gleich den Krieg wählen. Als gäbe es also so etwas wie ein unterschwelliges Ultimatum. Der Krieg ist die permanente Drohung, die über der Einigung schwebt. Vermes' These lautet, «dass Menschen nicht plötzlich verrückt werden. Sondern dass sie nur vorübergehend leidlich vernünftig waren.» Übersetzt heisst das, dass der Zusammenschluss Europas in der EU nur ein vorübergehender Anfall von Vernunft gewesen sei und dass die Staaten offenbar Lust auf einen neuen Krieg hätten. Wobei die Begriffe «Vernunft» und «vernünftig» eine Oberlehrerhaltung verraten, so als gäbe es etwa ein «belehrendes Subjekt», das den Europäern nun leider noch eine Lektion erteilen müsste. ***(gw)***

Teil 5: Die Gründung der UNO

Vertreter von 50 Staaten unterschrieben 1945 die UN-Charta in San Francisco.

Zur Ausschaltung der «deutschen Gefahr» und zur Gründung einer «erfolgreichen» Weltorganisation bedurfte es noch eines zweiten Weltkrieges. Erst dieser führte zur Ablösung des («verstümmelten») Völkerbundes durch die UNO. Und dabei begegnen wir als erstes einem alten Bekannten aus der Round Table Gruppe wieder, nämlich dem eben erwähnten Winston Churchill, der es 1940 zum britischen Premierminister und Kriegsherrn gebracht hatte. Wie wir uns erinnern werden, stammte auch Churchill aus der südafrikanischen Kolonialistenclique und hatte mit freien, gleichen und friedlichen Nationen etwa so viel am Hut wie Kater Carlo mit dem Vegetarismus. Nachdem er auf Intervention von Alfred Milner aus burischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden war, verkaufte er das Ganze als heldenhafte Flucht und wurde so in Grossbritannien berühmt.

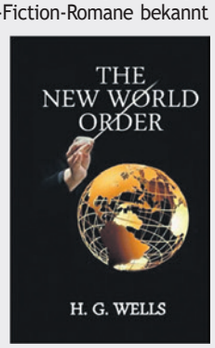
Der andere war Franklin Delano Roosevelt. Manche wird es vielleicht überraschen, dass er – genau wie Hitler – von seinen Zeitgenossen als Diktator gesehen wurde. Während wir heute wissen, dass US-Präsidenten nur einmal wieder gewählt werden sollen, strebte Roosevelt eine dritte Amtszeit an und bekam sie auch, nämlich von 1941 bis 1945, also im Zuge des Kriegseintrittes der USA gegen Deutschland. Als Präsident wurde er als «Kriegstreiber» und sogar als «Faschist» bezeichnet.

Der Krieg mit anderen Mitteln

Bestand die Methode der Unterwerfung früher in offenem Krieg und Unterdrückung,

Britischer Insider legt Ideen für Weltregierung offen

In der hohen Politik wird immer wieder das Wort «Neue Weltordnung» benutzt, welches sich u.a. auf das Buch «The New World Order» des englischen Sozialisten H.G. Wells zurückbezieht, das 1940 erschien und die Welt, verwaltet von einer Zentralregierung in den Händen einer auserwählten Superklasse, beschreibt. Also ungefähr das, was der Menschheit wohl auch blühen wird, wenn die Vereinten Nationen die Souveränität der Nationalstaaten endgültig aufgelöst haben. Wells, der vor allem durch seine Science-Fiction-Romane bekannt wurde, wurde 1887 Mitglied der sozialistisch-elitären «Fabian Society» in England und engagierte sich 1918 mit Mitgliedern der Round Table Gruppe für den Völkerbund.



Genau wie die britischen Imperialisten aus der Round Table Gruppe beschrieb Wells eine Welt aus souveränen Nationalstaaten als eine Welt voller Krieg, Elend und Ausbeutung, die nur durch die Abtretung von Souveränität an eine übergeordnete Organisation gerettet werden könne. Hier einige Zitate aus «The New World Order»:

«Wir müssen ein klares Konzept für die Weltordnung, die wir diesem momentanen Chaos vorziehen würden, ausarbeiten. Wir müssen unsere Meinungsverschiedenheiten auflösen oder Kompromisse eingehen, damit wir uns einem erreichbaren Weltfrieden widmen können.»

«Der unabhängige souveräne Staat mit seinem ständigen Kriegspotenzial, bewaffnet mit den Ressourcen moderner mechanischer Schrecklichkeit, ist der eklatanteste und furchterregendste Aspekt dieses Bedürfnisses nach einer einheitlichen, gemeinschaftlichen Kontrolle, die uns davor schützt, dass übergrosse, unabhängige, souveräne, private Geschäftsorganisationen sozial destruktiv werden.»

So fordert H.G. Wells genau wie die Round Table Gruppe nichts anderes als eine globale Organisation, die sich in jeden Bereich des Bürgers einmischt, um ihn zu seinem Glück zu zwingen. Als intimer Kenner der britischen Elite wusste er wohl, wovon er sprach. Als Alternative forderte Wells in «The New World Order» wörtlich den «Weltsozialismus»: «Diese neue und vollständige Revolution, über die wir nachdenken, kann in wenigen Worten definiert werden. […] Es ist ein gänzlicher Weltsozialismus, wissenschaftlich geplant und gesteuert […]». ***(tk)***

Die UN-Menschenrechtscharta verbrieft den Weltsozialismus

H.G. Wells formulierte 1940 in «The New World Order“ seine eigene Erklärung der Menschenrechte in zehn Punkten, die der «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1948 zum Verwechseln ähnlich ist. H.G. Wells‘ Menschenrechtserklärung basiert nicht auf Eigentum und Vertragsfreiheit, sondern zwingt die «Weltbürger» indirekt dazu, für das Kollektiv zu arbeiten. Der Trick dabei: H.G. Wells wie die UNO vertauschen Rechte mit Ansprüchen und verschleiern, dass Menschen gezwungen werden müssen, anderen Menschen diese Ansprüche zu erfüllen.

Die UN-Menschenrechtscharta verbrieft wie Wells‘ Menschenrechtserklärung Ansprüche statt Rechte. Ein entscheidender Unterschied. HG Wells‘ Erklärung beinhaltet folgende Ansprüche, die er als Rechte bezeichnete: Recht auf Nahrung, einen Schlafplatz, medizinische Hilfe, kostenlose Bildung und bezahlte Arbeit. Artikel 25 der UN-Menschenrechtserklärung lautet: «Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschliesslich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.» Doch sollte das Recht nicht dazu da sein, um Konflikte zu vermeiden und somit die Freiheit jedes Menschen zu verteidigen? Wer weltweit konkrete Ansprüche wie Nahrung oder Kleidung verbrieft, der etabliert internationalen Sozialismus. Denn wer soll einer Person ihren bedingungslosen Anspruch auf Nahrung erfüllen, ohne ihm etwas von seiner Nahrung abzugeben? Um diesen Konflikt zu lösen, muss es zu einer Kollektivierung und zur Einschränkung des Privatbesitzes kommen. Die meisten Menschen denken allerdings nicht so weit und bejubeln die Geschenke, die ihnen die wohlklingende Menschenrechtscharta aus dem Jahr 1948 garantiert, ohne dabei über die Konsequenzen nachzudenken. ***(tk)***

wurde sie inzwischen aus den weiter oben bereits genannten Gründen um den verdeckten Krieg und die «Soft Power» ergänzt. Ihre Mittel bestehen aus Überzeugung, Verführung, Manipulation, Indoktrination, Intrigen, Betrug und Sabotage. Genauer gesagt haben die modernen Strategen der Weltherrschaft offenen Krieg und falschen Frieden kombiniert – nach dem Motto «Zuckerbrot und Peitsche»: Entweder unterwirfst du dich der EU oder der UNO, oder es gibt wieder einen Weltkrieg. Also eine implizite Erpressung. Botschaft: Höllischen Kriegen wie diesen könnt ihr nur entgehen, wenn ihr euch endlich zu einer Weltorganisation oder einem Weltstaat zusammenschliesst! Die beiden Weltkriege dienten daher der Errichtung einer «Neuen Weltordnung», durch die Kriege angeblich unmöglich werden sollten. In Wirklichkeit, und das ist ein zentraler Punkt in dem wir die Betrachtungsweise der internationalen Politik vom Kopf auf die Füsse stellen müssen, ging es nur um die Fortsetzung der Weltkriege mit anderen Mitteln – also die Ausweitung eines angloamerikanisch dominierten Weltreichs mit Diplomatie statt Waffen. Der frühere Völkerbund (1920 bis 1946) und die UNO (ab 1945) wurden von niemand anderem als von brutalen Kriegsherren und Imperialisten geschaffen: Von dem US-Präsidenten und Oberbefehlshaber Woodrow Wilson und dem britischen Blockade-Minister Robert Cecil (Völkerbund) und seinen Freunden beziehungsweise von dem ehemaligen Kriegsminister und späteren britischen Premierminister Winston Churchill und US-Präsident und Oberbefehlshaber Franklin Delano Roosevelt (UNO).

Marxisten und Faschisten für die UNO

Die westlichen Sieger des Zweiten Weltkrieges hatten Verbündete, die man kaum erwarten würde, nämlich Sozialisten und Kommunisten: «Der erste offizielle UN-Generalsekretär, Trygve Lie, war ein hochrangiges Mitglied von Norwegens Sozialdemokratischer Arbeiterpartei, welche ein Nachfolger der Dritten Kommunistischen Internationalen war», schrieb der Autor David Allen Rivera in seinem Buch «Letzte Warnung: Eine Geschichte der Neuen Weltordnung»: «Dag Hammarskjöld, zweiter Generalsekretär, war ein schwedischer Sozialist, der offen kommunistische Politik vertrat und der dritte Generalsekretär, U Thant, war ein Marxist.» Eigentlich ist es aber logisch, denn schliesslich vertreten Sozialisten und Marxisten dieselbe Ideologie eines internationalen Weltreiches, nämlich die Ideologie des Internationalismus und der Gleichmacherei. Während die angloamerikanischen Alliierten nach dem Sieg über ihren Lieblingsschurken Adolf Hitler nicht nur nach der Eroberung Europas strebten, sondern nach der Welt, redete der französische Präsident Charles de Gaulle, Staatschef der dritten Siegermacht Frankreich, Tacheles: «Nationen müssen sich unter einer Weltregierung vereinen oder verschwinden.» Voilà – das ist die UNO im Klartext. Und der Franzose Robert Muller, die grosse graue Eminenz der Vereinten Nationen, 40 Jahre lang als stellvertretender UN-Generalsekretär hinter den Kulissen tätig, wünschte sich nicht nur «so schnell wie möglich» eine «Weltregierung», sondern auch «eine Weltreligion» und «einen Weltführer».

Vereinte Nationen sind auch nur «Vereinigte Staaten»

Der erste Plan zur Gründung der UNO kam aus dem US-Aussenministerium. 1941 formulierten Winston Churchill und US-Präsident Franklin Delano Roosevelt auf dem britischen Schlachtschiff HMS Prince of Wales ihre Pläne für eine neue Weltordnung in der sogenannten «Atlanik-Charta». Später wurde daraus die UN-Charta. Der Name UNO stammte von US-Präsident Franklin Delano Roosevelt und war ursprünglich ein Synonym für die Alliierten des Zweiten Weltkrieges, also die Verbündeten gegen Deutschland. Konkret entworfen wurden die Vereinten Nationen auf der Konferenz von Dumbarton Oaks (USA). Formal gegründet wurden sie schliesslich von den Staatschefs der Siegermächte Stalin, Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Jalta 1945.

Das Logo der UNO wurde vom US-Geheimdienst OSS entworfen – dem Vorgänger der CIA. Ihren Hauptsitz haben die Vereinten Nationen in den USA (New York). Das Grundstück für das Gebäude der UNO wurde vom amerikanischen Bankier und Ölmogul John D. Rockefeller gestiftet. Der erste provisorische UNO-Generalsekretär wurde der US-Geheimdienstmann Alger Hiss (dem gleichzeitig Spionage für die

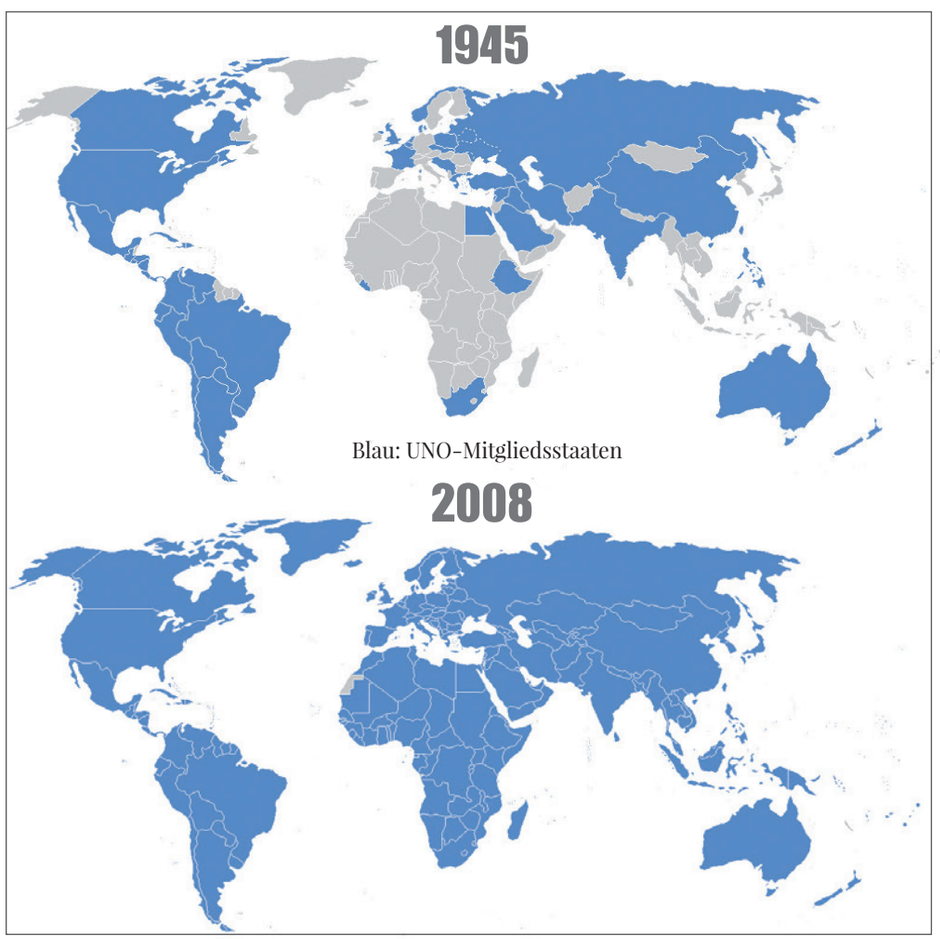
➔

Auf der Konferenz von Jalta einigten sich (v.l.n.r.) Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin über die letzten noch strittigen Punkte des Entwurfs zur Charta der Vereinten Nationen.

Seite 29

Sowjetunion vorgeworfen wurde). Hiss wirkte zuvor schon bei der Konferenz in Dumbarton Oaks (USA) am Entwurf für die Vereinten Nationen mit. Die UN-Charta hat 111 Artikel und wurde von Hiss persönlich im Flugzeug nach Washington transportiert. 1947 wurde Hiss Präsident der Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden des US-Stahlkönigs Andrew Carnegie, die traditionell von früheren Geheimdienstleuten geführt wird. Carnegie finanzierte auch das Gebäude des Internationalen Gerichtshofs von Den Haag, der heute unliebsame «Kriegsverbrecher» verfolgt (allerdings keine amerikanischen).

Die Gründungssitzung der UNO fand am 17. April 1945 im Opernhaus von San Francisco statt. Diese Neuauflage des Völkerbundes hatte das erklärte Ziel, für die Sicherung des Weltfriedens zu wirken, doch «Anspruch auf die Freiheit» besassen für Winston Churchill «nur die englischsprechenden Völker; alle übrigen gehörten zur zweiten, dritten und vierten Klasse», wie ihn der Autor L. L. Matthias zitierte. Oder wie Churchill selbst am 1. Dezember 1949 sagte: «Wenn es irgendeine Rasse in der Welt gibt, welche eines ungebrochenen Strebens fähig ist, dann ist es unsere britische Rasse.»



Churchill fordert «Weltregierung»

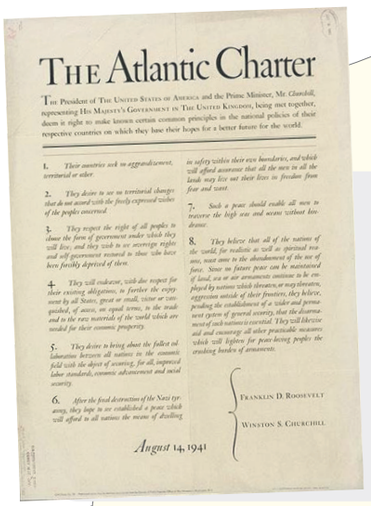
Am 19. September 1946 hielt Churchill in Zürich eine folgenreiche Rede, in der er die Schuld der beiden Kriege pauschal «den teutonischen Nationen in ihrem Machtstreben» anlastete. Das zumindest ebenbürtige Machtstreben innerhalb der englischsprechenden Nationen dadurch überdeckend, forderte er kurz und schlicht: «Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten.»

Am 14. Mai 1947 ergänzte Churchill in einer Rede in der Albert Hall in London: «Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, dass das Vereinigte Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme internationaler Beziehungen darstelle. **Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft.** Doch wollen wir uns in Bezug auf den Hauptpunkt keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Sie [die Vereinigung Europas] ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles.» Churchill deutete selber auf die grosse Ähnlichkeit der Machtbestrebungen innerhalb gewisser englischsprechender Kreise mit jenen hin, die im alten Rom zu finden waren, wenn er ausserdem hinzufügte: «Wir hoffen, wieder ein Europa zu bekommen, das von der Sklaverei des Altertums gereinigt ist, in welchem die Menschen mit gleichem Stolze sagen werden: ‚Ich bin ein Europäer', wie sie einst sagten: ‚Civis Romanus sum' [Ich bin ein Bürger Roms].» Im Klartext kann dies nach den von Churchill selbst gegebenen Voraussetzungen nur heissen: «Ich bin ein Bürger der Provinz Europa innerhalb des englisch-amerikanischen Weltreiches.» ***(gw)***

Gerhard Wisnewski

studierte Politikwissenschaften in München. Seit 1986 arbeitet er als hauptberuflicher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Spezialgebiete: Wissenschaft, Technik, Politik und Geschichte. Wisnewski arbeitete für zahlreiche Mainstreammedien wie Bild, Frankfurter Neue Presse, AZ, tz, SZ-Magazin u.v.a.m. Erstes Aufsehen erregte Wisnewski 1992 mit dem Buch Das RAF-Phantom (mit Landgraeber, Sieker). Der darauf beruhende Fernsehfilm erhielt im Jahr 2000 den Grimme-Preis (Regie: Dennis Gansel). Heute gilt Wisnewski als führender Vertreter der Gegenöffentlichkeit und zählt laut «Spiegel» zu den Pionieren «des aktuellen Gegenzeitgeistes».Seit 2008 veröffentlicht er seinen sehr erfolgreichen kritischen Jahresrückblick «verheimlicht - vertuscht - vergessen».

Die Entstehung der Vereinten Nationen während des Zweiten Weltkriegs



THE Atlantic Charter

THE President of THE UNITED STATES OF AMERICA and the Prime Minister, Mr. Churchill, representing HIS MAJESTY'S GOVERNMENT IN THE UNITED KINGDOM, being met together, deem it right to make known certain common principles in the national policies of their respective countries on which they base their hopes for a better future for the world.

1. Their countries seek no aggrandizement, territorial or other.

2. They desire to see no territorial changes that do not accord with the freely expressed wishes of the peoples concerned.

3. They respect the right of all peoples to choose the form of government under which they will live; and they wish to see sovereign rights and self government restored to those who have been forcibly deprived of them.

4. They will endeavor, with due respect for their existing obligations, to further the enjoyment by all States, great or small, victor or vanquished, of access, on equal terms, to the trade and to the raw materials of the world which are needed for their economic prosperity.

5. They desire to bring about the fullest collaboration between all nations in the economic field with the object of securing, for all, improved labor standards, economic advancement and social security.

6. After the final destruction of the Nazi tyranny, they hope to see established a peace which will afford to all nations the means of dwelling in safety within their own boundaries, and which will afford assurance that all the men in all the lands may live out their lives in freedom from fear and want.

7. Such a peace should enable all men to traverse the high seas and oceans without hindrance.

8. They believe that all of the nations of the world, for realistic as well as spiritual reasons, must come to the abandonment of the use of force. Since no future peace can be maintained if land, sea or air armaments continue to be employed by nations which threaten, or may threaten, aggression outside of their frontiers, they believe, pending the establishment of a wider and permanent system of general security, that the disarmament of such nations is essential. They will likewise aid and encourage all other practicable measures which will lighten for peace-loving peoples the crushing burden of armaments.

FRANKLIN D. ROOSEVELT
WINSTON S. CHURCHILL

August 14, 1941

1941: Die Atlantik-Charta

In der am 14. Oktober von Roosevelt und Churchill vorgestellten Atlantik-Charta wurden zwar die funktionalen Aufgaben einer künftigen vereinten Welt klar umrissen, die zu schaffende Organisation indes nur indirekt erwähnt.

1942: Die Deklaration der Vereinten Nationen

Der Atlantik-Charta schlossen sich nach dem Kriegseintritt der USA mit der zum 01.01.1942 abgegebenen «Deklaration der Vereinten Nationen» 26 weitere Staaten an, die sich in der Erklärung zugleich zur Unterstützung der Kriegsallianz gegen Deutschland, Italien und Japan verpflichteten. Somit waren die «Vereinten Nationen» in ihren Anfängen mehr ein Kriegsbündnis als eine Friedensorganisation.

1943: Die Moskauer Deklaration

Sie wurde im Oktober 1943 bei einem Treffen der Aussenminister der Sowjetunion, Viatscheslav Molotov, des Vereinigten Königreiches, Anthony Eden, und der Vereinigten Staaten, Cordell Hull, sowie Shen Foo Ping, dem Botschafter Chinas in der Sowjetunion, unterzeichnet. Die Deklaration sah weitergehende gemeinsame Massnahmen zur Kapitulation der Kriegsgegner vor. Die vierte Klausel fordert, «Dass Sie [die Aussenminister] die Notwendigkeit erkennen, zum frühesten Zeitpunkt eine allgemeine internationale Organisation zu gründen, die auf dem Prinzip der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Nationen basiert, und offen für die Mitgliedschaft all solcher Staaten, ob klein oder gross, zur Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit ist.»

1943: Die Teheran-Konferenz

Nach der Konferenz von Teheran im November 1943 erarbeiteten die USA federführend eine Skizze für die Weltorganisation, die insbesondere die Schaffung eines «Executive Council», des späteren Sicherheitsrats, vorsah.

1944: Die Konferenz von Dumbarton Oaks

Die US-Vorschläge bildeten die Grundlage für die Konferenz von Dumbarton Oaks nahe der amerikanischen Hauptstadt Washington, D.C. vom 21. August bis 7. Oktober 1944. Hier konnte Übereinstimmung über den grössten Teil der Bestimmungen hergestellt werden, die dann in die Charta der Vereinten Nationen eingingen.

1945: Die Konferenz von Jalta

Auf der Konferenz von Jalta vom 4. bis zum 11. Februar 1945 einigten sich die alliierten Kriegsgewinner endgültig über die Charta der UNO.

1945: Die Konferenz von San Francisco

Die Konferenz von San Francisco vom 25. April bis zum 26. Juni 1945 erarbeitete die Charta der Vereinten Nationen, die am 26. Juni 1945 von 50 alliierten Staaten unterzeichnet wurde.

Die Hintermänner des Kommunismus im Westen

Die Gründer der Vereinten Nationen finanzierten die Oktoberrevolution

Foto: Lightspring/shutterstock

Der Historiker Anthony C. Sutton wertete Akten des amerikanischen Aussenministeriums aus und glich diese mit Informationen aus der Geschichtsschreibung, Biographien und persönlichen Dokumenten ab. Seine Erkenntnisse fasste er in dem Buch «Wall Street and the Bolshevik Revolution» zusammen. Er kam zu einem erstaunlichen Ergebnis: Die Zentrale der bolschewistischen Oktoberrevolution war im weit entfernten New York City zu finden.

Zu dieser Zentrale gehörten Banken und Firmen unter der Kontrolle der Bankiers, die 1913 die amerikanische Zentralbank Federal Reserve gegründet hatten: Die Guaranty Trust Company, die National City Bank, die Chase National Bank; Kuhn, Loeb & Co. und die American International Corporation.

Die amerikanischen Banken bedienten sich des schwedischen Bankiers Olof Aschberg, um die Finanzierung der Revolution zu verschleiern. Aschberg bezeichnete sich selbst als «Bankier der Bolschewisten" und war schon zur Zarenzeit der Vertreter des Bankiers J.P. Morgan in Russland gewesen. 1916 hatte er noch mit Vertretern der Wall Street Banken «Guaranty Trust Company» und «National City Bank» neue Kredite für den russischen Zaren ausgehandelt. Ein Jahr später nannte ihn auch die deutsche Presse den «Bankier der Weltrevolution".

Später bedankte sich Lenin für die Unterstützung der Bankiers, indem er 1920 folgende Bitte, den wichtigsten Partner der Nya-Banken betreffend, an die US-Botschaft herantrug:

«Die sowjetische Regierung wünscht, dass die Guaranty Trust Company der finanzielle Agent für alle sowjetischen Operationen in den USA wird.»

Die Federal Reserve und die Oktoberrevolution

Der Personenkreis, der 1913 in den USA die Zentralbank Federal Reserve installierte, bestand in erster Linie aus Vertretern der J.P.-Morgan-Bankengruppe und des Rockefeller-Geschäftsimperiums. James Paul Warburg, dessen Vater bei der Planung der Federal Reserve die Hauptrolle spielte, sagte am 17.02.1950 vor dem US-Senat: «Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft.» (siehe S.88)

Die Federal Reserve stellte eine Rot-Kreuz-Mission nach Russland zusammen. Im August 1917 kam sie per Zug in Petrograd an. Von 29 Mitgliedern der Mission waren nur sieben Ärzte. Der Rest waren Übersetzer, Militärs und vor allem Banker, darunter Vertreter der Morgan- und Rockefeller-Banken. Anstatt medizinischer Hilfe hatten die vermeintlich humanitären Helfer vor allem eines zu bieten: Finanzielle Unterstützung für die radikalen Bolschewisten. Am 17. Dezember 1917 erschien in einer russischen Zeitung ein negativer Artikel über die Federal Reserve und deren Rot-Kreuz-Mission. Der Autor stellte eine Verbindung zwischen der Oktoberrevolution und amerikanischen Banken her:

«Warum wurde das Geld den sozialistischen Revolutionären gegeben und nicht den rechtsstaatlichen Demokraten? Man würde annehmen die Letzteren wären den Herzen der Banker näher und lieber.»

Was auf den ersten Blick verwirrend sein mag, erweist sich bei genauerer Betrachtung doch als schlüssig: Die Vertreter der Federal Reserve waren nicht daran interessiert, Russland zu einem freien Land nach Vorbild der USA zu machen. Karl Marx forderte höchstpersönlich eine Zentralbank in seinem Kommunistischen Manifest, die diese Bankiers dann 1913 in den USA installierten.

Das Grundstück der UN wurde von den Rockefellers zur Verfügung gestellt, die den Council on Foreign Relations (siehe S.17) seit seiner Gründung finanzierten. Auch die Warburgs waren an dessen Finanzierung beteiligt. Der Council on Foreign Relations war wiederum entscheidend an der Gründung der UN beteiligt. ***(tk)***

Sowjetischer Überläufer: Internationale Hochfinanz steuert Kommunismus

Der im Jahr 1968 zum Westen übergelaufene tschechoslowakische General Jan Sejna sprach in Verhören und Gesprächen mit westlichen Geheimdiensten und Journalisten offen aus, wer aus seiner Sicht die kommunistische Weltbewegung kontrollierte: **«Niemals wurde in Moskau eine Entscheidung getroffen ohne die Anwesenheit der internationalen Hochfinanz».**[1] Laut Sejna war die Zusammenarbeit so eng, dass in den 1960er Jahren keine Woche verging, «ohne ein Treffen in Prag zwischen der internationalen Hochfinanz und dem sowjetischen Geheimdienst».[2] Der Grund, warum die tschechoslowakische Hauptstadt laut Sejna dafür ausgesucht wurde, war, dass es in Prag eine Reihe konspirativer Villen gab, in denen heimliche Gespräche geführt werden konnten, ohne dass die Vertreter der internationalen Hochfinanz direkt nach Moskau reisen mussten. Sie wollten auf diese Weise offenbar vermeiden, dass ihre Kontakte zum sowjetischen Regime allzu offensichtlich wurden. ***(Torsten Mann)***

Quellen: 1. Joseph D. Douglass – Red Cocaine S.160
2. Robert Buchar – And Reality Be Damned..., S.127f

Hochrangiger Sozialist und enger Vertrauter Leo Trotzkis: Hochfinanz und Kommunisten verfolgen dasselbe Ziel

Christian Georgijewitsch Rakowski war ein bulgarischer sozialistischer Revolutionär, bolschewistischer Politiker und sowjetischer Diplomat. Er wuchs in einer wohlhabenden bulgarischen Familie auf und wurde schon in jungen Jahren zu einem eifrigen Verfechter des internationalen Sozialismus. Später wurde er Mitbegründer der rumänischen sozialdemokratischen Partei (PDSR). Früh knüpfte er hochrangige Kontakte: 1913 wohnte Leo Trotzki als russischer Korrespondent für die Balkankriege bei ihm. Nach der Oktoberrevolution war er u.a. Regierungschef der Ukrainischen Sowjetrepublik. Rakowski war also Teil der bolschewistischen Führungselite und verkehrte in den höchsten Kreisen. Da Rakowski Anhänger Trotzkis war, drehte sich der Wind später für ihn, als Joseph Stalin Rakowskis Mitstreiter Trotzki beseitigte und aus persönlicher Machtgier im Alleingang den «Kommunismus in einem Land» zu errichten versuchte. Stalin machte sich daran, sämtliche Trotzkisten in seinem Herrschaftsbereich mitsamt ihrem exilierten Anführer ermorden oder verhaften zu lassen – auch Rakowski. Rakowski wurde am 27. Januar 1937 inhaftiert und mehrmals verhört, bevor er 1938 zu 20 Jahren Zwangsarbeit im Gulag verurteilt wurde, wo er 1941 starb. Die Verhöre Rakowskis durch Stalins Geheimpolizei wurden allerdings aufgezeichnet und fanden später ihren Weg in die Öffentlichkeit. Darin enthüllt Rakowski Erstaunliches über die innere Funktionsweise der Sowjetunion. So sagte er zum GPU-Offizier Gabriel Kuzmin:

Der britische Autor H.G. Wells (siehe S.28, rechts neben Lenin), der in seinem Buch «The New World Order» seine Vision eines zentral verwalteten Weltsuperstaats zeichnete, war ein grosser Bewunderer der Bolschewisten und traf bei seinen Reisen nach Russland Lenin sowie Stalin persönlich.

«Ich weiss nicht, ob Sie die sonderbare Ähnlichkeit von Internationaler Finanz und Internationalem Proletariat bemerkt haben. Man könnte sagen, dass das eine ein Spiegelbild des anderen ist […]»

«Finanzmann und Kommunist sind beide Internationalisten. Beide, mit verschiedenen Begründungen und verschiedenen Mitteln, bekämpfen den bürgerlichen Nationalstaat. Der Marxist, um ihn in den kommunistischen Überstaat einzugliedern, deshalb nämlich ist er Internationalist; der Finanzmann verneint den bürgerlichen Nationalstaat, und seine Verneinung scheint ihm Selbstzweck zu sein; eigentlich aber ist er kein Internationalist, sondern ein anarchischer Kosmopolit. Das ist sein Anschein heute – aber wir werden bald sehen, was er ist und will.

Im Negativen, wie Sie sehen, gibt es eine individuelle Identität der internationalen Kommunisten und der kosmopolitischen Finanzmänner; als natürliche Folge besteht sie auch zwischen der kommunistischen Internationale und der Finanz-Internationale.» [1]

Kritik an Fabrikbesitzern, aber nicht an der Hochfinanz

Auch hinter der Tatsache, dass Karl Marx in seinen Schriften gegen «das Kapital» die reichsten und mächtigsten internationalen Bankiers seiner Zeit ausser Acht gelassen hatte, erkannte Rakowski – wie gesagt, ein absoluter Insider – eine klare Absicht:

«[…] die fünf Brüder Rothschild mit ihren Banken, die Herren über die grösste Akkumulation des Kapitals, die die Welt bisher gesehen hatte. An dieser ungeheuren Tatsache, die die Einbildungskraft jener Zeit blendete, geht Marx unbemerkt vorüber. Das ist doch sonderbar nicht? Vielleicht ergibt sich aus dieser besonderen Blindheit von Marx ein gemeinsames Phänomen in den Revolutionen der letzten Zeit. Wir alle können beweisen, dass, wenn die Massen (Anm.: kommunistische Revolutionäre) sich einer Stadt oder Nation bemächtigen, sie immer eine fast abergläubische Furcht vor Banken und Bankiers zeigen. Sie haben Könige, Generäle, Bischöfe, Polizisten, Priester und andere Vertreter der gehassten Vorrechte umgebracht, haben Kirchen, Paläste und sogar Stätten der Wissenschaft geplündert und in Brand gesetzt, aber als wirtschaftlich-soziale Revolutionäre haben sie das Leben der Bankiers respektiert und die prächtigen Bankgebäude unverletzt gelassen.» [2]

Ebenso interessant ist, was Rakowski über den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, den späteren Gründer der UNO, zu sagen hatte. Laut Rakowski war Roosevelt von der Hochfinanz dazu ausersehen, während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre mit seiner Politik des «New Deal» die kommunistische Revolution in Amerika einzuleiten und damit der Hochfinanz die unmittelbare Kontrolle über Amerika zu verschaffen. Daher ist es kein Zufall, dass während Roosevelts Amtszeit eine beispiellose Unterwanderung des US-Staatsapparats durch kommunistische Agenten einsetzte, welche die Grundlage für jenen «Tiefen Staat» legte, der nach dem Muster des trotzkistischen Entrismus (siehe S.37) unter dem Deckmantel vermeintlich amerikanischer Interessen eine Politik verfolgt, die in Wirklichkeit der kommunistischen Weltrevolution Vorschub leistet und die erklärten Feinde Amerikas in aller Welt protegiert, wovon zum Beispiel der spätere Aufstieg Rotchinas zur Weltmacht zeugt. ***(Torsten Mann)***

Quellen:
1. Josef Landowsky – Rakowskij Protokoll S.24 f.
2. Ebenda, S.32

Der Sohn von John D. Rockefeller stellte der UNO 1946 das Grundstück für ihr Hauptgebäude in New York zur Verfügung.

Der sehr weitsichtige Cartoon von Robert Minor erschien 1911 in der Zeitung «St. Louis Post-Dispatch». Er zeigt Karl Marx, umringt von enthusiastischen Wall-Street-Geschäftsmännern wie J.P.-Morgan-Partner George Perkins, John Ryan von der National City Bank, John D. Rockefeller und Andrew Carnegie. Direkt hinter Marx steht Teddy Roosevelt, Vorsitzender der sozialistischen Partei «Progressive Party», deren Mitglieder sich später der Demokratischen Partei zuwandten.

Ein ähnlicher Cartoon von Robert Minor aus dem Jahr 1908. Ein von Wall-Street-Bankern aufgebauter Marxist skandiert «Nieder mit den Reichen!», womit er sicherlich nicht die Superreichen im Publikum meint, sondern wohl eher die amerikanische Mittelklasse.

Vereinte Nationen

Die UNO als

DIE 15-JAHRESZIELE DER UNO-AGENDA 2030

Die Vereinten Nationen haben es in einem jahrzehntelangen, allmählichen Prozess zur Auflösung familiärer, gesellschaftlicher, moralischer, geistiger und nationaler Strukturen geschafft, die Welt zu vereinheitlichen und zu dominieren. Dabei greift die UNO mit ihren Unterorganisationen auf diverse Massnahmen zurück, die durch Resolutionen, Verträge und Abkommen in den UN-Mitgliedsstaaten verwirklicht werden. Zwar sind diese Vereinbarungen offiziell nicht verbindlich, werden von den Mitgliedsstaaten aber dennoch mehr oder weniger in geltendes Recht umgesetzt. Zu den Massnahmen der UNO gehören u.a.:

- **Klimapolitik und «Nachhaltige Entwicklung»:** Errichtung einer weltweiten Planwirtschaft in Sachen Energieverbrauch mit dem Argument einer «menschgemachten Klimakatastrophe». Da CO2 bei allen Lebensvorgängen entsteht, kann die UNO in jeden Lebensbereich hinein regieren. (siehe S.38 ff.)
- **Krieg:** Die UNO als Kriegsinstrument gegen unliebsame Regierungen. (siehe S.43 f.)
- **Gender Mainstreaming:** Einebnung und Abschaffung der Geschlechter, Förderung der Berufstätigkeit der Frauen, Unterstützung von Abtreibungen, Senkung der Geburtenraten. (siehe S.46 ff.)
- **Inklusion:** Weltweite Sabotage des Bildungssystems durch Unterrichtung geistig behinderter und nicht behinderter Kinder in einer Schulform und Klasse. (siehe S.57 ff.)
- **Frühsexualisierung:** Schwächung der Bindung der Kinder zu ihren Eltern, um die traditionelle Familie zu zerschlagen. (siehe S.61 ff.)
- **Seuchendiktatur:** Vogelgrippe-, Schweinegrippe-, Ebola-Kampagnen der Weltgesundheitsorganisation WHO. Marketing für Impfstoffe und «Seuchenmanagement» ganzer Regionen. (siehe S.64 f.)
- **Finanzhegemonie:** Erweiterung der Staatsschuld durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) als Vorwand für Regierungen zur Enteignung ihrer Bürger. (siehe S.66 ff.)
- **Migrationspolitik:** Überschwemmung der entwickelten Staaten mit Massen von Migranten, Durchmischung sämtlicher Völker, Einebnung sämtlicher ethnischer Unterschiede. (siehe S.70 ff.)

von Torsten Mann

Im Herbst 1914, nur wenige Monate nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, schrieb der russische Kommunist Leo Trotzki, dass dieser Krieg in Europa «die Zertrümmerung der nationalen Staaten» verkünde und dass es für das «Proletariat» nun um die Schaffung der «republikanischen Vereinigten Staaten von Europa als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt» gehe.(1) Die «Vereinigung Europas», so erklärte Trotzki, sei zwar die unabwendbare Konsequenz seines wirtschaftlichen Entwicklungsstandes, aber sie sei nur in Form «der revolutionären Diktatur des europäischen Proletariats» denkbar. Ausdrücklich unter dem Vorwand der wirtschaftlichen Notwendigkeit forderte Trotzki also bereits im Jahr 1914 die Schaffung eines Vereinten Europas, das wiederum die Vorhut für die spätere Errichtung des Sozialismus im Weltmassstab bilden sollte. In diesem Sinne wirkte Trotzki im Jahr 1923 darauf hin, dass sich die sowjetische Leitung der Kommunistischen Internationale (Komintern), die den Kommunisten in aller Welt von Moskau aus ihre politischen Richtlinien erteilte, kurzzeitig die Parole der «Vereinigten Staaten von Europa» zu eigen machte.

globale sozialistische Räteregierung

Die zu dieser Zeit eskalierende Spaltung zwischen Trotzki und Stalin hatte jedoch zur Folge, dass die Parole zur Vereinigung Europas nicht dauerhaft ins Programm der Komintern aufgenommen wurde. Während Stalin darauf beharrte, dass die kommunistische Gesellschaftsordnung zunächst in der Sowjetunion errichtet werden müsse, bevor man sie auch ins Ausland exportieren könne, und er sich mit diesem Konzept an der Spitze der Moskauer Politik für die nächsten Jahrzehnte auch durchsetzen konnte, argumentierte der inzwischen exilierte Trotzki, dass die «Vereinigten Staaten von Europa [...] der politische Ausdruck des Gedankens» seien, «dass der Sozialismus in einem Land unmöglich» sei, man könne seine Entwicklung zwar «auch nicht im Rahmen eines Kontinents erreichen», aber «die sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa» seien «die Parole einer historischen Etappe auf dem Wege zur sozialistischen Weltföderation». [2] In anderen Worten: Trotzki strebte schon zu Beginn der 1920er Jahren explizit danach, die «Vereinigten Staaten von Europa» zur Basis einer «permanenten Revolution» zu machen und damit einen langfristigen Gesellschaftswandel in globalem Umfang zu bewirken, der zunächst auf die Errichtung des Sozialismus und anschliessend des Kommunismus im Weltmassstab zustrebt.

Allein Trotzkis Niederlage gegen Stalin an der Spitze der sowjetischen Politik hatte zur Folge, dass die Parole der «Vereinigten Staaten von Europa» in den 1920er-Jahren nicht zur offiziellen Politik Moskaus wurde und als kommunistische Forderung schon bald wieder in Vergessenheit geriet. Jedoch schuf diese stalinistische Wendung der sowjetischen Politik auch die Voraussetzung dafür, dass trotzkistische Entristen (siehe S.37) die Vereinigung Europas in den folgenden Jahrzehnten auf die Agenda scheinbar nicht-kommunistischer Bewegungen und Organisationen setzen und den Völkern Europas somit den trotzkistischen Hintergrund der «Europäischen Integration» erfolgreich verheimlichen konnten. So ist beispielweise nahezu vollständig in Vergessenheit geraten,

➔

Foto: Christallkeks (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Martin_Schulz_Wahlkampfauftritt_in_M%C3%BCnster_2017_Bild_1_(Ausschnitt).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

«Ich will, dass es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft, das keine Bedrohung für seine Mitgliedsstaaten ist, sondern ihre sinnvolle Ergänzung. [...]Seit 1925 - mit dem Heidelberger Programm - fordert die SPD die Vereinigten Staaten von Europa. Das bedeutet konkret, dass wir Europa mindestens in den Bereichen Innere und Äussere Sicherheit, beim Klimaschutz, bei der Steuer- und Geldpolitik, beim Kampf gegen Steueroasen, bei der Flüchtlingspolitik und bei der Entwicklungszusammenarbeit die Instrumente geben müssen, die Europa braucht, um handlungsfähig zu sein. Und deshalb frage ich euch: Warum nehmen wir uns eigentlich jetzt nicht vor - hundert Jahre nach unserem Heidelberger Beschluss; hundert Jahre später - spätestens im Jahre 2025 diese Vereinigten Staaten von Europa verwirklicht zu haben?»

SPD-Politiker Martin Schulz, Dezember 2017 in Berlin

Quelle: spd.de, Martin Schulz, Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Rede beim SPD-Bundesparteitag in Berlin, Berlin, 7. Dezember 2017

«Ziel muss die politische Union sein, die Vereinigten Staaten von Europa.»

Joschka Fischer, Aussenminister von 1998 bis 2005, der 1997 noch sagte: «Ich entdecke mehr und mehr, wie sehr ich doch Marxist geblieben bin.»

Quelle: cicero.de, «Die sind von Deutschland ziemlich angepisst»

Foto: Υπουργείο Εξωτερικών (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Joschka_Fischer_cropped.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

«Die Vereinigten Sowjetstaaten Europas, das ist die einzig richtige Losung, die einen Ausweg aus der Zerstückelung Europas zeigt, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa mit völligem wirtschaftlichem und kulturellem Niedergang bedroht.»

Leo Trotzki, 1930

Quelle: marxists.org, Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland (26.09.1930), zitiert in Oliver Janich, Die Vereinigten Staaten von Europa, S.290

«Ich beschäftige mich sehr mit dem Problem der Vereinigten Staaten von Europa, denen Deutschland angehören musste. Ich sah in den künftigen Vereinigten Staaten von Europa die beste und dauerhafteste Sicherung der westlichen Nachbarn Deutschlands.»

Konrad Adenauer (†), von 1949 bis 1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Quelle: Erinnerungen 1945–1953, S. 41, zitiert auf: verfassungsblog.de, Der europäische Bundesstaat: Das Grundgesetz hätte nichts dagegen, Carl Otto Lenz, 05.11.2012

Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F005630-0005 / CC-BY-SA 3.0

Seite 35

dass Richard Coudenhove-Kalergi, der offiziell als Initiator der europäischen Vereinigung gilt, ungefähr zur selben Zeit, als er die Paneuropa-Union gründete, den Sozialismus noch in den höchsten Tönen lobte, eine allgemeine «Arbeitsdienstpflicht» befürwortete, Trotzki als die «Spitze moderner Politik» bezeichnete und eine drohende Invasion durch Trotzkis Rote Armee sogar zum Anlass nahm, einen «Abbau der sozialen Unterdrückung» in Europa zu fordern.[3]

Moskau übernimmt Trotzkis «permanente Revolution im Weltmassstab»

Erst nachdem mit Stalins Tod im Jahr 1953 der stalinistische Versuch, den Weltkommunismus zu errichten, offensichtlich gescheitert war, griff die Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) wieder auf wesentliche Elemente von Trotzkis «permanenter Revolution im Weltmassstab» zurück, um sie in eine neue sowjetische Langzeitstrategie zu integrieren. Diese neue Strategie begann im Jahr 1956 mit Chruschtschows theatralisch inszenierter Abkehr vom Stalinismus und strebt über den Zwischenschritt des «gemeinsamen europäischen Hauses» bzw. der «Eurasischen Union von Wladiwostok bis Lissabon» auf die langfristige Errichtung einer globalen sozialistischen Räteregierung auf dem Gerüst der UNO zu. Nikita Chruschtschow, der damalige Generalsekretär der KPdSU, sprach bei einem Besuch in den USA im Jahr 1959 überraschend offen aus, wie das Konzept dieser neuen Strategie in der Praxis funktionieren würde. Er sagte: «Ihr Amerikaner seid so naiv. Nein, ihr werdet den Kommunismus nicht freiheraus annehmen, aber wir werden euch den Sozialismus immer wieder in kleinen Dosen füttern, bis ihr am Ende aufwacht und feststellt, dass ihr den Kommunismus bereits habt.» [4]

Noch deutlicher wurde Andrei Sacharow, der Konstrukteur der sowjetischen Wasserstoffbombe, der in einem öffentlichkeitswirksam verbreiteten Manifest im Jahr 1968 die planmässige Entwicklung der Weltpolitik über die folgenden Jahrzehnte skizzierte, die ihren Höhepunkt schliesslich in der Schaffung einer sozialistischen Weltregierung finden würde. Auf dem Weg dorthin müsse, wie Sacharow betonte, die «psychologische Einstellung» der westlichen Völker so verändert werden, dass sie «freiwillig» einer Reduzierung und internationalen Umverteilung ihres Wohlstands zustimmen und von ihrer «feigen und egoistischen kleinbürgerlichen Ideologie» und von «Militarismus, Nationalismus, Faschismus und Revanchismus» ablassen, womit er den inzwischen allgegenwärtigen «Kampf gegen Rechts» vorwegnahm. Es komme darauf an, den Sozialismus wieder «anziehend» zu machen, so dass sich «die moralische Anziehungskraft der Idee des Sozialismus und der Arbeitsintensivierung» gegen «das egoistische Prinzip des Privatbesitzes und der Kapitalvergrösserung» durchsetzen könne. Wie Sacharow behauptete, sei die sozialistische Umgestaltung und planwirtschaftliche Regulierung der westlichen Welt unverzichtbar, andernfalls wäre das Weiterbestehen der menschlichen Zivilisation durch die eskalierenden «globalen Probleme» gefährdet, zu denen er – wohlgemerkt bereits im Jahr 1968 – insbesondere den Hunger in der Dritten Welt, eine angeblich durch industrielles Kohlendioxid ausgelöste Klimakatastrophe und schliesslich einen drohenden Atomkrieg zählte.

Der aufmerksame Leser wird feststellen, dass diese «globalen Probleme», die laut Sacharow die Errichtung eines weltweiten sozialistischen Gesellschaftssystems erforderlich machen, zu Beginn der 1980er Jahre zum ideologischen Fundament der neu entstehenden grünen Parteien wurden. Offensichtlich sollte Sacharows Manifest also dabei helfen, im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit einen ideologischen Transformationsprozess einzuleiten, der darauf abzielte, den stalinistisch diskreditierten Sowjetkommunismus mit einer neuen ökosozialistischen Tarnung zu versehen und auf UNO-Ebene zu globalisieren, oder anders ausgedrückt, dieselben alten roten Unwahrheiten in ein internationales grünes Gewand zu kleiden.

Globale Perestroika

Mehr als ein halbes Jahrhundert später ist zwar klar erkennbar, dass die westlichen Völker tatsächlich im Sinne Sacharows umerzogen wurden, während ihre einstmals souveränen Nationalstaaten in der von Trotzki geforderten Weise immer stärker unter die Kontrolle der EU und der UNO gebracht werden. Doch der kommunistische Hintergrund dieses Prozesses ist der westlichen Öffentlichkeit nach wie vor verborgen geblieben. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen,

Die EU hat ihren Menschenrechtspreis ausgerechnet «Sacharow-Preis» genannt – also nach einem «Held der sozialistischen Arbeit», der bis zu seinem Tod für eine Durchsetzung des Sozialismus auf Weltebene plädierte und der nur zur Stärkung seiner Glaubwürdigkeit vom Sowjetregime als «Dissident» dargestellt wurde.

Foto: RIA Novosti archive,
image #25981/ Vladimir Fedorenko
CC-BY-SA 3.0

Foto: Claude TRUONG-NGOC (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Remise_du_Prix_Sakharov_%C3%A0_Aung_San_Suu_Kyi_Strasbourg_22_octobre_2013-12.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Der Neokonservatismus gewann in der Person führender Politiker wie Paul Wolfowitz oder Richard Perle prägenden Einfluss auf die Grundzüge der amerikanischen Aussenpolitik unter George W. Bush von 2001 bis 2009. Was jedoch kaum bekannt ist: Der geistige Urvater der Neokonservativen war ein überzeugter Trotzkist.

*Was ist Entrismus?

Um die nicht-sozialistischen westlichen Parteien zu unterwandern, wandten die Sowjets und ihre Kollaborateure im Westen die trotzkistische Taktik des «Entrismus» an, die das gezielte (mitunter heimliche) Eindringen in Organisationen lehrt. Das Ziel des Entrismus ist es, von innen heraus auf politische Entscheidungen einer Organisation Einfluss zu nehmen und deren Kurs in Richtung Sozialismus zu verändern. Trotzkisten wollen bestehende Organisationen unterwandern und sie für die eigenen Zwecke vereinnahmen. Sie legen besonders grossen Wert auf eine gute rhetorische Ausbildung und ein dominantes Auftreten, mit dem sie sich schnell in Schlüsselstellungen bei der zu infiltrierenden Organisation manövrieren.

Ein Beispiel soll aufzeigen, wie die Trotzkisten arbeiten: George W. Bush, der am 20. Januar 2001 das Präsidentenamt übernahm, entstammt wie sein Vater einer politischen Strömung, die sich «neokonservativ» nennt. Irving Kristol, der Urvater der Neokonservativen, war ein überzeugter Trotzkist, der eines seiner Essays für die New York Times sogar «Memoiren eines Trotzkisten» nannte. Kristol distanzierte sich vom Trotzkismus und wurde zum «Demokraten» und «Antikommunisten». Aus seiner entschiedenen Haltung gegen das Sowjetregime, gemischt mit einer leisen, doch im Laufe der Zeit immer lauter werdenden Befürwortung des Sozialismus, entstand Ende der 60er-Jahre die Ideologie, die man heute als «Neokonservatismus» bezeichnet. In den 1970ern begann Kristol die Seite zu wechseln von den Demokraten zu den Republikanern. Als trotzkistischer Wolf im Schafspelz der Republikaner erschuf Irving Kristol die neokonservative Ideologie, die er mit einem Netzwerk aus Denkfabriken, Stiftungen, Elitejournalen und Massenmedien vorantrieb. ***(tk)***

dass die Protagonisten dieser Entwicklung im Stil des trotzkistischen **ENTRISMUS*** unter der falschen Flagge vor allem grüner und sozialdemokratischer, aber auch liberaler und sogar scheinbar konservativer Organisationen handeln, und zum anderen darauf, dass das westliche Bürgertum die von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow in den 1980er Jahren eingeleitete Politik der «Perestroika» völlig missverstanden hat – was von den sowjetischen Strategen auch ausdrücklich so geplant war. Das Ziel der Perestroika (zu Deutsch: «Umgestaltung») war nie die Abschaffung des Kommunismus, sondern lediglich die Abschaffung seiner stalinistischen Erscheinungsform in Osteuropa.

Zudem machte Gorbatschow nie einen Hehl daraus, dass die «Perestroika» nicht auf den Ostblock beschränkt bleiben würde. Nicht nur die sowjetische Politik und Gesellschaftsordnung sollte «perestroikistisch» umgestaltet werden, vielmehr sollte die gesamte Weltordnung eine Umgestaltung erfahren, die genau dem globalsozialistischen Muster entspricht, das in Sacharows Manifest bereits 1968 formuliert worden war, und für die sich in trotzkistischen Kreisen der westlichen Welt spätestens in den 1970er Jahren der Begriff RIO bzw. Rio-Prozess etabliert hatte (RIO: Reshaping the International Order/ Umformung der internationalen Ordnung). Vor diesem Hintergrund ist es gewiss kein Zufall, dass das EU-Parlament seinen Menschenrechtspreis, den es im Jahr 1988 erstmals an Nelson Mandela verlieh, ausgerechnet nach Andrei Sacharow benannt hat. Ebenso wenig ist es Zufall, dass Sacharow, der während der Phase des ausklingenden Stalinismus unter Breschnew offiziell noch als «Dissident» dargestellt worden war, von Gorbatschow in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nicht nur rehabilitiert, sondern sogar ins Zentrum der Moskauer Politik befördert wurde. Dies geschah zur selben Zeit, als Gorbatschow öffentlich proklamierte: «Wir gehen einer neuen Welt entgegen, der Welt des Kommunismus. Von diesem Weg werden wir nie abweichen!»[5]

Die Rio-Konferenz/Erdgipfel der Vereinten Nationen 1992 war ein entscheidender Punkt auf dem Weg zur sozialistischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft weltweit.

Globales Instrument der Kommunisten?

Nur wenige Wochen vor dieser Aussage hatte Gorbatschow in Übereinstimmung mit Sacharow behauptet, dass die Welt eines Instruments bedürfe, das imstande wäre, «verantwortungsbewusst und auf repräsentativer Ebene ihre globalen Probleme zu erörtern, und das eine Tribüne darstellt auf der gemeinsamen Suche nach einem Ausgleich der unterschiedlichen, widersprüchlichen, jedoch realen Interessen der gegenwärtigen Gemeinschaft der Staaten und Nationen. Ihrer Idee und

US-Kongress enthüllte 1963: Kommunisten wollten der UNO mehr Macht geben

EMBLEM DER SOWJETUNION

EMBLEM DER VEREINTEN NATIONEN

Welche Ziele die Kommunisten bei der Unterwanderung des Westens verfolgten, kann unter anderem den Protokollen einer Anhörung des US-Kongresses vom 10. Januar 1963 entnommen werden. Es werden 45 Ziele genannt, deren Umsetzung die Kommunisten Ende der Fünfzigerjahre anstrebten. Darunter auch folgende drei interessante Zielsetzungen:

«11. Die UN als einzige Hoffnung für die Menschheit anpreisen. Wenn ihre Charta neu gefasst wird, verlangen, dass sie als Eine-Welt-Regierung mit einem unabhängigen Militär aufgesetzt wird. […]

29. Diskreditierung der amerikanischen Verfassung, indem man sie als unzureichend, altmodisch, nicht mehr den modernen Erfordernissen genügend und als Hindernis für eine Kooperation der Nationen auf weltweiter Basis bezeichnet. […]

45. Zurücknahme des Connally-Vorbehalts*, sodass die Vereinigten Staaten den Weltgerichtshof (Anm.: der UN) nicht davon abhalten können, über inländische Probleme Gerichtsbarkeit auszuüben. Dem Weltgerichtshof die Zuständigkeit über Nationen und Individuen übergeben.»

**Im Connally-Vorbehalt war festgelegt, dass die Anerkennung der Gerichtsbarkeit des Weltgerichtshofes durch die USA nicht gelten sollte für Angelegenheiten, die nach Auffassung der Vereinigten Staaten der Zuständigkeit ihrer nationalen Gerichte unterliegen würden.*

Quelle:
Current Communist Goals, Extension of Remarks of Hon. A. S. Herlong, Jr. of Florida in the House of Representatives, Congressional Record – Appendix, S. A34–A35, 10. Januar 1963, zitiert in Oliver Janich, Die Vereinigten Staaten von Europa, S.257–260

Seite 37

ihrem Ursprung nach ist die Organisation der Vereinten Nationen dazu berufen, ein solches Instrument zu sein. Wir sind überzeugt, dass sie diese Rolle zu spielen vermag.» [6] Ganz ähnlich äusserte sich Gorbatschow im Jahr 1990 auch zur europäischen Integration, er sagte: «Kann es ein revolutionäreres [sic!] Herangehen an die Überwindung der Grenzen, die die Völker trennen, [geben] als unsere Konzeption zum Bau eines gesamteuropäischen Hauses? Wir sprechen uns eindeutig für eine solche Entwicklung aus. […] Es steht ausser Zweifel, dass wir heute in eine neue, vielverheissende Etappe der europäischen und weltweiten Integration eingetreten sind.»[7] Gorbatschows Perestroika leitete in Wirklichkeit also nicht den Untergang des Kommunismus ein, sondern vielmehr den seit 1956 von der KPdSU minutiös geplanten Übergang vom stalinistischen Nationalkommunismus in Osteuropa zum globalisierten Internationalsozialismus auf überstaatlicher Ebene, der seit dem Jahr 1992 sowohl im europäischen Rahmen (durch den Vertrag von Maastricht zur Gründung der Europäischen Union) als auch im globalen Rahmen (durch den Erdgipfel von Rio de Janeiro zur Einleitung des Rio(!)-Prozesses) mit einer in diesem Ausmass bislang ungekannten grün-roten Indoktrinierung der öffentlichen Meinung vorangetrieben wird.

Unter dem Postulat, das Problem der angeblich drohenden Klimakatastrophe durch anthropogenes Kohlendioxid sei in nationalem Rahmen nicht zu lösen, hatte KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow schon im Jahr 1987 «eine globale Strategie für den Umweltschutz und die rationelle Nutzung der Ressourcen» gefordert, was seiner Ansicht nach «im Rahmen eines UNO-Spezialprogramms in Angriff» genommen werden sollte.[8] Zudem sollten die Nationalstaaten zur jährlichen Rechenschaftslegung gegenüber internationalen Organisationen über ihre Arbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes verpflichtet werden, was auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro durch die Unterzeichnung der Agenda 21, der Biodiversitäts-Konvention und der Klimarahmenkonvention dann auch tatsächlich geschah. **Mit dem daraus hervorgehenden Kyoto-Protokoll wurde anschliessend die Erdatmosphäre quasi verweltstaatlicht, was zur Folge hat, dass insbesondere die Bürger der westlichen Welt für die Nutzung der Luft, die bislang eine selbstverständlich frei verfügbare Ressource war, Gebühren bezahlen müssen in Form von CO2-Emissionszertifikaten, deren Zuteilung in internationalem Rahmen planwirtschaftlich erfolgt und deren Erlöse in vermeintliche Entwicklungsprojekte der Zweiten und Dritten Welt**

«Wir sind Internationalisten. Wir streben nach der festen Vereinigung und vollständigen Verschmelzung der Arbeiter und Bauern aller Völker der Welt in einer einzigen weltweiten Sowjetrepublik.»

Wladimir Lenin

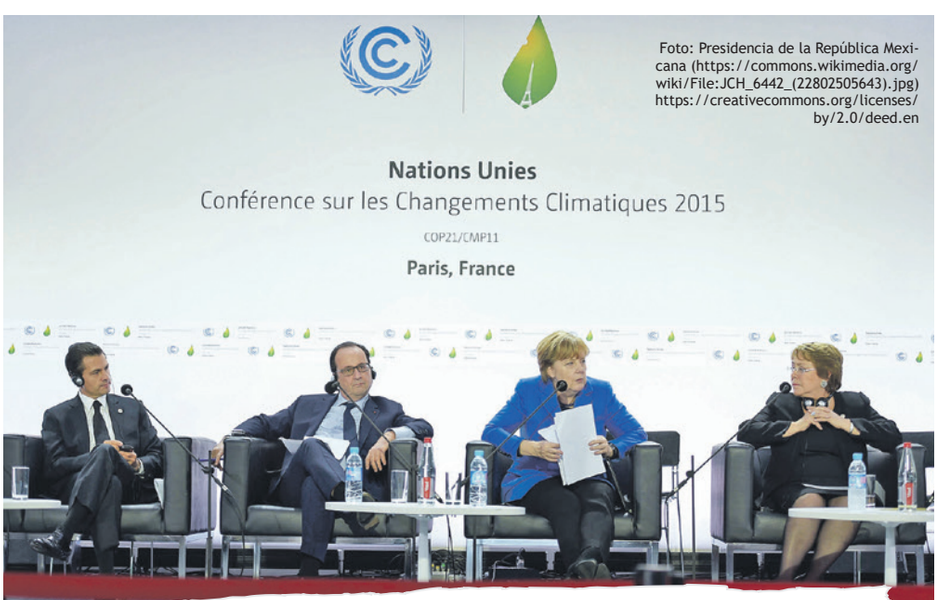


Foto: Presidencia de la República Mexicana (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:JCH_6442_(22802505643).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

v.l.n.r Enrique Peña Nieto (Mexiko), François Hollande (Frankreich), Angela Merkel (Deutschland) und Michelle Bachelet (Chile) bei der UN-Weltklimakonferenz 2015.

fliessen. Auf diese Weise wird nicht nur der Energieverbrauch rationiert und damit die Produktivität planwirtschaftlich reguliert, sondern auch das Vermögen der westlichen Völker wird international umverteilt. Ähnliche Bestrebungen, auch das Wasser zu verweltstaatlichen, sind unter dem Vorwand, einen «universellen und gerechten Zugang zu sauberem Wasser und Trinkwasser für alle Menschen» zu ermöglichen, ebenfalls bereits im Gang. Unter dem Deckmantel diverser Umweltschutz-NGOs verfolgten ehemalige Funktionäre der Internationalen Abteilung der KPdSU auch nach der Auflösung der Sowjetunion weiterhin die Ziele der kommunistischen Langzeitstrategie, indem sie den Rio-Prozess vorantrieben und einen «internationalen Wertewandel» förderten, mit dem Endziel eine «nachhaltige globale Gesellschaft» aufzubauen – die moderne Chiffre für den Weltkommunismus.

Der Rio-Prozess als «Revolution in Permanenz»

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die 1985 in der Sowjetunion begonnene Perestroika, die in Gestalt des Rio-Prozesses globalisiert wurde, der dann wiederum im Jahr 2000 mit der UNO-Millenniums-Erklärung und im Jahr 2015 mit der UNO-Agenda-2030 seine Fortsetzung fand, tatsächlich nichts anderes ist als die Umsetzung von Trotzkis «permanenter Revolution im Weltmassstab», und zwar systematisch unterteilt in aufeinanderfolgende 15-Jahrespläne, deren Wurzeln bis zur Mitte der 1950er Jahre zurückreichen. Selbst die Europäische Union spielt in diesem Prozess die ihr von Trotzki zugedachte Rolle, denn genau wie Trotzki es angekündigt hatte, ist das Vereinte Europa inzwischen zu «einer mächtigen bewaffneten Basis des kämpfenden Sozialismus» und zum «Fundament der Vereinigten Staaten der Welt» geworden, was an der nahezu vollständigen politischen Übereinstimmung zwischen der EU und der UNO in allen Fragen, die den Rio-Prozess betreffen, deutlich zu erkennen ist.

Im Sommer 2018 ging das EU-Parlament sogar so weit, der UNO die Einrichtung einer «parlamentarischen Versammlung» zu empfehlen, «um den demokratischen Charakter, die demokratische Rechenschaftspflicht und die Transparenz der globalen Struktur- und Ordnungspolitik zu erhöhen», was offensichtlich einen weiteren Schritt darstellt, um die UNO zu einer vollwertigen globalen Räteregierung auszubauen.[9] Eben dieses Ziel verbirgt sich nämlich hinter der vielzitierten Phrase der «multipolaren» bzw. «multilateralen» Weltordnung, die eine offizielle Zielsetzung der europäischen Politik ist und bei der die früher einst souveränen Nationalstaaten darauf reduziert werden, Repräsentanten an überstaatliche Regierungsorganisationen zu entsenden, wo nach bewährter Sowjetmanier «Expertenkommissionen» gebildet werden, die ihre politischen Entscheidungen «wissenschaftlich» nach streng **«GESELLSCHAFTSRELEVANTEN»*** Kriterien treffen und die ihre Weisungen dann über den Mechanismus der «Konsensdemokratie», die früher im Ostblock noch als «demokratischer Zentralismus» bezeichnet wurde, an die Nationalstaaten zur Bestätigung und Umsetzung zurückgeben.

Schikanierung der Wirtschaft

Sacharow hatte ausdrücklich eine langfristige Planung der internationalen Politik, Wirtschaft, Erziehung, Kunst und

*Was ist «gesellschaftsrelevante» Wissenschaft?

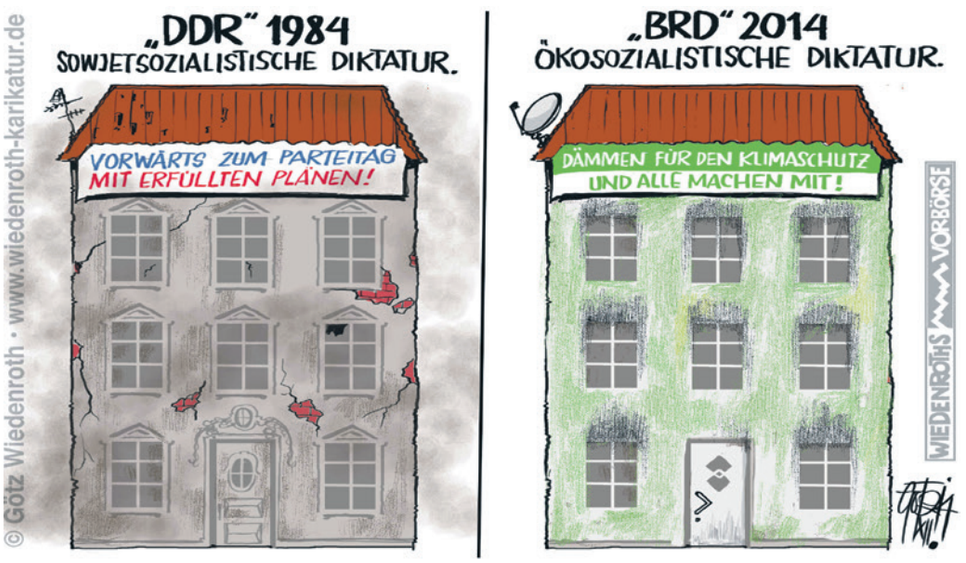
Die objektive Wissenschaft nach westlicher Tradition, die der wertfreien Erforschung der Realität und dem Verständnis der Natur dient, gilt im kommunistischen Verständnis als «bürgerliche Abweichung». In völligem Gegensatz zur objektiven Wissenschaft dient die marxistische, «kritische» oder «gesellschaftsrelevante» Wissenschaft nicht dem Erkenntnisgewinn, sondern lediglich und ausschliesslich der Anpassung wissenschaftlicher Sichtweisen, Methoden und Theorien an die marxistisch-leninistische Dogmatik. Eine wissenschaftliche Theorie wird also nicht an der objektiven Realität überprüft und im Fall einer Falsifikation als unzutreffend verworfen, sondern eine wissenschaftliche Theorie wird ausschliesslich an den Zielsetzungen des Marxismus-Leninismus ausgerichtet, bei gleichzeitiger Ignoranz des objektiven Sachverhalts. Folglich spielt es keine Rolle, ob eine Hypothese objektiv richtig oder falsch ist, solange sie nur dem revolutionären Umbau der Gesellschaft dient und den Sozialismus fördert, das heisst solange sie «gesellschaftsrelevant» ist. Ein «gesellschaftsrelevanter» Wissenschaftler ist daher in erster Linie nicht ein Wissenschaftler, sondern er ist in erster Linie ein Marxist, der wissenschaftliche Theorien so lange fälscht und zurechtbastelt, bis sie ins kommunistische Konzept passen. ***(tk)***

Seite 39

Kultur nach «wissenschaftlichen» Methoden und Prinzipien gefordert, was auf die Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche mit der Zieldeterminierung des von Marx formulierten historischen Materialismus hinausläuft, der ungeachtet widersprechender Fakten dogmatisch das Ziel verfolgt, eine kommunistische Gesellschaftsordnung im Weltmassstab zu errichten. Zu diesem Zweck hatte Sacharow ausdrücklich auch eine internationale «Glättung der Unterschiede in der sozialen Struktur» und den «Ausgleich nationaler Widersprüche» gefordert, was bedeutet, dass insbesondere der amerikanische Wohlstand grosszügig in die Dritte Welt umverteilt werden soll und zwar bei einer gleichzeitigen Absenkung des westlichen Lebensstandards.[10] Für dieses im wahrsten Sinne des Wortes weltkommunistische Konzept haben sich im Sprachgebrauch des Rio-Prozesses inzwischen die Kampfbegriffe «Suffizienz», «Nachhaltigkeit» und «globale Gerechtigkeit» etabliert, wobei «Suffizienz» die vorsätzliche Absenkung des westlichen Lebensstandards meint, während «Nachhaltigkeit» für den planwirtschaftlichen Charakter dieses Konzepts steht und «globale Gerechtigkeit» den Aspekt der internationalen Umverteilung darstellt.

Mit diesen Kampfbegriffen wird die fortschreitende Einschränkung des privaten Unternehmertums und die schleichende Einführung der Planwirtschaft durch ruinöse Umweltauflagen ebenso gerechtfertigt wie die zunehmenden Eingriffe in die «kleinbürgerliche» Lebensweise. Diese äussern sich zum Beispiel in der Schikanierung von Eigenheimbesitzern, die zum Erwerb von «Emissionsrechten» zur Gebäudeheizung gezwungen werden sollen, oder in der Gängelung des Individualverkehrs durch eine vorsätzlich verkehrsfeindliche Städteplanung. In ihrer subversiven Absicht, die Bourgeoisie als gesellschaftliche Klasse abzuschaffen, schreckt die angehende Weltregierung noch nicht einmal davor zurück, sich in die Familie – die Keimzelle der Nation – einzumischen, indem sie die Nationalstaaten zu einer allgemeinen «Stärkung der Frauen» - ein Slogan, hinter dem sich in Wahrheit die Berufstätigkeit der Frauen verbirgt - verpflichtet und sogar so weit geht, die «gerechte Aufteilung der Hausarbeit zwischen Mann und Frau» administrativ vorzuschreiben.[11]

Damit gibt sie erneut zu erkennen, welche Ideologie sie antreibt, denn schon 1925 hatte Trotzki erklärt, «den Sozialismus aufbauen heisst die Frauen emanzipieren» und dazu müsse die Frau «emporgehoben werden. In ihr muss der Wunsch erweckt werden, sich selbst zu erheben, das heisst sie muss erweckt und ihr muss der Weg gewiesen werden.»[12] Zur langfristigen Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung gehört auch die schrittweise Abschaffung früherer Grundrechte wie etwa der freien Meinungsäusserung oder der Vertragsfreiheit im Namen der «Gleichberechtigung», der «Toleranz» und der «Antidiskriminierung». Und dazu gehört auch die Einführung staatlicher Preiskontrollen, zum Beispiel bei Energieträgern und Lebensmitteln, wie sie von den Protagonisten der internationalen grün-roten Bewegung längst schon gefordert werden.



Maxime linken Denkens: verarmt, verblödet, verhäßlicht - aber alle GLEICH!

Deutete UN-Klimasekretärin auf globale Planwirtschaft hin?

Die costa-ricanische Politikerin Christiana Figueres war von Juli 2010 bis Mai 2016 Generalsekretärin des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. Sie sagte vor Reportern 2015:

«Möglicherweise ist das die schwierigste Aufgabe, die wir uns je auferlegt haben – es geht darum, vorsätzlich das Modell der wirtschaftlichen Entwicklung zu verändern, und zwar das erste Mal in der Geschichte der Menschheit.»

Und wie soll dann das neue System aussehen? Da die UN die Marktwirtschaft inzwischen als wenig «nachhaltiges» Modell der Vergangenheit abgeschrieben hat, liegt es nahe, das Frau Figueres die globale, einförmige Gesellschaftsordnung nach sozialistischem Muster meint, die sich hinter der Agenda 2030 verbirgt.

Quelle: unric.org, Figueres: First time the world economy is transformed intentionally, 03.02.2015

Foto: International Maritime Organization (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Christiana_Figueres_in_London_-_2018_(39536174340)_(cropped).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Ehemaliger britischer Verteidigungsminister: Bilderberg-Gruppe strebt «weltweite Gemeinschaft» an

Eine Organisation, von der die breite Masse erst durch das Internet erfuhr, ist die äusserst verschwiegene und von der Presse weitgehend unerwähnte Bilderberg-Gruppe. Ein Mal pro Jahr trifft sich die Gruppe, die sich aus Bankiers, Politikern, Firmenchefs und Presse zusammensetzt, irgendwo auf der Welt für ein Wochenende. Eigentlich hatte das jährlich stattfindende Treffen keinen Namen, doch es wurde von aussenstehenden nach dem Hotel Bilderberg in Holland getauft, wo 1954 die erste Konferenz stattfand. Was die Bilderberg-Gruppe besonders macht, ist, dass sie Menschen aus allen Teilen der Welt einlädt, dazu oft weniger bekannte Persönlichkeiten, die später oft in der Karriereleiter rasant nach oben aufsteigen. Das legt nahe, dass die Konferenz eine Art Casting darstellt, bei dem die globale Elite potenzielle Kanzler oder Verteidigungsminister eines Landes beschnuppern kann. Beispiele für einen rasanten Aufstieg nach Bilderberg-Besuchen sind zahlreich: Angela Merkel (erster Besuch Mai 2005 – Bundeskanzlerin November 2005), Helmut Schmidt (erster Besuch: 1973 – Kanzler ab 1974), Tony Blair (Erster Besuch: 1993, Labour-Vorsitzender ab 1994, Premierminister ab 1997) oder Guido Westerwelle (Erster Besuch: 2007 – Vizekanzler 2009).

Der UN-Sonderberichterstatter für Migration Peter Sutherland, der öffentlich sagte, er wolle «die Homogenität der Völker zerstören», von Journalisten erwischt bei der Bilderberg-Konferenz 2014 in Kopenhagen.

Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Wirtschaftsminister der Schweiz, bei der Ankunft am Flughafen Turin auf dem Weg zum Bilderberg-Treffen 2018.

Eigentlich erfährt man von Teilnehmern der Bilderberg-Treffen kein Sterbenswörtchen über die Inhalte der Konferenzen, da sie zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Allerdings plauderte ein Teilnehmer, der ehemalige britische Verteidigungsminister Denis Healey, im Gespräch mit dem englischen Journalisten Jon Ronson aus dem Nähkästchen und sprach das aus, was viele kritische Beobachter der Gruppe sich bereits gedacht hatten:

«Zu sagen, wir würden eine Eine-Welt-Regierung anstreben, ist übertrieben, aber auch nicht völlig ungerechtfertigt. Wir bei Bilderberg meinten, dass es nicht bis in alle Ewigkeit so weitergehen könnte, wegen nichts gegeneinander zu kämpfen, wodurch Menschen getötet und Millionen obdachlos werden. Daher hatten wir das Gefühl, eine einzige weltweite Gemeinschaft wäre eine gute Sache.»

Quelle:
The Guardian vom 10.03.2001, zitiert in Oliver Janich, Die Vereinigten Staaten von Europa, S.229

Die 15-Jahresziele der UNO-Agenda 2030

Leider ist es an dieser Stelle nicht möglich, im Detail aufzuzeigen, wie mit der Agenda 21 eine global einförmige Gesellschaftsordnung nach sozialistischem Muster errichtet werden soll, denn eine ausführliche Erläuterung ihrer 40 Kapitel würde den Rahmen dieses Artikels sprengen – interessierte Leser seien an das Buch «Rote Lügen in grünem Gewand verwiesen» –, jedoch sollte auch bereits eine kurze Auseinandersetzung mit den auf der Agenda 21 basierenden Millenniumszielen bzw. den daraus hervorgegangenen 17 Zielen der Agenda 2030 genügen, um die sozialrevolutionäre und dabei stets zentralverwaltungswirtschaftliche Ideologie zu durchschauen, die den 15-Jahresplänen der UNO zugrunde liegt. So lassen sich die meisten «Entwicklungsziele» der Agenda 2030 in ihren Grundzügen und der Art ihrer Umsetzung tatsächlich bereits in Sacharows Manifest finden oder sie wurden von hochrangigen Funktionären der KPdSU seit Jahrzehnten in ähnlicher Form gefordert.

Dies trifft insbesondere auf die Ziele 1, 2 und 3 zu, welche Armut, Hunger und Krankheit in der Welt beenden sollen und die sich bei oberflächlicher Betrachtung durchaus humanitär und altruistisch anhören. Doch erstens beschränkt sich der Edelmut des Sozialismus stets darauf, das Vermögen anderer Leute zu verteilen, anstatt selbst aus eigener Kraft Vermögen zu erwirtschaften, das heisst, dass der Besitzlosigkeit in der Zweiten und Dritten Welt in erster Linie durch eine verdeckte Enteignung der Besitzenden in der Ersten Welt entgegengewirkt werden soll. Und zweitens ist der sprichwörtliche Hunger der Entwicklungsländer eben nicht die Folge westlicher Ausbeutung, wie die Kommunisten seit Lenins Lüge, der Westen lebe auf Kosten des Orients, unablässig behaupten, sondern das Elend der Entwicklungsländer ist in Wirklichkeit allzu häufig die direkte oder indirekte Folge von Revolutionen und Bürgerkriegen, die zuvor von örtlichen Kommunisten unter der direkten Anleitung und mit umfangreicher Unterstützung aus Moskau entfacht wurden, sowie der typischerweise darauf folgenden marxistischen Misswirtschaft, was zum Beispiel auf die gigantische Hungerkatastrophe in China zu Beginn der 1960er Jahre zutrifft und ebenso auf die Hungersnot in Äthiopien der 1980er Jahre.

Ziel 4 der Agenda 2030 verspricht Bildung und lebenslanges Lernen für alle und lässt angesichts des Gesamtzusammenhangs befürch-

Seite 41

ten, dass es dabei weniger um die Vermittlung echten Wissens, sondern vielmehr um die Indoktrinierung «gesellschaftsrelevanter» Denk- und Verhaltensweisen gehen soll, die ebenfalls das Ziel 5 einschliessen, nämlich die sozialistische Gleichmachung der Geschlechter im Hinblick auf die offensichtlich angestrebte Auflösung der Familie als Wurzel der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Ziel 6 verspricht die nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser, was angesichts der bereits erfolgten Verweltstaatlichung der Luft durch CO2-Emissionszertifikate vermuten lässt, dass dieses Ziel auf eine analoge Verweltstaatlichung des Wassers mit Verbrauchs- und Verschmutzungszertifikaten hinausläuft.

Ziel 7 der Agenda 2030 wird nicht nur eine Rationierung des westlichen Energieverbrauchs bewirken, sondern lässt insbesondere an das berüchtigte Zitat Lenins denken: «Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.»[13]

Die Ziele 8, 9, 10 und 11 spiegeln erneut den globalplanwirtschaftlichen Charakter der Agenda 2030 wider, wobei Ziel 10, das nach der Verringerung der «Ungleichheit in und zwischen Ländern» strebt, direkt mit der bereits zitierten Forderung Sacharows übereinstimmt, eine internationale «Glättung der Unterschiede in der sozialen Struktur» und einen «Ausgleich nationaler Widersprüche« herzustellen.[14] Vor dem Hintergrund dessen, was Lenin 1920 sagte, nämlich dass die Kommunisten «nach der festen Vereinigung und vollständigen Verschmelzung der Arbeiter und Bauern aller Völker der Welt in einer einzigen weltweiten Sowjetrepublik» streben, dürfte das, was Gorbatschow im Juni 1988 sagte, mit der Umsetzung von Ziel 10.7 der Agenda 2030 bald weltweite Gültigkeit erfahren: «Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik».

Gorbatschow sagte damals, dass wir «der Internationalisierung der Wirtschaft, ja des gesamten gesellschaftlichen Lebens» nicht ausweichen können. «Und jegliches Streben nach nationaler Abgeschlossenheit», so fuhr er fort, «kann nur zu ökonomischer und geistiger Verkümmerung führen. Unser Herangehen, das sozialistische Herangehen ist anders: Wir setzen uns dafür ein, dass ein Mensch beliebiger Nationalität in jeder beliebigen Region wirklich gleichberechtigt ist, dass er überall seine Rechte und legitimen Interessen wahrnehmen kann.» [15] Analog dazu arbeitet der UNO-Migrationspakt, der auf Ziel 10.7 der Agenda 2030 aufbaut, an einer «sicheren, geregelten und planmässigen Migration», die «in unserer globalisierten Welt» angeblich «eine Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung darstellt», deren positive Auswirkungen «durch eine besser gesteuerte Migrationspolitik optimiert werden können».[16] Und tatsächlich wird im UNO-Migrationspakt

Nach dem Sieg der Arbeiterklasse [...] wird es in keinem Land mehr soziale, nationale oder andere Ursachen für den Ausbruch eines Krieges geben. Aber das wird erst dann sein, wenn die ganze Welt unter die totale Kontrolle des sozialistisch-kommunistischen Systems gebracht wurde. Die Menschheit wird sich dann zu einer wahren Gemeinschaft gleicher Nationen vereinen.»

Nikita Chruschtschow (†), von 1953 bis 1964 Parteichef der KPDSU

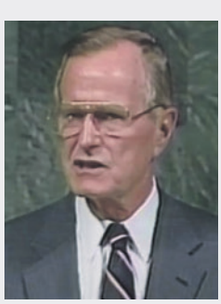
dann auch genau das vorgeschrieben, was Gorbatschow als «das sozialistische Herangehen» bezeichnete, nämlich, dass die Unterzeichnerstaaten sich dazu verpflichten, die Menschenrechte von Migranten zu achten, zu schützen und zu gewährleisten, ihnen «Fürsorge und Unterstützung» zukommen zu lassen und ihnen Zugang zur Justiz zu gewähren, um ihre Rechte notfalls zu erstreiten.[17] Die US-Botschafterin bei der UNO stellte daraufhin fest, dass die USA den Pakt nicht unterzeichnen werden, denn «der globale Ansatz des Paktes ist nicht mit der US-Souveränität vereinbar» – was vollständig korrekt und zutreffend ist und er ist auch nicht mit der Souveränität irgendeines anderen Nationalstaates vereinbar, aber gerade die nationalstaatliche Souveränität soll durch den Rio-Prozess ja weltweit abgeschafft werden.[18]

Ziel 12 der Agenda 2030 läuft auf die Einführung globalstaatlicher Preiskontrollen zur Beschneidung des westlichen Konsums hinaus, und tatsächlich forderte uns Gorbatschow auch längst schon dazu auf, uns einzugestehen, «dass sich unsere gedankenlose Konsumgesellschaft überlebt hat», und wir «bescheidener werden» müssen.[19]

Ex-US-Präsident George H. W. Bush drängte auf «Neue Weltordnung» mit friedenserhaltender Rolle der UNO

Am 11. September 1990 hielt der damalige US-Präsident George Bush Senior eine Fernsehansprache, in der er eine «Neue Weltordnung» forderte:

«Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für zukünftige Generationen, eine Neue Weltordnung zu errichten. Eine Welt, in der Rechtsstaatlichkeit, nicht das Gesetz des Dschungels, das Verhalten der Völker regelt. Wenn wir erfolgreich werden, und das werden wir, haben wir eine echte Chance mit dieser Neuen Weltordnung, einer Ordnung, in der eine glaubwürdige UN (Vereinte Nationen) ihre friedenserhaltende Rolle benutzen kann, um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen.»



Der gerade erst verstorbene George H.W. Bush im Oktober 1990 vor der UN-Vollversammlung.

UN-Bürokrat Maurice Strong: Ziel ist Zusammenbruch der industriellen Zivilisation

Es ist keinesfalls übertrieben, von Maurice Strong als der zentralen Figur der globalen Klima- und Umweltschutzkampagne zu sprechen. Strong leitete nicht nur die Stockholm-Konferenz von 1972 und den Rio-Gipfel von 1992, sondern er war Vorsitzender des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Darüber hinaus bekleidete er auf internationaler Ebene noch zahlreiche weitere Schlüsselpositionen, von denen aus er die globale Ökobewegung und die Entwicklung der UN nicht nur beeinflusste, sondern regelrecht steuerte. Der 1929 geborene kanadische Multimillionär, den Gorbatschow zu seinen Freunden rechnet, ist schon seit jungen Jahren ein bekennender Marxist, der sich selbst mit den Worten beschreibt: «Von der Ideologie her bin ich Sozialist, vom Lebensstil und der Methode her ein Kapitalist.»

Auf der Rio-Konferenz 1992 sagte er:

«Besteht nicht die einzige Hoffnung für diesen Planeten in dem Zusammenbruch der industriellen Zivilisation? Liegt es nicht in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass dieser Zusammenbruch eintritt?»

Die Ziele 13, 14 und 15 streben auf die zentralverwaltete, redistributive Bewirtschaftung und damit de facto die Verweltstaatlichung des gesamten Planeten zu, einschliesslich seiner Atmosphäre, seiner Ozeane und seiner Landoberfläche.

Ziel 17 betont erneut die internationale Umverteilung westlichen Volksvermögens in die Entwicklungsländer sowohl in finanzieller als auch in technologischer Hinsicht, sowie den dortigen Aufbau einer geeigneten Infrastruktur für die Zwecke der «Global Governance» und zielt auf den «gerechten Handel» – also die Protektion von Produkten aus Entwicklungsländern – ab, die unter normalen Bedingungen nicht vermarktungsfähig wären, was sowohl an die historische Praxis des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe des Ostblocks erinnert als auch an eine Aussage Gorbatschows aus dem Jahr 1985, die wie folgt lautet: «Es scheint die Zeit näher zu rücken, da Fragen der Durchsetzung gleichberechtigter, von jeglicher Diskriminierung freier internationaler Wirtschaftsbeziehungen, einer neuen Weltwirtschaftsordnung einschliesslich des Problems der Verschuldung der Entwicklungsländer, Gegenstand einer umfassenden internationalen Diskussion sein werden. Wir wären dafür.» [20]

Der UNO-Sicherheitssowjet entscheidet über Krieg und Frieden

Ziel 16 ist von besonderem Interesse, denn darin werden «Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen» gefordert, was erneut an ein Zitat Gorbatschows denken lässt, der im Jahr 2003 verlauten liess, dass man vor allem «über eine Reform der Vereinten Nationen nachdenken» sollte, «die ihre Autorität unanfechtbar machen würde. Wenn sich manche Staaten benehmen wie Cowboys im Wilden Westen – das heisst auf ein UN-Mandat verzichten, um Militär- oder Polizeioperationen auf fremden Territorien einzuleiten, oder die von einer überwältigenden Mehrheit verabschiedeten UN-Resolutionen nicht befolgen –, dann ist klar, dass die Vereinten Nationen in ihrer gegenwärtigen Gestalt nicht weiter bestehen können.» Denn sonst, so fuhr Gorbatschow fort, seien «Chaos und Konflikten» Tür und Tor geöffnet. [21]

Schon zu Beginn der 1990er Jahre – das heisst zur selben Zeit, als der Stalinismus in Osteuropa planmässig abgeschafft wurde – hatten die Sowjets im Zusammenhang mit der irakischen Invasion in Kuwait grosse diplomatische Bemühungen unternommen, die aussenpolitische Souveränität der USA der globalen Führungsrolle der UNO unterzuordnen, um damit auch in Fragen der Sicherheitspolitik ihre kollektivistische neue Weltordnung voranzutreiben. Der in Grossbritannien im Exil lebende russische Historiker Pawel Stroilow schrieb hierzu: «Die Frage, die durch die [irakische] Invasion in Kuwait aufgeworfen wurde, lautete: Wer soll der ‚globale Polizist' sein, der die schöne neue Welt vor Gangstern wie Saddam beschützt? In der alten Weltordnung übernahmen diese Rolle die amerikanischen Truppen. In der neuen Weltordnung sollte das die ‚internationale Gemeinschaft' übernehmen, die durch die UNO handelt und natürlich die Sowjets mit einschliesst.» [22]

Bill Clinton gibt zu: Nationale Führer haben nichts zu entscheiden!

Foto: Chris Savas

«Wissen Sie, sobald Sie Führer eines Landes werden, trifft jemand anders alle Entscheidungen. Man mag herausfinden, dass man mit virtuellen Präsidenten, virtuellen Premierministern, praktisch mit allem ungeschoren davonkommt.»

Bill Clinton, ehemaliger US-Präsident, bei einem Besuch in Dublin, Irland am 04.09.1998

Quelle: clinton4.nara.gov, zitiert in Oliver Janich, Das Kapitalismus-Komplott, S.232

«Weiterer Fortschritt in der Welt ist nun nur möglich durch die Suche nach einem Konsens der gesamten Menschheit, in einer Bewegung zu einer neuen Weltordnung.»

Michail Gorbatschow, Dezember 1988, vor der UN in New York

Quelle: trilateral.org, Commemorating 1989, S.53

Foto: Vladimir Vyatkin/Владимир Вяткин (https://en.wikipedia.org/wiki/File:RIAN_archive_850809_General_Secretary_of_the_CPSU_CC_M._Gorbachev_(close-up).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Bereits in den **Ausgaben 06/April 2017** - Thema: Die kommende Weltregierung - und **Ausgabe 09/August 2017** - Thema: Klimawandel - Menschgemacht? - der ExpressZeitung wurde erläutert, dass die Kompetenzen der Nationalstaaten im Laufe der Jahrzehnte systematisch in Richtung überstaatlicher Organisationen wie EU und UN verlagert wurden und dass die von der UNO vorangetriebenen internationalen Umweltschutzgesetze allem Anschein nach dazu dienen, eine weltweite Planwirtschaft unter dem Deckmantel der Ökologie zu erreichen. Beide Ausgaben sind weiterhin in unserem Online-Shop verfügbar.

Seite 43

Das Hauptziel der sowjetischen Diplomatie war damals, die Entscheidungsgewalt über einen Militäreinsatz auf den UNO-Sicherheitsrat zu übertragen, anstatt sie der amerikanischen Politik zu überlassen, womit ein internationaler Präzedenzfall für den weiteren Ausbau der UNO zur Weltregierung geschaffen wäre. Die frühere aussenpolitische Souveränität der USA und der anderen westlichen Nationalstaaten sollte sich zukünftig auf eine Stimme im UNO-Sicherheitssowjet beschränken, der alleine über Krieg oder Frieden zu entscheiden hätte. Wie Stroilow berichtete, sagte Gorbatschow im September 1990 in einem Gespräch mit dem sozialistischen Aussenminister Italiens: «Die Amerikaner müssen zusammen mit uns und den Europäern handeln, mit einem Vereinten Europa. Ich spreche davon, die Maschinerie der Weltpolitik neu zu organisieren.»[23] Zwei Monate später wurde Gorbatschow in einem Gespräch mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens noch deutlicher: «Zum ersten Mal bilden wir bei den Vereinten Nationen eine vereinte Front. Das ist eine grosse Leistung. Jetzt wird alles unter der Herrschaft der UNO gemacht. Das ist nicht ohne unseren Einfluss erreicht worden und die USA würdigen das gebührend. Das gibt uns die Möglichkeit, sie von unilateralen Handlungen abzuhalten.»[24]

Krieg gerne, aber bitte nur mit Erlaubnis der UNO

Als Folge dieser Entwicklung wurden die irakischen Truppen im Golfkrieg von 1991 zwar zum Rückzug aus Kuwait gezwungen, jedoch blieb das Regime von Saddam Hussein weiterhin an der Macht, bis die USA im Jahr 2003 einen erneuten Anlauf unternahmen, dieses Regime zu stürzen und wieder stand die Frage im Mittelpunkt der internationalen Diplomatie, ob dieser Militäreinsatz mit einem UNO-Mandat erfolgen würde oder als amerikanischer Alleingang. Das heisst, es ging erneut um die Frage, ob die USA als Nation souverän handeln oder sich der Vorherrschaft der UNO unterwerfen. An dieser Frage drohte sogar die NATO zu zerbrechen, nachdem sich die von linken Regierungen angeführten EU-Staaten Frankreich und Deutschland auf die Seite Moskaus und Pekings stellten, die gemeinsam forderten, die Entscheidung über einen Krieg gegen den Irak – wie schon zwölf Jahre zuvor – auf den UNO-Sicherheitsrat zu übertragen. **Dabei ist entscheidend, dass sich der Konflikt innerhalb der NATO ausdrücklich nicht daran entzündete, ob grundsätzlich ein Militäreinsatz gegen das Regime von Saddam Hussein erfolgen sollte, sondern vielmehr daran, ob er unter der**

Foto: Remibetin (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jacques_Chirac_2.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Ehemaliger Präsident Frankreichs: Kyoto-Protokoll «erster Schritt hin zu einer Weltregierung»

Das Kyoto-Protokoll ist ein am 11. Dezember 1997 beschlossenes Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, das die daran teilnehmenden Länder dazu verpflichtet, ihre Treibhausgase zu reduzieren, was eine Quasi-Verweltstaatlichung der Erdatmosphäre darstellt. Im Jahr 2000 auf der UN-Klimakonferenz in Den Haag 2000 äusserte der damalige französische Staatspräsident Jacques Chirac, das Kyoto-Protokoll sei der «erste Schritt hin zu einer Weltregierung» (Original: «first step toward global governance»).

Quelle: cei.org, Chirac: «Kyoto First Step Toward Global Governance», 19.11.2000

Wer bei der Kritik von hohen Politikern wie Jacques Chirac oder Wladimir Putin am Irakkrieg 2003 genauer hinhörte, stellte fest, dass es ihnen kaum um die hunderttausenden Toten ging, die dieser Krieg fordern sollte, sondern darum, dass es für diesen Krieg keine Zustimmung der Russen im UN-Sicherheitsrat gab.

Kontrolle der UNO stattfindet, was zum Beispiel aus einer Aussage von Jacques Chirac hervorgeht, der im Dezember 2002 sagte, dass ein Militäreinsatz «nur gerechtfertigt werden könne, wenn er vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen wird».[25] Sogar Wladimir Putin sagte im Februar 2003, dass eine amerikanische Invasion im Irak ohne Zustimmung der UNO ein «schwerer Fehler» wäre.[26]

Wie die Entwicklung im Frühjahr 2003 gezeigt hat, ist die Weltöffentlichkeit längst schon so weit globalsozialistisch konditioniert, dass die einstmals souveränen Nationalstaaten – auch in anderen Politikbereichen – keine eigenen Massnahmen mehr ergreifen können, ohne zuvor die Erlaubnis des jeweils zuständigen UNO-Sowjets einzuholen. Nationalstaatliche Alleingänge – im Falle des Irakkriegs natürlich trotzdem ein grausamer und unrechtmässiger Feldzug – werden von der im Sinne Sacharows umerzogenen Weltöffentlichkeit deutlich mehr abgestraft, als andere Kriege, die vom UN-Sicherheitsrat legitimiert wurden. Dabei hatte Sacharow, der Konstrukteur der sowjetischen Wasserstoffbombe, sogar selbst hervorgehoben, dass es in «extremen Fällen von Reaktion, Rassismus und Militarismus [...] kein anderes Mittel als ein bewaffnetes Eingreifen gibt», aber dies müsse eben stets der Bekämpfung von «Reaktion und Gegenrevolution» dienen, was dem von Lenin geprägten Diktum «gerechter» und «ungerechter» Kriege entspricht, demzufolge ein Krieg, der die Revolution voranbringt, stets moralisch gerechtfertigt ist, während alle Militäreinsätze, die in nationalstaatlichem Interesse erfolgen oder gar konterrevolutionäre Ziele verfolgen, als «imperialistische Kriege» zu verdammen sind.[27] Vor diesem Hintergrund warnte der britische Publizist Christopher Story im Jahr 2002 nachdrücklich vor dem Prozess der internationalen Integration, denn «das ‚einheitliche Weltwirtschaftssystem' wird eine zentralisierte, kommunistische Weltdiktatur sein, die eine ‚Perestrelka' – ein globales Blutbad – beginnen wird, da sie keine Opposition duldet. Die Vereinigung der Welt wäre somit eine endgültige Katastrophe für die Menschheit, und jeder, der versteht, was hier in Wahrheit geschieht, muss dagegen Widerstand leisten.»[28]

TORSTEN MANN,

Jahrgang 1976, ist politischer Publizist («Weltoktober», «Rote Lügen in grünem Gewand», «Am Vorabend der Weltrevolution»). Er vertritt die These, dass der Kommunismus zu Beginn der 1990er Jahre nicht untergegangen ist, sondern unter Beibehaltung seiner Ziele lediglich eine planmässige Umgestaltung seiner Methoden vorgenommen hat.

Rote Lügen in grünem Gewand – Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung 224 Seiten – ISBN 978-3-946168-058

FOX NEWS channel

UN-Dokument: Grüne Politik zur Auflösung der Nationalstaaten

Ein UN-Bericht vom 14. Dezember 2009, über den der Sender Fox News berichtete, führte aus, wie die Macht der Vereinten Nationen mit einer internationalen Umweltpolitik ausgebaut werden soll:

«Die Bewegung hin in Richtung einer grünen Wirtschaft würde auch eine Möglichkeit bieten, nationale und weltweite Regierungsstrukturen erneut einer Überprüfung zu unterziehen und zu überdenken, ob es solche Strukturen der internationalen Gemeinschaft erlauben, auf gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen des Umweltschutzes und der Entwicklung zu reagieren und die sich entwickelnden Möglichkeiten zu nutzen.»

Quelle: foxnews.com, zitiert nach Oliver Janich, Das Kapitalismus-Komplott, S.305

Quellen:

(1) Leo Trotzki «Der Krieg und die Internationale» 1914
(2) Leo Trotzki «Die Abrüstung und die Vereinigten Staaten von Europa», 1929
(3) Richard Coudenhove-Kalergi - Praktischer Idealismus S.174f
(4) JRNyquist.com 12.4.2015 - Green is the new Red
(5) Michail Gorbatschow - Oktober und Umgestaltung S.79
(6) Michail Gorbatschow - Meine Vision, erste Auflage S.137
(7) Michail Gorbatschow - Meine Vision, zweite Auflage S.101
(8) Michail Gorbatschow - Meine Vision, erste Auflage S.119
(9) Europarl.europa.eu 27.06.2018 - Bericht über die Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zur 73. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen
(10) Andrei Sacharow - Wie ich mir die Zukunft vorstelle S.82ff
(11) Agenda 21 (Kapitel 24.3.d) vgl. Agenda 2030 (Ziel 5.4)
(12) Leo Trotzki Dezember 1925 - «Den Sozialismus aufbauen, heisst die Frauen emanzipieren und die Mütter schützen»
(13) Lenin-Zitat vom 21. November 1920, Werke, Band 31, S.414
(14) Andrei Sacharow - Wie ich mir die Zukunft vorstelle S.82ff
(15) Michail Gorbatschow - Meine Vision, erste Auflage S.116
(16) Vertragsentwurf des Globalen Paktes für eine sichere, geordnete und reguläre Migration - Präambel, Punkt 8
(17) Vertragsentwurf des Globalen Paktes für eine sichere, geordnete und reguläre Migration - Präambel, Punkt 12 / 15 d)
(18) Theguardian.com 3.12.2017 - Donald Trump pulls US out of UN global compact on migration
(19) Michail Gorbatschow - Mein Manifest für die Erde S.70
(20) Michail Gorbatschow - Meine Vision, erste Auflage S.116
(21) Michail Gorbatschow - Mein Manifest für die Erde S.64
(22) Pavel Stroilov - Behind the Desert Storm S.151
(23) Pavel Stroilov - Behind the Desert Storm S.203
(24) Pavel Stroilov - Behind the Desert Storm S.119
(25) Pravda 12.8.2002 - EU/US RIFT OVER IRAQ
(26) Jeff Nyquist 12.2.2003 - Is NATO cracking?
(27) Andrei Sacharow - Wie ich mir die Zukunft vorstelle S.27
(28) Christopher Story - EU Collective S.134

Gender Mainstreaming

Die Gleichschaltung durch Gender

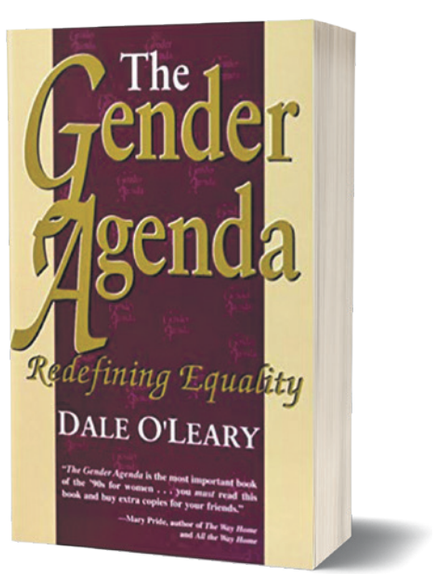
Hillary Clinton spricht auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995.

Still und leise hat sich das Wort Gender in unsere Gesellschaft eingeschlichen. Früher sprach man vom Geschlecht (Englisch: «Sex»), heute geht es um «Gender». In Antragsformularen wurde früher nach dem Geschlecht gefragt, heute fragt man nach Gender. Früher beklagte man die Diskriminierung der Frau, heute die Diskriminierung aufgrund von Gender. Ist Gender also nur ein anderes Wort für Geschlecht und meint «Mann und Frau»? Längst nicht mehr. Spätestens seit der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 hat Gender weltweit eine neue Bedeutung erhalten. Gender meint «sozial konstruierte und veränderbare (Geschlechter)-Rollen» – und zwar frei von biologischen Anbindungen. Gender ist damit Teil einer neuen radikalfeministischen Ideologie, ihr Name ist Gender-Perspektive.

Der Autor Dale O'Leary beschrieb schon 1997 in seinem Buch «The Gender Agenda», dass es eines der Ziele dieser «Gender Agenda» sei, fünfzig Prozent aller Arbeitsplätze in allen Berufssparten weltweit mit Frauen zu besetzen, notfalls zwangsweise. In dem Buch ist zu lesen: «Die Clinton-Administration [1995], Kanada, die EU-Staaten und die UN-Behörden arbeiten intensiv daran, die Gender-Perspektive umzusetzen. Sie soll ‚in den Mainstream' gebracht werden. Doch über das, was die Gender-Perspektive will, gibt es keine offene Diskussion. Die Gender-Perspektive kommt nicht als grosses Schiff daher, obwohl sie doch in allen politischen und öffentlichen Programmen verankert werden soll, sondern wie ein U-Boot, das keiner genau kennen soll.»

Gender Mainstreaming: Eine Idee der UNO

Was auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking geschah, ist wichtig, da die UNO das Ansehen und die Mittel hat, ihre Agenda weltweit in die Köpfe und Herzen der Menschen zu tragen: In die Politik, Schulen und Medien. Und die Agenda der UN-Behörden heisst Gender-Perspektive. In der «Pekinger Aktionsplattform», der offiziellen Abschluss-Resolution der Weltfrauenkonferenz, fand sie ihren heutigen Namen: «Mainstreaming a gender perspective» («die Gender-Perspektive in den Mainstream bringen»), im Deutschen: Gender Mainstreaming. So hat sich dieser Begriff inzwischen auch eingebürgert, wobei nur ein Bruchteil der Bevölkerung weiss, dass Gender Mainstreaming auf eine UN-Resolution zurückgeht.



Der ehemalige Feminist Dale O'Leary kritisierte schon 1997 in seinem Buch «The Gender Agenda» die Gleichschaltung der Geschlechter unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung.

der Geschlechter Mainstreaming

Die Befürworter der Gender-Perspektive wollen Gender zum Leitprinzip machen, nach dem die Welt regiert wird. Hinter der Gender-Perspektive steht aber keine Grass-wurzel-Bewegung, die Idee geht vielmehr von einer kleinen Minderheit von Frauen und Männern aus, die bereits in Machtzentren sitzen und ihre Position nutzen, um die Gender Agenda anderen aufzuzwingen. Man sollte besser von einem «Gender Establishment» sprechen.

Etwa 70% der UN-Arbeit geht in die Vorbereitung und Durchführung von Konferenzen. Ziel der Konferenzen ist jeweils eine Resolution – in Peking war es die «Pekinger Aktionsplattform». Die Resolutionen sollen die «Überzeugung der ganzen Welt» zu wichtigen Themen bündeln, was dazu führt, dass sie trotz ihres angeblich nicht bindenden Charakters, früher oder später in nationales Recht umgesetzt werden.

Technisch geschieht die Ausarbeitung einer Resolution so: Vor jeder Hauptkonferenz gibt es in verschiedenen Ländern Vor-Konferenzen, auf denen das anstehende Thema behandelt wird. Aufgrund der Vor-Konferenzen erstellt das UNO-Personal einen Resolutionsentwurf. Auf der letzten Vor-Konferenz, der «PrepCom» (Preparatory Committee), die immer in New York stattfindet, wird der aktuelle Resolutionsentwurf noch einmal ausführlich von allen UNO-Delegierten diskutiert. Alle Teile des Entwurfs, über die keine Einigkeit erzielt werden kann, müssen in eckige Klammern gesetzt werden. Auf der Hauptkonferenz kann nur noch über die Textstellen in eckigen Klammern diskutiert werden. Ziel der PrepCom in New York ist es, so viel Einigkeit wie möglich zu erzielen. Auf der öffentlichen Hauptkonferenz sollen nur noch Details debattiert werden. Dort will man der Weltöffentlichkeit ein positives Bild zeigen: Wir, die Vereinten Nationen, sind uns einig über die und die Welt-Probleme und wie sie gelöst werden können.

Nichtregierungs-Organisationen

Um fachliche Beratung zu erhalten, hat die UNO seit langem bestimmte «Nichtregierungsorganisationen» (NGOs) akkreditiert. Sie haben einen offiziellen Beraterstatus. Sie sollen Basisbewegungen oder karitative Einrichtungen repräsentieren. Doch die heute akkreditierten NGOs sind machtvolle Organisationen – oft unterstützt und finanziert von den Globalisten, die den Ausbau der UNO zur Weltregierung vorantreiben -, die ihre Ziele in der UN durchsetzen können. Ihr Einfluss innerhalb der UN hat erheblich zugenommen; zahlenmässig übertreffen die Lobbyisten die UN-Angestellten. Während internationaler Konferenzen können sie in extra dafür eingerichteten Foren und Workshops ihre Lobbyarbeit tun. In speziellen Ausschüssen können sie Kritik an Resolutionsentwürfen äussern und Änderungsvorschläge einbringen. Viele der NGOs haben ständige, bezahlte Lobbyisten in New York. Zu nennen sind bezüglich des Gender Mainstreamings die Organisationen zur Weltbevölkerungskontrolle, z.B. «International Planned Parenthood Federation» (IPPF) oder die Frauenorganisation WEDO (Women's Environment & Development Organization), die eng miteinander zusammenarbeiten. WEDO trat zum ersten Mal 1992 auf dem Weltklimagipfel in Rio auf. Es gelang ihr dort, den Fokus der Konferenz auf ihr eigenes Thema zu lenken: Mehr Macht den Frauen und das Recht auf Abtreibung. Seitdem schaffte es WEDO, auf jeder Konferenz ihre eigene Agenda einzubringen und aus jeder Frage eine Frauenfrage zu machen.

Der wichtigste Ausschuss der UN war laut Leary zur Zeit der Weltfrauenkonferenz 1995 der Frauenausschuss («Women's Caucus»). Er sollte die Interessen aller Frauen vertreten; in der Realität war er fest in den Händen von WEDO. Auch eine Anzahl anderer Ausschüsse wurde laut Leary von WEDO dominiert. Bella Abzug, die Mitgründerin und Leiterin von WEDO (bis 1998), wäre von

➔

Die «Pekinger Aktionsplattform» – das wichtigste UN-Dokument für angebliche Frauenrechte – wurde u.a von der feministischen NGO WEDO und der Pro-Abtreibungs-Organisation Planned Parenthood entscheidend mitgestaltet.

- Artikel 16 (Eheschließung, Familie)
  1. Heiratsfähige Frauen und Männer haben ohne Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.
  2. Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden.
  3. Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen bezeichnet die Familie als «natürliche Grundeinheit» der Gesellschaft. Das passt jedoch nicht mit der realen UN-Politik zusammen, die u.a. das Gender Mainstreaming (UN-Frauenkonferenzen) und Abtreibungen (UN-Bevölkerungsfonds) unterstützt.

INSTRAW: UN-Behörde zur Gleichschaltung von Männern und Frauen

Die für Frauenforschung in der UN verantwortliche Behörde INSTRAW (International Research and Training Institute for the Advancement of Women) treibt das Gender Mainstreaming voran. Auch für sie sind geschlechtliche Verschiedenheiten nur «geschlechtsstereotype Rollen». Diese in Frage zu stellen, scheint wichtiger als den konkreten Bedürfnissen von Frauen zu begegnen. So liess INSTRAW schon 1995 verlauten:

«Strategische Gender-Interessen suchen nach Zielsetzungen wie der politischen Gleichstellung von Frauen und Männern, der Beseitigung von institutionalisierten Formen der Diskriminierung von Frauen, **der Abschaffung geschlechtsbezogener Arbeitsteilung**, der Freiheit der reproduktiven Wahl und der Verhütung von Gewalt gegen Frauen.» [1]

Es gibt keinen Hinweis darauf, dass INSTRAW die Frauen jemals gefragt hatte, ob sie ihre geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufgeben wollen oder nicht. Das wirkt, als habe INSTRAW die Gender-Perspektive übernommen, wie sie schon Simone de Beauvoir vertrat: «Keine Frau soll das Recht haben, zu Hause zu bleiben und die Kinder zu erziehen. [...] Frauen sollten diese Wahlfreiheit nicht haben, denn wenn sie sie haben, werden zu viele Frauen sie wählen.» [2] Im Klartext heisst das, was Beauvoir äusserte: Frauen sollte nicht erlaubt werden, selbst zu entscheiden, was sie wollen, denn sie sind ja nur von den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen beeinflusst und wollen deshalb das Falsche: Schwangerschaft, stillen, sich um Säuglinge und kleine Kinder kümmern.

Quellen:
Epoch Times, Gender Mainstreaming und die Rolle der UNO (Teil 1 und 2), Christl R. Vonholdt, 19.02.2018
1. INSTRAW, Gender Concepts in Development Planning, Basic Approach, 1995, S. 28
2. Beauvoir, Simone de, zitiert in: Hoff Sommers, Ch., Who Stole Feminism, New York 1994, S. 256

Seite 47

den UN-Angestellten bevorzugt behandelt worden. So hätte sie in der Regel Rederecht auf den UN-Pressekonferenzen gehabt. Auf der Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo hörte man sie sagen, sie habe die «Pekinger Aktionsplattform» geschrieben.

Im Dezember 1994 hielt WEDO in Vorbereitung auf die Weltfrauenkonferenz eine eigene Tagung in New York ab. Ziel war es, Lobby-Strategien auszuarbeiten, wie zukünftige UN-Konferenzen stärker durch WEDO beeinflusst und die Politik konservativer Nationen geschickter attackiert werden könnte. 10% der Teilnehmer waren UN-Angestellte! Das allein schon wirft schwerwiegende Loyalitäts-Fragen auf. Offensichtlich fühlten sich viele UN-Angestellte mehr den Zielen feministisch-ideologischer NGOs verpflichtet als den Interessen der Mitgliedstaaten. Der Abschlussbericht der WEDO-Konferenz nennt eines der Ziele von WEDO: «Beobachten von und opponieren gegen internationale Anti-Abtreibungs- und andere fundamentalistische Bewegungen.» [1]

Die PrepCom in New York

Die Medien konzentrieren sich normalerweise auf die UN-Hauptkonferenzen. Doch die eigentliche Arbeit wird auf den Vor-Konferenzen geleistet. Für die 4. Weltfrauenkonferenz fand die PrepCom (Preparatory Committee) in New York im März 1995 statt. Die UN-Delegierten trafen sich für vier Wochen, um den Resolutionsentwurf zu diskutieren. Eine von NGOs auf der PrepCom veranstaltete Podiumsdiskussion hatte den Titel «Gegen-Attacke: Frauen wehrt euch gegen Fundamentalismus». Wieder nahmen an dem Treffen viele UN-Angestellte teil. Sprecher der Podiumsdiskussion bezeichneten nicht nur jeden religiösen Menschen als «Fundamentalisten», sondern vor allem jeden, der von der Komplementarität von Mann und Frau (siehe S.52) überzeugt ist, und ebenso jeden, der Mutterschaft als eine besondere Berufung der Frau unterstützt.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand eines der zentralen Ziele der Gender Agenda, nämlich wie man statistische Gleichheit zwischen Frau und Mann, d. h. letztlich ihre Auswechselbarkeit, möglichst bald herstellen könne. Konkret ging es um die Forderung nach der Quotenregelung von 50 Prozent Frauen/50 Prozent Männer für alle öffentlichen und privaten Arbeitsstellen.

Einige Pro-Familien-Organisationen hatten unerklärlicherweise keine Akkreditierung für die PrepCom in New York erhalten. Die UN gab dazu ein Statement heraus: Da so viele Organisationen eine Akkreditierung beantragt hätten, könnten nur diejenigen berücksichtigt werden, deren Arbeit für die Themen der Weltfrauenkonferenz relevant sei. Merkwürdigerweise erhielten drei der grössten und wichtigsten konservativen Organisationen (Concerned Women for America, Eagle Forum, Catholic Campaign) keine Akkreditierung. Einer

Wenn du 72 Geschlechter voneinander unterscheiden kannst, aber die politische Gesinnung eines Menschen nur «Antifaschist» oder «Nazi» sein kann.

In George Orwells Roman 1984 und (dessen Verfilmung, Bilder) sind Frauen und Männer kaum zu unterscheiden: Beide Geschlechter dienen «der Partei» als uniformierte Arbeitssklaven. Orwells beklemmende Zukunftsvision zeigt klare Parallelen zum kommunistischen Gedankengut auf: Keine Familien, Gleichschaltung der Geschlechter, Arbeitszwang für alle. Ist das die «Gleichheit» der Geschlechter, die die UNO auf der ganzen Welt durchsetzen will?

winzigen Organisation ohne Mitglieder dagegen, der «Catholics for a Free Choice» (CFFC), wurde die Akkreditierung gewährt. Die Leiterin von CFFC, Frances Kissling, verteilte auf der PrepCom ein Papier, deren Mitautorin sie war. Darin wurde eine «feministische Anthropologie», basierend «auf einer radikalen Gleichheit von Frauen und Männern» gefordert und eine Gesellschaft, in der «die Gemeinschaft, nicht die Familie, der programmatische Fokus» sein müsse. Die Co-Autorin des Papiers, Mary Hunt, war bekannt geworden durch einen Text, in dem vorgeschlagen wird, das Wort «Familie» durch «Freundschaft» zu ersetzen:

«Stellen Sie sich vor, Sex unter Freunden wäre die Norm. Stellen Sie sich vor, genitale Interaktionen würden danach beurteilt, ob und inwieweit sie Freundschaft und Vergnügen fördern. [...] Vergnügen ist unser Geburtsrecht, dessen uns ein religiöses Patriarchat beraubt hat. [...] In meiner Vorstellung sehe ich Freunde, keine Familien, die in vollen Zügen das Vergnügen geniessen, das uns zusteht, weil unsere Körper heilig sind.» [2]

Kleine Jungen werden auf Youtube als Vorreiter der Gender-Bewegung präsentiert, da sie sich als «Drag-Queens» angeblich ein neues Geschlecht ausgesucht hätten.

Solche Texte sind keine Einzelbeispiele. Sie geben nur ungeschminkt wieder, was die Gender-Perspektive im Kern besagt: Die Mann-Frau-Ehe und die daraus folgende Familie seien Ursprung und Urtypus aller Unterdrückung der Frau. Befreiung könne es nur geben, wenn die Frau von der Last der Familie und der Kinderpflege befreit sei. Und Befreiung setze zudem voraus, dass Frau und Mann von der Last der Komplementarität, d. h. der Last der «Zwangsheterosexualität», ja letztlich von allen Schranken bezüglich sexueller Verhaltensweisen, befreit seien.

Sprachverwirrung

Zunächst sah es so aus, als ob der Resolutionstext für die «Pekinger Aktionsplattform» vor allem sich wiederholende Allgemeinplätze und artige, harmlos erscheinende Richtigkeiten enthalte. Den Familienbefürwortern machte jedoch Sorge, was fehlte: An keiner Stelle ging der Entwurf auf die legitimen Bedürfnisse von Frauen ein, die zuhause in der Familie arbeiteten. Der Entwurf enthielt kein einziges positives Statement zur Ehe, zum Familienleben, zur Mutterschaft, zu Elternrechten oder zur Religion.

Einigen Delegierten war der ideologische Inhalt bestimmter englischer Begriffe nicht bekannt und von ihnen auch nicht immer in den Wörterbüchern zu finden. So meinte eine Exil-Tibetanerin, bei dem Begriff «reproduktive Rechte» (reproductive rights) ginge es um das Recht auf Kinder; sie wusste nicht, dass damit das Recht auf «medizinisch sichere», d. h. legale Abtrei-

Seite 49

bung, gemeint ist. Selbst die international renommierte medizinische Zeitschrift «The Lancet» kritisierte den Resolutionstext in diesem Punkt scharf. Sie schrieb, die Agenda der UN sei fast identisch mit der Agenda der IPPF (International Planned Parenthood Federation), deren einziges Ziel es sei, das Recht der Frau auf Kontrolle der Reproduktion, insbesondere das Recht auf Abtreibung, festzuschreiben. Die «Pekinger Aktionsplattform», so Lancet, sähe alles nur durch die ausserordentlich kurzsichtige Brille der «Fruchtbarkeitskontrolle». [2]

Das zentrale Wort des Resolutionstexts war Gender. In fast jedem Abschnitt kam der Begriff vor: Gender-Perspektive, Gender Analyse, Gender Sensitivitätstraining, Gender Aspekte, Gender Fragen usw. In einem Text für eine Weltfrauenkonferenz kam Gender mehr als 200 Mal, das Wort Mutter seltener als zehn Mal vor. Hier wurde die Sprachverwirrung perfekt, denn kaum jemand wusste anfangs genau, was mit Gender gemeint war. Delegierte aus der Dritten Welt schlugen in den Wörterbüchern nach. Dort fanden sie unter «gender» nur die beiden klassischen Definitionen: 1. grammatikalisches Geschlecht, männlich, weiblich, sächlich; 2. ein anderes Wort für «zwei Geschlechter [sex]», gleichbedeutend mit «Mann und Frau».

Die Familienbefürworter waren der Auffassung, dass Gender zwar «soziales Geschlecht» bedeute, dass dieser Begriff jedoch eine klare und feste Anbindung an den Begriff «biologisches Geschlecht» («sex») haben müsse. Gender als «soziales Geschlecht» sei zwar nicht identisch mit dem «biologischen Geschlecht» («sex»), denn Gender sei das Ergebnis von Biologie und Kultur, jedoch gäbe es eine grosse Überlappung zwischen beiden Begriffen, sie seien nicht voneinander abzukoppeln. Genau diese Abkopplung ist aber der theoretische Ansatz der Gender-Perspektive.

In den 1970er und 80er Jahren hatten radikalfeministische Theoretiker (Frauen und Männer) dem Gender-Begriff eine neue Bedeutung gegeben. Danach hat Gender keine Anbindung mehr an das biologische Geschlecht («sex»), sondern ist frei von biologischen Vorgaben, nur «sozial konstruiert». Gender ist deshalb jederzeit frei wählbar und veränderbar. Es zählen nicht mehr Mann und Frau in ihrer biologischen und sozialen Gestalt als die beiden aufeinander zugeordneten Geschlechter; es zählen nur noch zahlreiche, frei wählbare Gender. Die Delegierten der Dritten Welt wollten sich allerdings nicht damit

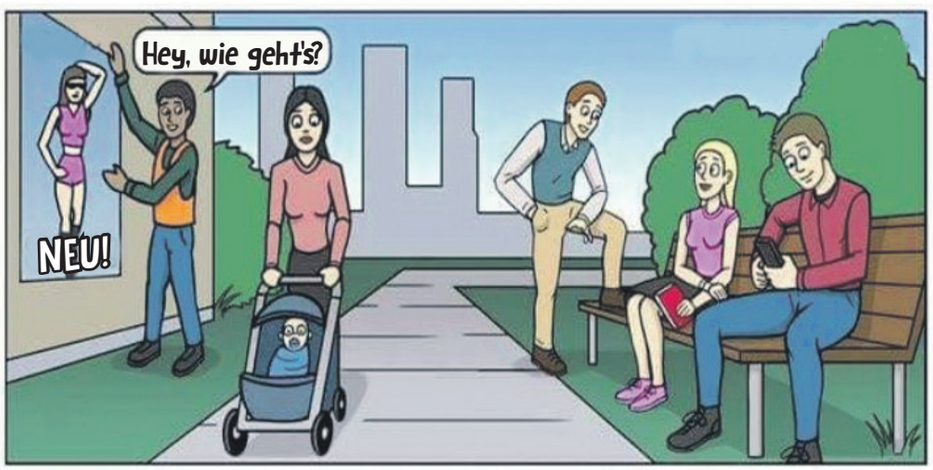
abfinden, dass im Resolutionstext das Wort Gender schon so ideologisch besetzt, so eindeutig nur in der neuen Bedeutung festgelegt war. Sie kämpften darum, dass die Tagungsleitung eine klare Definition von Gender vorlegen würde, der alle Delegierten zustimmen könnten.

Das Ende der Biologie

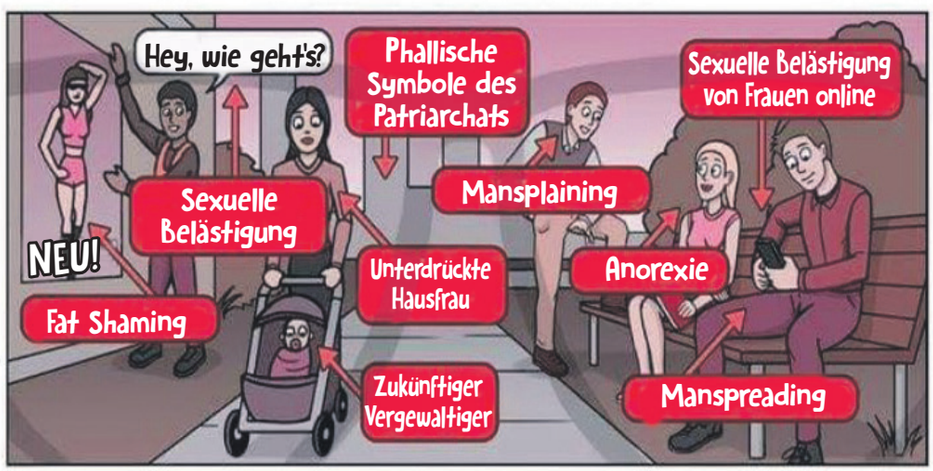
Die Beteiligten der Dritten Welt setzten sich für mehr Autonomie für die Frau und für die Gleichberechtigung von Mann und Frau ein. Den Gedanken allerdings, Männer und Frauen seien «gleich» und müssten deshalb in statistisch gleicher Weise in allen Berufs- und Lebensbereichen vorkommen und die offensichtlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen seien nur gesellschaftlich «konstruiert», fanden sie absurd. Sie waren auch nicht zur Tagung gekommen, um Belehrungen in feministischer Erkenntnistheorie zu erhalten. Sie wollten konkrete Hilfe für konkrete Probleme von Frauen.

Die Familienbefürworter bestanden darauf, dass die Definition von Gender die Begriffe «zwei Geschlechter [two sexes], Mann und Frau» umfassen müsse. Die EU und Kanada, die UN-Angestellten und die einflussreichen NGOs wie WEDO wollten eine Definition, die Gender als «sozial konstruierte Rollen» definiert. Die Präsidentin von WEDO, Bella Anzug, erhielt die Spezialerlaubnis zu einer Rede vor den Delegierten. Sie sagte:

«Wir werden es uns nicht gefallen lassen, dass man uns in die Ecke ‚Biologie ist Schicksal' zurückdrängt und Frauen definieren, einschränken und auf ihre körperlichen Geschlechtsmerkmale reduzieren will. [...]«Das Konzept von Gender ist in den zeitgenössischen gesellschaftlichen, politischen und gesetzlichen Diskurs eingebettet. [...] Die Bedeutung des Wortes ‚Gender' hat sich zu einem vom Wort ‚Geschlecht' verschiedenen Begriff entwickelt; es drückt die Realität aus, dass Rolle und Status von Frauen und



WIE DIE WELT AUSSIEHT.



WIE DIE WELT FÜR DEN FEMINISMUS AUSSIEHT

Männern gesellschaftlich konstruiert sind und der Veränderung unterliegen. (...) Das Einfliessen der Gender-Perspektive in alle Tätigkeitsbereiche der UN ist eine wesentliche Verpflichtung, die in früheren Konferenzen genehmigt wurde und auf der Vierten Weltfrauenkonferenz erneut bestätigt und gestärkt werden muss.»

Sie fuhr fort: «Der gegenwärtige Versuch einiger Mitgliedsstaaten, das Wort Gender aus der Aktionsplattform zu streichen und durch das Wort ‚Geschlecht' zu ersetzen, ist ein beleidigender und erniedrigender Versuch, die von Frauen gemachten Fortschritte rückgängig zu machen, uns einzuschüchtern und den weiteren Fortschritt zu blockieren. Wir fordern die wenigen männlichen und weiblichen Delegierten, die vom Empowerment der Frauen ablenken und es sabotieren wollen, auf, ihrer Ablenkungstaktik ein Ende zu machen. Es wird ihnen nicht gelingen. Sie vergeuden nur kostbare Zeit. Wir kehren nicht zu untergeordneten, minderwertigen Rollen zurück.» [3]

Viele Vertreter, die die traditionelle Familie erhalten wollten, waren verwirrt. War Gender wirklich schon so ideologisch besetzt? Konnte es nicht auch ein gutes, brauchbares Wort sein? Sie mussten sich eingestehen, dass zahlreiche Passagen im Resolutionsentwurf, die sie bisher als harmlos eingeschätzt hatten, in Wirklichkeit ideologischen Sprengstoff bargen.

Im Rückblick ist zu sagen, dass mit dem Ende der PrepCom der Einfluss der NGO-Vertreter, die sich unter dem Namen «Familienkoalition» zusammengeschlossen hatten, schwand. Hinter den Kulissen begann jetzt ein Tauziehen, in dem Geld und Einfluss benutzt wurden, um den Sieg der Gender Agenda sicherzustellen. Dagegen waren die bunten Flyer und Informationen der Familienkoalition machtlos.

Die einflussreichen Vertreter der Gender-Perspektive, d. h. die UNO, die USA, Kanada, die EU und die entsprechenden NGOs nutzten die Zeit, um Druck auf ärmere Länder auszuüben. Die Gender Aktivisten wollten um jeden Preis verhindern, dass die UN-Delegierten eine Definition von Gender durchsetzten, die die Begriffe «zwei Geschlechter [two sexes], Mann und Frau» enthielt. Die Vertreterin einer afrikanischen Regierung meinte, niemals zuvor sei so viel Druck auf sie ausgeübt worden wie in dieser Sache. Und Länder, die auf Finanzhilfe angewiesen seien, könnten es sich einfach nicht leisten, ihre potentiellen Kreditgeber zu verprellen.

Ein fauler Kompromiss

Es setzte sich ein fauler Kompromiss durch. Man «einigte» sich auf folgenden Satz: Gender ist definiert, «wie man es üblicherweise bisher gebraucht und verstanden hat.» Wie man es aber bisher gebraucht und verstanden hatte, wurde nicht gesagt. Die Feministen, die immer wieder betonten, der neuen Bedeutung von Gender habe man schon lange zugestimmt, waren zufrieden. Die Delegierten aus der Dritten Welt mussten auch zufrieden sein, denn nirgendwo war definiert und festgelegt, dass Gender «sozial konstruierte und frei veränderbare Rollen» meinte. Dennoch war diese «Nicht-Definition» der historische Ausgangspunkt dafür, dass die UN die Ideologie der Gender-Perspektive in die ganze Welt und in den «Mainstream» der westlichen Staaten bringen konnte.

In der «Pekinger Aktionsplattform» ist festgelegt: «Die Grenzen der geschlechtlichen Arbeitsteilung zwischen den produktiven und den reproduktiven Aufga-

«Das beharrlichste Merkmal im Niedergang befindlicher Zivilisationen ist ihre Tendenz zur Standardisierung und Uniformität.»

Arnold J. Toynbee (†) , britischer Historiker

Quelle: zeit.de, Das Spiel ist aus

Seite 51

ben werden allmählich gegenseitig überschritten und zwar in dem Mass, in dem Frauen in früher von Männern dominierte Arbeitsbereiche vordringen und Männer grössere Verantwortung für häusliche Aufgaben, auch für die Kinderbetreuung, übernehmen. […] In vielen Ländern wird noch immer nicht anerkannt, dass die Unterschiede zwischen den Leistungen und Tätigkeiten von Frauen und Männern nicht so sehr auf unabänderliche biologische Unterschiede, sondern auf gesellschaftlich determinierte Geschlechterrollen zurückzuführen sind.»[4]

Der letzte Satz ist ein Kernsatz der Gender Agenda. Aus ihm wird die Forderung nach der statistischen Gleichheit von 50/50 (Frauen /Männer) in allen Berufs- und Lebensbereichen abgeleitet. Im Grunde ist er eine Kampfansage an die Wirklichkeit. Viele, wenn auch nicht alle Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind biologisch (mit-)bedingt. Männer laufen schneller, sind körperlich stärker, sind körperlich aggressiver, werden nicht schwanger und stillen nicht. Männer und Frauen unterscheiden sich in ihren Hormonen, in ihrer Leiblichkeit, sogar in ihrem Denken.

Familienbefürworter lehnen die Vorstellung ab, dass alle Unterschiede zwischen Männern und Frauen sozial konstruiert seien. Sie lehnen aber auch das Gegenteil davon ab. Sie behaupten nicht, dass alle Unterschiede biologisch bedingt sind. Viele Faktoren spielen eine Rolle und wirken zusammen: Biologie, Kultur, Gesellschaft, individuelle Erfahrungen und Überzeugungen, freie Entscheidungen. Sicher, die Gesellschaft vermittelt Erwartungen an Mädchen und Jungen. Doch können diese deshalb nicht einfach künstlich genannt werden. Kleine Mädchen wachsen auf und können schwanger werden. Kleine Jungen wachsen auf und werden körperlich stärker als Mädchen.

Alle Gesellschaften haben die Arbeiten für die Familie zwischen Männern und Frauen aufgeteilt. Frauen hatten eine Arbeit, die es ihnen erlaubte, den Kindern nah zu bleiben. Männer hatten eine Arbeit, die eine weitere Entfernung von der Familie verlangte. Nicht alle Männer und Frauen werden Mütter und Väter. Aber eine Mehrheit wird es, und sie sollte auch darauf vorbereitet sein. Jungen Menschen beizubringen, dass Mann und Frau gleich sind oder dass Mutterschaft dasselbe ist wie Vaterschaft, ist eine Lüge.

Komplementarität

Die Familienbefürworter vertreten eine Position, die man am besten mit dem Begriff «Komplementarität» (Ergänzung des anderen) beschreiben kann. Mann und Frau sind einander völlig gleich in ihrem Menschsein, ihrer Würde, ihren Rechten; aber sie sind unterschiedlich und komplementär in ihrem Wesen. Jeden geschlechtlichen Chauvinismus, männlichen oder weiblichen, lehnen sie ab. Kein Geschlecht ist das Bessere. Aber die

Im Mittelpunkt der Gender-Agenda steht, Frauen und Männer in gleicher Anzahl ins Berufsleben zu integrieren. Da sich Beruf und Kinderwunsch jedoch oft nicht vereinen lassen, ist die Konsequenz eine fallende Geburtenrate. Dass dahinter System steckt, zeigt die **ExpressZeitung Ausgabe 12/November 2017** - Thema: Familienzerstörung - ausführlich auf.

Sichtweise der Komplementarität lehnt die Vorstellung ab, dass die Unterschiede zwischen Mann und Frau irrelevant seien oder überwunden werden müssten. Sie lehnen aber auch jene Vorstellung von Komplementarität ab, wonach Eigenschaften in stereotyper Weise auf Männer und Frauen aufgeteilt werden.

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind vielleicht vergleichbar mit dem Abstand zwischen den Augen: Erst Frau und Mann gemeinsam (keineswegs nur in der Ehe) geben – wie die beiden Augen gemeinsam – der Menschheit die notwendige Tiefenwahrnehmung und Tiefenschärfe. Die Position der Familienbefürworter ist nicht eine rigide Verteidigung von Vergangenem, sondern der besonnene Versuch, dasjenige, das Frauen künstlich einengt, abzulegen und gleichzeitig das Recht der Frau, anders zu sein und sein zu dürfen als der Mann, zu schützen.

Die Familienbefürworter waren bereit, offen darüber zu debattieren, was künstlich sei und was nicht, aber die Feministinnen verweigerten jede Diskussion auf den UN-Konferenzen. Für Gender-Feministen ist «verschieden» dasselbe wie «ungleich» und «ungleich» dasselbe wie «ungerecht». Was auch immer es für wirkliche Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen in der Vergangenheit gegeben hat: Man wird nicht Gerechtigkeit dadurch schaffen, dass man die Originalität der Frau und die Einzigartigkeit der weiblichen Natur leugnet. Die Unterschiede zwischen Frau und Mann leugnen oder gar abschaffen zu wollen, ist letztlich ein Krieg gegen die menschliche Natur, die weibliche ebenso wie die männliche.

Während die «Pekinger Aktionsplattform» die Ehe ausschliesslich in negativem Zusammenhang erwähnt und die Wörter Ehefrau und Ehemann erst gar nicht vorkommen, muss daran erinnert werden, dass die Allgemeine Menschenrechtserklärung der UNO das Recht aller Frauen und Männer «zu heiraten und eine Familie zu gründen» unterstützt.

Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking

Etwa 30.000 Menschen nahmen an der Hauptkonferenz teil, bei der sich die Staaten der UN auf die Massnahmen der Pekinger Aktionsplattform einigten. Der Autor Dale O'Leary fasste die fünf wichtigsten Agenda-Punkte der Konferenz in seinen eigenen Worten zusammen:

> «1.In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügungen. Es braucht die Abschaffung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie die Abschaffung der Vollzeit-Mütter.
> 2. Da mehr sexuelles Vergnügen zu mehr Kindern führen kann, braucht es freien Zugang zu Verhütung und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.
> 3. In der Welt braucht es einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt; es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.
> 4. Die Welt braucht eine 50/50-Männer/Frauen-Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbsarbeit nachgehen.
> 5. Religionen, die diese Agenda nicht mitmachen, müssen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.»

Das ist die Gender-Perspektive in Kurzform. Sie soll in den Mainstream gelangen. Damit dies geschehen kann, ist sie verpackt in wunderbare Worte wie Gleichheit, Rechte, Familien, reproduktive Gesundheit und Fairness. Diejenigen, die sich für den Schutz von Ehe und Familie und für wahre Würde und Autonomie von Frau und Mann einsetzen, sind gegen die Gender-Perspektive – nicht weil sie gegen einen Fortschritt in Frauenfragen wären, sondern weil sie für Frauen sind. Sollte die erträumte Zukunft der Gender-Feministen jemals wahr werden, wird die Welt weniger gerecht, weniger frei und weniger menschlich sein.

Quellen:

Epoch Times, Gender Mainstreaming und die Rolle der UNO (Teil 1 und 2), Christl R. Vonholdt, 19.02.2018

1. Women's Global Strategies Report, WEDO, Dezember 1994, zit. nach O'Leary, S. 74
2. Re-Imaging Conference, zit. in HLI Reports, Jan. 1995, S. 6.
3. Aus der Rede von B. Abzug, zit. nach O'Leary, S. 86-87
4. Platform for Action, Paragraf 28 (27), un.org, Bericht der Vierten Weltfrauenkonferenz

Wie die UNO Abtreibungen fördert

Reproduktive Gesundheit» – ein verschleiernder Begriff, hinter dem sich die Förderung von Abtreibungen auf der ganzen Welt verbirgt – gehört zum dritten Punkt der UN-Agenda 2030.

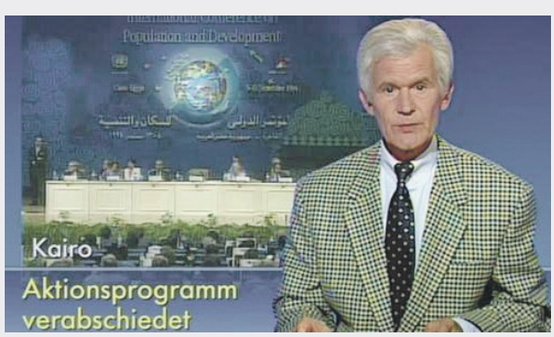
Da die Resolutionen und Empfehlungen der UNO Frauen einerseits nahelegen, sich sexuell auszuleben, andererseits aber auch die traditionelle Familie untergraben, indem sie Rollenbilder hinterfragen und Frauen in den Arbeitsmarkt drängen, werden zwangsläufig Kinder entstehen, die jedoch im Lebensplan vieler Menschen nicht mehr vorgesehen sind. So macht sich die UNO daran, neben der Verbreitung von Verhütungsmitteln auch die radikalste Massnahme gegen Nachwuchs zu fördern: Auf dem «Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung» 2015 in New York verabschiedete die UNO 17 Entwicklungsziele, die bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen (Agenda 2030). Die UN stellte mit der Agenda 2030 einen 15-Jahresplan auf, um ihre globalen Ziele bis 2030 umzusetzen. Die Agenda 2030 stellt allerdings nur die Fortsetzung eines im Jahr 2000 erlassenen 15-Jahresplans dar: Im Jahr 2000 wurden die sogenannten «Milleniums-Entwicklungsziele» im Rahmen des sogenannten Millennium-Gipfels von der UN verabschiedet. Eines der Milleniums-Entwicklungsziele lautete: «Bis 2015 allgemeinen Zugang zu reproduktiver Gesundheit erreichen». Was sich hinter dem wohltönenden Begriff «reproduktive Gesundheit» verbirgt, wird erst bei einem genaueren Blick auf die Massnahmen der UN deutlich (ähnlich dem von der UN geprägten Begriff «Nachhaltigkeit»): Obwohl die UN die Befürwortung von Abtreibungen offiziell bestreitet, führt sie im Namen der «reproduktiven Gesundheit» auf der ganzen Welt Programme durch, die Abtreibungen fördern.

Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen

Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) ist der weltweit grösste Fonds zur Finanzierung von Programmen zur Bevölkerungskontrolle. Die Organisation spricht davon, «Weltweiten Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit zu erreichen». [1] Erneut ist die Rede vom Schlagwort «reproduktive Gesundheit». Die jährlichen Einnahmen des UNFPA schwanken um ca. eine Milliarde Dollar herum und stammen hauptsächlich aus Steuergeldern westlicher Industrienationen. Der UNFPA finanziert mit diesem Budget weltweit Programme zur Aufklärung über Verhütungsmittel und deren Verteilung an Frauen, ebenso wie die Bereitstellung von Abtreibungsmöglichkeiten und sogar Sterilisationen.

Das Kairo-Aktionsprogramm

Die Weltbevölkerungskonferenzen sind eine Reihe von der UN veranstalteter Gipfel zu Fragen der Weltbevölkerung. Grosse internationale Beachtung erfuhr die Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo. Dort berieten ca. 20.000 Delegierte, darunter auch der damalige US-Präsident Bill Clinton, weitere Vertreter verschiedener Regierungen, Mitglieder von UN-Agenturen sowie von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) über die zukünftige Entwicklung des Bevölkerungswachstums. Vertreter der 179 anwesenden Regierungen verabschiedeten auf der Konferenz in Kairo ein Aktionsprogramm, das die «reproduktive Gesundheit und reproduktiven Rechte des Menschen» in den Mittelpunkt der Bevölkerungspolitik stellt. Das Programm sah vor, bis zum Jahr 2014 allen Menschen Zugang zu Sexualaufklärung, Empfängnisverhütung und Familienplanung zu ermöglichen, was sich mit den «Milleniums-Entwicklungszielen» bis 2015 überlappt und ebenfalls in blumigen Worten die Ausweitung von Abtreibungsmöglichkeiten unterstützt. [2]

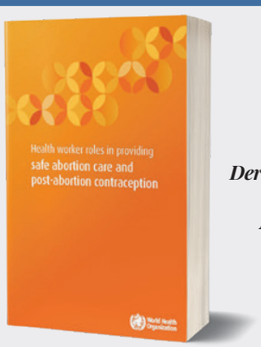


Die Tagesschau vom 13. September 1994.

Die WHO

Die WHO ist Herausgeber des 134 Seiten starken Handbuches mit dem Namen «Sichere Abtreibung». Darin geben «Gesundheitsexperten» Tipps, wie Ungeborene im lebensfähigen Alter «sicher» abgetrieben - also getötet - werden können: Dem ungeborenen Kind soll u.a. Kaliumchlorid in die Nabelschnur oder in das Herz injiziert werden. Stehen keine Ultraschallgeräte zur Verfügung, wird empfohlen, die chemische Verbindung Digoxin in das Fruchtwasser oder direkt in den Fötus zu spritzen. [1] Was die Zustimmung der Eltern bei Abtreibungen durch minderjährige Schwangere betrifft, empfiehlt die WHO: «Die Zustimmung der Eltern basiert oft auf einer willkürlichen Altersgrenze und leugnet die sich entwickelnden Kapazitäten junger Frauen. Die Inanspruchnahme von Abtreibungsdiensten soll ohne Zustimmung einer dritten Partei möglich sein.» [2] **So ist ein ähnliches Muster wie in der Sexualerziehung erkennbar: Genau wie Kinder nach den «WHO-Standards für die Sexualaufklärung in Europa» (siehe S.62 f.) selbstständig über ihre Sexualpartner entscheiden sollen, so soll auch die Entscheidung über eine Abtreibung im Falle einer Schwangerschaft ihnen überlassen werden. Mit solcherlei erzieherischen Empfehlungen wird die natürliche Autorität der Eltern untergraben und ihnen allmählich das Recht entzogen, über die Erziehung ihrer Kinder selbst zu entscheiden. Wichtige Schritte auf dem Weg zur «Entfamilisierung» der Massen, die - getarnt in schönen Worten - im Mittelpunkt der UN-Agenda steht. *(tk)***

Rund 9 Millionen Menschen sterben weltweit jährlich an Hunger, 7 Millionen an Herzerkrankungen, 1,3 Millionen im Strassenverkehr. Gleichzeitig werden jedes Jahr 50 Millionen Kinder abgetrieben. Der Mutterleib ist zum gefährlichsten Platz für menschliches Leben geworden, und die UNO hat zu dieser massenhaften Tötung menschlichen Lebens entscheidend beigetragen. Mehr dazu in der ExpressZeitung Ausgabe 07/Mai 2017 - Thema: Abtreibung.



Der WHO-Ratgeber für «sichere Abtreibung».

Quellen:
1. LINDER, Alexandra M.: Geschäft Abtr€ibung. Sankt Ulrich verlag GmbH: Augsburg, 2009, S. 158
2. World Health Organization: Safe abortion – technical and policy guidance for health systems – Second edition, 2012, S. 40

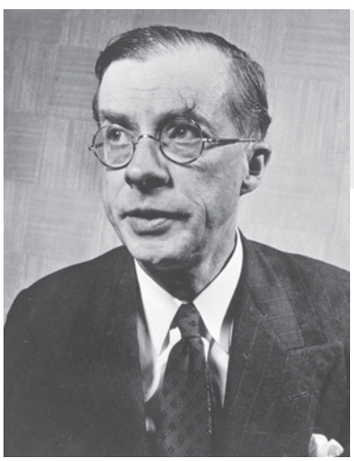
Eugenik: Lebt die Ideologie der Nazis durch die Vereinten Nationen weiter?

Das Institut «Eugenics Record Office» wurde 1910 vom Eugeniker Charles Davenport eröffnet. Es stand bis zu seiner Schliessung 1939 für staatlich erzwungene Sterilisierung ein.

Die Eugenik ist eine Lehre, die vertritt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen – z.B. kranke oder behinderte Menschen – durch bestimmte Massnahmen an der Fortpflanzung gehindert, während andere Bevölkerungsgruppen – z.B. gesunde oder intelligente Menschen – für ihre Fortpflanzung belohnt werden sollen. U.a. Adolf Hitlers Rassenlehre folgte diesem Hauptgedanken der Eugenik. Der Rockefeller-Familienclan, der das Grundstück am Hudson River für den Hauptsitz der UNO gestiftet hat, hatte einst wirtschaftlich mit den Nationalsozialisten kooperiert. Adolf Hitler bezog sich in seinem Buch «Mein Kampf» aus dem Jahr 1924 auf die amerikanische Eugenik und lobte die «Fortschritte» in der Erblehre, die dort in Laboren wie dem «Eugenics Record Office» nahe New York erzielt worden waren, welche u.a. von der Rockefeller Stiftung finanziert wurden.

Julian Huxley, der von 1937 bis 1944 Vizepräsident der britischen Eugenik-Gesellschaft war, wurde zum Generaldirektor der neuen UNO-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) gemacht. Er verfasste 1946 das offizielle UNO-Dokument «Die UNESCO, ihr Zweck und ihre Philosophie», worin er seine Ziele offen gestand: «Auch wenn es sicher richtig ist, dass eine radikale eugenische Politik für viele Jahre politisch und psychologisch unmöglich sein wird, wird es für die UNESCO wichtig sein, dafür zu sorgen, dass das eugenische Problem mit der grössten Sorgfalt geprüft und die Öffentlichkeit über das fragliche Thema informiert wird, damit vieles, was heute undenkbar erscheint, wenigstens wieder denkbar wird.» [1]

Die Weltbevölkerungskonferenzen (engl. International Conference on Population and Development) sind eine Reihe von der UNO veranstalteter Gipfel zu Fragen der Weltbevölkerung. Grosse internationale Beachtung erfuhr die Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo. Ziel der Konferenz und des dort erlassenen «Kairoer Aktionsprogramms» war offiziell das «Empowerment» (Bemächtigung) der Frauen. Sie sollen freien Zugang zu Aufklärung, Verhütungsmitteln und Abtreibungsmöglichkeiten erhalten. Diese Leitlinie wurde in Kairo durchgesetzt gegen eine Allianz aus Vatikan, konservativen Islamstaaten und Evangelikalen aus den USA.



Der Eugeniker Julian Huxley wurde der erste UNESCO-Generaldirektor.

Foto: Unbekannt (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Julian_Huxley_1964.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Freiwillige Eugenik?

Die Autorin Mirjam Hägele schrieb: «Das Aktionsprogramm verkörperte einen Wendepunkt in der Geschichte der Bevölkerungspolitik: Erstmals rückte die Staatengemeinschaft ausdrücklich von der Idee ab, Regierungen sollten von oben herab abstrakte demografische Vorgaben erlassen, also die Bevölkerungsentwicklung nach Plan durchsetzen. Stattdessen standen Massnahmen im Mittelpunkt, die von den individuellen Bedürfnissen von Frauen und Männern ausgehen. Der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) bezeichnet das Aktionsprogramm deshalb als historischen ‚Meilenstein', nicht nur für die Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik, sondern vor allem auch für die Rechte der Frauen.» [2]

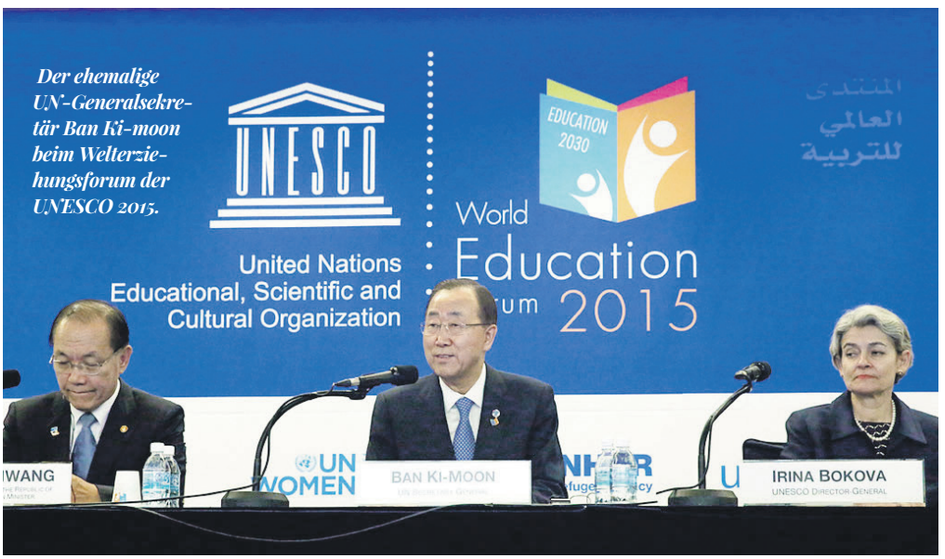
Das soll wohl heissen: Statt Sterilisierungen, wie sie in vielen (meist ärmeren) Staaten mit Segen der UN bereits schon stattfanden (siehe S. 65), sollen Anreize in der Bevölkerung gesetzt werden, um sie davon zu überzeugen, freiwillig weniger Kinder zu bekommen, u.a. durch die Möglichkeit der Verhütung und der Abtreibung. So meinen viele Kritiker, dass hinter dem, was im Gewand der Befreiung der Frau daherkommt, eigentlich immer noch die alte, rassistische und menschenverachtende Eugenik steckt. ***(tk)***

Weltbevölkerungkonferenz in Kairo 1994

Quellen:
1. unesdoc.unesco.org, Julian Huxley, UNESCO ITS PURPOSE AND ITS PHILOSOPHY, S.21
2. www.kas.de, Mirjam Hägele, Reproduktive Gesundheit in Finanznot

Bildung

Die UN-Erziehungsoffensive:



Der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon beim Welterziehungsforum der UNESCO 2015.

von Gerhard Wisnewski

Eines Tages in der Schule: «Ein gewöhnlicher Morgen ist das nicht. Alex macht keine Geräusche. Er schreit nicht, singt nicht, schnalzt nicht mit der Zunge.» Na und – das wäre ja auch noch schöner! Da hat der Lehrer sicher mal ordentlich auf den Tisch gehauen! Nichts da. Vielmehr gab es Tage, da dachte der Pädagoge, «er würde durchdrehen». Und: Ist er dann durchgedreht? Hat er dann auf den Tisch gehauen? Mitnichten. Stattdessen hofft er regelmässig auf ein anderes Schulkind, nämlich auf Alex' Banknachbarn Eric. Der sagt «dreissigmal am Tag zu seinem Banknachbarn Alex: ‚Sei still, Alex, hör auf, Geräusche zu machen, schreib die Aufgaben in dein Heft.'» Denn der Lehrer hatte seinen Schülern erklärt: «Wir können das nicht ändern. Wir halten das jetzt aus.» Was soll das heissen: «nicht ändern?» Warum konnte er denn gegen den geheimnisvollen Alex nichts unternehmen, ihn zurechtweisen, ihm eine Strafarbeit aufbrummen oder die Eltern informieren? Warum konnte er rein gar nichts tun, bis er plötzlich vor 21 Kindern stand, «die Geräusche machten wie Alex. Sie ertrugen ihn, indem sie einfach so laut wurden wie er.»

Schöne neue Schulwelt!

Kaum zu glauben, nicht wahr? Und dennoch ist es wahr. Die Erklärung: Alex ist geistig behindert, und obwohl er dadurch den Unterricht zerstört, darf und muss er sogar in normalen Schulen unterrichtet werden. Während manche Eltern und Schüler noch keine Ahnung haben, was auf sie zukommt, wird landauf, landab eifrig die sogenannte Inklusion eingeführt, nämlich der gemeinsame Unterricht für alle, und zwar einschliesslich geistig behinderter Kinder. In Bundesländern wie Bremen, aus dem das oben zitierte Beispiel (1) stammt, ist sie schon Realität. Am 10. September 2012 sollte sie einen ganz grossen Sprung nach vorne machen. Da wurden nämlich in einem grossen Bundesland (Baden-Württemberg) gleich 40 sogenannte «Gemeinschaftsschulen» an den Start geschickt, in denen normalbegabte Kinder zusammen mit Sprachbehinderten, Lernbehinderten und Verhaltensauffälligen wie Alex unterrichtet werden sollen. Puh – geht es hier etwa gegen Behinderte? Keineswegs: Denn dass dieser gemeinsame Unterricht beiden schadet – Behinderten und «Normalen» – liegt wohl auf der Hand. Den behinderten Kindern soll ihre bedarfsgerechte Förderung genauso weggenommen werden wie den normalbegabten. Nehmen wir den Fall einer lernbehinderten Erstklässlerin aus Bayern, die aus einem schwierigen Elternhaus kam. «Sie hatte einen IQ von 80», erzählte mir ihr Grundschullehrer. «Mitte der ersten Klasse habe ich ganz vorsichtig vorgefühlt, ob da nicht eine Förderschule besser wäre. Daraufhin ist die Mutter Amok gelaufen.» Schon die erste Klasse habe das Mädchen wiederholen müssen. Obwohl sie die Buchstaben auch dann nicht beherrscht habe, habe man sie anschliessend «in die Zweite geschleift». «Erst nach drei Jahren ist sie endlich in die Förderschule gekommen, und jetzt blüht sie auf, und es geht ihr gut. Man hätte ihr zweieinhalb Jahre Quälerei ersparen können.»

Optimale Bildung durch ungleiche Behandlung

Schliesslich, so stellte vor einigen Jahren der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, fest, «hat Deutschland das höchstdifferenzierte Förderschulwesen der Welt: mit eigenen Schulzweigen für die unterschiedlichsten Benachteiligungen, mit eigens dafür ausgebildeten Lehrern, mit kleinsten Lern- und Betreuungsgruppen.» Tatsächlich ist in Deutschland über Jahrzehnte ein vergleichsweise ausgeklügeltes Förderschulsystem entstanden, das davon ausgeht, dass jedes Kind – wie gehandicapt es auch sein mag – eine angemessene Förderung erhalten soll. So gibt es in Deutschland rund ein Dutzend Förderschultypen für Blinde, Sehbehinderte, Taubblinde, Lernbehinderte, Sprachbehinderte, Gehörlose, Kinder mit emotionalen, sozialen oder geistigen Defiziten und sogar für Kinder, die länger im Krankenhaus bleiben müssen. Und das aus gutem Grund. Es leuchtet wohl ein, dass ein

Behinderte Kinder entwickeln sich am besten auf Förderschulen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Im Inklusionsunterricht bremsen sie meist den Fortschritt des Lehrstoffs und die Entwicklung ihrer Mitschüler

Inklusion, Sexualisierung, Gleichschaltung

Der von der «Glasknochen»-Krankheit betroffene Aktivist Raul Krauthausen wird von TV-Show zu TV-Show gereicht, um für die Inklusion und ein Ende des deutschen Förderschulsystems Werbung zu machen.

Foto: Esra Rotthoff, www.esrarotthoff.com

Taubstummer einen ganz anderen Unterricht benötigt als ein Lernbehinderter oder ein normales Kind und dass es dafür besonderer Lernmittel, Schulen und Lehrer bedarf. Denn das Interessante ist ja gerade, dass eine optimale Bildung und möglichst weitgehende Chancengleichheit hier nicht durch eine gleiche, sondern nur durch eine ungleiche Behandlung entstehen kann. Man würde ja auch nicht behaupten, dass allen Patienten in einem Krankenhaus mit derselben Operation geholfen werden kann.

Eine «Schule für alle»

Nichts da, meinte vor einigen Jahren die UNO und wischte das hochorganisierte deutsche Schulsystem vom Tisch. Denn man höre und staune: Die spezifische Förderung von geistig und körperlich behinderten Kindern ist nicht etwa positiv, sondern eine Diskriminierung. Schon 1994 trafen sich die Vertreter von 92 Regierungen und 25 internationalen Organisationen im spanischen Salamanca zu einer UNESCO-Tagung, um das Ziel «Bildung für alle» zu unterstützen, wie es im Vorwort der Konferenz-Erklärung heisst. So weit, so gut – denn wer wollte dieses Ziel nicht unterstützen? War dies nicht genau das Ziel des deutschen Förderschulsystems? Natürlich. Aber nun sollte nicht nur das Bildungssystem, sondern die einzelnen Schulen dazu gebracht werden, «allen Kindern gerecht zu werden, vor allem jenen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen», so der damalige Generaldirektor der UNESCO, Federico Mayor aus Spanien, in einem Vorwort zu der Salamanca-Erklärung.

Seit Mitte der 90er treibt die UN-Sonderorganisation für Bildung und Erziehung UNESCO die Inklusion weltweit voran.

Ein fauler Kompromiss auf Kosten der Kinder

Ein weitreichender Satz. Denn welche Schule könnte schon allen Kindern gerecht werden? Und nun auch noch jenen «mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen»? Doch mit rationalen Überlegungen zum Wohl der Kinder hatte diese UNESCO-Konferenz rein gar nichts zu tun. Jeder pädagogischen Erfahrung und Einsicht zum Trotz stellte man dort fest, dass es notwendig sei, «auf eine ‚Schule für alle' hinzuarbeiten – also auf Einrichtungen, die alle aufnehmen, die Unterschiede schätzen, das Lernen unterstützen und auf individuelle Bedürfnisse eingehen.» Also genau das, was bisher mit differenzierten Förderschulsystemen erreicht worden war – nur dass diese eben nicht «alle aufnehmen», sondern nur Förderschüler, auf deren Bedarf sie zugeschnitten sind. Die geplanten «All-inclusive-Schulen» würden laut dem UNESCO-Papier von 1994 «einen wichtigen Beitrag im Erreichen des Ziels ‚Bildung für alle' und in der Steigerung der Effektivität von Schulen» darstellen. Dieselben Lügen wie bei der Migration, die angeblich auch allen nützen soll.

Denn von Effektivität kann in Wirklichkeit überhaupt keine Rede sein. Vielmehr leuchtet jedem ein, dass eine «Schule für alle» nur ein äusserst fauler Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen äusserst unterschiedlich begabter bzw. behinderter Schüler sein kann. «Bildung für alle» wurde bisher schliesslich gerade nicht durch Gleichheit, sondern durch Ungleichheit erreicht, und zwar dadurch, dass jeder Begabungs- bzw. Behinderungsgrad seine «eigene» Schule bekam. Während dies eigentlich jedem klar sein muss, diffamierte das UNESCO-Papier die differenzierten Bildungseinrichtungen als «Isolation»: «Die Pädagogik für besondere Bedürfnisse» könne «sich nicht in Isolation weiterentwickeln. Sie muss Teil einer allgemeinen pädagogischen Strategie sein und wohl auch einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Politik. Sie erfordert grosse Reformen in der herkömmlichen Schule.»

Deutschland verfügt (noch) über eines der besten Förderschulsysteme der Welt für Blinde, Taube, Lernbehinderte uvm.

Foto: wavebreakmedia/shutterstock

Die Heuchelei der UNO

Das war der Anfang vom Ende vieler in Jahrzehnten aufgebauter differenzierter Bildungssysteme, unter anderem des deutschen. Und der Anfang vom Ende einer bedarfsgerechten Bildung für alle. Die UNESCO sei «stolz darauf», mit dieser Konferenz in Verbindung zu stehen, schrieb der damalige UNESCO-Generaldirektor Mayor in dem Papier. Alle müssten «sich der Herausforderung stellen» und dafür arbeiten, um zu gewährleisten, «dass Bildung für alle wirklich FÜR ALLE bedeutet. Vor allem für jene, die besonders verletzbar und bedürftig sind.» Was natürlich

➔

Seite 57

reine Heuchelei ist. Denn schliesslich dienten die Förderschulsysteme ja genau der Förderung der «besonders Verletzbaren und Bedürftigen». Und zwar, indem sie nicht der Umgebung einer normalen Schule ausgesetzt wurden, bei der weder die Architektur und die Lernmittel noch die Lehrer und Mitschüler auf die Unterrichtung und Aufnahme von Behinderten eingestellt sind.

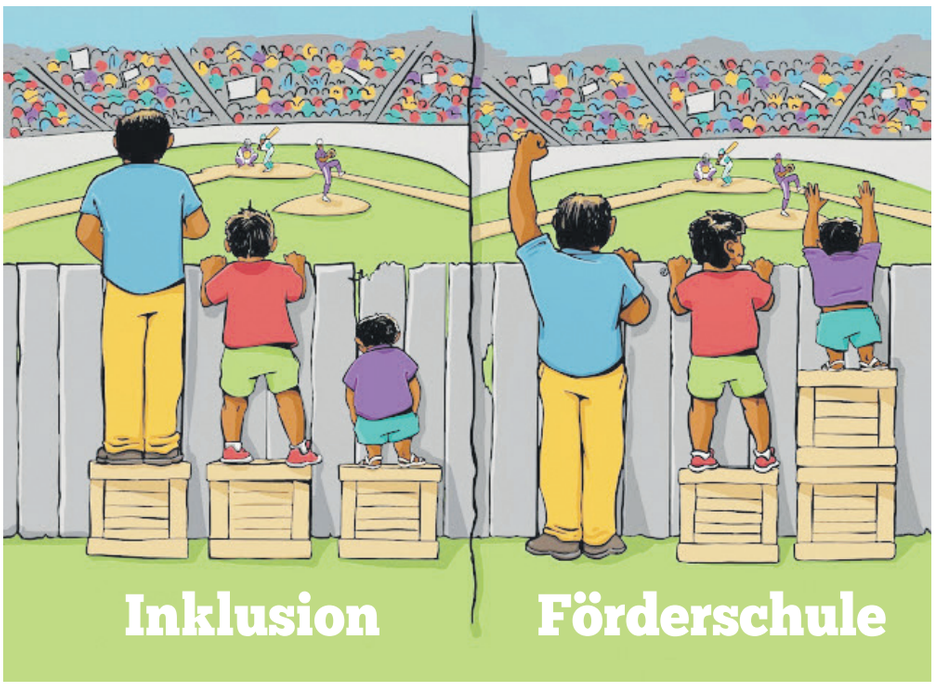
Ein UNO-Sheriff aus Costa Rica

Im Februar 2006 schickte die UNO einen Aufseher nach Deutschland, um das deutsche Schulsystem zu begutachten: Professor Vernor Muñoz Villalobos aus Costa Rica, wo die Schulpflicht nur für Sechs- bis Zwölfjährige gilt und das deshalb nicht einmal an den PISA-Studien teilnehmen konnte (bei denen Fünfzehnjährige getestet wurden). Nach der einwöchigen Stippvisiste in das deutsche Schulsystem las der des Deutschen nicht mächtige UNO-Sheriff den Deutschen die Leviten. So bemängelte der «Sonderberichterstatter», dass bei der Einteilung der Schüler in Haupt-, Realschule oder Gymnasium der Sprachkompetenz «eine übermässige und vorrangige Bedeutung» eingeräumt werde. Na, so was: Da wurde in deutschen Schulen doch tatsächlich fehlerfreies Deutsch verlangt. Das geht aber gar nicht, denn «dadurch entsteht ein Selektionseffekt für Schüler ausländischer Herkunft, deren Muttersprache nicht Deutsch ist.» Dies werde «durch die unwiderlegbare Tatsache untermauert, dass arme und Migrantenkinder in der Hauptschule überrepräsentiert und am Gymnasium unterrepräsentiert sind.» Was natürlich umgehend geändert werden muss.

Der UN-Bürokrat Professor Vernor Muñoz Villalobos verunglimpfte das deutsche Schulsystem, um die Inklusionsziele der Salamanca-Erklärung voranzutreiben.

Die Paradoxien des Herrn M.

Ein weiteres Anliegen des UNO-Sheriffs war die sogenannte Inklusion, die Unterrichtung aller Schüler in einer Schule. In kompletter Verdrehung der Tatsachen behauptete Muñoz, die Inklusion entspreche den Bedürfnissen und Rechten der Individuen und verpflichte den Staat, «dass alle Kinder zusammen in demselben Schulumfeld unterrichtet werden». Dabei ist es genau anders herum: Nur ein differenziertes Förderschulsystem kann auf die äusserst unterschiedlichen Bedürfnisse behinderter Kinder eingehen. Aber das interessierte den UNO-Beauftragten nicht: «Es gibt Anzeichen dafür, dass in Deutschland keine ausreichenden Fortschritte in Bezug auf die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in Regelschulen erzielt wurden, obgleich es offenkundig hervorragende Sondereinrichtungen für diese Menschen gibt, die aber im Rahmen der medizinischen Betreuung betrieben werden.»



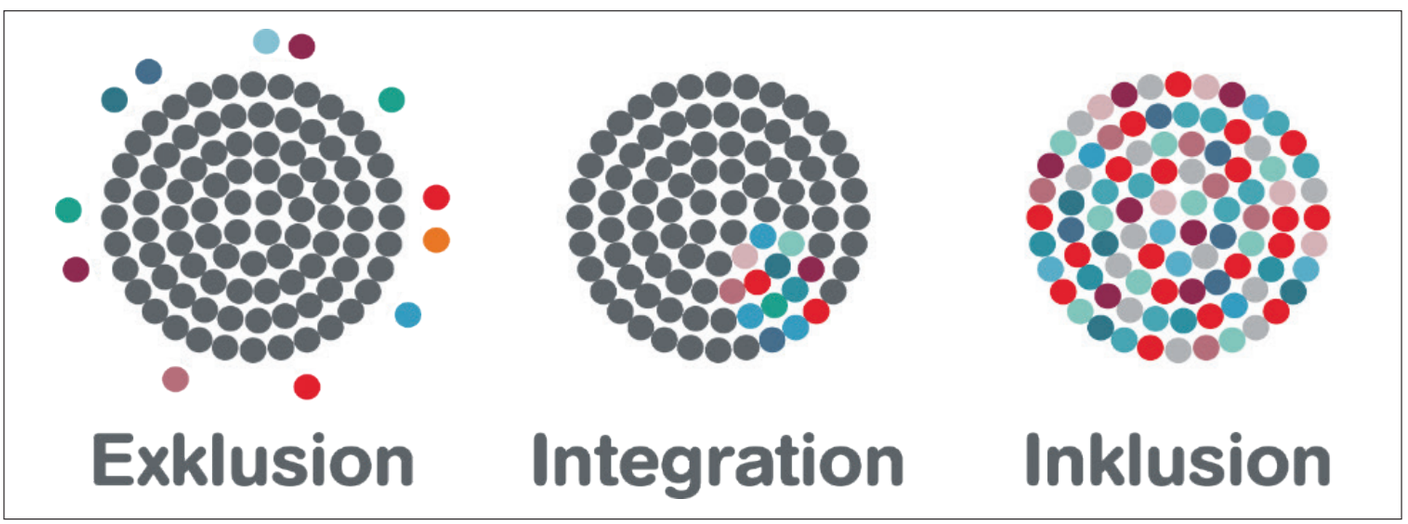
Mehr behinderte Kinder in die Regelschulen, obwohl es «hervorragende Sondereinrichtungen» gibt? Muñoz kann diese offensichtliche Paradoxie nur lösen, indem er behauptet, dass diese «Sondereinrichtungen» (also Förderschulen) «im Rahmen der medizinischen Betreuung betrieben werden». Offensichtlich sucht der UNO-Mann hier nur einen Grund, warum das deutsche Förderschulsystem zu kritisieren ist. Aber ist es nicht egal, in welchem Rahmen Förderschulen betrieben werden, solange es den Kindern nützt? Und ob. Aber der UNO-«Sonderberichterstatter» stellte die Wirklichkeit weiter auf den Kopf. Das deutsche Bemühen, die Bildung und Erziehung von Kindern mit den vielfältigsten Behinderungen vernünftig zu organisieren, wird nun als politisch nicht korrekte «Absonderung» diffamiert. Dahinter steckt die Botschaft: Wer nicht endlich alle Gesunden und Behinderten in eine Klasse steckt, der grenzt Behinderte aus und ist wahrscheinlich ein verkappter Nazi. Woran man unschwer erkennen kann: Um eine optimale Förderung der behinderten Kinder geht es der UNO in Wirklichkeit überhaupt nicht. Und um die Förderung normal- oder hochbegabter Kinder schon gar nicht. Denn dass hier niemand mehr entsprechend seinen Bedürfnissen lernen kann, liegt ja auf der Hand, wie die oben erwähnte lernbehinderte Erstklässlerin zeigt. Aber auch der bereits zur Sprache gebrachte Eric, der plötzlich als Aufpasser für den verhaltensgestörten Alex herhalten muss, wird in der Schule wohl kaum sehr weit kommen. Der Lehrer dieser Klasse musste den Eltern eines Tages gestehen, dass man von acht im Englischbuch vorgesehenen Lektionen in einem Schuljahr nur noch zwei schaffen werde. Das «Bildung für alle» der UNO heisst also in Wirklichkeit Bildung für niemanden.

Bedarfsgerechte Förderung adé

Keine der betroffenen Gruppen kann in dieser Schule noch glücklich werden:

- die behinderten Schüler nicht, weil ihre Behinderung hier nun erst recht «unangenehm auffällt» und sie sich ausgegrenzt und «minderbemittelt» vorkommen müssen,
- die normalbegabten Schüler nicht, weil geistig behinderte und verhaltensauffällige

Wer Inklusion befürwortet, könnte auch befürworten, dass die besten nicht-behinderten Sportler der Welt bei den Paralympics antreten.



Schüler den Unterricht zwangsläufig stören und aufhalten,

- die Eltern nicht, weil auch sie natürlich unter der Fehlbehandlung ihrer Kinder leiden, egal ob nichtbehindert oder nicht,
- die Lehrer nicht, weil sie sich nunmehr um die unterschiedlichsten Begabungs- und Behinderungsstufen gleichzeitig kümmern und das Elend der Kinder miterleben müssen.

«Fragwürdig», «dreist» und «indiskutabel»

Tatsächlich kamen die UNO-Pläne hierzulande denn auch schlecht an. Noch 2006 wurde UNO-Aufpasser Muñoz quasi mit Schimpf und Schande aus dem Land gejagt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ, Online) bescheinigte Muñoz ein «dreistes Urteil über das deutsche Schulsystem»: «Das Verhalten des UN-Sonderberichterstatters Muñoz ist dreist. Ein Professor aus Costa Rica, der jede Sachkenntnis vermissen lässt, liest dem deutschen Schulsystem nach einer einwöchigen Stippvisite die Leviten.» «Welches andere Land besitzt ein vergleichbar schwach ausgeprägtes Selbstbewusstsein und lässt sich von einem Professor aus Costa Rica, der kaum des Deutschen mächtig ist, die Leviten lesen?», fragte die FAZ. «In Frankreich jedenfalls wäre dieser Abgesandte mit Nichtachtung gestraft worden – und zwar zu Recht. Seine Vorschläge lassen jegliche Sachkenntnis vermissen.» Auch ausgewiesene Fachleute liessen kein gutes Haar an dem Muñoz-Auftritt: «Fragwürdig», «dreist» und «indiskutabel» nannte beispielsweise auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, die Feststellungen des «Querulanten aus Costa Rica»: «Muñoz mag schon wieder im Flieger irgendwo zwischen Genf, New York und San José sitzen. Aber ein paar Dinge sollte ihm irgendjemand doch einmal flüstern. Erstens machen in Deutschland zwei Drittel der jungen Leute den Weg in Lohn und Brot über das hochkarätige System deutscher Berufsbildung. Muñoz hat davon keine Ahnung. Zweitens gibt es kaum ein Land der Welt, in dem die sog. Bildungsbeteiligung der Sechzehn- bis Achtzehnjährigen so hoch ist wie in Deutschland, nämlich über 90 Prozent. Drittens gibt es kaum ein Land der Welt, in dem die Schulpflicht zwölf Jahre währt – eine Pflicht, die eine riesige soziale Errungenschaft darstellt. Viertens hat Deutschland eine der geringsten Quoten an arbeitslosen Jugendlichen. Fünftens stehen 85 Prozent der Hauptschüler bereits fünf Jahre nach ihrem Schulabschluss in einem festen Arbeitsverhältnis. Sechstens hat Deutschland das höchstdifferenzierte Förderschulwesen der Welt: mit eigenen Schulzweigen für die unterschiedlichsten Benachteiligungen, mit eigens dafür ausgebildeten Lehrern, mit kleinsten Lern- und Betreuungsgruppen.» [2]

Der Krieg um die Begriffe

Gottlob hätten laut Kraus «Bundesregierung und alle Kultusminister dem Herrn kräftig widersprochen». Mensch – unsere Bundesregierung! Hat sie doch mal ordentlich auf den Tisch gehauen! Dann können wir uns ja alle beruhigt zurücklehnen. Nur: Wie kommt es dann, dass plötzlich überall in Deutschland «Gemeinschaftsschulen» entstehen, in denen die Inklusion praktiziert wird, wie im Schuljahr 2012/13 in Baden-Württemberg? Nun, nach der Salamanca-Erklärung von 1994 wurde Ende 2006 auch noch die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Darin verpflichten sich die Vertragsstaaten zum Aufbau eines «inclusive education system». Nachdem dies in der deutschsprachigen Fassung mit einem «integrativen Bildungssystem» übersetzt und von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde, gab es prompt Ärger. Denn während «integrieren» laut Duden bedeutet, etwas «zu einem übergeordneten Ganzen» zusammenzuschliessen oder es «in ein übergeordnetes Ganzes» aufzunehmen, sollen die behinderten Kinder ja nun auf jeder einzelnen Ebene «einbezogen» werden – also nicht nur allgemein in das Bildungssystem, sondern in jede Schulklasse. Schon um diese Begriffe tobte ein regelrechter Krieg, bis die Bun-

Gesetz
zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Vom 21. Dezember 2008

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York am 30. März 2007 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wird zugestimmt. Das Übereinkommen sowie das Fakultativprotokoll werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

2008 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention und damit auch die Inklusion im deutschen Gesetz verankert.

Seite 59

desrepublik endgültig statt auf «Integration» auf «Inklusion» (Einbeziehung) festgenagelt wurde. Woran man sieht: **Die Bildungshoheit in Deutschland haben weder der Bund noch die Länder, sondern die UNO und andere internationale Super-Staaten wie die EU. Die deutschen Politiker unterschreiben nur noch ein internationales Abkommen und melden dann möglichst bald Vollzug, das heisst Ratifizierung.**

Unterzeichnet wurde das deutsche Gesetz zur UN-Behindertenrechtskonvention von Bundespräsident Horst Köhler, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und Bundesaussenminister Frank-Walter Steinmeier. Und zwar drei Tage vor Weihnachten, am 21. Dezember 2008, als sich sowieso niemand mehr für Politik interessierte. Über den Bundesrat und die Kultusministerkonferenz wurden diese «UNO-Gesetze» anschliessend in die Länder eingebracht und dort umgesetzt. **Die UN-Behindertenrechtskonvention «ist ein völkerrechtlich bindender Vertrag für diejenigen Staaten, die die Konvention ratifiziert haben», schrieb mir eine Sprecherin der deutschen UNESCO-Kommission. «In Deutschland ist die UN-Behindertenrechtskonvention mit einem von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Ratifizierungsgesetz bestätigt und anerkannt worden. Damit sind neben dem Bund auch die Länder die Verpflichtung zu ihrer Umsetzung eingegangen.» Dementsprechend stellte die Kultusministerkonferenz (KMK), die die kulturellen Belange der Länder koordiniert, fest: «Die Behindertenrechtskonvention ist für alle Träger öffentlicher Gewalt und damit für den Bund, die Länder und die Kommunen völkerrechtlich verbindlich.»**

Angriff mit der Inklusionskeule

Das war's dann mit den verschiedenen Bildungssystemen, nicht nur in Deutschland, sondern auf dem Globus, denn 154 Staaten haben die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Die nationalen Bildungssysteme stehen genauso unter Beschuss wie die nationalen Finanzsysteme und viele andere Bereiche der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation. Das deutsche Schulsystem wurde seit dem Jahr 2000 mit immer neuen PISA-Studien sturmreif geschossen, bei denen Deutschland angeblich immer schlecht abschnitt, und schliesslich hektisch zu Tode reformiert. Ich sage nur «G8»-Gymnasium, Master- und Bachelor-Studiengänge und verschiedene Experimente und Pläne auf dem Gebiet der «Einheitsschule». Bei den meisten dieser Studien, Initiativen und «Reformen» handelte es sich um Projekte mit ausländischen Wurzeln in der OECD, der UNO oder den USA und Grossbritannien (Master/Bachelor). Ergebnis: Schon jetzt können Schulabgänger und sogar Studenten schlechter lesen, rechnen und schreiben als jemals zuvor und verfügen auch über so mangelhafte soziale Kompetenzen, dass sie für die deutsche Wirtschaft immer «unbrauchbarer» werden. Genau wie die Schweinegrippe-Impfung, die «Energiesparlampe» und die «Euro-Rettungsschirme» kommt auch diese Initiative von internationalen Organisationen, die damit einmal mehr ihre Funktion als Weltregierungen unter Beweis stellen.

Aber was bedeutet das alles? Ganz einfach: Die globalen Schulsysteme, darunter das deutsche, waren eine Form der Organisation. Jedes Land hatte seine Bildung nach seinen Bedürfnissen organisiert. Alle Kinder «in einen Topf zu schmeissen» ist dagegen keine Strategie der Bildung, wie die UNO behauptet, und auch keine Form der Organisation, sondern eine Strategie der Desorganisation. Die Inklusion ist kein Bildungsprogramm, sondern eine Keule, mit der die differenzierten Bildungssysteme zerschlagen werden sollen. Um die Interessen der behinderten Kinder geht es dabei natürlich nicht, denn genau wie ihre «normalen» Klassenkameraden werden sie vom «inkludierten» Unterricht weniger haben als von einem auf sie zugeschnittenen Bildungsangebot. Vielmehr sollen sie nach PISA, G8, Master und Bachelor als Waffe benutzt werden, um das deutsche (und viele andere) Bildungssysteme zu sabotieren – um den Preis ständiger Konflikte und Probleme im Klassenzimmer. Die jeweils eingerichtete Bildungsorganisation wird abgerissen und durch ein primitives «System» ersetzt, in dem alle Kinder in einer Schule lernen müssen – wie in einem Entwicklungsland, wo es kein Geld für ein differenziertes Schulsystem gibt. Und wie wir ebenfalls wissen, fusst sowohl das Leben selbst als auch die Gesellschaft auf Organisation. Deswegen spricht man in der Biologie ja auch von einem «Organismus». Je komplexer die (soziale) Organisation, umso höher das Lebewesen und umso weiter entwickelt die Gesellschaft. So ist zum Beispiel auch ein Schimpanse oder Pavian kein autarkes Wesen an sich, sondern wird erst überlebensfähig durch seine soziale Organisation. Wird diese Organisation zerstört, geht die ganze Horde zugrunde. Und das ist denn auch der tiefere Sinn dieser Massnahmen. Mit einem menschenwürdigeren Leben haben sie überhaupt nichts zu tun, sondern durch die Sabotage der Gesellschaft werden am Ende alle leiden müssen – Behinderte genauso wie Nichtbehinderte. ***(gw)***

«Dass alle Menschen gleich sind, ist ein Vorschlag, dem in einer normalen Zeit kein gesundes Individuum jemals zugestimmt hätte.»

Aldous Huxley (†), britischer Schriftsteller

Quellen:
1. Zeit Online, 16.7.12
2. «Der UNO-Querulant aus Costa Rica», Deutscher Lehrerverband Aktuell, 22.3.2007

WHO fordert Frühsexualisierung für alle

Das WHO-Regionalbüro Europa tagte vom 12. bis zum 15. September 2016 in Kopenhagen und nahm den «Aktionsplan zur Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit: Auf dem Weg zur Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in Europa – niemanden zurücklassen» an. Es «bittet die Mitgliedstaaten eindringlich», diesen auch umzusetzen und erwartet eine Berichterstattung über diese Umsetzung im Jahre 2019 bzw. 2022. Auf insgesamt 30 Seiten und in 46 Einzelpunkten wird akribisch aufgelistet, wie die im Aktionsplan beschriebenen Ziele zur «sexuellen Gesundheit» für alle Menschen zu erreichen sind. Darin findet man unter «Zukunftsvision », dass in Europa alle Menschen «unabhängig von biologischem und sozialem Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität […] dazu befähigt und dabei unterstützt werden» sollen, «ihr Potenzial an sexueller und reproduktiver Gesundheit voll auszuschöpfen» und ein «möglichst hohes Mass an Wohlbefinden zu erreichen».

Weiter wird ein «Menschenrecht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit» postuliert, das «geachtet, geschützt und verwirklicht» werden soll. Auf den Abbau von Benachteiligungen in Bezug auf «sexuelle Gesundheit» soll hingearbeitet werden. Zu den Massnahmen gehören explizit die «Anerkennung des Rechts jeder Person, im gesamten Lebensverlauf geschlechtergerechte Informationen in Bezug auf Sexualität sowie die sexuelle […] Gesundheit und damit verbundene Rechte nachzufragen, zu erhalten und weiterzugeben». Alle Menschen jeden Alters sollen Zugang zu einer «umfassenden» Sexualaufklärung erhalten. **Das bedeutet jedoch nichts anderes, als dass bereits kleine Kinder Zugang zu Sexualerziehungsprogrammen erhalten sollen, um sie zu befähigen, eigene «Entscheidungen über die sexuelle und reproduktive Gesundheit zu treffen».** Zur Zielerreichung sollen «Konzepte der Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter» durch eine sogenannte «umfassende Sexualerziehung» in schulische Lehrpläne aufgenommen werden.

Schwächung der Familie

Was mal wieder in wohlklingenden Worten daherkommt, wird verheerende Folgen haben, denn letztendlich geht es u.a. darum, den Lustgewinn durch Sexualität stärker hervorzuheben und zu fördern, und vor allem Kinder schon möglichst früh mit ihrer Sexualität in Berührung zu bringen. Der Psychoanalytiker Sigmund Freud hatte einst erkannt: «Kinder, die sexuell stimuliert werden, sind nicht mehr erziehungsfähig, die Zerstörung der Scham bewirkt eine Enthemmung auf allen anderen Gebieten, eine Brutalität und Missachtung der Persönlichkeit des Mitmenschen.» Dieser Gedanke Freuds wurde von Dr. Hans-Jochen Gramm weitergeführt, als er im Handbuch für Lehrer «Anleitung zur Handhabung der Rahmenrichtlinien für Sexualkunde in Hessen» 1970 schrieb: «Wir brauchen die sexuelle Stimulierung der Schüler, um die sozialistische Umstrukturierung der Gesellschaft durchzuführen und den Autoritätsgehorsam einschliesslich der Kinderliebe zu den Eltern gründlich zu beseitigen.»

Kommunistische «Koryphäen» wie Alexandra Kollontai, die Leiterin der Frauenabteilung des Zentralkomitees der KPdSU, oder Vertreter der Frankfurter Schule machten keinen Hehl daraus, dass die Befreiung der Sexualität dazu beitragen würde, die Bindung der Kinder zu ihren Eltern zu schwächen und so die traditionelle Familie zu zerschlagen. Es ist anzunehmen, dass diese Massnahmen langfristig auch auf eine Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der geistigen Entwicklung abzielen. Denn wie sagte doch der britische Ethnologe Joseph D. Unwin (Buchtitel: «Sex and Culture»): «Kulturen treten dann auf die Bühne der Geschichte, wenn sie die Möglichkeit zur sexuellen Triebbefriedigung stark begrenzen, und sie treten von der Bühne der Geschichte ab, wenn sie die Sexualität auf das tierische Niveau der ungezügelten Triebbefriedigung absinken lassen.» [1] Auch die «Gleichstellung der Geschlechter» bedeutet in der Sprache der WHO nichts anderes als die verstärkte Fortführung des Gender Mainstreamings (siehe S.46 ff.) in den Lehrplänen. Damit ja kein Kind dieser staatlich verordneten Sexualisierungsmaschine der WHO entgeht, ist ausdrücklich vorgesehen, auch Kindern und

Jugendlichen, die nicht die öffentliche Schule besuchen, eine umfassende Sexualerziehung aufzuzwingen. In der Schweiz brüstete sich die Stiftung «Sexuelle Gesundheit Schweiz», welche vom Bundesamt für Gesundheit mit Millionen von Steuergeldern finanziert wird, in ihrer Medienmitteilung vom 23. September 2016 damit, selber aktiv im Prozess zur Entwicklung dieses Aktionsplanes mitgewirkt zu haben. Sie forderte lautstark, diesen Aktionsplan «zügig in der Schweiz umzusetzen». ***(tk/Dominik Müggler)***

Quellen:
Text von Dominik Müggler, ExpressZeitung, Ausgabe 03/Januar 2017, S.10
1. Kuby, Gabriele: Die globale sexuelle Revolution, Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit, Kisslegg 2016

WHO legt Regeln für psychiatrische Massenmedikation fest

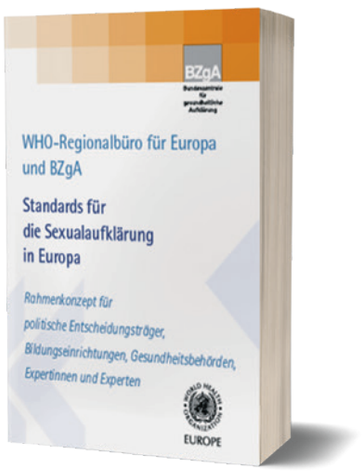
Die beiden Diagnosehandbücher DSM und ICD sind die zwei mit Abstand wichtigsten Diagnose-Handbücher für Psychiater, die mittlerweile ca. 374 Diagnosen für psychische «Krankheiten» auflisten. Mit ihnen soll der Psychiater anhand emotionaler Symptome herausfinden, ob sein Klient an einer Störung leidet. Das Problem dabei ist: Die Handbücher entbehren jeder wissenschaftlichen Grundlage und Psychiater können mit ihnen inzwischen jede noch so normale Facette der menschlichen Gefühlswelt als psychische Krankheit diagnostizieren und mit Medikamenten behandeln. Der Amerikanischen Psychiatrischen Gesellschaft (APA), die das Diagnose-Handbuch für psychische Krankheiten (DSM) zusammenstellt, kommt eine besondere Definitionsmacht zu, die ihr weit über die Grenzen Amerikas grossen Einfluss verschafft. Das WHO-Diagnosehandbuch ICD orientiert sich stark am DSM, d.h. die WHO dient als Vollstrecker der eigentlich treibenden Kraft hinter den willkürlichen und unwissenschaftlichen Diagnosen des DSM/ICD: Es sind primär die Medikamentenhersteller, die prächtig verdienen, wenn praktisch jeder Mensch als geisteskrank und medikamentös behandlungsbedürftig eingestuft werden kann. Sogar Kinder sind inzwischen ein riesiges Marktsegment für die Psychiatrie: Ca. 20 Millionen Kindern in aller Welt wurde mittlerweile irgendeine psychische Störung angehängt, indem man ihr normales Verhalten pathologisiert hat – und das in den meisten Fällen nach offiziellen WHO-Standards. Mehr dazu in der **ExpressZeitung Ausgabe 16/April 2018** – Thema: Psychiatrischer Diagnosewahn. ***(tk)***

WHO-Sexualpädagogik – Wegbereiter zur Legalisierung der Pädophilie?

In Frankreich hat ein Staatsanwalt den Vergewaltigungsvorwurf gegen einen 28-jährigen Mann mit der Begründung fallen gelassen, die elfjährige Sarah sei angeblich damit einverstanden gewesen. Der Mann ist jetzt nur noch des sexuellen Übergriffs auf eine Minderjährige angeklagt. Die Staatsanwaltschaft argumentiert, dass Sarah den sexuellen Handlungen zugestimmt habe und nicht gezwungen worden sei, Geschlechtsverkehr zu haben. Sie folgte laut Einschätzung der französischen Behörden «bereitwillig dem Angeklagten». [1]

Armelle Le Bigot Macaux, Leiterin der Kinderrechtsgruppe Cofrade, argumentiert: «Es ist wirklich erschreckend, dass die Staatsanwaltschaft glaubt, dass ein elfjähriges Mädchen das Urteilsvermögen eines Erwachsenen haben soll.» Die meisten Staaten Europas kennen ein Schutzalter, das eine Grenze bei 14 bis 17 Jahren festlegt. Bei allen Sexualhandlungen Erwachsener gegenüber Personen im Schutzalter besteht die unbestrittene Annahme, dass ein Kind nicht einwilligen kann. Wie konnte es trotzdem zu dieser Schlussfolgerung der Staatsanwaltschaft kommen, dass die sexuellen Handlungen zwischen dem erwachsenen Mann und dem elfjährigen Mädchen einvernehmlich gewesen sein sollen? Werfen wir dazu einen Blick auf die Diskussion über die schulische Sexualerziehung nach den WHO-Standards in Europa.

Dr. Maurice Berger hat als Sprecher einer Gruppe aus 20 Ärzten, Psychiatern, klinischen Psychologen und Traumaspezialisten im Juni 2017 einen Alarmruf in Form einer Petition an die französische Gesellschaft abgegeben. **Sie warnen ausdrücklich vor den verheerenden Folgen für Kinder aufgrund der «WHO-Standards für die Sexualaufklärung in Europa». Die darin propagierte Sexualaufklärung ab dem Vorschulalter basiert auf der Annahme, ein Kind habe von Geburt an eine Sexualität, habe sexuelle Bedürfnisse und demzufolge ein Recht auf Sexualität. So heisst es im Vorwort der WHO-Standards: «Der ganzheitliche Ansatz (der Sexualpädagogik) begreift Sexualität als menschliches Potenzial, als allgemeine Lebensenergie und hilft Kindern und Jugendlichen, grundlegende Fähigkeiten zu entwickeln, mit deren Hilfe sie ihre Sexualität und ihre Beziehungen in den verschiedenen Entwicklungsphasen selbst bestimmen können. Dies bestärkt sie darin, ihre Sexualität und Partnerschaften in einer erfüllenden und verantwortlichen Weise zu leben.»**



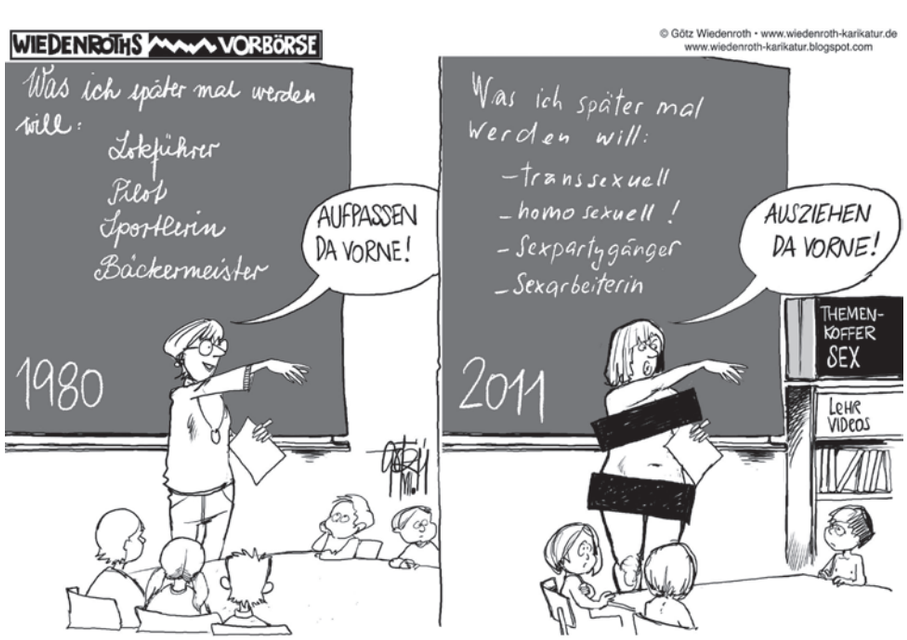
In anderen Worten: Kinder sollen ihre Sexualität so früh wie möglich entdecken und in Sachen Geschlechtsverkehr eigenverantwortlich Entscheidungen treffen – was den Weg ebnet, Kinder auch selbstständig entscheiden zu lassen, ob sie mit Erwachsenen intim werden oder nicht.

Diese WHO-Standards werden nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz umgesetzt, finanziert mit Steuergeldern, so zum Beispiel in der Schweiz: Das BAG (Bundesamt für Gesundheit) finanziert seit Jahren die Organisationen, die diese Art der Sexualerziehung vorantreiben. Gemeinsam mit einer «Allianz für Sexualaufklärung» will das BAG die WHO-Standards in der Schweiz durchsetzen.

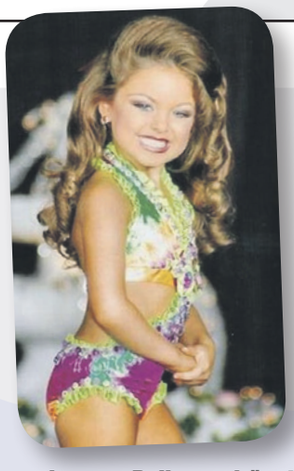
Missbrauch im Namen der Selbstbestimmung?

Die Vorgaben der WHO werden in Frankreich von der Gruppe rund um Berger massiv kritisiert. Sie warnt ausdrücklich vor der Behauptung, kleine Kinder hätten eine Sexualität, welche mithilfe einer entsprechenden «Sexualerziehung» durch Erwachsene physisch und psychisch geweckt, quasi aktiviert werden müsste. Die Mediziner warnen weiter vor den gravierenden Risiken einer solchen «Sexualerziehung» und vor den postulierten (sprich geforderten) «sexuellen Rechten», welche die Kinder traumatisieren würden.

Die promovierte Psychologin und Fachbuchautorin Ariane Bilheran hat die einzelnen Textpassagen der WHO-Standards minutiös analysiert und kommentiert. Sie warnt, dass die Inhalte der Aufklärung nichts mit dem eigentlichen Kinderschutz zu tun hätten, wie er beispielsweise in Art. 11, Abs.1 der Schweizer Bundesverfassung festgelegt ist. Zitat: «Sondern es geht dabei nur darum, die Prävention [das meint hier die frühkindliche sexuelle Aufklärung] als perversen Vorwand zu benutzen, um Ideologien und pädophiles Verhalten durchzudrücken.»



Orientierung für Erstklässler an der staatlichen Pflichtschule



Hat es System, dass Kinder immer früher in Erwachsenen-Rollen gedrängt werden? Will man Pädophilen Türen öffnen, indem man Kindern eine Eigenverantwortung zugesteht, die sie in ihrem Alter schlicht nicht haben können? Will man die Kinder, indem man sie wie Erwachsene behandelt, möglichst früh von ihren Eltern losreissen, um die Erziehungsgewalt in die Hände von Staat, Medien und der restlichen Gesellschaft zu legen?

Bilheran kritisiert an den WHO-Standards zudem, dass weder anerkannte medizinische Fachpersonen (z.B. Kinderpsychiater und Therapeuten) noch anerkannte Rechtsexperten vorgängig konsultiert worden seien. Es habe keine kontroversen Debatten zwischen Experten gegeben und auch das Volk sei ausgeschlossen worden. Das sei ein totalitäres Vorgehen. Die Umsetzung dieser WHO-Standards sei eine konzertierte internationale Aktion und Bilheran mahnt ausdrücklich, «die totalitäre Dimension des Geschehens zu erfassen. Ansonsten riskiere man, nicht richtig darauf reagieren zu können».

Wird der Bock zum Gärtner gemacht?

Untersucht man das Präventionsprogramm «Mein Körper gehört mir!» des Kinderschutzes Schweiz, findet man dieses Argument bestätigt. Das Programm richtet sich an Kinder der Unterstufe, also an 6- bis 9-Jährige. Die Präventionsbotschaften richten sich ausschliesslich an das Kind, selber zu bestimmen, welche Berührungen es mag und welche nicht. Damit ist das Kind sich selber ausgeliefert und es wird angenommen, dass das Kind in diesem Alter das dazu nötige Urteilsvermögen hat. So gesehen erscheint es nachvollziehbar, wenn Eltern die Befürchtung haben, dass man den Bock zum Gärtner macht, wenn man die Missbrauchsprävention für ihre Kinder in die Hände der Vertreter einer WHO-Sexualpädagogik legt.

Die ausschlaggebenden Argumente mancher Organisationen, die die Legalisierung der «gewaltfreien» Pädophilie fordern, sind das Recht der Kinder auf Sexualität und die Einvernehmlichkeit. So lautete die Forderung der damals stark von pädophilen Aktivisten beeinflussten AHS (Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität) in dem «Positionspapier von 1988 zur Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern»: «Gleichberechtigte, einvernehmliche und verantwortliche sexuelle Handlungen dürfen - weil sie nicht schädigen - auch zwischen Erwachsenen und Kindern nicht mehr strafbar sein.»

Foto: Kremlin.ru

Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres steht im Verdacht, in die schlimmste Kindsmissbrauchsserie der portugiesischen Geschichte verwickelt gewesen zu sein. Hintergrund ist der Fall Casa Pia, ein Waisenheim im Zentrum von Lissabon, das Prominenten über viele Jahre als Zuführbordell diente.

Ariane Bilheran kommt zum Schluss, dass bei der Erstellung der WHO-Standards international bestens vernetzte Pädophilen-Netzwerke mitgewirkt haben könnten, damit so der Weg freigemacht werden soll, zukünftig den gesetzlichen Schutz der Kinder und Minderjährigen abzuschaffen. Dieser neueste Gerichtsfall in Frankreich zeigt auf, dass gerade diese Forderungen von pädophil geprägten Organisationen wie der AHS nun in ersten Schritten erfüllt werden. Die bereits gängige Praxis der WHO-Sexualpädagogik trägt ihre ersten Früchte. Politik, Bildungsbehörden und Eltern sind aufgerufen, noch geltendes Recht zum Schutz der Kinder und Jugendlichen einzufordern, wie dies zum Beispiel in der Schweizer Bundesverfassung festgehalten ist: Art. 11/ Abs. 1, «Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung.»

Quellen:
klagemauer.tv, WHO-Sexualpädagogik – Wegbereiter zur Legalisierung der Pädophilie?, 20.03.2018
1. deutsch.rt.com, Frankreich: 28-Jähriger hat Sex mit elfjährigem Schulmädchen - Staatsanwalt: «Einvernehmlicher Akt», 28.09.2017
2. web.archive.org, Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen Positionspapier von 1988, aktualisiert 1998/99, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität

Seuchen

Die Weltgesundheitsorganisation
WHO: Im Griff der Pharmalobby

Zentrale der WHO in Genf
Foto: I, Yann

Am 08.08.2014 hatte die globale Behörde für Koordination bei Krankheitsfällen, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), den Notstand erklärt. Schauplatz: Westafrika. Das sogenannte Ebola-Virus versetzte die Welt in Angst und Schrecken. «Dieser Ausbruch beinhaltet jetzt die Übertragung nach Guinea, Liberia, Nigeria und Sierra Leone. Mit Datum vom 4. August 2014 haben die Länder 1711 Fälle, darunter 932 Todesfälle, gemeldet. [...] Dies ist derzeit der grösste jemals vorgekommene Ausbruch der Ebola-Virus-Krankheit», heisst es in der entsprechenden WHO-Erklärung vom 8. August. Nun, so schlimm die Todesfälle auch waren – wenn man sie in Relation zu den Einwohnerzahlen der genannten Länder setzte (173 Millionen), ist ihre Zahl verschwindend gering. Und auch im Verhältnis zu krankheits- und hungerbedingten Sterbefällen in diesen Ländern fielen sie kaum ins Gewicht.

Zwar waren schon in den vorherigen Monaten aus Afrika «Ebola»-Fälle gemeldet worden. Zu einer regelrechten Panikmache kam es aber erst im August, als Länder wie Nigeria den Notstand ausriefen – und zwar wegen neun Infektions-, 140 Verdachts- und zwei Todesfällen. Das kann man nur noch bizarr nennen, aber das Schema ist seit Jahren dasselbe. Betrachten wir zum Beispiel das Geschäft mit dem Grippemittel Tamiflu. Schon das habe sich glänzend entwickelt, als «weltweit die Angst vor der Vogelgrippe» grassierte, hiess es am 1. November 2005 auf Spiegel Online: «In den vergangenen drei Monaten steigerte [der Tamiflu-Erfinder] Gilead seine Lizenzerlöse gegenüber dem Vorjahr um satte 70 Prozent auf 26,2 Millionen Dollar.» «Mit Seuchenpanik» lassen sich nämlich «Milliarden verdienen», schrieb der ExpressZeitungs-Autor Gerhard Wisnewski anlässlich der Vogelgrippe-Hysterie 2006: «Arzneimittelhersteller erhöhen ihre Umsätze, Aktienkurse explodieren, ‚Forschungsinstitute' werden ausgebaut und bekommen Millionen hinterhergeworfen.» [1].

2006 rechnete eine Frau Dr. Petra Graf vom Gesundheitsreferat der Stadt München allein in der bayerischen Landeshauptstadt mit bis zu 400 000 Erkrankten und 1500 Todesfällen durch die Vogelgrippe [2]. Sieben Jahre später stellte das Robert Koch-Institut (RKI) fest, dass in Wirklichkeit nicht ein einziger Mensch auch nur an Vogelgrippe erkrankt sei [3] – und zwar in ganz Deutschland nicht.

Milliardengewinne durch globale Virenpanik

Ab Ende April 2009 wurde eine neue Sau durchs globale Mediendorf getrieben: die Schweinegrippe. Als Erstes sollte es Mexiko erwischt haben. Tagelang marschierten mit Gesichtsmasken vermummte Mexikaner über die TV-Bildschirme. Behörden kauften für zig Millionen Dollar Impfstoff und Grippe-Medikamente ein, insbesondere wieder das von dem US-amerikanischen Unternehmen Gilead Sciences entwickelte Tamiflu, das von dem Schweizer Pharmakonzern Hoffmann-La Roche in Lizenz hergestellt wird. Jahre später waren die inzwischen abgelaufenen Bestände Sondermüll und mussten vernichtet werden. «Länder vernichten Millionen Dosen H1N1-Impfstoff», meldete zum Beispiel Spiegel Online am 25. November 2011. Ganze Lastwagenladungen wanderten in den Verbrennungsofen: «Die Länder blieben auf Kosten von 239 Millionen Euro sitzen» – das heisst der Steuerzahler.

Bei einem Anfall globaler Panik versprechen Impfstoffe und Medikamente Milliardengewinne. Durch WHO und Medien werden Bürger und Politiker in Panik versetzt und Behörden dazu verleitet, schnell Impfstoffe zuzulassen und für Milliarden einzukaufen. Wie beispielsweise in Deutschland, wo zwar für eine halbe Milliarde Euro Impfstoff gebunkert wurde, aber 95% der Bevölkerung nicht zur Schweinegrippe-Impfung erschienen (ohne danach an Schweinegrippe zu erkranken). Dass es nach all den negativen Erfahrungen immer noch möglich ist, alle paar Jahre eine neue Virenpanik auszulösen, ist eigentlich kaum zu glauben. Dennoch ruft die WHO unverdrossen alle drei bis fünf Jahre eine neue Epidemie aus – oder noch besser: eine Pandemie. Denn eigentlich hat nur eine Pandemie (abgeleitet aus den griechischen Wörtern

Das Grippemittel Tamiflu verkaufte sich durch die von der WHO ausgerufenen Seuchen Vogel- und Schweinegrippe millionenfach.

Eine Regierung mit der Fähigkeit, jeden Lebensaspekt ihrer Bürger zu regulieren, z.B. durch die Durchsetzung drastischer Massnahmen aufgrund einer Pandemie-Warnung der WHO, einhergehend mit der massenhaften Verabreichung von Medikamenten oder Impfungen, ist ein natürlicher Freund und Verbündeter der Pharma-Kartelle. Mehr dazu in der **ExpressZeitung Ausgabe 11/Oktober 2017** - Thema: Pharmaindustrie.

pan, «alles», und demos, «Volk») ein globales Umsatzpotenzial. Da eine Pandemie überall grassiert, werden auch überall Medikamente und Impfstoffe gebraucht.

WHO und Pharmaindustrie ziehen dabei an einem Strang. Während in den Labors der Pharmakonzerne neue Medikamente erfunden werden, erfinden die Marketing-Abteilungen neue globale Panikattacken: «Das Vogelgrippevirus (H5N1) könnte möglicherweise der Auslöser einer neuen Pandemie werden», erklärte im Jahr 2005 zum Beispiel die Pharma-Firma Hoffmann-La Roche, «mit bis zu 7 Millionen Todesopfern.» Die WHO setzt die Seuchenszenarien dann in ihre Pandemiestufen und in «Empfehlungen» zur Seuchenbekämpfung um, die natürlich auch Empfehlungen für bestimmte Medikamente und Impfungen enthalten, und betreibt damit das Geschäft der Impf- und Pillenindustrie.

Lobbyismus

Dass die WHO massiv von der Pharma-Industrie beeinflusst wird, ist nicht einmal ein Geheimnis: Die «Strategic Advisory Group of Experts on Immunization» (SAGE) ist innerhalb der WHO für Impfempfehlungen zuständig. In der «Strategischen Beratergruppe von Immunisierungsexperten» sitzen WHO-Impfexperten aus aller Herren Länder einträchtig mit Vertretern der Pharmaindustrie zusammen und beratschlagen über weltweite Impfkampagnen. Zwar haben die Pharmavertreter, «um Interessenkonflikte zu vermeiden», nur Beobachterstatus, aber das ist reine Augenwischerei. Tatsache ist, dass die WHO ihre Impfempfehlungen unter den Augen der globalen Pharmaindustrie entwirft und niemand die möglichen Verflechtungen zwischen den SAGE-Mitgliedern und den bei den Sitzungen anwesenden Vertretern der Pharmakonzerne durchschauen kann. Beispielsweise kann niemand SAGE-Mitglieder daran hindern, direkt oder indirekt Aktien jener Hersteller zu besitzen, deren Impfstoffe und Grippemittel sie der gesamten Menschheit aufs Auge bzw. in den Arm drücken wollen. Dafür muss es nicht einen anstössigen konspirativen Kontakt zwischen SAGE-Experten und Pharmavertretern geben. So wurden z.B. durch die von dem WHO-SAGE-Komitee geschürte Schweinegrippe-Hysterie exakt die Aktienkurse jener Unternehmen angekurbelt, die ebenfalls in der SAGE sitzen. Die hatten das auch bitter nötig. So hatten die Papiere von Novartis und GlaxoSmithKline bis kurz vor «Ausbruch» der Schweinegrippe kräftig an Wert verloren. Seit März 2009 jedoch, als «sich das Schweinegrippevirus ‚Influenza A (H1N1)' beeindruckend schnell aus[breitete]», so die Deutsche Welle, stiegen auch die Kurse von Novartis und GlaxoSmithKline beeindruckend schnell.

«Seuchendiktatur» durch WHO-Panik

Im Fall der Ebola-Panik stürzten die von der WHO verhängten Massnahmen Millionen Menschen wirtschaftlich ins Unglück. So fraglich es war, ob Ebola die Menschen tatsächlich bedrohte, so sicher war es, dass die WHO Millionen Menschenleben gefährdete. Mit der Erklärung des «internationalen Gesundheitsnotfalls» am 8. August 2014 errichtete die WHO eine Art «Seuchendiktatur» und empfahl den betroffenen Staaten eine Reihe drastischer Massnahmen, die tief in die Rechte und die Wirtschaft der betroffenen Menschen beziehungsweise Länder eingriffen, darunter die Ausrufung des Notstands mit der Möglichkeit drastischer Einschränkung von Bürger- und Verfassungsrechten.

«Die Grenzen sind dicht, die Wochenmärkte geschlossen. Schon jetzt hungern viele Menschen – und es soll noch schlimmer kommen», hiess es auf tagesschau.de am 28. September 2014. Schuld sei natürlich die «Ebola-Epidemie». Was dabei verschwiegen wurde: Während bis Mitte September 2014 in den betroffenen Ländern etwa 2400 Menschen an Ebola gestorben sein sollen, drohte die wirkliche Katastrophe erst durch die Massnahmen der WHO: Das öffentliche Leben sei «zum Erliegen gekommen – mit gravierenden Folgen für die meisten Menschen in der Region», so tagesschau.de weiter. Das Fazit des Experten: «Im Moment reden wir noch nicht von einer Hungersnot, sondern von dem Drohen einer Hungersnot. [...] Wir gehen davon aus, dass ab Februar 2015 etwa 150 000 Menschen in ländlichen Gebieten extern mit Nahrungsmitteln versorgt werden müssen.» Ergebnis: Da die Hauptursachen für die meisten Erkrankungen in Wirklichkeit mangelnde Hygiene und Ernährung sind, hat die WHO auf diese Weise Hunderttausende weiterer Menschen krank gemacht und endgültig die Epidemie bekommen, von der sie dauernd redete. Die Bild-Zeitung befürchtete sogar, Ebola (also die WHO) könne die gesamte afrikanische Wirtschaft gefährden: «Während versucht wird, eine Ausbreitung der Seuche zu verhindern, lähmt Ebola die Volkswirtschaften von Sierra Leone, Liberia und Guinea – und könnte ihren Schatten auf den Rest des Kontinents werfen.» ***(gw/tk)***

Anti-Tetanus-Impfprogramme - oder Massensterilisierung?

Katholische Bischöfe in Kenia stellten eine ungeheuerliche Behauptung auf: Zwei Gesundheitsorganisationen der UNO - die WHO und UNICEF - hätten Millionen von Mädchen und Frauen unter dem Deckmantel des Anti-Tetanus-Impfprogramms sterilisiert. Das Programm wurde von der kenianischen Regierung unterstützt. Die «Vereinigung Kenianischer Katholischer Ärzte» gab am 6.11.2014 eine Erklärung heraus, wonach in verschiedenen Laboratorien im Impfstoff ein Abwehrstoff nachgewiesen wurde. Dieser Abwehrstoff kann zur Empfängnisverhütung angewandt werden und kann auch zu Fehlgeburten führen. Alarmiert wurden die katholischen Ärzte durch die Tatsache, dass nur Frauen im gebärfähigen Alter geimpft werden sollten - und das mit 5 Impfungen über zwei Jahre. Gängige Praxis sind drei Impfungen bei allen Kindern, Frauen und Männern, die mit einer offenen Wunde zur Behandlung kommen. Es ist bekannt, dass durch Tetanus-Impfkampagnen, die bereits in Nicaragua, Mexiko und in den Philippinen durchgeführt wurden, Frauen sterilisiert wurden. Dort wurden ebenfalls 5 Impfungen nur an Frauen zwischen 12 und 45 Jahren verabreicht.

Quelle: kla.tv, 07.01.2015

Die IWF-Direktorin Christine Lagarde mit Zentralbankchefs und Finanzministern aus der ganzen Welt auf der Jahrestagung des IWF in Indonesien 2018.

Internationaler Währungsfonds IWF:

Die UNO als Wirtschafts- und Finanzmacht

Der IWF ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und hat offiziell die hauptsächliche Aufgabe, das globale Finanzsystem zu stabilisieren und Ländern, die in Schwierigkeiten geraten sind, aus der Krise zu helfen. Er vermittelt so der Weltöffentlichkeit den Eindruck einer ehrenwerten, Gerechtigkeit und Hilfsbereitschaft verpflichteten internationalen Organisation unter dem Dach der vielfach mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Welt-Staaten-Gemeinschaft UNO. Doch wie so oft, sieht es hinter dieser noblen Fassade ganz anders aus.

Schon die Entstehung des IWF zeigt, woher der Wind weht und welche Kräfte hier das Sagen haben. Die zwei Weltkriege hatten zu einem Schlüsseltreffen von Finanzministern und Notenbankchefs aus aller Welt in Bretton Woods, einem Stadtteil der beschaulichen Kleinstadt Carroll in New Hampshire, im Jahr 1944, geführt. Hier trafen sich vom 1. bis 23. Juli die Vertreter von mehr als 40 Staaten, um das weltweite Währungssystem nach dem Zweiten Weltkrieg zu planen, was allerdings zu der Frage führt, warum die Alliierten sich ihres Sieges ein Jahr vor Kriegsende schon so sicher waren. Man fühlt sich an einen Ausspruch erinnert, der ausgerechnet Franklin D. Roosevelt nachgesagt wird, welcher zu diesem Zeitpunkt US-Präsident war: «In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auch auf diese Weise geplant war.»

Sowjet-Spion macht USA zur Weltfinanzmacht

Bei der Konferenz von Bretton Woods waren sowohl die USA als auch die UDSSR anwesend. Man arbeitete gemeinsam an der Entwicklung eines weltweiten Geldsystems. Das Prinzip einer Zentralbank, die die Geldmenge kontrolliert, sollte auf die ganze Welt übertragen werden. Zwar sollte keine Weltzentralbank erschaffen werden, aber die Zentralbanken der Welt sollten von ein paar wenigen internationalen Organisationen überwacht werden, die die wichtigsten Entscheidungen treffen. Dafür, dass die Idee des Sozialismus schon damals in den USA Fuss gefasst hatte, ist Bretton Woods

Der Sowjetagent Harry Dexter White (links) und der Sozialist John Maynard Keynes beim Eröffnungstreffen des IWF-Gouverneursrates in Savannah, Georgia, USA am 08. März 1946.

IWF: Organisation für internationale Planwirtschaft?

Oft wird von Kritikern für die Methoden des IWF die Bezeichnung «neoliberal» verwendet. Für die allermeisten bedeutet dies «besonders liberal», also besonders marktwirtschaftlich. Doch sogar einige Vollblutsozialisten erkannten das eigentliche Wesen des IWF. So schrieb der marxistische Theoretiker Boris Kagarlitsky 1998:

«Während der 1990er wurde das neoliberale Wirtschaftsmodell auf einer globalen Ebene installiert. Als Resultat haben der IWF und die Weltbank begonnen, auf globaler Ebene dieselbe Rolle zu spielen, wie das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion für den kommunistischen Block spielte. Experten von IWF und Weltbank entscheiden, was mit der Kohleindustrie in Russland zu tun wäre, wie Unternehmen in Südkorea umstrukturiert werden und wie man Unternehmer in Mexiko handhabt. Auch wenn gesagt wird, das seien freie Märkte, hat die Welt in der Praxis noch nie so eine Zentralisierung gesehen. Selbst westliche Regierungen müssen sich mit dieser Parallelautorität arrangieren.»

Quelle: «Socialism and Democracy», Vol.12, Nr.1–2,1998, veröffentlicht von «The Committees of Correspondence»

ein hervorragendes Beispiel: Bei den Verhandlungen setzte sich der Vertreter der US-Regierung Harry Dexter White gegen den englischen Vertreter John Maynard Keynes durch. Keynes – ein bekennender Sozialist - hatte vorgeschlagen, eine Weltwährung namens Bancor einzuführen. Die Länder hätten ihre lokalen Währungen in Bancor umtauschen müssen, um untereinander zu handeln. Am Ende hörte man jedoch auf den Vorschlag von Harry Dexter White und entschied, den US-Dollar zur «Weltleitwährung» zu machen. Wer auf dem Weltmarkt tätig werden wollte, musste nun Dollars einsetzen. Das weitete den Machtbereich der USA enorm aus und machte sie zur neuen Supermacht.

Nun wird es auf den ersten Blick widersprüchlich: Harry Dexter White, der Mann, der für den Dollar als Weltleitwährung kämpfte, entpuppte sich später als Sowjet-Agent. Der Mann, der die USA in eine noch stärkere finanzielle Weltmacht verwandelte, war also ein russischer Spion. Deutet dies nicht klar darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt schon andere Interessen über den staatlichen Interessen von Russland und Amerika standen? Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Dollar wie besprochen zur Weltleitwährung gemacht, womit die amerikanische Zentralbank Federal Reserve eine Rolle einnahm, die einer Weltzentralbank schon ziemlich nahe kam.

Christine Lagarde, geschäftsführende Direktorin des IWF

Vom Goldstandard zum Weltpapierstandard

Da weder die Völker noch die Repräsentanten vieler Staaten in Bretton Woods einer ungedeckten Papierwährung trauten, garantierten die USA dafür, dass jeder Staat seine Währungsreserven in Dollars und danach bei der Federal Reserve in Gold umtauschen konnte. Das weltweite Finanzsystem basierte nun auf einer sehr eingeschränkten und vollkommen unzureichenden Form des Goldstandards. Auf den ersten Blick stellten die USA ihr Gold grosszügig zur Verfügung, indem sie jedem Land die Möglichkeit anboten, ihre Währungen in Gold umzutauschen, doch sobald ein Land dies wirklich versuchte, wie z.B. Frankreich unter Charles de Gaulle, wurde dies abgelehnt. Präsident Nixon löste am 15. August 1971 dann endgültig die Verpflichtung auf, US-Dollar gegen Gold zu tauschen. Der Dollar blieb dennoch Weltleitwährung, obwohl er nun durch nichts mehr gedeckt war und sich weiterhin beliebig vermehren liess. Nun war der Weg frei zur weltweiten Verschuldung mit ungedecktem Papiergeld.

Der IWF gewährt wirtschaftlich unterentwickelten Staaten unter bestimmten Bedingungen ein Darlehen. Die meist sehr marktwirtschaftlich klingenden offiziellen Angaben über die Handlungsweise des IWF haben aber wenig bis nichts mit der Realität zu tun: Dem IWF geht es in erster Linie darum, die Staatsschuld der Länder zu vergrössern. Primär da Staatsverschuldung ein idealer Vorwand für Regierungen ist, um ihre Bürger zu enteignen, womit sich wiederum internationale Unternehmen den Zugriff auf Rohstoffe und andere Reichtümer des Landes sichern können. Der IWF vergibt Kredite an Mitglieder der

➔

Die ExpressZeitung Ausgabe 20/Oktober 2018 – Thema: Südafrika – macht die Verbindung zwischen kommunistischen Revolutionen in Afrika und internationalen Organisationen wie dem IWF sichtbar. Denn die internationalistischen Kreise, u.a. zurückgehend auf die Round Table Gruppe (siehe S.16 ff.), scheinen wenig Interesse an marktwirtschaftlichen und unabhängigen Regierungen zu haben. Das ist auch logisch: Schliesslich eignen sich korrupte, kommunistische Regierungen, deutlich besser dafür, der Heimatbevölkerung ihre Bodenschätze zu enteignen. Ausserdem sind sozialistische Führer eher dazu bereit, nationale Souveränität an den UN-Superstaat abzutreten. Kein Wunder, dass der Machtwechsel in Südafrika, bei dem die wohlhabendste Nation des Kontinents in die Hände einer kommunistischen Terrororganisation gelegt wurde, mit voller Unterstützung westlicher Banken, Regierungen und natürlich der UNO stattgefunden hat.

Seite 67

Vereinten Nationen und stellt im Gegenzug dafür Bedingungen, unter anderem die Privatisierung von staatlichen Betrieben. Durch die Kredite werden die Regierungen abhängig gemacht. Der Fehler, den viele bei ihrer Kritik am IWF machen, ist, dieses Vorgehen mit freier Marktwirtschaft zu verwechseln. Wenn aber Staaten ehemaliges Regierungseigentum bzw. Regierungsaufgaben an private Konzerne vergeben, dann ist dies eine unheilige Allianz aus Konzernen und Staaten. Staaten gewähren Unternehmen Vorteile, die sie ohne den Staat nicht hätten. Diese Methode bestimmter Konzerne, sich durch staatliche Massnahmen zu bereichern, nennt man «Korporatismus ». Da jedoch die wenigsten Menschen die Verbindung zwischen der Grösse/Macht eines Konzerns und dem Staat herstellen, fordern sie meist noch mehr Regulierungen und Eingriffe des Staates, um die Macht der Unternehmen zu beschränken. So kann sich der Korporatismus zu Sozialismus und im nächsten Schritt zu Kommunismus entwickeln.

Sozialismus erwünscht

Viele Kritiker bemängeln die Tatsache, dass der IWF nur Darlehen vergibt, wenn das Empfängerland die Löhne niedrig hält, um die Zinsen bezahlen zu können. Doch einer Regierung das Recht zu geben, sich in die Löhne der Arbeitnehmer einzumischen, ist nicht marktwirtschaftlich, sondern eine sozialistische Massnahme. Wenn das Volk eines Landes unter der Knute eines Diktators oder einer sozialistischen Regierung steht, die bestimmen, was sie mit dem Volksvermögen und den Krediten machen, hat der IWF ideale Voraussetzungen, sich in die Wirtschaft des Landes einzumischen. Das Ziel ist deshalb immer die Zentralisierung von Macht bei so wenigen Menschen wie möglich. Joseph Stiglitz, der ehemalige Chefökonom der Weltbank, gab offen zu, dass zehn Prozent der Darlehen – also Milliardensummen – von den Führern der Nationen abgezweigt und auf Konten in der Schweiz und anderen Steuerparadiesen transferiert werden. Nachdem die Regierenden ihre Zukunft gesichert haben, darf das Land von den amerikanischen Kartellfirmen ausgeplündert werden. Der Skandal ist nicht, dass die Regierung Elektrizitäts-, Wasser-, Telefon- und Gassysteme ihres Landes zu einem Bruchteil ihres Wertes an ausländische Unternehmen veräussert. Das eigentliche Problem besteht darin, dass sie es überhaupt kann. In einer Marktwirtschaft sollte sie an den Eigentumsrechten des Individuums scheitern.

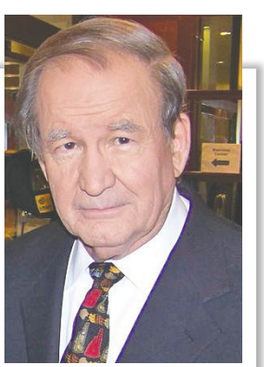
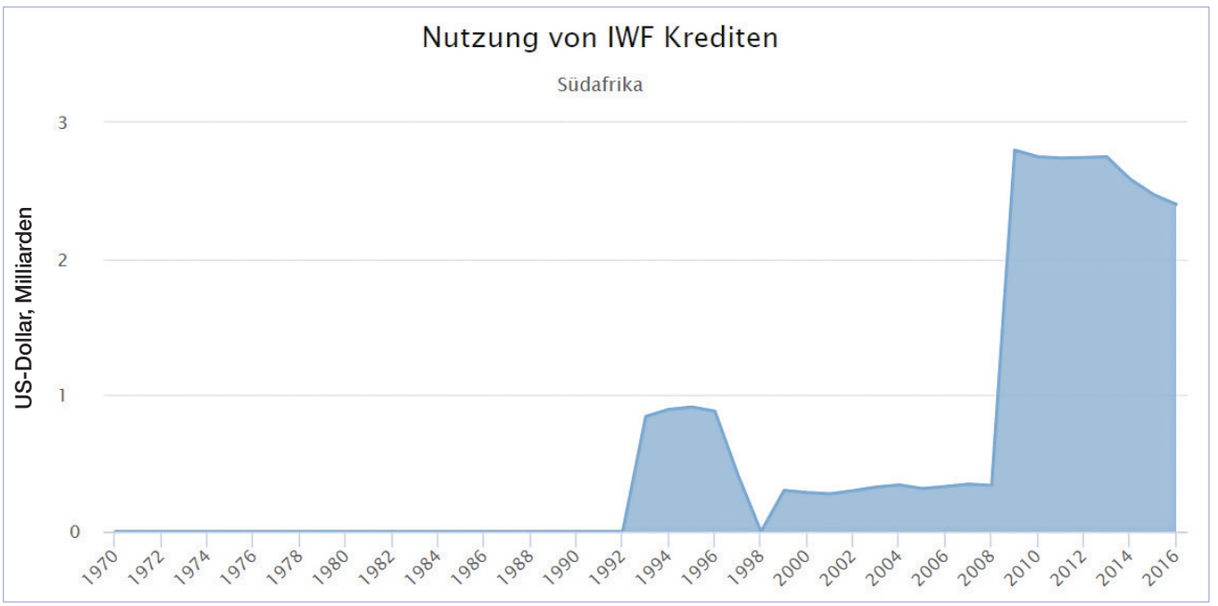


Foto: CC-BY- SA-3.0, Wikimedia Commons

Im Juli 1944, im Mount Washington Hotel in Bretton Woods, in den Bergen von New Hampshire, kreierten John Maynard Keynes und Harry Dexter White die Neue Weltordnung.»

Pat Buchanan, amerikanischer Politiker, über die Gründung des IWF 1944 in Bretton Woods



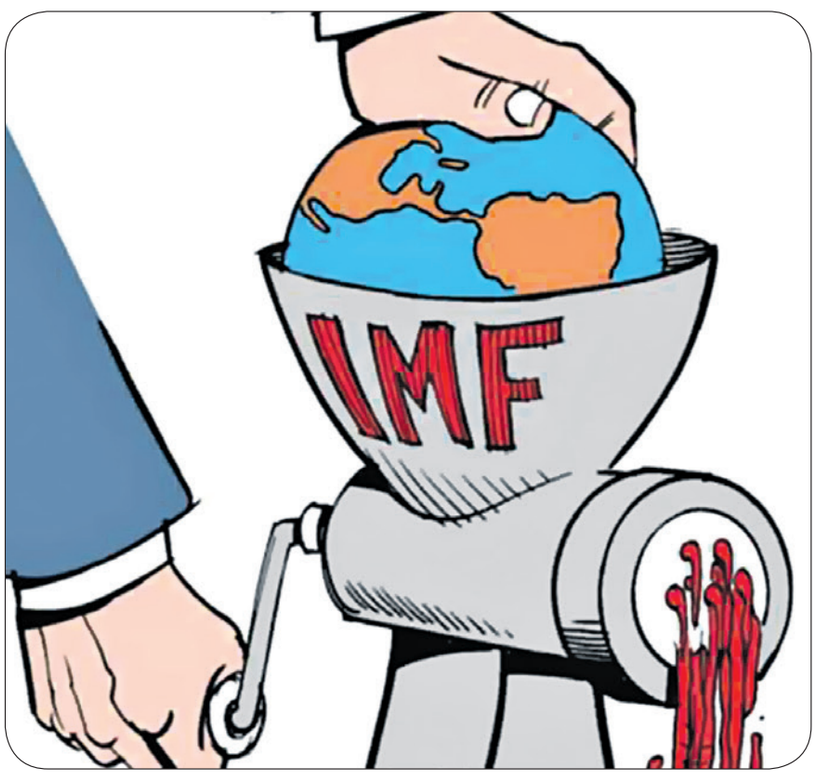
Quelle: Weltbank, auf factfish.com

Mit der Machtübernahme der sozialistischen Partei ANC begann auch die regelmässige Aufnahme von IWF-Krediten durch Südafrika.

Der Autor G. Edward Griffin nennt zahlreiche Beispiele für Partnerstaaten des IWF, die ihre Bevölkerung erbarmungslos ausbeuteten: «In Uganda haben sich die Streitkräfte an Zwangsumsiedlungen, Folter und der Tötung von Gefangenen beteiligt. Dasselbe trifft auch für Simbabwe zu. Dennoch sind beide Regimes weiterhin Empfänger von Millionen von Dollar der Weltbank (Anm.: Partnerorganisation des IWF). Simbabwe, das ehemalige Rhodesien, ist ein geradezu klassischer Fall. Nach der Unabhängigkeit verstaatlichte (also konfiszierte!) die linksorientierte Regierung viele der ehemaligen Farmen der weissen Siedler. Die guten Ländereien haben sich hochrangige Regierungsbeamte angeeignet, und der Rest wurde in staatliche Kollektive umgewandelt. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Farmen war derart verheerend, dass die Landarbeiter schon bald um Nahrung betteln mussten. Ungeachtet dieses Fehlschlags verkündeten diese sozialistischen Politiker 1981, dass sie auch die Hälfte der verbliebenen Farmen verstaatlichen würden. Den Gerichten wurde ausdrücklich untersagt, sich um die Entschädigung der ehemaligen Besitzer zu kümmern.» [2]

Landenteignung mit Segen des IWF?

Länder wie Tansania und Äthiopien, ebenfalls am Tropf des IWF, hatten ihre Landwirtschaft nach marxistischem Vorbild kollektiviert. Die Zwangsumsiedlungen kosteten hunderttausenden von Menschen das Leben. Unabhängige Bauern wurden terrorisiert, enteignet und verschleppt. Der IWF schien jedoch das Interesse an diesen Ländern nicht verloren zu haben und lieh den Diktatoren weiter fleissig Geld. Das Prinzip des IWF lässt sich auch deutlicher ausdrücken: Er verlangt von den Regierungen und Diktatoren, ihre Zivilbevölkerung arm zu halten, um neue Papiergeld-Kredite zu bekommen. Wenn die Schulden weiter wachsen, kommen meist internationale Grosskonzerne ins Spiel, die sich die kollektivierten Farmen, Minen, Ölfelder, Gasleitungen usw. unter den Nagel reissen.



Mit der besonderen Einstellung auf die Zielgruppe der Entwicklungsländer ergänzte der IWF ab 1978 seine Statuten durch die Positionen «technischer Beistand» und «Überwachung». Mit dem «technischen Beistand» räumte er sich in den Verträgen das Recht ein, bei der Gestaltung der Regierung und beim Aufbau der jeweiligen Zentralbank ein gewichtiges Wort mitzureden, also dafür zu sorgen, dass die entscheidenden Positionen in den Wirtschaftsministerien und Zentralbanken mit Leuten besetzt wurden, die dem IWF nahestanden oder zumindest seine Ansichten teilten. «Überwachung» bedeutete die Einmischung in die innere Regierungstätigkeit der Länder, um Gesetzesänderungen und Finanzreformen zu erreichen. «Bis Mitte der achtziger Jahre wurden auf diese Weise drei Viertel aller lateinamerikanischen Länder und zwei Drittel aller afrikanischen Länder zu Mitgliedern des IWF.» [2] ***(tk)***

Quellen:
1. G. Edward Griffin, Die Kreatur von Jekyll Island, Kopp Verlag
2. Ernst Wolff: Weltmacht IWF, Marburg 2014

Migration

Globaler Pakt für Migration:

v.l.n.r. Miroslav Lajčák, slowakischer Aussenminister (inzwischen aus Protest zurückgetreten, weil die Slowakei sich dem Pakt nicht anschloss); Juan José Gómez Camacho, mexikanischer UN-Botschafter, und Jürg Lauber, Chef der Mission der Schweiz bei der UNO in New York, feiern die Verabschiedung des letzten Migrationspakt-Entwurfs am 13.07.2018. Erstaunlich, dass zwei Staaten, die den Pakt am 11. Dezember nicht unterschreiben werden (Slowakei und die Schweiz), entscheidend bei dessen Erstellung mitwirkten.

Vorabdruck eines Kapitels aus dem neuen Jahresrückblick von Gerhard Wisnewski

von Gerhard Wisnewski

Haben Sie diese Bilder schon einmal irgendwo in unseren Mainstream-Medien gesehen: Ganze Gruppen von Schwarzen übersteigen einen hohen Grenzzaun an der spanischen Enklave Ceuta in Marokko und rennen anschliessend schreiend, tanzend und winkend durch die Strassen. Während manche stolz ihre von dem Schutzzaun verursachten Schnittwunden zeigen, schreien andere «boza, boza!» – was in der westafrikanischen Sprache Fula «Sieg» bedeutet.

Familienväter mit Flammenwerfern

Rein äusserlich betrachtet sind sie Anfang 20, im besten Gesundheitszustand, mit durchtrainierten, athletischen Körpern. Als sie wenig später in einer Schlange anstehen, scheinen sie alle von ganz ähnlicher Statur und auch fast gleicher Grösse zu sein. Sind das wirklich «arme Flüchtlinge»? Oder «Familienväter»? Wie RT Deutsch berichtete, bewarfen die Migranten die spanischen Grenzbeamten mit «Exkrementen, Blut, Branntkalk und Säure». Einen Monat zuvor waren die Grenzer gar mit selbst gebauten Flammenwerfern angegriffen worden. Glauben Sie auch, dass das Flüchtlinge sind? Mit selbst gebauten Flammenwerfern? Oder vielleicht doch «Militärs»? Wenn wir diese Perspektive mal einen Moment lang einnehmen, dann ergibt die Stürmung des Grenzzauns auch gleich viel mehr Sinn. Denn dafür werden Soldaten ja trainiert. Alles Verschwörungstheorie. Vielleicht bis auf die Tatsache, dass einer dieser Migranten das selbst gesagt hat: «Wir sind Militärs!» [1]

Migration ohne Ende

Wenn es nach den Vereinten Nationen geht, werden solche Aktionen aber bald gar

Das Ende der Welt, wie wir sie kannten

Sind diese Afrikaner, die im Juli 2018 die spanische Enklave Ceuta stürmten, wirklich «arme Flüchtlinge»?

nicht mehr nötig sein. Denn am 13. Juli 2018, während alle Welt dem Ende der Fussballweltmeisterschaft in Russland entgegenfieberte, verabschiedete die UN-Vollversammlung in New York quasi klammheimlich den letzten Entwurf eines Globalen Paktes für Migration. Am 11. und 12. Dezember 2018 sollte dieser umfassende Globale Migrationsvertrag in New York unterzeichnet werden. «Klammheimlich» deshalb, weil sich unsere Medien über diesen richtungweisenden Vertrag praktisch ausschwiegen (siehe S.79). Während Angela Merkel und Horst Seehofer noch im Juni 2018 publikumswirksam über das Thema «Grenzsicherung» stritten, wurde im Hintergrund das internationale Abkommen für eine sichere, geordnete und vor allem «regelmässige» (primäre Übersetzung von «regular» laut leo.org) Migration ausgearbeitet. Während uns unsere Politiker eine Eindämmung der Migration vorgaukelten, arbeiteten sie schon längst an dem genauen Gegenteil: an der Migration ohne Ende. **Das Ziel ist die Abschaffung der illegalen und irregulären Migration durch Legalisierung der Migration. In etwa so, als würde man den illegalen Drogenhandel durch Legalisierung sämtlicher Drogen bekämpfen, den Einbruchdiebstahl durch Legalisierung des Einbruchdiebstahls und den Mord durch Legalisierung des Mordes. So kann man in kürzester Zeit erstaunliche Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung erringen, nämlich indem man die Kriminalität einfach legalisiert.**

Tatsache ist: Am 10. und 11. Dezember 2018 sollte ein Papier unterschrieben werden, wie es die Welt noch nicht gesehen hat: Der «Globale Pakt für sichere, geordnete und regelmässige Migration» (GCM) soll oder sollte garantieren, dass Migranten ständig geordnet in andere Länder einwandern können, indem die Zielländer im Endeffekt zur unbeschränkten Aufnahme verpflichtet werden. Das meint Merkel, wenn sie sagt: «Die Migration muss besser geordnet und gesteuert werden» – nicht etwa eingeschränkt werden. (2) In Wirklichkeit werden mit der Umsetzung dieses Vertrages neue gewaltige Wanderbewegungen in Gang gesetzt werden, zu denen das bisher Erlebte nur der Auftakt gewesen ist. – Und die angestammten Bevölkerungen können sich gegen diese Form der Landnahme nicht wehren.

Drei Schritte zum GCM

Der Globale Pakt für Migration kam in drei Hauptschritten zur Welt:

1. In der «New Yorker Erklärung» vom 19. September 2016, worin sich die UN-Mit-

➔

Erscheint am 21.12.2018!

Haben wirklich Russen am 4. März 2018 einen Giftgasanschlag auf den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal verübt, oder wer sonst? Flog am 6. Februar 2018 wirklich ein rotes Tesla-Cabriolet durch den Weltraum, oder war alles nur ein Schwindel? Werden wirklich immer mehr Menschen demenz- oder bluthochdruckkrank, oder sind das Machenschaften der Medizin- und Pharmaindustrie? Aus welchem wirklichen Grund hat ein berühmter dänischer Konstrukteur eine Journalistin auf sein U-Boot gelockt und bestialisch ermordet? Weshalb kann es in Zukunft keinen «Banken-Run» mehr geben, und was bedeutet das für uns Bankkunden? Klappte die Autobahnbrücke von Genua am 29. August 2018 wirklich spontan in sich zusammen, oder hat da jemand nachgeholfen? Warum werden in Südafrika immer mehr weisse Farmer ermordet, und was hat das mit uns zu tun?

Lauter spannende Fragen, die das Jahr 2018 unerledigt hinterlassen hat und die Gerhard Wisnewski nun in seinem neuen und brisanten Jahrbuch «verheimlicht – vertuscht – vergessen 2019» aufarbeitet – oft mit unglaublichen Ergebnissen: Wie immer wurden wir auch im vergangenen Jahr belogen und hinters Licht geführt, was das Zeug hält. Begleiten Sie den Autor also bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2018, bevor wir es vergessen und endgültig all die dicken Kröten schlucken, die man uns aufgetischt hat (Kopp Verlag, 288 Seiten, Euro 14,95, in jeder Buchhandlung oder auf wisnewski.ch).

In jeder Buchhandlung!

Seite 71

gliedsstaaten verpflichtet hatten, ein Globales Migrationsabkommen auf den Weg zu bringen und zu verabschieden.
2. In dem Bericht «Migration zum Nutzen aller gestalten» von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres (12. Dezember 2017).
3. Mit der Unterzeichnung des GCM am 11. und 12. Dezember 2018.

Laut der «New Yorker Erklärung» sind Flüchtlinge und Migranten nicht etwa ein Problem, sondern aufgrund des «positiven Beitrags, den Migranten zu inklusivem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung leisten», das Beste, was dem Planeten überhaupt passieren kann: «Dieser Beitrag verändert die Welt zum Besseren. Aus sicherer, geordneter und regulärer Migration erwachsen erhebliche Vorteile und Chancen, die oft unterschätzt werden [...] Vielfalt bereichert jede Gesellschaft und trägt zum sozialen Zusammenhalt bei.» Der reine Hohn. Genau das Gegenteil ist der Fall, wie man am Beispiel Deutschlands sehen kann. Fast jeden Tag kann man neue Schlagzeilen über Vergewaltigungen und Morde von Migranten an der einheimischen Bevölkerung lesen, während die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Zuwanderer ins Unermessliche steigen. Allein 2017 sollen es 21 Milliarden Euro gewesen sein. (3) Der Etat für das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) war nicht einmal halb so gross. Und das ist ja auch schon einmal ein symbolisches Signal.

Eine kostbare Ressource

Na und? Das Geld kommt doch wieder rein: Migranten können doch «auf positive und tief greifende Weise zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Aufnahmegesellschaften und zur Schaffung von globalem Wohlstand beitragen», heisst es in der «New Yorker Erklärung», dem Vorläuferdokument zum Migrationspakt. «Sie können in ihren Aufnahmegesellschaften demografischen Trends, Arbeitskräftemangel und anderen Herausforderungen begegnen helfen und bereichern die Volkswirtschaften dieser Länder durch neue Kompetenzen und Dynamik.» (S. 10). Donnerwetter! Fast klingt das so, als müsste man, wenn es keine Flüchtlinge und Migranten gäbe, welche erfinden – beziehungsweise «erzeugen». Zum Wohle ihrer Aufnahmeländer. Wenn man bedenkt, dass Flüchtlinge und Migranten das Ergebnis von Krieg, Not und Vertreibung - und damit häufig selbst Opfer - sind, könnte man glatt auf die Idee kommen, dass all das erwünscht ist, um den Segen der Migration über die Welt zu bringen. Migranten scheinen nach dieser Ideologie eine kostbare Ressource zu sein, die es zu «heben» und anschliessend zu «exportieren» gilt. Fast wundert man sich, dass sich die Staaten der Welt nicht darum streiten, wie beispielsweise um ein riesiges Erdölfeld.

Überweisen, aber schnell!

An eines kann man allerdings glauben, nämlich an den Nutzen «der Migration für die Entwicklung der Herkunftsländer», «unter anderem durch den aktiven Beitrag der Diaspora [altgriechisch für «Zerstreuung»] zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wiederaufbau.» (S.10) **Die Migranten sollen also zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wiederaufbau ihrer Heimatländer beitragen, und zwar durch das Geld, das sie in den Aufnahmeländern einnehmen («verdienen» kann man ja nicht notwendigerweise sagen). Die Vereinten Nationen werden daher «dafür eintreten, dass Migranten im Herkunfts- wie im Empfangsland schnellere, günstigere und sicherere Überweisungen tätigen können, unter anderem, indem wir die Transaktionskosten senken und die Pflege der Beziehungen zwischen Diaspora und Herkunftsland erleichtern», heisst es in der «New Yorker Erklärung» (S. 10). Das bedeutet also, dass wir den Wiederaufbau der Herkunftsstaaten bezahlen sollen, indem die Migranten ihr Geld nicht etwa in ihrem Aufnahmeland ausgeben, sondern schnell und sicher in die Heimat überweisen können sollen.**

Der neue Marshallplan der Menschheit?

Kurz und gut tun die Vereinten Nationen und die ihnen angeschlossenen Regierungen so, als sei die Migration gewissermassen

UNsagbar verhEUchelt dem Souverän gegenüber:

© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

Sozialistische Kleckser, heranhechelnd auf dem Füller des Superkapitals

der neue Marshallplan der Menschheit, der nicht nur den Herkunftsländern, sondern allen zu mehr Wachstum und Wohlstand verhelfen soll. Und wäre es daher nicht der reine Wahnsinn, Migranten zurückzuweisen? Eben deshalb heisst es in dem Entwurf zum Migrationspakt: «Wir erklären erneut, dass Menschen gemäss dem Grundsatz der Nichtzurückweisung an Grenzen nicht zurückgewiesen werden dürfen.» (New Yorker Erklärung, S. 6) Was sich früher einmal nur auf wenige Asylbewerber bezog, die zum Beispiel nicht in Folterstaaten zurückgeschickt werden durften, gilt heute de facto für Millionen Migranten, die im Rahmen von Kriegen und Revolutionen in Afrika «freigesetzt» wurden und werden – Migranten, die von Anfang an auf die Ausnutzung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung trainiert werden, indem viele von ihnen ihre Identität fälschen, behaupten, gefoltert worden zu sein und anderes mehr. Zwar habe «jeder Staat vorbehaltlich seiner internationalen Verpflichtungen das souveräne Recht», zu «entscheiden, wen er in sein Hoheitsgebiet einreisen lässt» (S. 9) – aber eben nur im Rahmen seiner internationalen Verpflichtungen wie beispielsweise des Globalen Pakts für Migration. Was logischerweise heisst, dass diese eingegangenen «internationalen Verpflichtungen» die Souveränität der Staaten einschränken, zum Beispiel durch das exzessiv bemühte Gebot der Nichtzurückweisung: Wenn ein «Flüchtling» behauptet, dass ihm daheim Folter drohe, dann darf er nicht abgewiesen werden. Ob seine Geschichte überhaupt stimmt, interessiert erstens niemanden und könnte zweitens auch durch niemanden so leicht überprüft werden. Ergo: Rückkehr unwahrscheinlich. Denn «jede Art von Rückkehr, ob freiwillig oder nicht, muss mit unseren Verpflichtungen nach den internationalen Menschenrechtsnormen und mit dem Grundsatz der Nichtzurückweisung übereinstimmen.» Die Quadratur des Kreises.

Menschenrechte für Migranten

Während die Menschenrechte der Einwohner der «Zielstaaten» in der gesamten «New Yorker Erklärung» mit keinem Wort erwähnt werden, trieft das Papier vor Mitleid mit den Migranten. Die Bewohner der «Zielstaaten» werden in gespenstischer Weise ignoriert und negiert, weshalb wir diese Staaten ab jetzt auch «Opferstaaten» nennen können. «Flüchtlinge und Migranten, die sich in grossen Strömen auf den Weg machen, stehen oft vor einem harten Leidensweg», hiess es in der «New Yorker Erklärung»: «Viele von ihnen gehen grosse Risiken ein und nehmen eine gefährliche Reise auf sich, die sie möglicherweise nicht überleben. Manche sehen sich gezwungen, die Dienste krimineller Gruppen, insbesondere Schleppern, in Anspruch zu nehmen, und andere fallen solchen Gruppen oder dem Menschenhandel zum Opfer. Selbst wenn sie ihren Zielort erreichen, erwarten sie ein ungewisser Empfang und eine unsichere Zukunft.» (S.2) Man wolle deshalb «mit Menschlichkeit, Sensibilität und Einfühlsamkeit mit grossen Flüchtlings- und Migrantenströmen» umgehen «und den Bedürfnissen jedes Einzelnen Rechnung tragen» (S. 3) – jedes einzelnen Migranten, versteht sich.

Völkerrecht gilt nur noch für Migranten

Diese «grossen Flüchtlings- und Migrantenströme» werden offenbar erwartet, und

➔

Mario Monti: Europas Staaten brauchen Krisen, um Souveränität aufzugeben!

Mario Monti war vom 16. November 2011 bis zum 28. April 2013 Ministerpräsident Italiens. Kurz vor seinem Amtsantritt legte er Anfang 2011 entwaffnend ehrlich in einem Vortrag dar, wie man Staaten zur Aufgabe von Souveränität bringt:

«Wir müssen uns nicht darüber wundern, dass Europa schwere Krisen braucht, um vorwärts zu schreiten. Diese Schritte sind per Definition: Aufgabe von Teilen der nationalen Souveränität zugunsten einer übergeordneten Instanz. Es ist klar, dass die politische Klasse, aber auch die Menschen mit ihrer Volksverbundenheit nur dann dazu bereit sein werden, wenn die Kosten, es nicht zu tun, angesichts der Krise zu hoch sein werden. Wir benötigen Krisen, um vorwärts zu schreiten, aber wenn die Krisen zu Ende sind, bleibt ein Sediment – Institutionen, Gesetze etc. -, das sich nicht vollständig wieder rückgängig machen lässt.»

Was Monti beschreibt, ist das Prinzip der «Hegel'schen Dialektik». Es geht dabei um die kontrollierte Anwendung von Krisen und Konflikten für weit vorausgesteckte Ziele. (siehe ExpressZeitung Ausgabe 20, S.37) So stellten schon die beiden Weltkriege entscheidende Krisensituationen dar, mit denen man die Weltbevölkerung von einer Machtzentralisierung zugunsten supranationaler Organisationen wie der UNO überzeugen konnte. Inzwischen zeichnen sich diverse weitere Krisen am Horizont ab, die eine Schwächung der Nationalstaaten und die Stärkung des UN-Superstaats nach sich ziehen könnten.

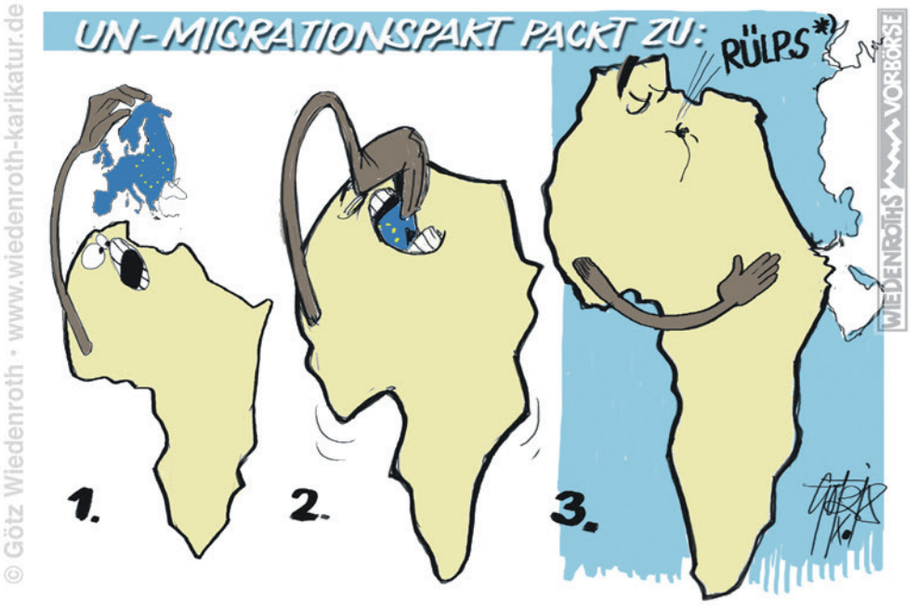
Quelle: youtube.com, Mario Monti. Finanza: Comportamenti, Regole, Istituzioni, 22.02.2011

Seite 73

deshalb immer wieder erwähnt: «Grosse Flüchtlings- und Migrantenströme müssen von umfassender politischer Unterstützung, Hilfe und Schutz im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten begleitet werden» – wobei das Völkerrecht nur noch für Migranten gelten soll, nehmen wir beispielsweise folgende Formulierung: «Wir erinnern ausserdem an unsere Verpflichtung, die Menschenrechte und Grundfreiheiten dieser Menschen uneingeschränkt zu achten, und unterstreichen, dass sie ihr Leben in Sicherheit und Würde führen können müssen. Wir sagen den heute Betroffenen wie denen, **die in Zukunft Teil grosser Flüchtlings- und Migrantenströme sind**, unsere Unterstützung zu.» (S. 3, Hervorhebung von gw). Von den Einheimischen in den «Zielstaaten» ist da nicht nur nicht die Rede, sondern diese werden regelrecht ausgenommen.

Diskriminierung und Rassismus erlaubt

Man werde auch «gegen die mehrfachen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen, **die Flüchtlinge oder Migrantinnen sind**, vorgehen.» (S. 7, Hervorhebung von gw). Aber warum redet man hier nur von «Frauen und Mädchen, die Flüchtlinge oder Migrantinnen sind»? Auch das kann ja nur heissen, dass Frauen und Mädchen in den Opferstaaten nicht gemeint sind. Ja, dass diese hier juristisch gesehen regelrecht ausgenommen werden! Wenn es um Schutz und Rechte geht, wird immer nur Bezug auf Flüchtlinge und Migranten genommen: «Wir verpflichten uns, in unseren Gesellschaften Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung, **die sich gegen Flüchtlinge und Migranten richten**, zu bekämpfen.» (S. 9, Hervorhebung von gw). Jede andere Form von Diskriminierung und Rassismus ist demnach also erlaubt. Offenbar war es den Autoren sehr wichtig, «Menschen, die Flüchtlinge und Migranten sind», gegen Nichtmigranten abzugrenzen. Mit anderen Worten begründen sowohl die «New Yorker Erklärung» als auch der kommende Pakt für Migration eine neue Herren- und eine neue «Köterrasse», wobei die Herren die Migranten und die Köter die Einheimischen sind. Denn so hatte die Deutschen schliesslich ein gewisser Malik Karabulut, ein Mitglied des Türkischen Elternbunds Hamburg, in einem Facebook-Beitrag beschimpft: nämlich als «Hundeclan» beziehungsweise als «Köterrasse», je nach Übersetzung. (4) Ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung wurde eingestellt.



Eine neue Rassenpolitik?

Mit anderen Worten haben wir es hier mit nicht weniger als Apartheid und Rassismus zu tun. «Wir werden ja immer sediert und betäubt mit dem Versprechen: Es gibt keine Rassenpolitik mehr», sagte ich einmal in einem Interview mit Querdenken TV. In Wirklichkeit sei die Rassenpolitik des Dritten Reiches nur umgedreht und exakt gespiegelt worden, erklärte ich: **«Während das Dritte Reich auf der Reinheit der Rasse bestanden hat, besteht der neue globale Faschismus auf der absoluten Mischung aller Rassen, aller Menschen und aller Nationen – sowieso von allem. Das heisst, wir sind längst in einer ganz neuen rassistischen Politik drin, die darin besteht, Rassen nicht reinhalten zu wollen wie im Dritten Reich, sondern jeglichen Unterschied vernichten zu wollen, abschaffen zu wollen.»** (5)

Die Deutschen sind vogelfrei

Wie man sieht, bekommt so alles seinen Sinn. Auf diese Weise erklären die neuen UN-Migrationspapiere die Deutschen und andere Zielvölker für minderwertig und vogelfrei. Gewaltakte von Migranten gegen Einheimische sind in der «New Yorker Erklärung» denn auch gar kein Thema! Zwar steht da zu lesen: «Wir verurteilen nachdrücklich [...] Akte und Bekundungen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz [...]». Allerdings nur in Bezug auf Rassismus, der sich «gegen Flüchtlinge und Migranten» richtet. Denn: «Flüchtlinge oder Migranten zu verteufeln, rüttelt an den Grundfesten der Würde und Gleichheit aller Menschen.» (S. 3) – Einheimische zu verteufeln ist demnach erlaubt.

Ehemaliger deutscher Bundespräsident: Es sollte den Nationalstaat nicht mehr geben

«Wir sind am Ende dieses Jahrhunderts dabei, die nationalstaatliche Form zu überwinden, die in ihrer ideologischen Übersteigerung den Kontinent in den Abgrund gezogen hat. [...]Der ‚Nationalstaat' mit den dazugehörigen Souveränitätsvorstellungen hat sich jedoch überlebt. [...] Kein Staat kann heute mehr seine Bevölkerung oder sein Gebiet aus eigener Kraft schützen, ob militärisch oder umweltpolitisch. Und autonome Wirtschaftspolitik kann er auch nicht mehr betreiben. Als impermeables Gebilde im Stil des letzten Jahrhunderts gibt es den ‚Nationalstaat' also nicht mehr, und um ganz deutlich zu werden, es sollte ihn auch nicht mehr geben. Er ist dabei, zu klein zu werden für die grossen Probleme des Lebens und zu gross für die kleinen. Das sehen wir doch täglich: Der Weg in die Zukunft kann für uns nur lauten: Europa.»

Der deutsche Bundespräsident Roman Herzog, 17.09.1996

Quelle: bundespraesident.de, Rede von Bundespräsident Roman Herzog vor dem 41. Deutschen Historikertag in München

Foto: Euku (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Roman_Herzog,_Karlspreisverleihung_2012.JPG) https://de.wikipedia.org/wiki/Creative_Commons

Umsiedlung und Neuansiedlung

Natürlich haben Vogelfreie auch kein Recht auf ein Land oder eine Heimat. Deshalb sollen laut «New Yorker Erklärung» auch immer mehr Migranten, Pardon: «Flüchtlinge», kommen und auch bleiben dürfen:

- Absatz 77: «Wir beabsichtigen, die Zahl und das Spektrum legaler Wege, auf denen Flüchtlinge in Drittländern aufgenommen oder neu angesiedelt werden können, zu erweitern.»
- Absatz 78: «Wir legen den Staaten, die noch keine Neuansiedlungsprogramme eingerichtet haben, eindringlich nahe, dies baldmöglichst zu erwägen. Diejenigen, die dies bereits getan haben, werden ermutigt, eine Ausweitung ihrer Programme zu erwägen.»

Machtergreifung der UNO

Als Vorbereitung für den «Globalen Pakt für Migration» erstattete als Nächstes UNO-Generalsekretär Antonio Guterres am 12. Dezember 2017 einen Bericht mit dem Titel «Migration zum Nutzen aller gestalten». Zuvor war Guterres Präsident der Sozialistischen Internationale gewesen, also einer Organisation, die, wie ihr Name schon sagt, dem Internationalismus huldigt. Danach wurde er Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und schliesslich deren Generalsekretär. Kein Zufall: Denn Flüchtlinge und Migranten sind nun mal das Top-Thema der Vereinten Nationen, die auf diesem «Ticket» zum «Migrantenplaneten» und zur globalen Diktatur reisen will. **Mit der globalen Migration (die hauptsächlich aus Kriegsflüchtlingen besteht, die durch Kriege der USA, Grossbritanniens und Frankreichs aus ihrer Heimat vertrieben wurden) hat die UNO endlich ihr Lebensthema gefunden und ihre Legitimation zur Ergreifung der totalen Macht: Denn «es handelt sich um globale Phänomene, die globale Herangehensweisen und globale Lösungen erfordern», heisst es in der «New Yorker Erklärung». (S. 2) «Kein Staat kann derartige Ströme im Alleingang bewältigen.»**

Debatte nicht nötig

Ergo brauchen wir die UNO und ihren Oberdiktator Antonio Guterres, der den Tagesbefehl ausgab: «Über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet braucht keine Debatte mehr geführt werden, denn Migration ist eine stetig wachsende globale Realität.» (Bericht des Generalsekretärs, S.3) **Ja, mehr noch: Der heimatlose Migrant ist der natürliche Staatsbürger der Vereinten Nationen, und je mehr Migranten und Flüchtlinge es gibt, desto besser. Migranten sind der «Stoff», aus dem der totalitäre Weltstaat geschmiedet werden soll, denn «es ist entscheidend, dass uns die Herausforderungen und Chancen der internationalen Migration nicht entzweien, sondern vereinen.» (GCM, Finaler Entwurf, S. 2).** Klar – und zwar unter dem Dach der UNO, was übrigens nicht nur die Abkürzung für Vereinte Nationen ist, sondern auf Italienisch und Latein ja auch das Wort für die «Nr. 1». Tatsächlich hatte auch der konservative amerikanische Thinktank Gatestone Institute, dem auch der Trump-Berater John Bolton angehört, den Gedanken des Migranten als eines «Bürgers» einer «neuen Welt», in der alle Länder jedem zuhilfe eilen müssen, der sich aus irgendeinem Grund für eine Reise und einen Aufenthalt dort entschieden hat. (6) Deshalb hat die UNO auch ein ureigenstes Interesse an Kriegen, Unruhen und Vertreibung, weil diese immer mehr von ihren Staatsbürgern «produzieren», mit deren Hilfe man wiederum andere Staaten zum Beidrehen zwingen kann. Denn kein Staat kann ja, wie gesagt, die Migrationsprobleme alleine bewältigen. Dafür werden die UNO und ihre führenden Mitgliedsstaaten schon sorgen.

Foto: Martin Rulsch (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Martin_Schulz_(Martin_Rulsch)_1.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold.»

Martin Schulz

Fliehen Sie doch auch mal!

Flucht und Migration sind demnach nicht etwa ein Problem, sondern «ein Motor des Wirtschaftswachstums, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung», erklärte nach der New Yorker Erklärung auch der UNO-Generalsekretär Guterres in seinem Bericht über die ach so «nützliche Migration»: «Sie ermöglicht jedes Jahr Millionen von Menschen, nach neuen Lebenschancen zu suchen, und sie schafft und stärkt Verbindungen zwischen Ländern und Gesellschaften.» (S. 3). Ist das nicht toll? Klingt wie der Goldrausch von 1896 am Klondike, nur auf globaler Ebene: auf zu einem «besseren Leben»! Also was machen Sie noch hier? Fliehen Sie doch auch mal! Natürlich, so der Generalsekretär, verursacht die Migration auch «Spaltungen innerhalb von Staaten und Gesellschaften und zwischen ihnen, was häufig dazu führt, dass [...]». Na, was:

- dass Einheimische bedroht, vergewaltigt und ermordet werden?
- dass ihre Steuergelder verheizt und ihr Wohnraum verknappt werden?
- dass ihre Kinder aufgrund der vielen Migranten in der Schule keinen ordentlichen Unterricht mehr bekommen?

Seite 75

- dass die Gesundheitsbeiträge und die Mieten steigen?

Nicht doch:

- dass «Migrantinnen und Migranten der Gefahr von Missbrauch und Ausbeutung ausgesetzt sind.»

Ach so. Tja dann: Es sei «an der Zeit, diese Trends umzukehren.» (S.3) Ein interessantes Wort: Wenn man diese neuen Abkommen und Verträge richtig liest, steht doch wirklich alles drin. Diese Probleme sollen also nicht beseitigt, sondern «umgekehrt» werden – was nichts als die reine Wahrheit ist: Denn nun sollen ja die Menschen in den Gastländern missbraucht und ausgebeutet werden! Fast unnötig zu erwähnen, dass es ausserdem an der Zeit sei, «sich erneut auf den Schutz des Lebens und der Rechte aller Migranten zu verpflichten und Migration so zu gestalten, dass sie allen nutzt.» (S. 1). Oha: Darf man etwa annehmen, dass unter dem Wörtchen «allen» diesmal auch die Einheimischen subsumiert werden?

Migration ohne Rücksicht auf Verluste

Nichts da: Über die Risiken der Bevölkerung in den Aufnahmeländern soll schliesslich möglichst wenig geredet werden: «Die fundamentale Herausforderung, vor der wir stehen, besteht darin, den Nutzen von Migration zu maximieren, anstatt sich obsessiv mit der Minimierung der Risiken zu befassen.» (S. 4). Was man auch übersetzen könnte mit: Migration ohne Rücksicht auf Verluste. Da, wo es mal um die Einwohner der Opferstaaten geht, wird das sehr schnell wieder relativiert und dem grossen Ziel der Massenmigration untergeordnet: «Die Staaten und ihre Bürgerinnen und Bürger haben berechtigte Gründe, sichere Grenzen zu verlangen und darüber zu entscheiden, wer ihr Hoheitsgebiet betreten und darin bleiben darf», heisst es da, um sofort wieder relativiert zu werden: «Eine kontraproduktive Politik, die Migration einschränken will, untergräbt jedoch die Fähigkeit der Staaten, diesen vorrangigen Anliegen gerecht zu werden, und erhöht die Verwundbarkeit» – von wem? Natürlich «der Migranten». (S. 4)

Nicht die Waffe an die Schläfe setzen

Der Migrationspakt selbst, der am 10. und 11. Dezember 2018 in Marrakesch von etwa 190 Staaten unterschrieben werden soll, ist eine logische Fortsetzung der «New Yorker Erklärung» und des Berichts des UN-Generalsekretärs. Was es mit dem Pakt auf sich hat, erkennt man schon daran, dass die Hauptursachen für Flucht und Wanderungsbewegungen nicht ein einziges Mal genannt werden, nämlich politische Instabilität, Revolution und Krieg durch Aktionen von führenden UN-Mitgliedern. Wo die Migration, ihre kostbare Ressource «zum Nutzen aller», herkommt, will die UNO gar nicht wissen. Um eine Ursachenforschung oder -analyse geht es deshalb mit keinem Wort und damit auch nicht um eine Bekämpfung der Flucht- und Migrationsursachen. Und das liegt erstens daran, dass dies gar nicht der Plan ist, weil sonst der «Migrationsstaat» der UNO ja nicht verwirklicht werden könnte. Zweitens hat es damit zu tun, dass führende UN-Mitglieder wie die USA, Frankreich und Grossbritannien nicht nur die Hauptschuldigen an der gegenwärtigen Migrationskrise sind – sondern gleichzeitig auch zu den Hauptzahlern der Vereinten Nationen gehören. Die USA alleine tragen 22 Prozent des UN-Budgets, also über ein Fünftel, auf ihrem Boden befindet sich der UN-Hauptsitz, und einer ihrer Milliardäre hat das Grundstück dazu gespendet, nämlich John D. Rockefeller, jr.. Und wer zahlt, schafft bekanntlich an. Dass die USA einerseits den ganzen Migrationswahnsinn an vorderster Stelle verursachen, bei dem Migrationsabkommen andererseits nicht dabei sein wollen, ist da nur logisch. Schliesslich möchte man sich die «Migrationswaffe» ja nicht an die eigene Schläfe setzen. (7)

Zwar steht auf Seite 8 des GCM zu lesen, dass sichergestellt werden soll, dass die Menschen ihr Glück nicht «durch irreguläre Migration» suchen. Aber eben nur durch «irreguläre Migration», die man nunmehr ja in «reguläre» oder «regelmässige Migration» verwandeln will. Auch in dem Migrationspakt selbst werden die üblichen Lügen über die Massenwanderungsbewegungen fortgesetzt: «Wir erkennen an», heisst es da, dass die Migration «eine Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung in unserer globalisierten Welt» ist, «und dass diese positiven Auswirkungen durch die Verbesserung des Migrationsmanagements

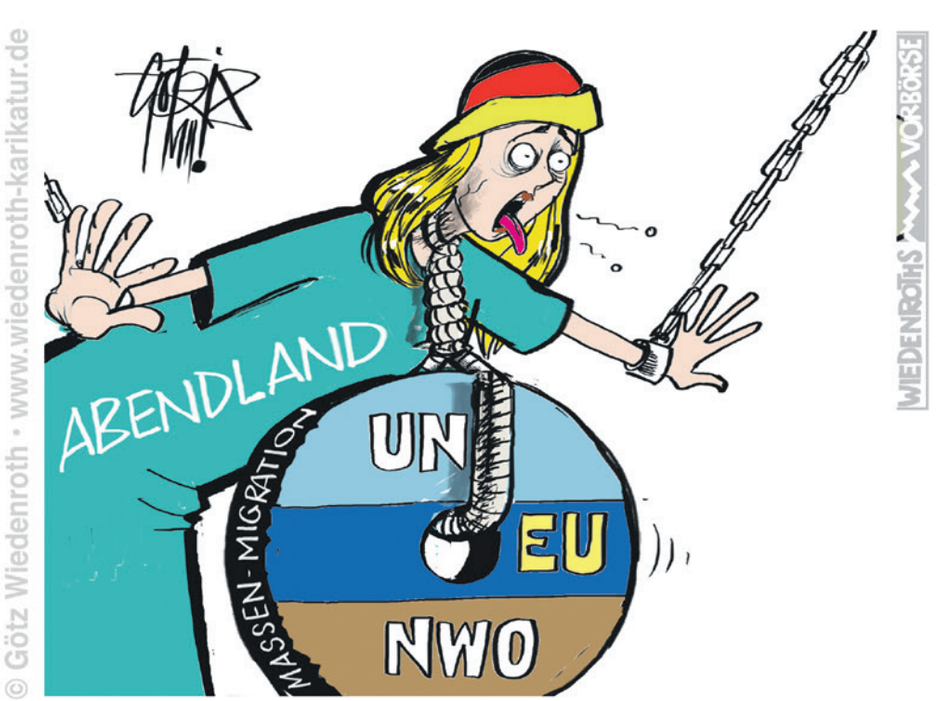


Foto: Casa Rosada (Argentina Presidency of the Nation)

«Wir brauchen in Europa mehr Einigkeit nach innen durch eine Weiterentwicklung zur politischen Union. [...] Ich bin deswegen für eine Reform der Vereinten Nationen. Aber wir haben noch nicht ausreichend viele Mitstreiter, bei denen der Leidensdruck hoch genug ist. [...] Es ist eine neue Weltordnung entstanden, aber andere klammern sich an die alte Weltordnung und das sind auch generative Prozesse.»

Der damalige Bundespräsident Christian Wulff in einer Rede im Schloss Bellevue, 29. August 2011

Quelle: bundespraesident.de, Empfang für die Teilnehmer der Botschafterkonferenz 2011 des Auswärtigen Amtes

optimiert werden können.» Dabei war und ist Migration schon immer eher Ausdruck von negativen als von positiven Anreizen gewesen, wie Not, Gefahr, aber auch Gier, Hoffnung und Sehnsucht, und hat in den Ankunftsregionen ebenfalls Not und Gefahr geschaffen – fragen Sie mal die Überlebenden der nordamerikanischen Indianer, deren Vorväter von den europäischen Migranten ausgerottet wurden. Und die Indianer von heute – das sind wir hier in Deutschland und Europa.

Invasion der «Habenichtse»

Die Migranten bringen ihre (oft von anderen verursachte) Not, ihr Elend und manchmal auch ihre psychologische Traumatisierung (mitunter auch ihre Gier, jedenfalls aber ihre Ansprüche) mit und verbreiten sie in den Ankunftsregionen – auch deshalb, weil dort nun eine Verknappung und ein Kampf um die Ressourcen beginnt (Staatshaushalt, Frauen, Wohnraum etc.). Auch heutzutage wandern die meisten Migranten ja nicht aus Spass aus, sondern weil ihre Heimat von den tonangebenden globalen Mächten in ein Trümmerfeld oder zumindest in ein instabiles Gebiet verwandelt wurde – Afghanistan, der Irak, Libyen und Syrien lassen grüssen, zufälligerweise alles Wirkungsstätten westlicher Militärkoalitionen. Denn die führenden Mitglieder der UNO selbst überziehen ganze Regionen mit Krieg und Revolution, um die Menschen von dort zu vertreiben – während in den Zielstaaten Unsicherheit und Unruhe wachsen. Aber von den Belangen der Zielstaaten redet kein Mensch, sondern «mit der Umsetzung des Globalen Abkommens gewährleisten wir den Respekt, den Schutz und die Erfüllung der Menschenrechte aller Migranten, ungeachtet ihres Migrantenstatus, über alle Stationen des Migrantenzyklus hinweg. Wir bekräftigen auch die Verpflichtung zur Beseitigung aller Formen von Diskriminierung, einschliesslich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber Migranten und ihren Familien.» (GCM, S. 4) Einmal mehr gelten diese umfassenden Rechte also nur für Migranten – also wenn sich die Opfer von Krieg und Revolution auf den Weg gemacht haben. Was logischerweise nur dann geschieht, wenn ihre Rechte zuvor mit Füssen getreten wurden, und zwar von den führenden UN-Staaten.

Die viel beschworene «Bereicherung» für die Aufnahmeländer fand in der Geschichte der Menschheit schon immer nur in Ausnahmefällen statt, zum Beispiel, wenn die Migranten oder Kolonialisten technisch

➔

So werden die Medien-Konsumenten von der langfristigen UNO-Agenda abgelenkt:

Nationale und lokale Wahlen, nach denen sich so gut wie nie etwas verändert

Foto: Olaf Kosinsky (kosinsky.eu), Licence: CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Wieder antisemitisch geäußert

Neue Empörungswelle gegen Skandal-Rapper Kollegah

Foto: ©pitpony.photography / CC-BY-SA-3.0

Foto: David Shankbone (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Harvey_Weinstein_2010_Time_100_Shankbone.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Mit den Enthüllungen um Hollywood-Produzent Harvey Weinstein hat alles begonnen

Darum gehts bei der #MeToo-Debatte

Kleinere Skandale, die überproportional aufgeblasen werden

Für unverheiratete Väter wird es ab 2017 teurer

Trotz Verbraucherbeschwerden — 28.05.2018, 09:33 Uhr

Deutsche Post will Briefporto von 70 auf 80 Cent erhöhen

Deutschland

Lkw-Maut wird im neuen Jahr erhöht

dpa, 23.11.2018 12:15 Uhr

Meldungen über neue Gesetze und Regulierungen, die niemand mehr überblicken kann

Statistik

Studentenrekord an deutschen Hochschulen

EU-Vergleich

Verpackungen: Deutsche machen den meisten Müll

26.07.2018 09:55 Uhr

Deutschland

Einzelhändler machen im Oktober überraschend weniger Umsatz

dpa, 30.11.2018 - 09:53 Uhr

Statistiken und Zahlen, die bereits einen Tag später schon fast jeder vergessen hat

Und vieles mehr...

Und so wird der Normalbürger verwirrt und desinformiert zurückgelassen, ohne in den Medien je erfahren zu haben, dass er seine Freiheit Stück für Stück auf dem Weg in einen sozialistisch organisierten Weltstaat verliert. Unbemerkt delegieren Politiker unsere Souveränität an nicht gewählte internationale Organisationen wie UNO und EU - durch Resolutionen, Abkommen und Verträge, über deren wahre Absichten wir so gut wie nie etwas erfahren.

Die Rechte, die Migranten in den westlichen Zielländern einfordern sollen, wurden in ihren Heimatländern oft mit Füssen getreten. Das Phänomen der Massenmigration hat auf beiden Seiten nur Verlierer.

Seite 77

überlegen waren und dies nicht (nur) zum Landraub und Massenmord genutzt haben (wie in Nordamerika), oder wenn temporäre Migranten beträchtliche finanzielle Ressourcen mitführten, wie etwa die modernen Touristen. Damit haben wir es hier aber nicht zu tun. Die derzeit in Europa ankommenden Migranten bringen kaum finanzielle, kulturelle, wissenschaftliche oder technische Ressourcen mit.

Parole: «Ball flach halten»

Wir stimmen wohl darin überein, dass dies alles Top-Themen für unsere Medien wären. Stattdessen wurden wir mit Seehofers und Merkels Sommertheater über die angeblich beabsichtigte Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze hypnotisiert. Befragte man das Nachrichtenportal Google News, konnte man entsprechende Berichte in deutschen Medien mit der Lupe suchen. Bei dem Stichwort «Migrationsvertrag» fand die Website der Tagesschau sogar überhaupt keinen Treffer. Bei dem Stichwort «compact for migration» gab es genau eine Fundstelle: ein Interview mit der schwarzen Friedensnobelpreisträgerin Johnson Sirleaf, in deren Kurzbiografie man bei dieser Gelegenheit erfuhr, dass sie als Vorsitzende des «UN High-Level Panel on Migration in Africa» derzeit den «Global Compact for Migration» ausarbeite, «ein neues internationales Regelwerk zur weltweiten Migration». In einem weiteren Website-Artikel ist noch von einem gewissen «Global Compact» zu Flucht und Migration die Rede, der den «Schutz für Klimaflüchtlinge» absichere. Das ist alles, was die Tagesschau zu diesem Schicksalsthema Europas und der Menschheit zu bieten hatte – jedenfalls dieser Stichwortsuche zufolge. Die Suche bei der heute-Website des ZDF förderte ebenfalls nur zwei Fundstellen zutage: Einen kurzen, oberflächlichen Artikel, der der Tragweite dieses Abkommens nicht einmal ansatzweise gerecht wurde (14.07.2018) sowie eine Kurzmeldung, dass nach den USA nun auch Ungarn aus dem «UN-Migrationsvertrag» ausgeschieden sei, der «einen Rahmen zum Umgang mit der Migration schaffen» solle. (18.07.2018) Mit anderen Worten haben die beiden grössten Nachrichtensendungen der Republik ihr Publikum über das Ausmass und die Bedeutung dieses Abkommens im Dunkeln gelassen und es im grossen Stil um die Wahrheit betrogen, zumindest so lange, bis alternative Medien im Internet (oder auch die ExpressZeitung) den Pakt thematisierten und die grossen Medienhäuser unter Zugzwang setzten.

Migranten über alles

Bis zum Oktober 2018 waren es im deutschsprachigen Raum vor allem einige wenige Schweizer oder österreichische Medien, die ihrem Publikum reinen Wein einschenkten. So war beispielsweise in der Basler Zeitung klipp und klar von einem «Pakt zur Förderung der Migration» die Rede: «Das Resultat ist deshalb brisant, weil es Missstände in der heutigen Migrationspolitik zementieren will – notabene ohne demokratische Legitimation, denn weder Parlament noch Stimmbevölkerung haben dazu etwas zu sagen.» (online, 14.09.2018) Siehe da! Wer nur deutsche Zeitungen und Websites las, hatte davon gar nichts mitbekommen (vom Fernsehen ganz zu schweigen): Bei der Lektüre des Entwurfs zum Migrationspakt werde «rasch klar, dass dessen Fokus vor allem auf dem Schutz der Migranten liegt», schrieb die Zeitung. Wer den Migrationspakt unterzeichne, verpflichte sich nicht nur dazu, «sichere Migrationsrouten einzurichten, sondern auch dazu, die Migranten bereits in ihren Herkunftsländern auf die Reise in ihre Zielländer vorzubereiten.» Dort angekommen erwarte die Migranten «diskriminierungsfreier Zugang» zu Grundversorgung, Sozialleistungen, Rechtsbeiständen, Bildung, lebenslangem Lernen und Gesundheitsversorgung. Natürlich einschliesslich Familiennachzug.

Wie im Reisebüro

«Es kann nicht genug betont werden, dass es bei diesem Abkommen nicht um Flüchtlinge geht, die vor Verfolgung fliehen, oder um ihr Recht auf völkerrechtlichen Schutz», schrieb das konservative Gatestone Institut auf seiner Website. «Stattdessen propagiert das Abkommen die radikale Idee, dass Migration – aus welchem Grund auch immer – etwas ist, das gefördert, ermöglicht und geschützt werden muss.» In dem Pakt werde «die Migration als Menschenrecht promotet»: «Die UNO-Mitgliedstaaten sollen nicht nur ihre Grenzen für die Migranten der Welt öffnen, sondern ihnen auch helfen, ihr zukünftiges Land frei zu wählen, indem sie ihnen umfassende Informationen über jedes Land, in dem sie sich niederlassen möchten, zur Verfügung stellen» -wie im Reisebüro.

Ein «Rundum-Migrationspaket»

Entlang der Flüchtlingsrouten sollen «offene und zugängliche Informationspunkte» eingerichtet werden, «die Migranten auf

Foto: Björn Láczay (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Boris_Palmer.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de

Sogar ein Grüner protestiert: Boris Palmer, Grünen-Politiker und Oberbürgermeister von Tübingen, hat sich den Migrationspakt genauer angesehen und auf Facebook Kritik geäussert. Er hält einige Passagen des Textes für problematisch.

ExpressZeitung Ausgabe 19
Erscheinungsdatum: Ende August 2018

Youtube-Video über den Migrationspakt von ExpressZeitungs-Autor Gerhard Wisnewski, Datum: 07.09.2018

Tagesschau vom 02.11.2018

Erst nachdem konservative Partien wie die AfD und verschiedene alternative Internet-Medien den Migrationspakt ins öffentliche Bewusststein katapultiert hatten, begannen die Mainstreammedien auch regelmässig über den Pakt zu berichten. Bis etwa Mitte Oktober 2018 war in den grossen Medien relativ wenig darüber zu erfahren. «Dass nun doch auf den letzten Metern eine Diskussion losbricht, ist alleine den alternativen Medien und bösen ‚rechtspopulistischen Parteien' zu verdanken, die gegen die Unterzeichnung Sturm laufen», schrieb die Junge Freiheit am 9. November 2018. Im Falle des Globalen Migrationspaktes funktionierte es ausnahmsweise mal nicht, weitreichende Verträge zur Abtretung nationalstaatlicher Souveränität mit begrenzter medialer Aufmerksamkeit am Volk vorbei zu verabschieden. Daher auch die spürbare Wut der etablierten Parteien im Bundestag, die am 8. November 2018 in der Debatte über den Pakt ständig von «Verschwörungstheorien» schwadronierten. Die Aggressivität, die den «Verschwörungstheorien» und ihrem angeblichen parlamentarischen Arm - der AfD - dabei entgegenschlug, zeigte, dass sich die Altparteien ertappt fühlten.

eine kindgerechte und geschlechtsspezifische Unterstützung und Beratung verweisen können, die Möglichkeiten zur Kommunikation mit konsularischen Vertretern des Herkunftslandes bieten und relevante Informationen, einschliesslich über Menschenrechte und Grundfreiheiten, angemessenen Schutz und Unterstützung, Optionen und Wege für eine reguläre Migration sowie Möglichkeiten der Rückkehr, in einer Sprache, die die betreffende Person versteht, zur Verfügung stellen.» **Das heisst: Die Staaten der Welt sollen praktisch ein Routensystem schaffen, über das in sehr kurzer Zeit Millionen «Flüchtlinge» geschleust werden können. Die Migranten sollen im ganz grossen Stil reibungslos über diese Routen transportiert werden, mit Beratung, Versorgung und allem Drum und Dran.** Und zwar egal, wie viele. Denn wie heisst es doch gleich zu Beginn des Migrationspaktes: «Die Staats- und Regierungsoberhäupter und Hohen Beauftragten» wollten «einen bedeutenden Beitrag zur verstärkten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Migration in allen ihren Dimensionen» leisten (S. 2). Mit anderen Worten handelt es sich hier um eine «Full-Service-Migration», und zwar einschliesslich Kreditkarte vom UNHCR – also dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen. Diese Kreditkarten tragen neben dem EU- und UNHCR-Logo nur eine Nummer, sodass die Migranten anonym über Bargeld verfügen können. Kroatischen Polizeibeamten zufolge «sind diese Migranten mit neu gekauften, hochwertigen Schuhen und Wanderkleidung, Smartphones und sogar Waffen gut ausgestattet. Während des Zwischenstopps in den osteuropäischen Ländern würden sie an Geldautomaten Bargeld abheben, um Vorräte anzuhäufen», so die Nachrichtenseite Journalistenwatch. (05.11.2018)

Umsiedlung von 250 Millionen Migranten?

«Die Rede ist von ‚Umsiedlung' und weltweit 250 Millionen Migrationswilligen», schenkte auch die Schweizerzeit ihren Lesern reinen Wein ein. Was da auf uns zukomme, habe «das Potenzial, das noch vorhandene gesellschaftliche Gefüge im wohlhabenden Westen vollends aus den Angeln zu heben.» (online, 13.09.2018) Natürlich soll auch unsere umfassende Analyse des Paktes in der Ausgabe 19/August 2018 nicht unerwähnt bleiben: Schon früh haben wir die wichtigsten Aspekte dieses umwälzenden Abkommens beleuchtet und grafisch leicht verständlich aufbereitet.

Keine Diktatur ohne Zensur

Wie lange es solche Zeitungen wie unsere noch geben kann, ist, wenn man die hier zitierten UN-Papiere ernst nimmt, jedoch ungewiss. Denn wenn es um die Zerstörung Europas (und auch grosser Teile der Menschheit) geht, soll in Zukunft niemand mehr dazwischenreden dürfen. «Wir dür-

➔

UNO-Agenda: Die Schaffung eines identitätslosen «Weltbürgers»

«Um uns voranzubewegen, müssen wir anerkennen, dass wir inmitten einer grossartigen Vielfalt von Kulturen und Lebensformen eine Menschheitsfamilie sind und eine Erdgemeinschaft mit einem gemeinsam Schicksal», so steht es in der UN-Erd-Charta, einer Deklaration grundlegender Prinzipien, der sich die Menschen dieser Welt auf Wunsch der Vereinten Nationen unterordnen sollten. Madeleine Albright, US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, sah die UN als Mittel, um «einen globalen Konsens zu schaffen, was richtig und was falsch ist.» [1] **Die Stossrichtung hinter Worten wie «Erdgemeinschaft», «globaler Konsens» oder «gemeinsames Schicksal» ist stets dieselbe: Die Menschheit soll zu einer Einheit verschmelzen und jeder Mensch zum heimatlosen und entwurzelten «Weltbürger» werden.** Ein grosses Hindernis für diese Verschmelzung aller Ethnien und Kulturen, die eigentlich das Gegenteil von dem ist, was man gemeinhin als «Vielfalt» versteht, stellen Grenzen dar, die Kulturen und Völker in einem gemässigten Rahmen voneinander abschotten. Sie tragen zur «Homogenität der Völker» bei, die Peter Sutherland (†), Sonderberichterstatter des Generalsekretärs der UN für Einwanderung und Entwicklung, nach eigener Aussage «zerstören» wollte. Um diese Zielsetzung Sutherlands zu erreichen, muss gleichzeitig jeder ethnischen Gruppe ihr Recht auf Heimat und Selbstbestimmung genommen werden.

«Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein»

Dass offene Grenzen und Massenimmigration in westliche Länder Teil der UNO-Agenda sind, daran besteht inzwischen kein Zweifel mehr. (siehe: Replacement Migration – **ExpressZeitung Ausgaben 05/13/14/19**) Der nächste Schritt zur Aufgabe jeglicher staatlicher Souveränität steht bereits vor der Tür: Am 10./11. Dezember 2018 wird in Marrakesch der «Globale Pakt für Migration» ratifiziert.

Diese ultimative Öffnung aller Grenzen wird wohl auch in der Hoffnung vorangetrieben, den identitätslosen «Weltbürger» durch eine nie dagewesene Völkervermischung durch Massenmigration zu erschaffen. Offen und politisch wurde diese Abschaffung der Völkervielfalt zuerst in den frühen 20er-Jahren angedacht, von Graf Nikolaus Coudenhove-Kalergi, dem Gründer der Paneuropa-Bewegung, die als früheste Keimzelle der Europäischen Union gilt. In seinem Buch «Praktischer Idealismus» von 1925 lesen wir: «Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteilen zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äusserlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch die Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.»

Hier ist ein Muster zu erkennen: Genau wie die von der UNO weltweit geförderte und verbreitete Gender-Lehre unterdrückten Frauen nicht wirklich hilft, sondern vielmehr Männer und Frauen zu einem geschlechtslosen Wesen verschmelzen will,

Das moderne Lexikon	
Afrika	Das Zuhause der Afrikaner
Arabien	Das Zuhause der Araber
Asien	Das Zuhause der Asiaten
Indien	Das Zuhause der Inder
Israel	Das Zuhause der Juden
Mexiko	Das Zuhause der Mexikaner
Europa	Schmelztiegel der Diversität; sozialstaatliches Wohlfühlparadies für jeden, der kommen will

genauso fördert die UNO mit Grenzöffnung und Massenmigration nicht die Rechte und das Wohlergehen von Bürgern ärmerer Länder, sondern erschafft entwurzelte «Weltbürger» ohne klare Zugehörigkeit und Identität. Deren Loyalität soll dann nicht mehr ihrer Familie oder Heimat gelten, sondern den Dogmen der Eine-Welt-Ideologie. ***(tk)***

Quelle:
1. Charlotte Iserbyt, The Deliberate Dumbing Down of America, S.60

Seite 79

fen unsere Agenda nicht davon verzerren lassen», sagte UN-Generalsekretär Guterres in seinem oben erwähnten Bericht vom 12. Dezember 2017. (S. 6) «Um bei der Lösung der realen Probleme im Zusammenhang mit Migration voranzukommen, müssen unter anderem die schwarzseherischen Fehldarstellungen über ihre Auswirkungen richtiggestellt werden.» Der Diskurs in den jeweiligen Ländern müsse «in eine andere Richtung» gelenkt «und die diesbezügliche Politik» reformiert werden. Der GCM wiederum sieht eine Reihe von Massnahmen vor, um den Menschen erstens ihren eigenen Untergang zu verkaufen und zweitens Kritiker zum Schweigen zu bringen. So heisst es unter Punkt 10, man müsse «irreführende Erzählungen» zerstreuen, «die eine negative Wahrnehmung von Migranten erzeugen» und diesbezüglich «eine realistischere, humanere und konstruktivere Wahrnehmung» bewirken. **Das heisst: Es soll also erstens in die öffentliche Diskussion eingegriffen werden und zweitens in die Gesetzgebung (politische Reformen). Mit anderen Worten soll es Gesetze gegen bestimmte Meinungsäusserungen geben. Keine Diktatur ohne Zensur. All das ist in den Zielstaaten selbstverständlich verfassungswidrig und ausserdem ein Verstoss gegen die Menschenrechte.**

Migration und Diktatur

Denn die totale Migration kann nur unter den Bedingungen der Diktatur funktionieren. «Reguläre» oder regelmässige Migration und Diktatur gehören zusammen. Irgendwie ahnte das auch die Journalistin Mariam Lau, als sie am 11. Juli 2018 in der ZEIT einen Artikel über Seenotrettung veröffentlichte (ohne den Global Compact for Migration dabei auch nur mit einem Wort zu erwähnen). «Stellen wir uns für zwei Minuten vor, wo Europa jetzt stünde, wenn man dem Drängen der Menschenrechtsorganisationen nach Legalisation aller Wanderungsbewegungen, ob Flucht oder Armutsmigration, nachgegeben hätte. Nach einem

Die schöne neue UNO-Welt?

- Kein Unterschied zwischen den Geschlechtern
- Sogar Kinder werden wie Erwachsene behandelt
- Alle sehen gleich aus
- Alle sind gleich intelligent/dumm
- Alle denken gleich
- Alle sind gleich arm

Das ist genau das Gegenteil der ständig gepredigten «Vielfalt»! Wenn die UN ihre Ziele verwirklicht, wird sich die Menschheit in der reinsten Gleichschaltungsdiktatur à la George Orwells 1984 wiederfinden!

Europa ohne Grenzen. Eine Million, zwei Millionen, drei Millionen. Wie lange würde es wohl dauern, bis die letzte demokratische Regierung fällt?» Antwort: nicht lange, natürlich. **Bei der De-facto-Verpflichtung zur Grenzöffnung geht es um nichts Geringeres als um die Auflösung demokratischer Strukturen und die einheitliche Strategie zur Unterdrückung, Verfolgung und Bekämpfung kritischer Stimmen. Mit anderen Worten geht es um die globale Abschaffung der Demokratie und um die Abtretung nationaler Souveränität an den künftigen UN-Superstaat, dessen Vorzugsbürger die Migranten sind. Die Bürger werden ausgetrickst, indem man behauptet, das Abkommen sei «rechtlich nicht bindend», sondern nur eine «Willenserklärung». Man spricht dabei auch von «Soft Law» («weichem Recht»). In Wirklichkeit ist das alles ein ausgemachter Schwindel, denn:**

1. **wenn man sich nicht binden wollte, würde man gar nichts unterschreiben,**
2. **eine «Willenserklärung» macht es nicht besser, da man den Inhalt zum eigenen Willen erklärt,**
3. **man kann in dem Vertrag nicht weniger als 44 Mal lesen: «Wir verpflichten uns ...»**

Zum Beispiel: «Wir verpflichten uns, sichere, geordnete und regelmässige Migration zum Wohl aller zu erleichtern und zu gewährleisten.» (S. 4) Das heisst, das Dokument ist in Wahrheit mit Verpflichtungen gespickt. Und nicht nur das: Man verpflichtet sich auch, «einen periodischen und wirksamen Folge- und Überprüfungsmechanismus» umzusetzen, «der sicherstellt, dass die in diesem Dokument enthaltenen Worte in konkrete Taten zum Nutzen von Millionen von Menschen in allen Regionen der Welt umgesetzt werden.» (S. 4) «Rechtlich nicht bindend» heisst denn auch nur, dass der Pakt zwar momentan noch keine Gesetzeskraft in den UN-Staaten besitzt, diese sich jedoch politisch verpflichten, entsprechende Gesetze zu schaffen.

Verfassungsputsch in Deutschland

Fast unnötig zu erwähnen, dass dies in Deutschland einen Verfassungsputsch darstellt. Niemand hat der Merkel-Regierung das Mandat erteilt, Deutschland der Auflösung und Fremdbesiedelung preiszugeben und Zensurgesetze in Sachen Migration zu erlassen. Wie urteilte doch das Bundesverfassungsgericht 1987: Der Staat habe «die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten». (8) Ja, mehr noch: Die de facto totale Freigabe der Migration ist, genau wie der Landraub und Mord an den Indianern, nichts anderes als Völkermord. Denn Völker stehen nun mal unter dem Schutz des Völkerrechts. Sogar die Völker in den «Zielländern», wie es in den «modernen» UNO-Dokumenten nun heisst. Nicht zufällig brechen aber die Geburtenraten in Europa seit Jahrzehnten ein, während sie in Afrika auf sehr hohem Niveau gehalten werden, womit diese Menschen als eine Art Migrationsreservoir benutzt werden (wer solche Gedanken für menschenverachtend hält, sollte sich bei den Planern beschweren). Gleichzeitig wurden und werden Millionen Menschen durch Kriege und Revolutionen aus ihrer Heimat in Afrika, dem Irak und Afghanistan vertrieben und nach Europa gelotst.

Schöne Grüsse von der «Schwarzen Axt»

Bei dem Austausch, der Vertreibung und vielleicht sogar Ermordung der Bevölkerung Europas wird es naturgemäss nicht zimperlich zugehen. Denn was man Ihnen auch nicht erzählt hat, ist, dass im Süden Europas bereits eine brutale nigerianische Mafia mit allem aufräumt, was sich ihr in den Weg stellt. Ihr Name: die Schwarze Axt. Lesen konnten Sie darüber nur ausserhalb deutscher Medien: «Vor Kurzem berichtete der italienische Giornale von einem blutigen Kampf rivalisierender nigerianischer Gangs in Ferrara. Während dreier Tage seien mit Äxten, Macheten und Pistolen bewaffnete Nigerianer immer wieder aufeinander losgegangen und hätten die Stadt mit den weltberühmten Renaissancebauten in eine Kriegszone verwandelt. [...] Die nigerianischen Banden kontrollieren den Kokainhandel und haben sich neben den eingeborenen Syndikaten als ‚fünfte Mafia' etabliert. Die nigerianische Mafia, auch ‚Schwarze Axt' genannt, gegründet von Ex-Militärs, sei die ‚mitleidloseste Mafia weltweit', urteilt der Kriminologe Alessandro Meluzzo.» (Basler Zeitung, ebenda). Und diese ausser Rand und Band geratenen «Ex-Militärs» sind natürlich entschlossen, sich möglichst viel vom Kuchen zu holen. Und damit wird auch ein weiteres Rätsel aus vergangenen Jahrbüchern gelöst: nämlich warum die Europäer durch immer neue «Amokläufe»

➔

Seite 81

dazu gebracht wurden, «freiwillig» ihre legalen, aber auch illegalen Waffen abzugeben – Letztere gegen eine Amnestie. Die Bürger sollen sich nicht wehren können. Nicht, dass irgendjemand Migranten ermorden wollte. Viele davon sind ja selbst entwurzelte Opfer. Aber man würde sich gegebenenfalls doch gerne selbst verteidigen können. In Notwehr. Das ist legal. Aber das dürfen wir nicht. Denn Europa wird am globalen Wühltisch verramscht. Solange der Vorrat reicht. Eiskalt geplant und skrupellos.

Niemand soll mehr eine Heimat haben, weder die Migranten noch wir. Und warum? Weil es die UNO so beschlossen hat – und viele unterschreiben werden: Merkel, Macron und wie sie alle heissen. Allerdings nicht alle. Dank der AfD, der einzigen Oppositionspartei im Bundestag, und dank vieler alternativer Medien kochte die Diskussion doch noch hoch und schaffte es auch in den Mainstream – wo man den Migrationspakt zwar verharmloste, aber immerhin erwähnen musste. Und tatsächlich sprangen daraufhin immer mehr Staaten ab. Weigerten sich zunächst nur die USA und Ungarn, zu unterschreiben, wurde «die Liste der Staaten, die den UN-Migrationspakt nicht unterzeichnen wollen» (9) im Herbst 2018 immer länger: Nunmehr machten unter anderem auch Australien, Österreich, Polen, Tschechien und Kroatien einen Rückzieher.

Deutschland federführend

Bleibt nur noch eine Frage: Wer hat diesen Pakt überhaupt federführend entworfen? Die UNO? Sicherlich. Aber die UNO besteht nun einmal aus zahlreichen Staaten und hat dafür ihre Handlanger. Die Antwort steht denn auch in einem Dokument der Bundesregierung vom Oktober 2018. Auf Seite 71 kann man da lesen, die Bundesregierung habe den Migrationspakt «politisch, inhaltlich, personell und finanziell» vorangetrieben und «unterstreicht dadurch ihre internationale Gestalterrolle im Bereich Flucht und Migration.» Deutschland habe die Ausgestaltung «durch Textvorschläge aktiv mitgestaltet». Dabei wird auch eingeräumt, dass diese Pakte rechtlich nicht bindend, «aber politisch verpflichtend» seien. Womit sämtliche Beteuerungen des Gegenteils hinfällig werden. (10)

Mit anderen Worten ist noch kaum eine Regierung beim Verrat ihres eigenen Volkes derart in flagranti ertappt worden. Fragt sich nur, ob die Bundesregierung für ihre Kollaboration irgendwelche Konsequenzen zu befürchten hat. Wahrscheinlich nicht. Wie sagte doch Sophie Scholl: «Wenn das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korrumpiert und zerfallen ist, dass es, ohne eine Hand zu regen [...] den freien Willen preisgibt, die Freiheit des Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner vernünftigen Entscheidung unterzuordnen, wenn die Deutschen, so jeder Individualität bar, schon so sehr zur geistlosen und feigen Masse geworden sind, dann, ja dann verdienen sie den Untergang.» ***(gw)***

WELT AM SONNTAG

25. NOVEMBER 2018 | NR. 47 | B *

DEUTSCHLANDS GROSSE SONNTAGSZEITUNG | GEGRÜNDET 1948

PREIS D € 4,40

IN DIESER AUSGABE

Wenn Männer schlagen
Gewalt in Beziehungen gibt es in allen Gesellschaftsschichten. Fünf Frauen erzählen ihre Geschichte Seiten 2/3

Wer zu spät kommt
Deutschland muss seine Bahn fit machen – ein Verzweiflungsschrei von Torsten Krauel Seite 12

Begegnung mit der Kindheit
Die Mutter ist gestorben, das elterliche Haus nun leer. Ein Abschied, der auch eine Rückkehr ist Seiten 18/19

Schnee total
Außergewöhnliche Wintersportgebiete: die schwierigsten Pisten, die längste Rodelbahn, das abgelegenste Dorf Seiten 72–74

Manipuliert im letzten Willen
Reich und sehr einsam: Wie alte Menschen zur einfachen Beute für Erbschleicher werden Seite 43

Eine Frau fürs Unendliche
Enid Blyton hat mehr als 800 Bücher verfasst. Sie war Abenteurerautorin und doch rettungslos naiv Seite 59

UN-MIGRATIONSPAKT

EINLADUNG AN ALLE?

Das UN-Abkommen soll eine globale Richtlinie für Migration sein. Folgt auf den Flüchtlingsstrom nun eine Völkerwanderung? *Stefan Aust und Helmar Büchel* über einen fragwürdigen Pakt

Thema Seiten 13–16

EU-GIPFEL

Tajani wirbt für Brexit-Einigung

Söder: Bei Migration nicht der AfD auf den Leim gehen

BUNDESLIGA

Bayern blamieren sich, BVB feiert

Eine Ausnahme im Mainstream: Der Herausgeber der «Welt», Stefan Aust, und sein Kollege Helmar Büchel haben den geplanten UN-Migrationspakt Ende November 2018 in der Welt am Sonntag einer ausführlichen Detailanalyse unterzogen und kommen zu einem vernichtenden Urteil, das die Kritiker des Vorhabens in vollem Umfang bestätigt.

Quellen:

1. Ceuta: Beamte mit «ätzendem Branntkalk und Säure angegriffen» - Migranten erstürmen erneut EU-Grenze, RT Deutsch, YouTube, 23.08.2018
2. Tichys Einblick, 07.08.2018
3. Handelsblatt, online, 16.05.2018
4. Die Welt, online, 28.02.2017
5. YouTube, 22.11.2017
6. Gatestone Institut, «UNO-Mitgliedstaaten: Migration ist ein Menschenrecht», online, 11.11.2018
7. siehe: Kelly M. Greenhill: Massenmigration als Waffe, Rottenburg 2016
8. Beschluss des Zweiten Senats vom 21. Oktober 1987, 2 BvR 373/83
9. Tichys Einblick, 04.11.2018
10. «Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen und einzelnen, global agierenden, internationalen Organisationen und Institutionen im Rahmen des VN-Systems in den Jahren 2016 und 2017», Berlin, Oktober 2018

Am 25. September 2015 reiste der Papst nach New York, wo er die Eröffnungsrede auf der UN-Versammlung hielt, bei der die Agenda 2030 abgesegnet wurde. Papst Franziskus sagte, er werde die gesamte Menschheit bitten, die Vereinten Nationen bei ihren Bemühungen zur Durchsetzung der «nachhaltigen Entwicklungsziele» zu unterstützen. Einen Tag zuvor hatte er einer Rede angedeutet, der muslimische und christliche Gott seien für ihn gleichgestellt.

Papst deutet auf Weltreligion hin

Einen Tag, bevor Papst Franziskus die Agenda 2030 (siehe S. 34 ff.) absegnete, hielt das Kirchenoberhaupt eine Predigt in der St. Patrick's Kathedrale in Manhattan. Viele verstanden die Äusserungen des Papstes als klaren geistigen Schritt in Richtung einer Weltreligion:

«Ich möchte gegenüber meinen muslimischen Brüdern und Schwestern zwei Gefühle zum Ausdruck bringen: Zunächst meine Grüsse an sie, während sie das Opferfest feiern. Ich wünschte, meine Grüsse wären wärmer. Mein Gefühl der Verbundenheit angesichts der Tragödie […], die sie in Mekka erlitten haben. *(Anm.: Am selben Tag waren 700 Menschen bei einer Massenpanik in Mekka gestorben)* […] Hier und heute möchte ich ihnen meine Gebete zusichern. Ich fühle mich mit euch allen verbunden. Ein Gebet an Gott den Allmächtigen, den Barmherzigen.»

Diese Wortwahl war kein Zufall. Im Islam wird Allah auch als der «All-Barmherzige» bezeichnet.

Es ist auch nicht das erste Mal, dass Papst Franziskus zu derartigen Formulierungen greift. Hier beispielsweise sind Äusserungen, die er bei seinem allerersten ökumenischen Treffen als Papst machte:

«Ich grüsse Euch und danke Euch allen aus ganzem Herzen, liebe Freunde, die anderen religiösen Traditionen angehören. Allen voran die Muslime, die den einen Gott anbeten, den lebendigen und gnädigen, und den sie im Gebet anrufen, und euch alle. Ich bin wirklich sehr dankbar für Eure Anwesenheit. Ich erkenne darin ein spürbares Signal des Willens, in gegenseitiger Wertschätzung und Kooperation zum allgemeinen Wohl der Menschheit zu wachsen.»

Ganz offensichtlich glaubt Papst Franziskus, dass Christen und Muslime zu ein und demselben Gott beten. Das hilft auch zu erklären, warum er 2014 genehmigte, dass erstmals überhaupt «islamische Gebete und Koran-Lesungen» im Vatikan abgehalten werden.

Quelle: info.kopp-verlag.de, Eine Weltregierung, eine Weltwirtschaft und eine Weltreligion – die Gleichschaltung rückt näher, Michael Snyder, 25.10.2015

Papst Benedikt: «Weltautorität ist nötig»

Foto: Kancelaria Prezydenta RP (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Benedykt_XVI_(2010-10-17)_4.jpg) https://commons.wikimedia.org/wiki/Commons:GNU_Free_Documentation_License

Am 7.7.2009 meldete «Die Welt»: «Papst Benedikt XVI. hat die Schaffung **einer Weltautorität als Antwort auf die globale Wirtschaftskrise ins Gespräch gebracht.** […] Die bereits von seinem Vorgänger Johannes Paul II. angeregte, über die UN hinausgehende Weltautorität ist nach Benedikts Worten nötig, ‚um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krisen und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen.' Ausserdem gehe es darum, ‚eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, die Sicherheit und den Frieden zu nähren, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren'.»

Quelle: welt.de, Papst fordert Weltautorität als Wirtschaftskontrolle, 07.07.2009
fassadenkratzer.wordpress.com

Papst Franziskus: «Politische Weltregierung kann Umweltschutz wirksamer durchsetzen»

Benedikts Nachfolger Franziskus forderte ebenfalls mit einer neuen Enzyklika am 18.6.2015 «eine ökologische Wende und wünscht sich, den 1963 verstorbenen Papst Johannes XXIII. zitierend, **eine politische Weltregierung ‚Weltautorität', die Umweltschutz wirksamer durchsetzen könnte als Nationalstaaten.**»

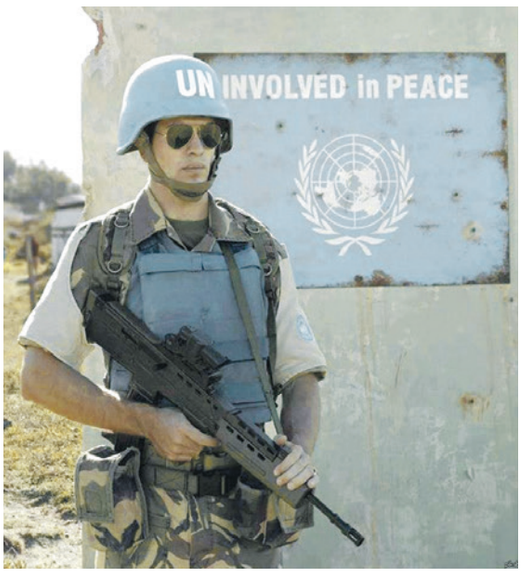
Quelle: FAZ vom 18.6.2015
fassadenkratzer.wordpress.com

Foto: Tânia Rêgo/ABr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pope_Francis_at_Vargihna.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/br/deed.en

Dass der Papst inzwischen zu einer politischen Marionette verkommen ist, davon zeugte u.a. seine Stellungnahme im Februar 2016, als er sich in den US-Wahlkampf einmischte und Stellung zu Donald Trumps geplanter Abschottung vor illegalen mexikanischen Einwanderern bezog. Papst Franzikus sagte über Trump: «Dieser Mann ist kein Christ. […] Eine Person, die nur daran denkt Mauern zu bauen, wo immer sie auch sein mögen, und nicht daran denkt, Brücken zu bauen, ist kein Christ. Das steht nicht im Evangelium.»

Ironischerweise lebt der Papst im Vatikan, umgeben von einer 30 Meter hohen Mauer, die ursprünglich erbaut wurde, um sich gegen muslimische Invasoren zu verteidigen.

UN-Menschenrechtsrat oder Unmenschenrechtsrat?



Russland wurde wegen seiner Unterstützung der Assad-Regierung nicht mehr in den UN-Menschenrechtsrat in Genf gewählt. Dagegen wurde unter anderem ausgerechnet Saudi-Arabien aufgenommen, ein Land, in dem Menschenrechte anscheinend gar keine Bedeutung haben. Über das Kriegsgeschehen im Jemen wird derzeit äusserst selten berichtet. Nach Aussage des jemenitischen Ministeriums für Landwirtschaft bombardiert die von der US-Regierung unterstützte saudische Koalition Bauernhöfe, Tiere, Wasserinfrastruktur, Lebensmittellager, Märkte und Lebensmitteltransporte. Dies gilt nach Artikel 14 der Genfer Konvention, die auch von den Saudis unterschrieben wurde, als Kriegsverbrechen, da dies zu einem Aushungern der Zivilbevölkerung führt. Martha Mundy, langjährige Professorin an der London School of Economics, zieht ihr Fazit: «Die Saudis zerstören gezielt die landwirtschaftliche Infrastruktur, um die Zivilgesellschaft zu zerstören». Geht es diesem UN-Menschenrechtsrat wirklich um Menschenrechte? Menschenrechte dürften kaum der Grund sein, warum ausgerechnet Russland, das von Syrien um Hilfe gegen den IS gebeten wurde und deshalb nach UN-Charta zurecht eingreifen darf, nicht mehr in diesem Rat sein darf.

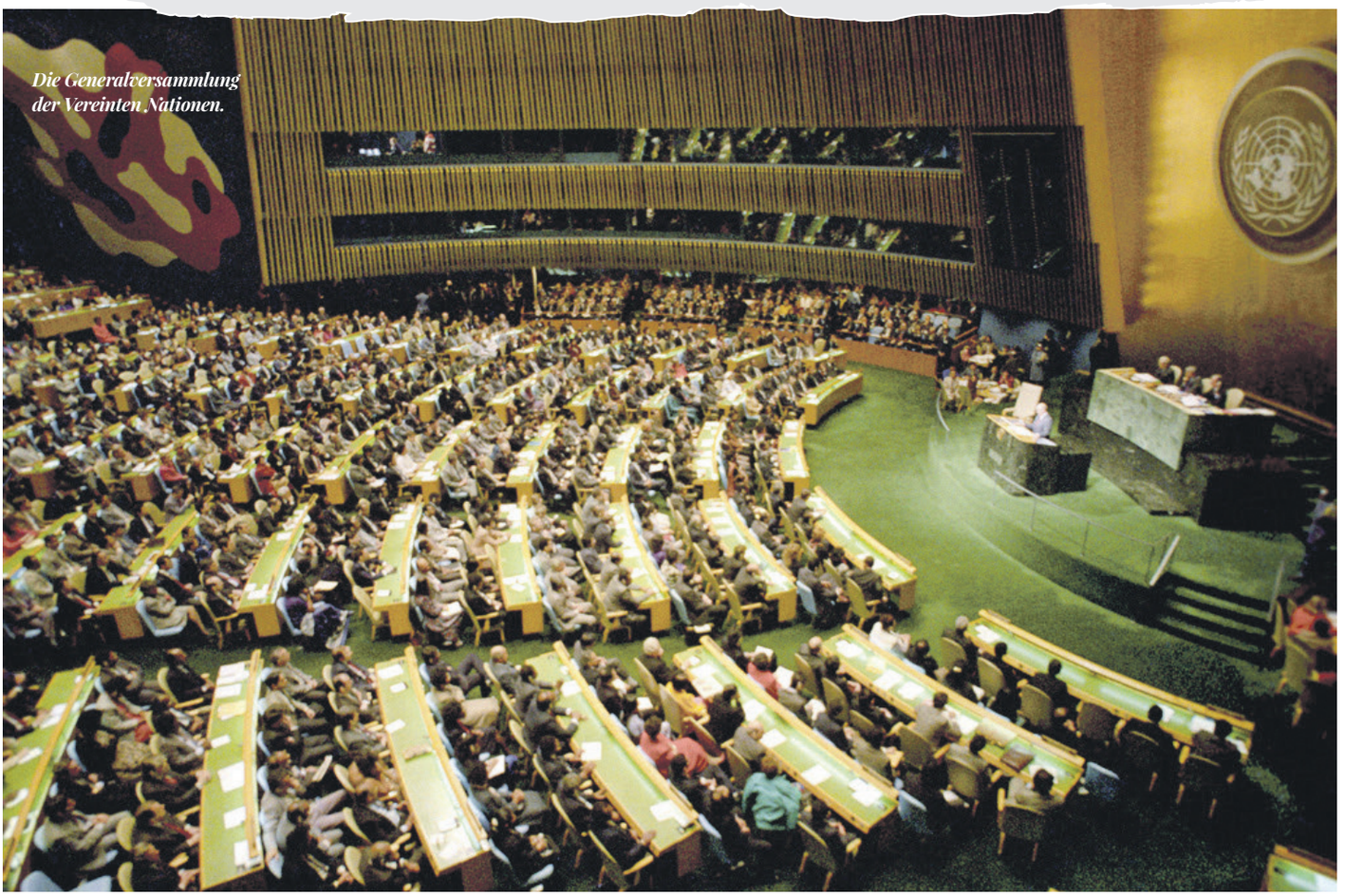
Quelle: Stimme und Gegenstimme, 62/2016

Foto: Harry Pot / Anefo (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carlo_Schmid_(1963).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Architekten des BRD-Grundgesetzes: «Keine Weltregierung, ohne vorher durch Europa gegangen zu sein»

Ein Jahr nach Churchills Rede in Zürich, in der er die Schaffung einer Weltregierung gefordert hatte (siehe S.30), verankerte der Parlamentarische Rat, der für Deutschland im Auftrag der Westmächte ein Grundgesetz ausarbeitete, in Art. 24 des bundesrepublikanischen Grundgesetzes die Möglichkeit, Hoheitsrechte zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit zu übertragen. In den Beratungen dazu sagte Dr. Carlo Schmid (SPD) am 10. November 1948 zum späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP): «Die Weltstaatbemühungen in allen Ehren! Die Idee ist des Schweisses der Edlen wert. Man sollte aufhören, bei diesen Dingen immerzu von Utopien zu sprechen, wie man es gern tut, um es sich leicht zu machen. **Aber ich glaube nicht, dass wir zur Weltregierung kommen werden, ohne vorher durch Europa gegangen zu sein.**» Das bedeutet, auch die deutsche Elite war sich bereits 1948 einig, eine Weltregierung anzustreben, für die eine Europäische Union Voraussetzung wäre.

Was hat die UNO in Zukunft für uns geplant?



Die Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Die Entlarvung des Globalen Migrationspaktes als totalitärer und menschenfeindlicher Akt war ein wichtiger kognitiver Schritt für unsere Gesellschaft und die Menschheit. Diese Entlarvung ist gleichzeitig die Entlarvung der UNO als totalitäres und menschenfeindliches Konstrukt: Schluss mit dem ganzen Getue um «UN-Missionen», «UN-Friedensmissionen», «UN-Botschafter» und all dem falschen Humbug. Hier gilt wieder einmal der Spruch: «Jeder macht die Propaganda, die er am nötigsten hat». In Wirklichkeit ist die «Nr.1» («uno») ein menschenfeindliches Projekt. Kein Wunder, denn gegründet wurde sie ja schliesslich nicht von unserem Herrn Jesus, Gott im Himmel oder Mutter Theresa, sondern von machtgierigen Kriegsherren.

Gerade der Migrationspakt mit seinem autoritären Gehabe und seiner offensichtlichen Entrechtung grosser Teile der Menschheit hat vielen die Augen geöffnet. Und das sind denn auch zwei wichtige Megatrends: Zum einen der dreiste und gierige Griff nach der Macht durch die UNO, zum anderen das Erwachen grösserer Bevölkerungskreise im Hinblick auf diese «Friedensorganisation». **Wenn dieser Pakt und seine Vorläuferdokumente eines deutlich gemacht haben, dann das, dass die Vereinten Nationen Feinde der gesamten Menschheit sind, die einen Teil der Menschheit vertreiben wollen, um ihn auf einen anderen Teil der Menschheit zu hetzen und so die gesamte Menschheit ihrer Wurzeln berauben und unterjochen zu können. Getreu des alten strategischen Mottos «Teile und herrsche» sowie «Hetze deine Feinde aufeinander». Also zum Beispiel den Islam auf das Christentum, den Osten auf den Westen, den Süden auf den Norden, Schwarz auf Weiss. Gewinner sind die UNO und ihre Drahtzieher und Strategen. Denn wer die absolute Macht gewinnen will, muss erst einmal alle funktionierenden Systeme ausser Kraft setzen.**

Nationalstaaten auflösen

Die zelluläre Organisation der Menschheit in Nationalstaaten, die ihre kulturellen und technischen Fähigkeiten entstehen liess und bewahrt hat, soll aufgelöst werden und

➔

Barbara Coudenhove-Kalergi, die Nichte von Graf Nikolaus, spricht genau wie ihr Onkel von alternativloser Völkervermischung. / Foto:Franz Johann Morgenbesser (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Barbara_Coudenhove-Kalergi-5656_(10722121806).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

Seite 85

Kulturen und Individuen in einem globalen Brei von Kulturen und Ethnien verschwinden. «Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein», prophezeite der Globalist Nicolaus Graf von Coudenhove-Kalergi schon in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. «Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äusserlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.» (1). Inzwischen sei die Umgestaltung Europas «unumkehrbar», behauptet heute seine Nichte Barbara Kalergi: «Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen passt oder nicht.»(2) «Wir leben in einer Ära der Völkerwanderung. Sie hat eben erst begonnen, und sie wird mit Sicherheit noch lange nicht zu Ende sein.» Ja, mehr noch: «Unvermischte Völker» seien sogar «ein Nazi-Konzept», erklärte schon 1999 der UN-Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten, Sergio Vieira de Mello. (3)

Der kleinste gemeinsame Nenner

Die Völkerwanderung von etwa 375 bis 568 n. Chr. bewirkte die Zerstörung des Römischen Reiches und des antiken Europa. Die heutige Völkerwanderung führt zur Zerstörung des modernen Europa. **Mit der Demontage der nationalen Grenzen wird Europa seiner «Schotten» beraubt und werden ganze Kulturen aufgelöst, um im grossen Ozean der Menschheit aufzugehen wie ein Stück Zucker im Kaffee. Wie das immer so ist, wenn man verschiedenste Menschen und Niveaus mischt, werden sich alle auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner treffen – sprich: auf dem niedrigsten. Diese neue Menschheit wird nicht bunt sein, wie es die offizielle Propaganda verherrlicht – sondern braun: jegliches kulturelle und geistige Merkmal wird sich in einen undefinierbaren Mischmasch verwandeln. Ganz einfach deshalb, weil «Buntheit» nun einmal Grenzen voraussetzt. Eine bunte Flagge ist nur deshalb bunt, weil zwischen ihren Farben Grenzen existieren. Mischt man jedoch alle Farben zusammen, erhält man ein stumpfes Grau-Braun ohne jede Identität. Denn Multikulti ist in Wahrheit Monokulti.** Wie sagte doch der von den Eliten verehrte Coudenhove-Kalergi: «Wo unter unglücklichen Auspizien Inzucht und Mischung sich begegnen, schaffen sie Degenerationstypen mit schwachem Charakter» und «stumpfem Geist». (4) Genau das ist gewollt.

Multikulti wird Monokulti

Im Oktober 2015 behauptete der EU-Kommissar Frans Timmermans, wer Multikulti in Frage stelle, sei praktisch ein Friedensfeind. Er forderte die Mitglieder des EU-Parlaments auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, «monokulturelle Staaten auszuradieren». Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollten die Zuwanderer veranlasst werden, auch «die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, dass nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben.» (5). Diesem Ziel dient der UN-Migrations-, aber auch der Flüchtlingspakt, der in der ganzen Aufregung um den Migrationspakt etwas unterging.

Für niemanden eine Heimat

Sprich: Niemand darf mehr eine Heimat, eine Identität oder eine Kultur haben, sondern alles wird in einer globalen Massenkultur aufgehen. Durch die Abschaffung nicht nur der nationalen, sondern auch der wirtschaftlichen, finanziellen, sexuellen, intellektuellen und kulturellen Grenzen wird sich das Gegenteil von Grenzen und Organisation entwickeln, nämlich ein totales Chaos. Die Abschaffung aller Grenzen wird zur Dekadenz führen, auf Deutsch: zur Zersetzung. Oder noch drastischer: zur Verwesung (englisch: decay). Die Menschheit wird genauso verwesen wie ein Körper, dessen einzelne Zellen sich auflösen. Selbstverständlich wird die Bevölkerung in dem sich entwickelnden Chaos zurückgehen. Unzählige Kulturtechniken werden verloren gehen, auch in der Hygiene und Medizin. Genausogut könnte man wohl einige Atombomben auf den Erdball werfen, man tut es aber nicht. Zum einen, weil es so aussehen soll, wie ein natürlicher Prozess: Die Menschheit hat sich eben irgendwann zurückentwickelt, wird es später heissen – warum, weiss keiner mehr so genau. Schon deshalb, weil der IQ zu stark gefallen ist. Der humanistisch und karitativ verbrämte und schleichende Prozess schützt die eigentlichen Täter, die ihre Strategie unter dem Deckmantel der Menschlichkeit («Willkommenskultur», «Flüchtlingshilfe» etc.) verfolgen. Der zweite Grund, der gegen die «Atom-Lösung» spricht, besteht darin, dass die globalen Eliten den Planeten natürlich weiter nutzen wollen.

Darf bald niemand mehr eine Heimat haben?

Ohne Bildung, Kultur und Perspektive

Eine total am Boden liegende Menschheit wird besonders einfach zu beherrschen sein. Der geographisch und kulturell entwurzelte «homo sapiens» wird ohne Ich, Identität und Interessen (und auch ohne Familie) durch die Welt stolpern, leicht manipulierbar sein und zum Objekt einer totalen Digitalisierung und Unterwerfung werden. Nach dem Modell China, wo heute schon Bürger total überwacht und nach einem Punktesystem bewertet und gesteuert werden, werden alle Menschen erfasst, überwacht, gegängelt und schliesslich versklavt werden. Die Abschaffung des Bargeldes wird nicht nur zur totalen Überwachung führen – das sowieso. Aber neben der passiven Überwachung und Beobachtung wird sie vor allem zur aktiven Kontrolle führen, nämlich dazu, dass jeder Mensch zum Sklaven des elektronischen Zahlungssystems gemacht wird. Auf Knopfdruck können bestimmte Käufe begrenzt oder verboten werden – bis hin zum Kauf eines Brötchens beim Bäcker. Wer nicht spurt, wird sofort kooperieren, sobald er durch eine Kontosperrung vom Erwerb von Nahrung und von anderen Gütern ausgeschlossen wird. Die elektronische Zahlung mit Hilfe des Handys ist da nur ein Vorgeschmack.

Das Ende des Eigentums

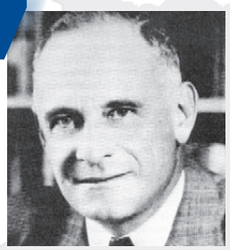
Denn natürlich wird es auch kein Privatvermögen im heutigen Sinne mehr geben, sondern nur noch durch Wohlverhalten zu erwerbende Punkte. Dass der künftige Massenmensch kein Eigentum mehr haben darf, versteht sich fast von selbst. Und wenn doch noch so etwas wie Privatvermögen oder «Ersparnisse» gestattet bleiben sollten, dann wird zumindest der Zugriff darauf reguliert – bis hin zur totalen Sperrung. Schon heute können wir auf der zwischenstaatlichen Ebene anhand des «Einfrierens» der Guthaben ganzer Staaten das abstrakte Prinzip dahinter beobachten, nämlich die Enteignung. Auf der individuellen Ebene wird dies durch einen schleichenden Entzug des Bargeldes bewerkstelligt.

Am Ende wird ein total «verchippter» Mensch stehen, der nicht nur jederzeit identifizierbar ist, sondern dessen Bewegungen, Zutritte und Zahlungen auch jederzeit kontrollierbar sein werden (wie heute schon durch das Handy). Ganz wie bei einer Viehherde. Denn nichts anderes soll die Menschheit ja auch werden: Eine stumpfe, leicht kontrollierbare Herde von gechippten Massenmenschen unter der Kontrolle der UNO – ohne jede Kultur, Bildung und Perspektive. ***(gw)***

Quellen:

1. Richard Coudenhove-Kalergi: «Adel», S. 17
2. Der Standard, online, 07.01.2015
3. Public Broadcasting System, PBS, 4.8.1999, zitiert nach Fassadenkratzer, 20.4.2018
4. Coudenhove-Kalergi: Praktischer Idealismus, S. 22
5. YouTube: Vizepräsident der EU-Kommission: «Monokulturelle Staaten ausradieren!», 4.5.2016

US-Bankier James Warburg: «Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft.»



James Paul Warburg, Mitglied des Council on Foreign Relations und Finanzberater von Franklin D. Roosevelt, am 17.02.1950 vor dem US-Senat.

Angela Merkel: «Friedliches Zusammenleben nur mit globaler Ordnung möglich»

Foto: א (Aleph) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Angela_Merkel_(2008).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/deed.en

Bundeskanzlerin Angela Merkel plädierte am 9.11.2009 während der Konferenz «Falling Walls» für den weiteren Verzicht auf nationale Zuständigkeiten:

«Eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden, wird sein: **Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle**; und sei es auch in der Form einer Verurteilung? [...] Die Gründung der Welthandelsorganisation ist ein solches Beispiel, in dem es Schiedsverfahren gibt, in denen über Handelsfragen ohne Vetorecht irgendeines Mitgliedstaates entschieden wird und notfalls auch Vertragsstrafen verhängt werden. Aber wir haben zu wenig von solchen Beispielen. [...] **Es wird so sein, dass ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung [...] möglich ist.**»

Quellen: *nzz.ch, Was tun, wenn einem das Glühbirnenverbot nicht einleuchtet?, 17.11.2009*
fassadenkratzer.wordpress.com

Merkel erhielt Eric-M.-Warburg-Preis

Eric M. Warburg, der Cousin von James Warburg, gründete 1949 in Hamburg die globalistische Lobby-Organisation Atlantik-Brücke, die ähnliche Ziele verfolgt wie der Council on Foreign Relations (siehe S.17). Mit dem Eric-M.-Warburg-Preis ehrt die Atlantik-Brücke Persönlichkeiten, deren Engagement von ihr besonders wertgeschätzt wird. Am 25. Juni 2009 wurde der 10. Eric-M.-Warburg-Preis an Bundeskanzlerin Angela Merkel in Washington, DC, verliehen.

«Verheimlicht - Vertuscht – Vergessen» beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Gerhard Wisnewski enthüllt die Wahrheit hinter dem täglichen Nachrichten-Einheitsbrei: Was wurde verheimlicht, vertuscht und vergessen? Warum erscheinen manche Themen auf der Tagesordnung, während andere schnell aus den Schlagzeilen verschwinden? Wer steuert unsere Medien, und warum wird unsere Wirklichkeit so oft verfälscht? Wisnewski zeigt die wahren Zusammenhänge, die sich hinter der angeblich «objektiven» Berichterstattung verbergen.